# hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig Juli/August 1995

**4/95**

**4. Jahrgang**

**ISSN 0944-7989**

**Themen:**

**Kirche & Hochschule,**
**Theologie & Politik**

**Singularitäten**
**5. Folge**

**und andere**

**Mit Beiträgen von**

**Christoph Kähler**
**Heinz Blauert**
**Dietmar Linke**
**Irène Klank**
**Konrad Feiereis**
**Peter-Paul Straube**
**Baldur Ed. Pfeiffer**
**Georg Schuppener**

**und anderen**

# hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

4/95

**Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit**
beim StuRa der Universität Leipzig
Verantwortlich: Peer Pasternack
Redaktion: Sonja Brentjes, André Debüser, Frank Geißler, Monika Gibas, Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener, Dirk Siebert

---

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig, Hausanschrift: Augustusplatz 11, 04109 Leipzig, Tel. (0171) 614 61 64, (0341) 97 37 850, Fax (0341) 97 37 859. E-Mail: hso @ stura.uni-leipzig.d400.de
*hso* erscheint zweimonatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von September bis August.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 13,50 zzgl. Versand. Jahresabonnement (6 Ausgaben) DM 80,-. PrivatabonnentInnen DM 39,-. Nichtverdienende DM 28,- (Abo-Gebühren incl. DM 9,- Versandkosten).
Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.
Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.
Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck + Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.
Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.
ISSN 0944-7989

# INHALT


**Editorial** ..... 7

**THEMA I: Kirche & Hochschule, Theologie & Politik - Teil 1**

*Christoph Kähler:*
Theologie als wissenschaftlicher Austausch unter den Bedingungen der DDR ..... 9
*Heinz Blauert:*
Kirchliche Publizistik in der DDR: „Die Zeichen der Zeit" ..... 20
*Dietmar Linke:*
Existenzweisen institutionalisierter Theologie in der DDR. Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflußnahme auf die Theologische Fakultät Berlin ..... 26
*Irene Klank:*
Erfahrungen mit der Institutionalisierung feministischer Theologie in Berlin ..... 40
*Konrad Feiereis:*
Katholische Theologie in der DDR - Chance, Grenze, Selbstverständnis ..... 46
*Peter-Paul Straube:*
Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines außeruniversitären Studium generale ..... 57

**THEMA Ia: Singularitäten 5. Folge**

*Baldur Ed. Pfeifer:*
Die Theologische Hochschule Friedensau. Eine freikirchliche Hochschule ..... 65

**FORUM**

*Karl Lewin & Ulrich Heublein:*
Zwischen NC und der Suche nach guten Studienbedingungen. Studienanfänger zwischen Ost- und Westdeutschland ..... 71
*Georg Schuppener:*
Begabungsförderung bei Schülern im Bereich Mathematik ..... 91

**REAKTIONEN**

*Ralf Preuß:*
Der Umgang mit politisch Andersdenkenden in Ost und West. Zu R. Eckerts Gegendarstellung (*hso* 1/95) zu meinem Beitrag in *hso* 5/94 ..... 104
*Ulrich van der Heyden:*
Fragen eines Dritten als Reaktion auf den Disput von R. Eckert und R. Preuß ... 106

**BERICHTE**

Unterschiedliche Entwicklung der Habilitationen 1993 in den alten und neuen Ländern *(Statist. Bundesamt)* ..... 109





Wissenschaftsrat votiert gegen Heiligendamm *(Kultusministerium MV)* ..... 110
Wissenschaftsrat stimmt Ausbau- und Strukturplanung der Med. Fakultäten in Halle und Magdeburg zu *(Wissenschaftsrat)* ..... 110
Eine angeschlagene These. Bemerkungen zu einer Ringvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin *(Jaqueline Karl)* ..... 111
HUB: Bericht über die Arbeit des Ehrenausschusses *(Bert Flemming)* ..... 116
HUB: Der Ehrenausschuß als Mittel der Vergangenheitsbewältigung? *(UnAufgefordert)* ..... 121
HUB: Über Chancengleichheit *(Karla Schmidt)* ..... 123
Magdeburg: Bericht des Rektors vor dem Konzil *(I. Perl & W. Rieß)* ..... 125
MPG gründet MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften in Leipzig *(Michael Globig)* ..... 127
MPG gründet MPI für chemische Physik fester Stoffe in Dresden *(Michael Globig)* ..... 129
Thüringen: CDU stellt nach sechs Monaten Regierungszeit den Koalitionsvertrag in Frage! SPD hilft dabei? *(Guru)* ..... 130
Thüringen on air. Der Oldie: hsf-studentenradio der TU Ilmenau sendet seit 1950 *(Kathrin Lichtenberg)* ..... 132

**DOKUMENTATION**

Universität Rostock: Zum Verfahren bei Neu- und Wiedereinstellungen ..... 135
Senat der Universität Rostock: Für den Erhalt der Zahnmedizin und der prophylaktischen Fächer ..... 137
Einsparungen an der Humboldt-Universität zu Berlin ..... 139
FSU Jena: Kein statischer Zustand. Gespräch über den Hochschulentwicklungsplan mit Rektor Georg Machnik ..... 141
PH Erfurt-Mühlhausen: Hochschulentwicklungsplan ..... 144

**PROJEKT**

„Beratung - Innovation - Training", ein Kooperationsprojekt zwischen der Frauenbeauftragten der FHTW Berlin und dem Frauenpunkt Courage e.V. Berlin-Hohenschönhausen ..... 147

**STIPENDIUM** ..... 150

**GELESEN**

K. Hafez: Orientwissenschaft in der DDR *(Ulrich van der Heyden)* ..... 151
P. Jacobs/ W. Prast: "Ilmenau soll leben..." *(Klaus Römer)* ..... 155

**PUBLIKATIONEN** ..... 160

**ZUM SCHLUSS** ..... 164

"... Durch die Tiefe meiner Reue habe ich mir die Gunst meiner Oberen so weit erhalten können, daß mir in bescheidenem Umfang wissenschaftliche Studien unter geistlicher Kontrolle gestattet werden konnten.
(B. Brecht, Leben des Galilei)"

Einleitung der Einladung zu einer Tagung des Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.

# Editorial

Zweimal bereits hat *hochschule ost* dem Koordinatengefüge *Hochschulen - Kirchen - Theologie - Politik in der DDR* Themenschwerpunkte gewidmet. Im Mai-Heft 1992 ging es um die von evangelischen Landeskirchen unterhaltenen „Kirchlichen Hochschulen zwischen Nische und Fusion". Sie - in der DDR akademische Nischen - hatten zunächst 1990 institutionelle Aufwertung zu staatlich anerkannten Hochschulen erfahren. 1992 standen sie vor der Auflösung (Naumburg) bzw. Fusionen mit Theologischen Fakultäten (Berlin und Leipzig). Im Februar 1993 waren die „Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel" Gegenstand der Betrachtung. Es interessierte, welche Rolle die Studentengemeinden - auch sie Nischen im akademischen Raum der DDR - für sich bestimmt und wahrgenommen hatten, und inwieweit sie nunmehr vor einem Funktionswandel stünden.

Systematische Forschungsunternehmungen zum Verhältnis von Hochschule und Kirchen wie zur akademischen Theologie in der DDR blieben bislang überschaubar. Sonstige literarische Bemühungen um die Vermessung des genannten Koordinatengefüges sind, vor allem für Außenstehende, unübersichtlich verstreut. In größeren Publikationen erfährt unser Thema bislang nur als abgeleiteter institutionengeschichtlicher Spezialfall des Verhältnisses von Staat und Kirchen in der DDR Behandlung.

Dabei dürfte zumindest die Existenz und Entwicklung von akademischer Theologie - u.a. an staatlich finanzierten Universitäten - in einer, bei aller (widersprüchlichen) Aufweichung in ihren letzten Jahren, sich als atheistischer Weltanschauungsstaat verstehenden DDR breiteres Interesse auch über die theologisch-kirchliche Fachöffentlichkeit hinaus erwecken. Zudem hat das wissenschaftspolitisch interessierte Publikum nicht zuletzt aufgrund der zentralen Stellung von Theologen im ostdeutschen Wissenschaftsumbau ein berechtigtes Aufklärungsbedürfnis über die Geschichte der Herkunftsdisziplin. Hinreichende Gründe also, das Thema erneut aufzugreifen.

Beteiligte, Außenstehende wie forschend damit Befaßte sind um Darstellungen zu verschiedenen Einzelproblemen gebeten worden. Artikel wurden angefragt zur Institutionengeschichte der Theologischen Fakultäten - als

Sektionen Theologie - in der DDR, zur Kontextgebundenheit der dort betriebenen Theologie(n), zu deren Kommunikationsstrukturen, zur Außenwahrnehmung der akademischen Disziplin und zur Debatte über all dies nach dem Ende der DDR, zu feministischer Theologie, zu neueren zeitgeschichtlichen Forschungsergebnissen über die Existenzweisen der Studentengemeinden sowie, nicht zuletzt, zu Theologie und kirchlichen Hochschulen außerhalb der evangelischen Kirchen.

Die daraufhin entstandenen Beiträge beschränken sich vielfach nicht auf reine erinnernde Narration oder analytische Beschreibung des Gewesenen. Sie greifen naturgemäß oftmals in ihren Darstellungen implizit oder explizit auf die Zeit nach 1989 aus: Denn sie verhandeln das Thema vor dem Hintergrund und im Kontext anderer - korrespondierender - öffentlicher Debatten. Fortgesetzt wird der Abdruck dieser Artikel im übernächsten Heft.

*p.p.*

# THEMA I: Kirche & Hochschule, Theologie & Politik - Teil 1

**Christoph Kähler (Leipzig):**

## Theologie als wissenschaftlicher Austausch unter den Bedingungen der DDR

1. Theologie in der DDR zu treiben, war für die meisten Zeitgenossen und Mitbürger eine höchst exotische Angelegenheit, blieb aber noch so weit im allgemeinen Bewußtsein, daß der trampende Student auf der Landstraße persönlich und politisch sehr offener Gespräche sicher sein konnte.[1] Ungewiß war allerdings der Bekanntheitsgrad der Aufgabe, mit der sich wissenschaftliche Theologie beschäftigt. Daß es dabei nicht um ein schlichtes Training von Kenntnissen und Fertigkeiten für das Pfarramt geht, auch nicht um eine einfache Apologie gegen Angriffe und Anfeindungen, sondern im Kern um die selbstkritische Prüfung, ob Kirche(n) bzw. Christen noch bei ihrem Ansatz bleiben, das war in der Regel kaum bekannt. [2] Regelmäßig konnte man Verwunderung mit der Schilderung erwecken, daß seit Beginn historisch-kritischer Arbeit vor über zweihundert Jahren nahezu ausnahmslos alle kritischen Theorien über den Ursprung und die Geschichte der Kirchen zunächst innertheologisch entwickelt und dann erst - sofern passend - von der antikirchlichen bzw. -religiösen Propaganda übernommen wurden.

Nun ist aber die Frage, wie in einem insgesamt ideologisch antikirchlich ausgerichteten System wie dem der DDR eine solche kritische Selbstprüfung aussehen, gestaltet und als wissenschaftliches Gespräch unter der Devise „de omnibus dubitandum" [3] in Gang gehalten werden konnte. Immerhin kamen die Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieses Unternehmens nicht nur von Marxisten und unabhängigen Geistern, die die Konfessionsbindung der Theologie für einen Beweis von Unwissenschaftlichkeit ansahen, sondern auch aus einigen christlichen Gemeinden, die den methodischen

Selbstzweifel für Selbstzerstörung des Glaubens hielten.

Zwar wird es einer noch ausstehenden Kirchengeschichte der DDR vorbehalten bleiben, diesen Fragen auch an einzelnen Themen und Diskussionen nachzugehen. Doch soll mit diesem Bericht ein erster, korrektur- und verbesserungsbedürftiger Versuch gemacht werden, über das selbstbestimmte und selbstorganisierte Gespräch wissenschaftlicher Theologen zu berichten, das in der DDR denn doch auch möglich war, ja dem nachträglichen Blick eine erstaunliche Vielfalt bietet. [4]

Die Schwierigkeiten eines solchen Berichts ergeben sich aus ganz verschiedenen Gründen:

- Allgemein stellt der sehr geringe Abstand zu der Geschichte, die hier ins Auge gefaßt wird, ein Handicap dar.
- Weiter machen die zur Verfügung stehenden Papiere und Akten nur einen Bruchteil dessen aus, was hier zu berücksichtigen wäre. [5] Zwar darf man fragen, was das für ein wissenschaftliches Gespräch war, das zu seiner Dokumentation Akten benötigt, wo doch zum Charakter der Wissenschaft grundsätzlich die Öffentlichkeit der Disputation und die Zugänglichkeit der Forschungsergebnisse gehören. Doch ein Charakteristikum der halblegalen kirchlichen bzw. theologischen Öffentlichkeit waren die Vervielfältigungen (graue Literatur), in denen die spannenderen und ideologisch brisanteren Themen traktiert wurden, die keine Chance zur Veröffentlichung hatten. [6]
- Probleme bereitet in Darstellung und Aufnahme auch, daß die Verhältnisse sich sowohl in den verschiedenen Perioden der SBZ/DDR-Geschichte als auch von Fach zu Fach erheblich wandelten oder unterschieden.
- Schließlich scheint mir in einer ersten Bewertung dieses Beobachtungsfeldes eher die Fülle der Aktivitäten als der Mangel, eher die individuelle Freiheit als die hierarchische Beauftragung charakteristisch zu sein. Insofern wird es nicht ganz ohne Vereinfachungen abgehen, die späterer Ergänzung bedürfen bzw. einer Differenzierung weichen mögen.

Die Materialbasis dieses Essays stellen eine Umfrage unter den Kollegen der eigenen Fakultät, eine eigene Sammlung von Vervielfältigungen (grauer Literatur) und überprüfungsbedürftige Erinnerungen eines Beteiligten dar. Das Ziel des Folgenden kann kaum mehr sein, als Erinnerung festzuhalten.

2. Die Variation theologischer Ansätze in der DDR wurde durch mehrere Faktoren gefördert. [7] So gab es föderale kirchliche Strukturen durch die ganze Geschichte der DDR hindurch, die wir nunmehr als Neubundesbürger im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich auch außerhalb der Theologie als Chance und Last erleben. Über Jahrhunderte gewachsen existierten acht evangelische Landeskirchen [8], die im wesentlichen voneinander unabhängig waren. Diese Kirchen gehörten zu zwei verschiedenen Kirchenbünden, zur Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (seit 1969: in der DDR: VELK/DDR) bzw. zur Evangelischen Kirche der Union (EKU) - Bereich DDR. Beide Gruppierungen waren insofern auch theologisch und kirchenpolitisch nicht ohne Bedeutung, als in den unierten Kirchen aus der Tradition der Bekennenden Kirche und der Theologie Karl Barths heraus unbefangener ethische und politische Konsequenzen für kirchliches Handeln gezogen werden konnten [9], während die lutherischen Kirchen an sich von einer spürbaren Zurückhaltung in politischen Stellungnahmen geprägt waren.[10] Verbunden waren die acht evangelischen Kirchen in der SBZ/DDR zunächst nur über die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), während sie sich selbst nur in einem Beratungskreis der Kirchenleitungen zusammengeschlossen hatten. Erst mit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1969 (BEK) erfolgte eine organisatorische Trennung von den westdeutschen Gliedkirchen der EKD und eine gemeinsame synodale (parlamentarische) und kirchenleitende Willensbildung. [11]

Dafür standen als Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen die sechs alten theologischen Fakultäten an den klassischen Universitäten auf dem Gebiet der DDR zur Verfügung [12], deren Bestand zwar immer wieder einmal angefragt war [13], die sich aber bis 1989 halten konnten.

In einem differenzierten Verhältnis von Konkurrenz und Kooperation mit ihnen befanden sich drei Kirchliche Hochschulen, die zwischen 1949 und 1964 aus Vorformen entstanden. Sie stellten sowohl für Studierende wie Dozenten einen vor politischem Zugriff relativ geschützten Raum dar.[14] Allerdings bot diese Doppelstruktur, wie jetzt im einzelnen nachweisbar ist, eine Argumentationsbasis für die Fakultäten bzw. Sektionen, um sich mit Hinweis auf die sonst gefährlich steigende Attraktivität der innerkirchlichen Ausbildung vor manchen Zumutungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen zu schützen bzw. an anderen Fakultäten kaum erreichbare Freiheiten zu bewahren. Die Kirchlichen Hochschulen litten allerdings unter der fehlenden akademisch-rechtlichen Anerkennung, mußten ihre Promovenden also entweder einem Verfahren unterziehen, ohne einen entsprechenden Titel verleihen zu können [15], oder der Kandidat suchte seine Arbeit an einer Sektion Theologie unterzubringen.

Dieser Zustand führte am Ende der achtziger Jahre zur Gründung eines Theologischen Forschungsrates beim Bund der Ev. Kirchen, mit dem längerfristig eine Verleihung dieser Grade angestrebt wurde. Seine Mitglieder setzten sich etwa paritätisch aus Professoren und Dozenten der Fakultäten und der Kirchlichen Hochschulen zusammen. Wirksam wurde der Forschungsrat m.W. nicht.

Zu Differenzierungen führten nun aber auch die einzelnen theologischen Schulen, aus denen die Fachvertreter an den Fakultäten und Kirchlichen Hochschulen stammten. Zwar glättete der gemeinsame Kampf um eine Behauptung gegen die zunehmende und geförderte Entkirchlichung manche Schärfen und Kanten, aber die Ansätze der theologischen Argumentation blieben durchaus verschieden.

Endlich unterschieden sich die klassischen Fächer [16] untereinander objektiv durch ihre wirkliche oder angebliche

Entfernung zu politisch unerwünschten Themen und subjektiv durch die unterschiedliche Verflechtung ihrer Vertreter mit dem herrschenden Regime. Während die historischen Disziplinen Altes Testament, Neues Testament und Alte Kirchengeschichte kaum revisionistischer oder anderer konterrevolutionärer Umtriebe beschuldigt werden konnten [17], also ziemlich unbehelligt blieben, erlebten Gebiete und Fächer von der Reformationsgeschichte an über die Systematische Theologie, die sich in besonderer Weise mit neuzeitlicher Philosophie zu befassen hat, bis zur Praktischen Theologie mit ihren Berührungen etwa zur Psychologie und Soziologie ein größeres Maß an marxistisch-leninistischem Mißtrauen und staatlicher Kontrolle. Nicht zu Unrecht vermuteten die Gralshüter ideologischer Unbedenklichkeiten, daß hier Einfallstore für westliche „Infiltration" geöffnet wurden oder blieben.

3. Der genuine Ort wissenschaftlicher Arbeit und des - schriftlich vermittelten - Gesprächs blieb wie in den meisten anderen Geisteswissenschaften der heimische Schreibtisch und die dort stattfindende Auseinandersetzung mit den Quellen einerseits und den Fragen und Herausforderungen der Zeit andererseits. Produkte dieser Auseinandersetzung auf den Markt der Publikationen zu bringen, sofern sie nicht lediglich für das Katheder oder die Kanzel bestimmt waren, hatte die bekannten DDR-Schwierigkeiten: Lange Zeiten bis zum Erscheinen von Monographien und Aufsätzen, knappe Papierkontingente sowie die ideologiegeleitete Zensur durch die Hauptverwaltung Verlage des Ministeriums für Kultur.

Dabei mußten sich die beiden konfessionellen Verlage, Evangelische Verlagsanstalt in Berlin und St.Benno-Verlag GmbH in Leipzig, bei der Buchproduktion vor allem auf Lehrbücher im weiteren Sinn konzentrieren. Dissertationen an den evangelisch-theologischen Fakultäten blieben weithin ungedruckt oder wurden wenigstens z.T. in der Bundesrepublik verlegt. [18] Immerhin blieb eine Reihe für wissenschaftliche Monographien an der Evang. Verlangsanstalt erhalten, während die eine akademische Ausbildungsstätte der katholischen Kirche in der DDR, das Philosophisch-Theologische Studium in Verbindung mit dem Priesterseminar in Erfurt, von Anfang an Wert darauf legte, daß sämtliche dortigen Qualifikationsarbeiten in Leipzig zum Druck kamen. [19]

So war es ein Glücksfall, daß ein international bedeutendes Rezensionsorgan in Leipzig zur Verfügung stand, die von Emil Schürer und Adolf von Harnack 1876 begründete und seit 1947 wieder monatlich erscheinende *Theologische Literaturzeitung*. Diese ermöglichte in der Abgeschlossenheit der DDR einen weiten Blick in die aktuelle theologische Produktion vor allem des deutschen Sprachraums, während sie die Publikation von Aufsätzen nur sehr punktuell fördern konnte. Am Beispiel dieser Zeitschrift konnte Bräuer exemplarisch den zähen Kampf um politischen Einfluß zwischen den verschiedenen Partei- und Staatsinstanzen einerseits sowie den Vertretern der Evangelischen Verlagsanstalt und ihren kirchlichen Träger andererseits darstellen. [20] Für die weitere theologische Öffentlichkeit, d.h. „für Mitarbeiter der Kirche", waren die monatlich erscheinenden *„Die Zeichen der Zeit"* bestimmt, in der sich auch Debatten um künftige Entwicklungen und Aufgaben der Kirche in der DDR fanden, die natürlich nur mit gewisser Vorsicht ausgetragen werden konnten. Diese nicht eben vielfältige Zeitschriftenlandschaft wurde erweitert durch Publikationsorgane von Theologen, die der CDU angehörten oder ihr nahestanden. [21] Neben ihnen etablierte sich ein kämpferisches Periodikum einiger Berliner Fakultätstheologen, *„Weißenseer Blätter"*, die die CDU der DDR und ihren christlichen Zugang zum Sozialismus für revisionistisch hielten.

Ein Desiderat war und blieb jedoch eine Zeitschrift für wissenschaftliche Aufsätze. Erst spät wurde mit viel Mühe eine Art Jahrbuch unter dem Titel „Theologische Versuche" etabliert, dessen Abstände [22] und dessen Produktionsfristen [23] allerdings eine kontinuierliche und kontroverse Diskussion über brennende Fragen kaum zuließ. Da war das im katholischen St.Benno-Verlag in Leipzig herausgegebene „Theologische Jahrbuch" schneller und durch seine Konzentration auf wichtige Themen informativer. Allerdings diente es im wesentlichen als ein „reader" für den Wiederabdruck ausländischer und westdeutscher markanter Aufsätze, beförderte also eher die Rezeption als die Diskussion.

4. Die wichtigste Form für den fachlichen Austausch bildeten, da eine wissenschaftliche Gesellschaft fehlte bzw. als der Deutsche Evangelische Theologentag von DDR-Seite her nicht mehr besucht werden durfte, Arbeitsgemeinschaften der Vertreter der klassischen Disziplinen. Diese disziplinbezogenen Treffen von Fachwissenschaftlern, die zwar institutionell gestützt waren, aber der persönlichen Initiative bedurften, gab es in einer gewissen Doppelstruktur:

(1) Zum einen sammelten sich die Kollegen in vier von fünf Fächern zumeist jährlich zu DDR-weiten Tagungen, wobei die Herkunft aus den kirchlichen Seminaren bzw. von den Fakultäten kaum eine Rolle spielte [24] und die katholischen Kollegen aus Erfurt selbstverständlich teilnahmen.

Die „unrühmliche" Ausnahme bildete die Systematische Theologie. Dafür gab es m.W. einen persönlichen und einen fachlichen Grund. In der Sache mußte durch die Systematische Theologie die apologetische Auseinandersetzung u.a. mit dem Marxismus erfolgen, insofern war dieses Fach besonders gefordert und - durch die staatlichen Autoritäten beargwöhnt. Zum anderen machte sich für die Fachvertreter eine Distanz zu dem einflußreichen Berliner Ordinarius Hanfried Müller nötig, weil dessen Nähe zur SED und sein Zugang zum Apparat des ZK kein Geheimnis blieb. Eine offene Diskussion mit ihm hätte nicht allein die Kraft der Argumente auf die Probe gestellt, sondern auch die des hinter ihm stehenden Partei-Apparates.

Etwas anders war die Lage im Fach Kirchengeschichte, wo es keine Konferenz aller Fachvertreter gab. Dort bilde-

ten die traditionell gut vertretenen Reformationshistoriker seit 1970 einen „Theologischen Arbeitskreis für Reformationsgeschichtliche Forschung" (TARF), der von der Evangelischen Kirche der Union finanziert wurde. Er pflegte durch Einladungen von Kollegen aus der Bundesrepublik und aus dem westlichen wie östlichen Ausland den wissenschaftlichen Kontakt in diesem Spezialgebiet, förderte eine Reihe von wichtigen Pubikationsvorhaben und konnte die angestrebte marxistische Umgestaltung der Luther-Halle in Wittenberg verhindern.

Bemerkenswert bleibt, daß jedes dieser Treffen anscheinend eine eigene Atmosphäre und einen eigenen Arbeitsstil entwickelte. So waren einige, wie die Alttestamentliche Arbeitsgemeinschaft (ATAG) durch ein straffes Vortragsprogramm geprägt, in das auch Promotions- und Habilitationsprojekte einbezogen wurden, während die Lutherforscher im TARF mehr Wert auf Studium und Diskussion der Quellentexte legten. Eine Übersicht über Forschungsergebnisse und Publikationen von Aufsätzen ermöglichte auf diesem Gebiet das Lutherjahrbuch, das seit 1957 im Auftrag der Luther-Gesellschaft (Sitz Hamburg) vom Leipziger Kirchengeschichtlichen Institut herausgegeben wurde. Auf dem Weg der Rezensionsexemplare wie dem der - reichlich ausgeweiteten - „Belegexemplare" blieb hier so der Arbeitskontakt zwischen den deutschen Reformationshistorikern in einem erstaunlichen Maß erhalten. Auch die in Weimar publizierte historisch-kritische Lutherausgabe wurde von einer gemeinsamen Kommission verantwortet, deren Präsident ein westdeutscher Kollege war, zu deren Mitgliedern aber immer Fachvertreter aus dem Osten zählten.

Nur in einer Disziplin wurde das eher informelle Treffen auf DDR-konformere Weise durch „Internationale Fachkonferenzen für Praktische Theologie" ersetzt, die damit natürlich auch den üblichen Planungs- und Genehmigungmechanismen unterlagen.

Verschieden waren offensichtlich auch die Verabredungen für gemeinsame Publikationen. Die Skala reicht von gemeinsamen Aufsatzbänden der ATAG, über die Verteilung von „Hausaufgaben" für eine eigene Lehrbuchreihe im Fach Neues Testament bis zu dem vollständig vorliegenden Projekt eines Handbuchs für Praktische Theologie [25], dem sich noch ein Handbuch der Seelsorge anschloß.[26]

(2) Zum zweiten gab es gleichfalls jährlich eine meist etwas kleiner gehaltene und nur durch persönliche Einladungen zugängliche Fachtagung für jede Disziplin (also auch die Systematische Theologie) in den Räumen des sogenannten Sprachenkonviktes (der späteren Kirchlichen Hochschule in [Ost]Berlin), das in der Nähe des Grenzüberganges Friedrichstraße lag. Dort traf eine über die Jahre hin relativ stabile Gruppe von westlichen Wissenschaftlern, die an diesem fachlichen Austausch mit Kollegen aus dem Osten interessiert waren, mit einem ausgewählten Kreis einheimischer Theologen zusammen. Diese Treffen wurden von den Fachgruppen der in Westdeutschland gegründeten Wissenschaftlichen Gesellschaft für Theologie



gestützt und erhielten logistische und finanzielle Hilfe von der EKD.

Das Schicksal dieser beiden Formen von Arbeitskreisen nach 1989 ist verschieden. Während einige so nicht mehr existieren bzw. in die entsprechenden Fachgruppen der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Evangelische Theologie aufgegangen sind, hat sich nach meiner Übersicht die Mehrzahl von Gruppierungen als regional gewachsene Arbeitsgemeinschaften - z.T. durch Fachvertreter angrenzender Fakuläten des Westens erweitert - gehalten und stabilisiert.

5. Über den Rahmen der einzelnen Disziplinen und der abgehobenen akademischen Beschäftigung führten Aktivitäten hinaus, durch die Fragen bearbeitet wurden, die die Theologie als Ganze oder den Brückenschlag zu den Humanwissenschaften forderten. Sie umfaßten vielfältige Strukturen von informellen kleineren Kreisen bzw. Netzwerken bis hin zu offiziellen Gremien, die im Auftrag und zur Beratung kirchlicher Instanzen arbeiteten. Ihre Fülle böte einen eigenen Forschungsgegenstand, darum können nur Beispiele genannt werden.

Idealtypisch scheint mir einerseits der Theologische Ausschuß der Evangelischen Kirche der Union gewesen zu sein, der beachtete Stellungnahmen zu zentralen theologischen Fragen vorlegte. [27] Ihm gehörten Vertreter verschiedener Fächer sowohl aus dem Osten wie aus dem Westen an, die in Berlin (unter erschwerten Umständen) auch weit nach dem Mauerbau zusammenkamen und sich für gemeinsame Positionen engagierten. [28]

Auf den Raum der DDR beschränkt, aber mit ähnlichem kirchenoffiziellen Auftrag arbeitet bis heute der Ökumenisch-Theologische Arbeitskreis, in dem katholische und evangelische Theologen gemeinsam Fragen untersuchen, die das Verhältnis der beiden großen Kirchen betreffen, augenblicklich Konfessionsspezifika in der Wendezeit.

Einen ganz anderen Charakter hatte andererseits das von dem Pfarrer Hans Kleinschmidt begründete „Kirchliche Forschungsheim Wittenberg", das sich schon vor dem zweiten Weltkrieg der theologischen Auseinandersetzung mit moderner Naturwissenschaft zuwandte, der sich auch die Nachfolgerin Dr.rer.nat. Charlotte Boost forschend und lehrend widmete. Später allerdings beschäftigten die ethisch relevanten *Ergebnisse* der Naturwissenschaft den Kreis der dort Beteiligten unter dem neuen Leiter Pfarrer Hans-Peter Gensichen, also die Verantwortung für die Erhaltung der Umwelt. Ein Ergebnis solcher Neuorientierung war die berühmte und gefürchtete Studie „Pechblende. Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen" von Michael Beleites (1988) [29], die das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg und der Arbeitskreis „Ärzte für den Frieden - Berlin" beim Landespfarrer für Krankenseelsorge der Ev. Kirche von Berlin-Brandenburg als Herausgeber verantworteten. An dieser Arbeit eines „Laien" läßt sich gut studieren, wie die etablierte Fachwissenschaft Themen tabuisiert, verleugnet oder meidet - bis Außenseiter ein gesellschaftliches Um-

feld für das professionelle Bedenken im universitären Rahmen geschaffen haben. Erfreulicherweise geht die Arbeit dieses kirchlichen Umwelt-Instituts unvermindert weiter.

In ähnlicher Weise wandelten sich die Aufgaben, denen sich die Arbeitsgemeinschaft Soziologie und Theologie (AST) seit ihrer Gründung Anfang der fünfziger Jahre widmete. Organisatorisch von der Evangelischen Kirche der Union getragen, beschäftigte sie sich zunächst mit dem Verhältnis von Wirtschaft und Staat, um später für die dringendsten Informations- und Weiterbildungsbedürfnisse in bezug auf nichtmarxistische Soziologie und ihre Methodik zu sorgen. Die dort angeregte Verbindung theologischer und soziologischer Fragestellungen ging schließlich in die Arbeit der Studienabteilung beim Bund der Ev. Kirchen ein, die 1974 als eine Art von Forschungsstab in Berlin etabliert wurde. [30] Die dort z.B. von Erhart Neubert innerhalb der „grauen Literatur" publizierten Beobachtungen und Überlegungen thematisierten und deuteten zum ersten Mal das Phänomen der alternativen Gruppen in der DDR, das in soziologisch relevanter Form zunächst innerhalb der evangelischen Kirchen faßbar wurde. [41] Ob diese Thesen Bestand hatten und haben, wird man sicher fragen dürfen. Aber als erster die richtige Frage gestellt zu haben, ist kein geringes wissenschaftliches Verdienst.

6. Zur Sondersituation der Kirche in der DDR gehörte auch die westliche Aufmerksamkeit sowohl für die herkömmliche akademische Theologie wie für die - politisch besonders interessanten - Querdenker. [32] Sie förderte beides, das herkömmliche theologische Gespräch im deutschen Sprachraum unter Beteiligung der Ostdeutschen wie die Auseinandersetzung mit neuen „heißen" Themen Frieden, Gerechtigkeit und Umweltbewahrung. Hier hat es eine bemerkenswerte Solidarität westlicher Freunde und Kollegen gegeben, die sicher auch ihre historischen Phasen [33] und ihre institutionellen Hintergründe hatte. Auch politische Interessen lassen sich für das Medienecho auf kirchliche Verlautbarungen beschreiben. Doch gerade die kaum nachvollziehbare Vielfalt der familiären, freundschaftlichen und kollegialen Verbindungen auf eine „Verschwörung" zurückzuführen, blieb dem Stasi-Weltbild vorbehalten. Wenn die Beteiligten einmal ihre Erinnerungen aufschreiben sollten, wird es unzählbare Geschichten um mißlungene und erfolgreiche Versuche geben, die Mauer durchlässiger zu machen und neue Medien der Kommunikation zu finden.

Pars pro toto möge der Theologentag der Ev.-Theol. Fakultäten stehen, der seit 1927 die gemeinsame Arbeitstagung der habilitierten bzw. zu Dozenten und Professoren berufenen ev. Theologen darstellte. Er war bis 1960 noch gesamtdeutsch besetzt; dann aber erhob sich die Frage, wie unter den Bedingungen der Abgrenzung auch das unmittelbare wissenschaftliche Gespräch weitergepflegt werden konnte. Die Lösung entsprach einem vielfach wiederholten Muster: Als sich die ersten Lockerungen im Zusammenhang der Vertragspolitik nach 1969 abzeichneten, wurde die Bemühung der DDR um internationale Anerkennung ausgenutzt. Die Evangelisch-Theologische Fakultät in Wien lud unter maßgeblicher Mitarbeit eines aus Ostberlin stammenden Kollegen zu einem „Europäischen Theologen-Kongreß" ein. So gewann schließlich der Deutsche Theologentag - später auch abwechselnd in Zürich abgehalten - eine neue Dimension und einen neuen Namen. An neutralen Orten und unter diesem größeren Dach war eine Wiederaufnahme der gemeinsamen Dispute möglich, die schließlich auch zu zunehmenden Gastvorlesungen hinüber und herüber sowie zu gemeinsamen Projekten führten, an die in den sechziger Jahren nicht zu denken gewesen wäre.

Die Reihe der Beispiele ließe sich nicht beliebig, aber doch um einige wichtige Gesprächsforen erweitern. Sie mochten entweder in Ostberlin tagen und dort westliche Teilnehmer und Referenten erwarten; oder sie berücksichtigten als internationale Vereinigungen mit dankenswerter Selbstverständlichkeit die Umständlichkeit von DDR-Reiseplanungen.

7. Ein vorsichtiges Resümee ergibt, daß bei aller amtlichen Behinderung und Anfeindung von Theologie und Kirche in der DDR, die hier nicht nachzuzeichnen war, der theologisch-wissenschaftliche Austausch gemessen an den Bedingungen anderer Geisteswissenschaften erstaunlich vielfältig und intensiv war. Dazu trugen die Wissenschaftstraditionen ebenso wie Erfahrungen und persönliche Verbindungen aus dem Kirchenkampf des Dritten Reiches bei. Die selbstverständliche Einbindung und Versorgung durch westliche Publikationen trugen lange Zeit auch zu einem nicht unbeachtlichen Informationsvorsprung gegenüber anderen Kollegen bei. Daß ein erheblicher Teil der dazu geschaffenen oder übernommenen Foren bestehen blieb und ziemlich nahtlos in die neue deutsche Forschungslandschaft integriert werden konnte, zeigt, was eine thematische Untersuchung ebenso erweisen dürfte: Abgesehen von der Konzentration auf einige durch die Situation besonders wichtige theologische Denker wie Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer hat es eine DDR-spezifische, ausgeformte Theologie, die mit dem Jahr 1989 obsolet geworden wäre, nicht gegeben. Diese Stärke der wissenschaftlichen Theologie in der DDR war zugleich eine ihrer Schwächen. Sie hat die neuartigen Bedingungen der säkularisierten DDR-Gesellschaft auch nicht nutzen können, um auf diese Erfahrungen mit neuen Suchhypothesen und Theorien zu antworten. Was das Experiment DDR in Bezug auf Religion und Wertebewußtsein einer ganzen Bevölkerung erbracht hat und für geschichtliche Folgen haben wird, ist nach wie vor auch wissenschaftlich unaufgearbeitet.

*Christoph Kähler, Prof. Dr. theol., lehrt Neues Testament und ist Dekan der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig*

**Anmerkungen:**

[1] Alles in allem dürfte es jeweils (mit leicht sinkender Tendenz) um 5000 wissenschaftlich ausgebildete Theologen - zumeist als evangelische Pfarrer - in der DDR gegeben haben.

[2] Grundsätzlich ist die Theologie als Wissenschaft durch diesen Ansatz u.a. mit der Rechtswissenschaft und der Pädagogik vergleichbar, die ebenfalls eine Art von „verantwortender Wissenschaft" (G.Ebeling) darstellen, insofern sie sich dem Ideal der Mathematisierbarkeit sowie dem der Abstraktion vom Menschen als Subjekt grundsätzlich entziehen.

[3] Den Grundsatz des Descartes, daß an allem zu zweifeln sei, hatte auch Marx zu seinem Lieblingsmotto erklärt: MEW 31,597.

[4] Zu den Einschränkungen dieses Berichts gehört, daß der Vf. evangelischer Theologe ist und damit über die Situation der kleineren katholischen Kirche wie der der Freikirchen und religiösen Sondergemeinschaften nur begrenzt Auskunft geben kann.

[5] Eine systematische Sichtung dieser Papiere und der Archive sprengte den vorgegebenen Rahmen dieses Aufsatzes.

[6] Richard Schröder hat einige seiner Texte in dem Aufsatzband: Denken im Zwielicht. Vorträge und Aufsätze aus der Alten DDR. Tübingen 1990, veröffentlicht. Sein Vorwort (VII-XII) schildert Kontext und Entstehung solcher Papiere, die viel stärker auf mündliche Verständigung und Vergewisserung ausgerichtet waren als die - auf schriftliche Veröffentlichungen setzende - westliche Wissenschaftsbemühung.

[7] Zu den speziellen Schwierigkeiten des Berichts gesellt sich die weitere allgemeine, daß kirchliche Strukturen der DDR nur dem Insider bekannt sind, Außenstehenden jedoch wenigstens in Umrissen benannt werden sollten.

[8] Ähnlich kompliziert war die Gliederung der römisch-katholischen Kirche, die zwei eigenständige Bistümer auf dem Territorium der DDR besaß. Mit einer apostolischen Administratur wurde ein Rest des Bistums Schlesien und durch drei bischöfliche Ämter Teile westdeutscher Diözesen verwaltet. Ihnen stand allerdings mit dem „Philosophisch-theologischen Studium" in Erfurt und dem zugeordneten Priesterseminar nur eine theologische Forschungs- und Ausbildungseinrichtung zur Verfügung, was die Vielfalt vertretener Meinung naturgemäß beschränkte.

[9] Die Differenzen waren nicht unüberbrückbar, wie der Versuch einer theologischen Konsensbildung zeigt: J. Rogge/H. Zeddies (Hgg.): Kirchengemeinschaft und politische Ethik. Ergebnis eines theologischen Gespräches zum Verhältnis von Zwei-Reiche-Lehre und Lehre von der Königsherrschaft Christi. Berlin 1980

[10] Wie alle Generalisierungen, ist auch diese problematisch, weil sich zwar die obige These für die Landeskirchen in Sachsen und Mecklenburg belegen, aber für die in Thüringen nur sehr modifiziert halten läßt. Dort gab es mindestens unter Bischof Moritz Mitzenheim (1891-1977) weniger theologische Bedenken zu politischen Stellungnahmen

[11] Vgl. R. Mau: Eingebunden in den Realsozialismus? Die Evangelische Kirche als Problem der SED. Göttingen 1994; D. Pollack: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evnagelischen Kirchen in der DDR. Stuttgart 1994

[12] In der Reihenfolge der Gründungen: Leipzig (1409); Rostock (1419), Greifswald (1456), Wittenberg-Halle (1502/1694), Jena (1548), Berlin (1810).

[13] Für Leipzig galt das in der Krise um die Sprengung der Universitätskirche 1968 in besonderem Maß. Insgesamt gab es vor allem in den Anfängen der SBZ und der DDR Überlegungen, die theologischen Fakultäten und die Kirchlichen Hochschulen in einer großen universitätsfernen theologischen Akademie aufgehen zu lassen. Vgl. dazu B. Hildebrandt: „Wir alle mußten Kompromisse schließen". Integrationsprobleme theologischer Fakultäten an staatlichen Universitäten der DDR, in: T. Rendtorff (Hg.), Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR: Ekklesiologische Voraussetzungen, politischer Kontext, theologische und historische Kriterien (AKZG.B 20) Göttingen 1993, 121-144, 124f.

[14] Vgl. C. Kähler: Kirchliche Hochschulen in der DDR, *hochschule ost* (1) 1992 H.5,3-9



[15] Erst nach 1990 wurde dieser Zustand nachträglich behoben.

[16] Als Fächerkanon gilt zumindest für die evangelische Theologie: Altes Testament, Neues Testament, Kirchengeschichte, Systematische Theologie (Dogmatik), Praktische Theologie. Dazu kommen Spezialfächer wie Religionspädagogik, Kirchenrecht, Ökumenik, Christliche Archäologie und Kunst u.a. Disziplinen, die unter den Bedingungen der DDR zu einem Schattendasein verurteilt waren. Lediglich die Ökumenik wurde aus politischen Gründen (Anerkennung der DDR!) durch mehrere zusätzliche Professuren gefördert.

[17] Unmöglich war das nicht, wie S. Bräuer, „...daß die Zeitschrift eine positivere Tendenz erhält", *ThLZ* 119 (1994) 577-600, 577f, für ein Manuskript über Epochen karolingischer Theologie zeigt.

[18] Schwierigkeiten bei einer Westpublikation konnten u.U. durch Universitätsstellen entstehen.

[19] Die Reihe Erfurter Theologische Studien belegte seit dem ersten Band von 1956 diesen Standard. - Den akademischen Titel allerdings verlieh die päpstliche Universität Gregoriana, da das Philosophisch-Theologische Studium staatlich zwar geduldet, aber nicht akademisch-rechtlich anerkannt war.

[20] Vgl. dazu oben Bräuer, a.a.O.

[21] *„Glaube und Gewissen. Eine protestantische Monatsschrift"* 1968-1973; *„Standpunkt. Evangelische Monatsschrift"* 1973-1990

[22] Band I 1966; II 1970; III 1971; IV 1972; V 1975 (!) usw.

[23] Die Differenzen zwischen dem notierten Abschluß der Manuskripte und Erscheinen der Bände betrugen in der Regel vier bis fünf Jahre.

[24] Da die meisten Dozenten der kirchlichen Hochschulen an den Fakultäten studiert, promoviert und sich z.T. habilitiert hatten, verbanden sie enge fachliche und persönliche Kontakte zu den Universitätsprofessoren - und umgekehrt waren die Lehrer dort froh, daß ihre Schüler trotz politischer Schwierigkeiten akademisch lehrten.

[25] Bd. I Berlin 1975; II 1974; III 1978;

[26] Berlin 1983.

[27] Vgl. u.a. F. Viering (Hg.): Zum Verständnis des Todes Jesu. Stellungnahme des Theologischen Ausschusses und Beschluß der Synode der Evangelischen Kirche der Union. Gütersloh 1968

[28] Diesen Aktivitäten läßt sich etwa die Arbeit des Studienausschusses des Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes in der DDR an die Seite stellen, der etwa die Studie „Ökumene am Ort. Analysen - Impulse - Perspektiven" (Berlin, Masch. 1984) über das Verhältnis von katholischer und evangelischer Kirche erarbeitete, die in Methodik und Ergebnissen vorbildlich war.

[29] Vgl. dazu M. Beleites: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz. Berlin ²1992, 97-101.

[30] R. Schröder, Denken im Zwielicht IXff., beschreibt, wie eine weitere Einrichtung, in der wissenschaftlich fundierte Apologetik gepflegt wurde, das später aufgelöste Johann-Gerhard-Institut für Weltanschauungsfragen, mit seinem Theologisch-Philosophischen Studienkreis zur Keimzelle eines freieren Vordenkens wurde. Besagter Studienkreis war ebenfalls organisatorisch der Studienabteilung beim BEK zugeordnet.

[31] Vgl. E. Neubert: Reproduktion von Religion in der DDR-Gesellschaft. Ein Beitrag zum Problem der sozialisierenden Gruppen und ihrer Zuordnung zu den Kirchen. Theologische Studienabteilung beim Bund der Ev. Kirchen in der DDR A Gemeinde Bd. 6, März 1986 (Masch.) = epd Dokumentation Nr. 35/36 vom 25.8.1986

[32] Sogar eine eigene - nunmehr nicht fortgesetzte - Zeitschrift *„kirche im sozialismus"* der [West]Berliner Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Publizistik war dem Zweck gewidmet, relevante Überlegungen im Westen - und über diesen Umweg auch im Osten - publik zu machen.

[33] Für die Generation der vor und um 1920 Geborenen war die westliche Hilfestellung vielfach durch den gemeinsamen kirchlichen, familiären oder freundschaftlichen Hintergrund über die künstliche Grenze hinweg selbstverständlich. Darum fand es auch in den fünfziger und sechziger Jahren großzügige institutionelle Formen, durch die Kirchen und Theologen in der DDR in einer mehrfach bevorzugten Lage waren.

**Heinz Blauert (Berlin):**

# Kirchliche Publizistik in der DDR: „Die Zeichen der Zeit"

## 1. Der Auftrag

Die Publikationstätigkeit der evangelischen Kirche in der DDR wurde einerseits von den einzelnen Landeskirchen verantwortet, die für ihren Bereich Wochenzeitungen herausgaben, andererseits von der Evangelischen Verlagsanstalt, die drei Organe veröffentlichte: die „Theologische Literaturzeitung" (gegr. 1876), die „Christenlehre" für die kirchliche Unterweisung, sowie allgemein für kirchliche Mitarbeiter „Die Zeichen der Zeit" (ZdZ).

Letztere verdankt ihre Gründung vor allem der Initiative von Gerhard Brennekke, damals Studentenpfarrer im Reisedienst, später Direktor der Berliner Missionsgesellschaft. Die Lizenzurkunde der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland trägt das Datum vom 12. Dezember 1946. Sie gilt für eine Monatsschrift von 40 Seiten ab 1.1. 1947 in einer Auflage von 10000 Exemplaren - eine Auflagenhöhe, die durch die Jahre nicht ganz gehalten werden konnte. In seinem 'Wort zum Beginn" beschreibt Gerhard Brennecke den Auftrag der Zeitschrift: Sie werde „eine doppelte Aufgabe zu erfüllen haben...: einmal die der inneren Stärkung der Gemeinde, und zum anderen die des Gesprächs mit der Welt, das letztlich nur Zeugnis zu sein vermag." Dieser Beginn wußte sich theologisch der Tradition der „Bekennenden Kirche" verpflichtet.[1]

In einem Kommentar „An der Schwelle zum fünften Jahrzehnt" habe ich die Aufgabe von ZdZ nach vier Richtungen umrissen [2]:

1. die biblisch-theologischen Fragestellungen. „Soll die Minderheitssituation nicht zur Gettoisierung führen, wird die Rechenschaft über unseren Glauben mehr und mehr zur Alltagswirklichkeit der Gemeinden gehören. Angesichts des geschichtlichen Wandels bedarf aber antwortendender und verantwortender Glaube theologischer Reflexion."

2. die Fragen nach Existenz und Praxis der Gemeinde - „nach einer glaubwürdigen und missionarischen Existenz sowie einer gewinnenden und aufbauenden Praxis". Als „Kommunikationsorgan" sollten „Die Zeichen der Zeit" „der notwendigen Verbindung der in der Zerstreuung lebenden Gemeinden und ihrer Glieder dienen".



3. die Frage nach unserem gesellschaftlichen Standort. In der Freiheit des Glaubens galt es, „in Solidarität und Kritik" in der Zeitschrift „Gnade und Anspruch Gottes im Blick auf die christliche Existenz in der sozialistischen Gesellschaft, ja im Blick auf diese selbst zur Sprache zu bringen".

4. die ökumenischen Fragen. Die Ökumene erweist uns „den unverzichtbaren Dienst, daß die großen Herausforderungen, vor die sich die Kirchen mit allen Menschen in der Welt gestellt sehen, unsere eigenen Probleme heilsam relativieren".

Diese Aufgabenbeschreibung schließt mit den Sätzen: „Die vier Markierungen unserer Aufgabe, wie wir diese an der Schwelle des fünften Jahrzehnts vor Augen haben, lassen sich auch als Grund, Gestalt, Ort und Horizont unserer christlichen und kirchlichen Existenz verstehen. Ihr in den genannten vier Dimensionen zur Klarheit und Gewißheit zu helfen, ist Ziel der Arbeit an unserer Zeitschrift."

## 2. Das Presseamt

Das gesamte Pressewesen der DDR wurde vom Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrats der DDR gesteuert (ab 1961). [3] Jedes ausgedruckte Heft mußte in doppelter Ausfertigung beim Presseamt vorgelegt werden. Erst nach vorgenommener Überprüfung durfte die jeweilige Auflage ausgeliefert werden, was des öfteren eine erhebliche Verzögerung mit sich brachte.

Das Presseamt legte äußersten Wert darauf festzustellen, daß es sich bei dieser Prozedur offiziell nicht etwa um „Pressezensur" mit anschließender „Freigabe" handelte. Wenn es Beanstandungen gab, wurde der Chefredakteur zu einem „Gespräch" in das Presseamt bestellt. Dabei war das Gewicht der zu erwartenden Beanstandungen aus dem einladenden Gesprächspartner zu erschließen, dem Leiter des Presseamtes oder dem zuständigen Abteilungsleiter. Das Ziel solcher Gespräche war entweder eine Art Belehrung, bzw. Verwarnung oder praktisch das Verbot des Heftes, das heißt im Sinne des Presseamtes, den Chefredakteur zu der Einsicht zu bringen, das Heft „zurückzuziehen" (so der offizielle Vermerk: „Chefredakteur zieht aus besserer Einsicht zurück"' [4]). In diesem Fall mußte das Heft so schnell wie möglich neu erstellt und gedruckt werden. Dabei verursachte eine erneute Zuweisung des Papierkontingents gelegentlich Probleme, so daß der Verlag aus dem bereits erhaltenem Kontingent das Papier zur Verfügung stellen mußte. Die vermehrten Kosten waren natürlich ohnedies vom Verlag zu tragen, der bei einem Heftpreis von 1,33 Mark überhaupt die Zeitschrift ständig subventionieren mußte.

Die Versuche des Presseamtes, mit Hilfe derartiger Gespräche die Gestaltung der Zeitschrift zu beeinflussen, hielten sich aufs Ganze gesehen in Grenzen. Die Eigenverantwortung und Freiheit des Chefredakteurs wurde respektiert. Das Erscheinen der Zeitschrift wurde niemals durch die Forderung bestimmter

Auflagen in Frage gestellt. Dabei wirkten sich zweifellos zwei Faktoren als gewisser Schutz aus: die Tatsache, daß die Zeitschrift bereits vor Gründung der DDR von der Sowjetischen Militäradministration lizensiert worden war, zum anderen das Interesse, mit dem die internationale kirchliche Öffentlichkeit die kirchlichen Vorgänge in der DDR verfolgte. Man war staatlicherseits darauf bedacht, nach außen zu demonstrieren, daß die Kirchen in der DDR volle Freiheit genießen.

Dessen ungeachtet zeigte das Presseamt in den 60er Jahren eine stärkere Aktivität als in der Folgezeit, während Ende der 80er Jahre wieder eine zunehmende Nervosität zu registrieren war. Das dürfte mit dem wachsenden staatlichen Selbstbewußtsein der DDR zusammenhängen, das zum Ende hin wieder durch eine gewisse Verunsicherung abnahm. Während in den 60er Jahren die Beanstandungen und Verbote innerdeutsche und DDR-spezifische Fragen betrafen, ging es danach insbesondere um außenpolitische Aspekte. So wurde 1961 kritisiert, daß keine genügende Abgrenzung gegenüber der Entwicklung der Kirchen in Westdeutschland sowie der Haltung von Bischof Otto Dibelius vollzogen werde, und 1964 die Behauptung, daß die Freiheit der Römischen Kirche „hinter dem eisernen Vorhang" bedroht sei. 1967 wurde eine zu starke Identifizierung mit der Evangelischen Kirche in Deutschland beanstandet. Der Begriff EKD dürfe nicht mehr verwendet werden. Hierin zeichnete sich ein steigender Druck auf die Kirchen in der DDR ab, der 1969 zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) führte. In dieser Epoche wären die oben zitierten Formulierungen zum gesellschaftlichen Standort der Kirchen in der DDR aus dem Jahre 1987 vermutlich zurückgewiesen worden.

Die Gründung des BEK, ein Erfolg der Kirchenpolitik der DDR, brachte dann eine gewisse Beruhigung im Blick auf gesamtdeutsche und gesamtkirchliche Interventionen mit sich. Dagegen gab es bei außenpolitischen Fragen Beanstandungen.

So wurde das Heft 1/1975 verboten, weil in dem abgedruckten „Manifest koreanischer Christen" von 1973, das sich scharf gegen die politischen Verhältnisse in Südkorea wandte, im Vorspann auch der nordkoreanischen Regierung Verrat am koreanischen Volk vorgeworfen wurde.

Ein glücklicher Umstand verhinderte, daß die von mir bereits zugesagte „Zurückziehung" des Doppelheftes 1/2 des Jahrgangs 33/1979 realisiert wurde - in einem aus der westdeutschen Ökumenischen Rundschau übernommenem Aufsatz war vom Wetteifern der beiden Großmächte USA und Sowjetunion um bessere Waffensysteme, um den großen atomaren Warnschlag zu führen, die Rede, was die SU verumglimpfe -: In Leipzig waren bereits 700 Exemplare des Heftes ausgeliefert worden!

Schließlich kam es 1985 zu einer Ermahnung anläßlich des Aufsatzes des Schweizer Theologen Ulrich Luz „Israel und sein Land", wir hätten mit dieser Thematik unsere Kompetenz überschritten und uns in die Außenpolitik der DDR eingemischt. Als allerdings einige Wochen später Professor Luz zu einer Gastvorlesung in Berlin war und im Staatssekretariat für Kirchenfragen empfangen wurde, erhielt er wegen dieses ZdZ-Beitrags ein Lob: Solche Aufsätze müßten auch einmal Theologen aus der DDR schreiben!

Wenn der Vergleich erlaubt ist: Wir starrten nicht etwa wie das Kaninchen auf die Schlange, vielmehr glich unsere Beziehung zum Presseamt eher einem Katze-und-Maus-Spiel. Die Machtfrage war ja ein für alle Mal entschieden - das ließen uns die staatlichen Funktionäre bei jeder Gelgenheit wissen -; aber der Maus gelang es doch ab und an, die Katze zu überlisten! Es muß hinzugefügt werden, daß die umstrittene Kurzformel „Kirche im Sozialismus" für uns nicht etwa eine Ortsangabe war, schon gar nicht ein Anpassungsmotiv, vielmehr eine Art „Einwanderungsbeschreibung". Das gesellschaftliche Umfeld war für uns keine Wahlheimat, vielmehr der uns von Gott empfangene Auftrag, dem Sozialismus zu einem menschlichen Gesicht zu verhelfen. Das führt zu der Arbeit des Redaktionskreises.

### 3. Der Redaktionskreis

Obgleich nach dem Pressegesetz der DDR der Chefredakteur eines Presseorgans die volle Verantwortung für dessen inhaltliche Gestaltung hatte, hatte bereits Gerhard Brennecke von allem Anfang an einen Redaktionskreis gebildet, zunächst vor allem mit dem Ziel, der Redaktionsarbeit theologisch wie kirchlich eine möglichst breite Basis zu geben; war doch ZdZ die einzige kirchlich-theologische Zeitschrift in der DDR, die die Breite kirchlicher wie theologischer Arbeit abdecken mußte. Das stellte Chefredakteur wie Redaktionskreis vor die oft nicht leicht zu bewältigende, ständige Aufgabe, trotz dieser Rücksichtnahme der Zeitschrift Linie, Niveau und Profil zu geben. Bei zunehmender Auseinandersetzung mit dem Presseamt gab der Redaktionskreis dem Chefredateur zugleich die notwendige Rückendeckung für seine Entscheidungen.

Mit den Jahren hatte sich ein bestimmter Arbeitsrhythmus des Redaktionskreises herausgebildet. Einmal im Jahr zog sich der Redaktionskreis zu einer zweitägigen Klausurtagung zurück, um die Jahresplanung zu beraten. Im übrigen traf er sich etwa alle sechs Wochen, um über die eingesandten Hauptartikel zu entscheiden, die vorher den Mitgliedern im Umlauf zur Kenntnismahme und Votierung zugesandt worden waren. Die Beschlußfassung erfolgte bei manchmal durchaus differierendem Urteil in demokratischer Weise. Trotz der erheblichen Belastung infolge der zahlreichen, in der Mehrzahl unaufgefordert eingesandten Manuskripte wurde diese Arbeit von allen Mitgliedern infolge der offenen und hörbereiten Atmosphäre gern und bereitwillig geleistet.

Allerdings brachte dieses Verfahren zwei Probleme mit sich. Des öfteren war die Zahl der als ungeeignet abgelehnten Manuskripte größer als die der angenommenen. Das den Autoren verständlich zu machen, ohne sie zu verletzen,

war nicht einfach. Vor allem aber war die Zeitspanne von der Einsendung eines Manuskriptes bis zu dessen Erscheinen, ganz abgesehen von der in der DDR sehr langwierigen Dauer der technischen Herstellung und Auslieferung jedes Heftes, sehr groß, was eine schnelle aktuelle Publikation unmöglich machte - auch in diesem Fall oft zum Ärger der Autoren.

Der Einfluß des Presseamtes auf die Arbeit des Redaktionskreises bestand darin, daß wir die Manuskripte von unnötigen Provokationen im Blick auf das gesellschaftliche Umfeld freihielten. Bei den den Autoren wenn nötig vorgeschlagenen Veränderungsvorschlägen rückten wir indessen von der sachlichen Aussage des Textes nicht ab, wobei wir damit rechneten, daß unsere Leserschaft verstand, auch zwischen den Zeilen zu lesen (das Presseamt nicht ausgenommen). In den meisten Fällen fanden wir dabei bei den Autoren Verständnis. In der vom Redaktionskreis wahrgenommenen Selbständigkeit und Eigenverantwortung wurde dieser sowohl vom BEK als auch von den einzelnen Kirchenleitungen gedeckt. Gegenüber dem Verlag, der meist die uns gesetzten Grenzen enger als wir sah, setzte sich der Redaktionskreis mit dem Ausschreiten des von ihm in Anspruch genommenen Freiraumes durch.

Bei der Konzeption der Zeitschrift ließ sich der Redaktionskreis u.a. davon leiten,

- die Leserschaft - trotz der oben erwähnten Einwände des Presseamtes - über theologische Arbeiten in Westdeutschland zu informieren,

- den Blick auch auf Entwicklungen und Probleme in den evangelischen Minderheitskirchen in den sogenannten Ostblockstaaten zu lenken; wir konnten monatlich weit über 100 Exemplare von ZdZ kostenlos dorthin an Pfarrer und Ausbildungsstätten versenden,

- um die uns auferlegte Isolation zu sprengen, regelmäßig aus der Ökumene zu berichten, nicht allein von den Vollversammlungen des Ökumenischen Rates (ÖRK); diese Berichterstattung nahm, wie die Inhaltsverzeichnisse nachweisen, einen breiten Raum ein - das war nicht immer ohne Risiko, etwa als auf der Zentralausschußsitzung des ÖRK 1971 in Addis Abeba der Dialog mit Menschen anderen Glaubens und verschiedener Ideologien eine zentrale Stellung einnahm und wir bewußt darüber informierten; zu dieser Zeit war in der DDR im Gegensatz zu Westeuropa die Thematik des Dialogs absolut tabu, was uns entsprechende Belehrungen eintrug -,

- über Thematik und Verlauf der jährlichen Synoden des BEK zu unterrichten - auch das brachte gelegentlich Probleme mit sich, wenn, wie beispielsweise 1972 in Dresden im Hauptreferat von Dr. Heino Falcke unter der Thematik „Christus befreit - darum Kirche für andere", vom gesellschaftlichen Engagement des Christen in der Freiheit des Glaubens die Rede war und dabei der real existierende Sozialismus als „verbesserlich" bezeichnet wurde. Das hatte bereits in Dresden unter den Staatsvertretern eine derartige Empörung ausgelöst, daß in der Berichterstattung dieses Reizwort vermieden werden mußte.



Nach dem Ende der DDR wurde die Evangelische Verlagsanstalt von anderen Gesellschaftern übernommen und die Verlagsleitung neu besetzt. Die Zeitschrift geriet zunächst in eine bedrohliche Krise. Zwar gelang es, ihr ernsthaft gefährdetes Erscheinen [5] in veränderter Form weiterhin zu sichern. Das bisherige Vertrauensverhältnis zwischen dem Verlag einerseits und dem Chefredakteur andererseits konnte aber nicht erhalten werden, so daß der Redaktionskreis Mitte November 1992 geschlossen zurücktrat. [6]

Damit ging für die Zeitschrift eine im Urteil der Leser mit großer Dankbarkeit quittierte Epoche zu Ende. Eine der letzten Initiativen des Redaktionskreises war es, sofort in die Julinummer 1990 eine Umfragekarte mit der Frage nach Leserwünschen beizulegen. Solche Befragungen waren in den Jahren zuvor untersagt. Die Umfrage hatte ein unerwartet zahlreiches Echo (16% Antworten). Von den zehn angebotenen Schwerpunkten lagen fast gleich „Analysen zu gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Situationen" und „Theologische Grundsatzartikel" an der Spitze. Es folgte mit einigem Abstand als dritter Schwerpunkt „Arbeitshilfen für Gottesdienst und Gemeindepraxis".[7] Besonders überzeugend war das Leserecho, das auf das zunächst angekündigte, dann aber doch abgewendete Ende des Erscheinens der Zeitschrift die Redaktion erreichte. Auszüge aus diesen Briefen von Berlin über Wien bis Japan wurden in Heft 1 des Jahrgangs 45/1991 veröffentlicht (Seite 1-5) - ein bewegender Dank für die geleistete Arbeit.

*Heinz Blauert, Dr. theol., war von 1970 - 1989 ZdZ-Chefredakteur*

**Anmerkungen:**

[1] vgl. Claus Westermann, Erinnerungen an die Anfänge von „Zeichen der Zeit", ZdZ 41/1987, S.24.

[2] Heinz Blauert, An der Schwelle zum fünften Jahrzehnt, ZdZ 41/1987, S. 1 f.

[3] vgl. zum Folgenden Annelies Kaminski, Rückblick auf „Die Zeichen der Zeit" - ohne Ausblick?, Abschnitt 4, ZdZ 44/1990, S. 299-301.

[4] ebd., S.299.

[5] vgl. Martin Uhle-Wettler, Das Ende unserer Zeitschrift, ZdZ 44/1990, S. 293.

[6] vgl. die Beiträge in ZdZ 47/1993, S. 1.

[7] Annelies Kaminski, Wünsche unserer Leser, ZdZ 44/1990, S. 301.

**Dietmar Linke (Berlin):**

# Existenzweisen institutionalisierter Theologie in der DDR

## Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflußnahme auf die Theologische Fakultät Berlin

Im Dezember 1961 wurde M. Schulze, Theologiestudent der Humboldt-Universität im 3.Semester, verhaftet, zu 14 Jahren Gefängnis wegen „staatsgefährdender Hetze" verurteilt. Der Disziplinarausschuß der Universität beschloß im August 1962: „dauernd vom Studium ausgeschlossen". Ausschluß hieß, lebenslänglich von allen Universitäten und Hochschulen der DDR. Lebenslänglich hätte diese Entscheidung Gültigkeit gehabt, wäre das System, das dieses Urteil ermöglichte, nicht mit der „Wende" vorher zusammengebrochen. „Staatsgefährdende Hetze" faßte die Kritik am Mauerbau, an der Kollektivierung der Landwirtschaft und an den Wahlen, die im September 1961 stattfanden, zusammen.

Einer wird herausgegriffen, ein Schauprozeß wird veranstaltet, unter Ausschluß der Öffentlichkeit. In der Geschichte der Theologischen Fakultät Berlin ist dies kein Einzelfall [1]. Exempel wurden statuiert. Diese hatten ihre Wirkung. Angst breitet sich aus, Grenzen werden markiert, Weichen gestellt, Anpassung befördert, Widerstand im Vorfeld gebrochen. In solchen Situationen ließ der Machtapparat die Maske fallen, zeigte seine Instrumente. Die Machtfrage war entschieden! Wer sich mit der Macht anlegt, wird deren Folgen spüren. Dies hatte Wirkungen auf Studenten und Lehrkörper. M. Schulze: „Wenn jemand eine politische Sache am Halse hatte, dann konnte man sich auf die Disziplinarordnung berufen. Fascher (Dekan) hat seine Hände in Unschuld gewaschen" [2].

In derartigen Konfliktsituationen wurde blitzlichtartig deutlich, wie groß der Handlungsraum der Funktionsträger der Theologischen Fakultät war. Für Momente war der „humanistische Ansatz", den man als Feigenblatt der Gemeinsamkeit von Theologie und Ideologie häufig beschworen hatte, außer Kraft gesetzt, ist dem „Klassenkampfauftrag" gewichen.

Ich selbst habe 1963 mit dem Studium an der Theologischen Fakultät Berlin begonnen. Im Gepäck brachte ich erste Erfahrungen mit dieser Gesellschaft mit: Bilder der rollenden Panzer am 17.Juni 1953, Konflikte wegen Nichtmitgliedschaft in den Jungen Pionieren und der FDJ, wegen Nicht-Teilnahme an der Jugendweihe, zwei Zulassungsverweigerungen zur Erweiterten Oberschule, aber auch prägende Eindrücke aus der kirchlichen Jugendarbeit. Ich hatte mich für die staatliche Fakultät entschieden, um die Realität einer Universität zu erleben und um ein solides Grundlagenstudium zu absolvieren. Die Fakultät war zahlenmäßig überschaubar; man kannte weitgehend einander.

Für mich war Berlin als Hauptstadt ein Anziehungspunkt, auch vom kulturellen Angebot und der Möglichkeit der Begegnung mit Freunden, die über West-Berlin einreisen konnten.

In dieser Zeit bildete die Theologische Fakultät noch so etwas wie eine Oase in diesem universitären Umfeld. Die Freiheit, eigenständig den Studienplan zu entwerfen, bot die Möglichkeit, zwischen einzelnen Dozenten eine Wahl zu treffen. Einigen ging man aus dem Weg, weil andere da waren, die einem wichtige Impulse gaben. Die Pflichtveranstaltungen im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium (ML) lösten einerseits Frust und Langeweile aus, waren andererseits für uns die Möglichkeit für einen "Schlagabtausch" mit dem ML-Dozenten und somit Probierfeld für spätere Auseinandersetzungen mit Staatsfunktionären. Wir waren Augenzeugen, wie einige sich empordienen wollten, durch Aktivitäten in der FDJ, gerade im Vorfeld der III.Hochschulreform. Dennoch hatte die FDJ zu dieser Zeit kaum eine Chance unter uns. War waren bereits sensibilisiert worden, um zu erkennen, wer im Lehrkörper Staatsnähe demonstrierte. Ihre Sprache und ihre Denkmodelle verrieten sie. Einerseits waren es Hanfried Müller (Systematik) und Rosemarie Müller-Streisand (Kirchengeschichte), die ihre SED-Nähe nicht verbargen; andererseits gab es die CDU-Vertreter wie u.a. Herbert Trebs und Hans-Hinrich Jenssen, die den Schaukelkurs der Blockpartei CDU in das Fakultätsgeschäft einbrachten.

Ich wollte, wir wollten eine solide Ausbildung. Das war dennoch möglich geworden. Durch die Sondergenehmigungsnummer war es möglich gewesen, theologische Fachliteratur aus dem Westen zu erhalten. Es gab harte Diskussionen, als einige Dozenten die Schaffung einer eigenständigen DDR-Theologie propagierten, mit der Begründung, so könne man sich von den bürgerlichen und reaktionären Einflüssen westlicher Theologen abgrenzen. Durch die aus dem Westen kommende Literatur und durch Begegnungen mit Studenten, die von der Kirchlichen Hochschule West-Berlin kamen, hatten wir Teil am grenzüberschreitenden Gespräch, das eine unverzichtbare Ergänzung zum Studienbetrieb an der Fakultät darstellte.

Problematisch war in diesen Jahren das Verhältnis zwischen Fakultät und Kirche, bedingt von beiden Seiten. Für Vertreter der Kirche waren wir diejenigen, die an der „roten" Fakultät studierten. Der Kontakt zu uns als künftige Pfarrer der Landeskirche wurde auf ein Minimum reduziert. Vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen wurde die Fakultät angehalten, den Einfluß der „reaktionären" Kirchenvertreter zu unterbinden. An dieser Barriere sind etliche zerbrochen, die später nicht ins Pfarramt gegangen sind.

## Begründung für die Existenz der Theologischen Fakultät

Die Neuorientierung der Gesellschaft auf der Basis marxistisch-leninistischer Ideologie stellte einen weiteren Verbleib der Theologischen Fakultät an der Universität zunächst in Frage. Es wurde die Gründung kirchlicher Akademien erwogen.

Die Referentin im Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, Krause, schreibt 1957: „Natürlich sind wir nicht daran interessiert, die Theologischen Fakultäten besonders zu fördern". Dennoch erkannte sie als Chance, „daß wir auf unsere Theologischen Fakultäten einen gewissen Einfluß ausüben können und auch genügend Kontrollmöglichkeiten haben" [3]. Die Nachfolgerin in dieser Funktion, Friederun Fessen (im Mai 1955 vom MfS angeworben, Deckname „Irene") schreibt in einem Entwurf für eine Konzeption über die Theologischen Fakultäten: „In der DDR ist eine Trennung der Theologischen Fakultäten von der Universität gegenwärtig nicht zweckmäßig, weil es dann nur im geringeren Umfang möglich wäre, einen positiven Einfluß auf die Studierenden zu üben, während reaktionäre kirchliche Kreise ihren negativen Einfluß intensivieren würden" [4]. Es wird die Möglichkeit erkannt, „günstig auf die zukünftigen Pfarrer einzuwirken, die in den nächsten Jahren noch Einfluß auf einen nennenswerten Teil unserer Bevölkerung ausüben werden" [5]. In einem Thesenpapier über die „Rolle und Perspektive der Theologischen Fakultäten", das als Vorlage für den Ministerrat erarbeitet wurde, heißt es: „Jetzt beginnen einige Theologie-Professoren auch verschiedene marxistische gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse zu übernehmen, z.B. die Lehre vom Klassenkampf und der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats. In der Regel aber sind die Lehrer der Theologischen Fakultäten noch völlig an einer bürgerlichen Wissenschaft oder Pseudowissenschaft orientiert.

Heute gilt es, die Theologischen Fakultäten weiter zu entwickeln, damit sie nicht zum ausgesprochenen Fremdkörper und Hort bürgerlicher Pseudowissenschaft an unseren Universitäten werden. Allerdings können die Theologischen Fakultäten an einer sozialistischen Fakultät nur eine Sonderstellung einnehmen, denn die Theologie läßt sich nicht auf marxistischen Grundlagen betreiben, sondern kann durch den Marxismus-Leninismus nur aufgehoben werden" [6].

Im März 1971 erfolgte im Zusammenhang der III.Hochschulreform die Gründung der Sektion Theologie an der Humboldt-Universität. In diesem Zusammenhang wird als Zielstellung formuliert, „die Theologischen Fakultäten so zu entwikkeln, daß in der Mehrzahl staatsbewußte und zur aktiven gesellschaftlichen Mitarbeit befähigte und bereite Absolventen in die kirchlichen Stellen kommen, die in ihrer Tätigkeit vom Prinzip der Mitwirkung und Mitverantwortung der Christen beim Aufbau des Sozialismus ausgehen.

Damit ist ein wirksamer Hebel gegeben,



den Einfluß der reaktionären, konservativen Kräfte innerhalb der Kirchen zurückzudrängen und das Verhältnis von Staat und Kirche entsprechend der Bündnispolitik mit den fortschrittlichen Kräften zu entwickeln" [7].

## Kaderpolitik

Um das oben genannte Erziehungsziel erreichen zu können, muß vor allem auf die Auswahl der Dozenten geachtet werden. Die Referentin im Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen stellt bereits 1959 fest: "Am meisten können unsere Theologiestudenten durch ihre Professoren und Dozenten beeinflußt werden. Daher müssen wir in Besetzungsfragen und bei der Förderung der theologischen Hochschullehrer eine konsequente Kaderpolitik betreiben" [8]. Kontinuierlich fertigte das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen Analysen über die politisch-ideologische Situation unter den Studenten und im Lehrkörper an. Die Mitarbeiter des Lehrkörpers wurden namentlich benannt und verschiedenen Gruppierungen zugeordnet. 1961 heißt es in einer Information: „Im Lehrkörper der Berliner Theologischen Fakultät klaffen die Gruppengegensätze zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften. Der Dekan, Prof. Fascher, laviert und paktiert, solange er es nicht für aussichtslos hält, mit gelegentlichen pseudofortschrittlichen Phrasen zugunsten der Reaktionäre. Er scheut dabei nicht vor Intrigen und Verleumdungen des augenblicklich schwankenden aber relativ fortschrittlichen Westberliner Prof.Vogel zurück [...] Die fortschrittlichen Dozenten Dr. Jenssen, Dr. Hanfried Müller und Dr. Rosemarie Müller-Streisand [...] (werden) fast durchgängig boykottiert" [9].

In einer Analyse aus 1968 heißt es: „Den progressiven Kräften [...] ist es bisher nicht gelungen, eine gemeinsame Basis für ihre Tätigkeit und eine einheitlich abgestimmte Linie für die Erziehungsarbeit der Studenten zu finden [...] Ein Teil der fortschrittlichen Theologen will die Kirche in das Gesellschaftssystem des Sozialismus in der DDR integrieren und ihre Wirkung auf die gemeinsamen Ziele der Christen und Marxisten [...] richten. Dazu gehören die Professoren Jenssen, Trebs, Kehnscherper [...] Eine andere Gruppe geht von der Grundkonzeption der Neutralisierung der Kirche in politischer Hinsicht aus. Dazu gehören die Professoren Müller, Bassarak [...], Müller-Streisand [...]. Eine dritte Gruppe stellt sich außerhalb der Probleme der Kirchenentwicklung und geht ausschließlich vom Fachgebiet aus und versucht von der Wissenschaft her [...] auf die Studenten einzuwirken. Dazu gehören die Professoren Bernhardt, Schenke, [...], Dr. Döpmann u.a." [10].

Um auf eine Veränderung des Lehrkörpers hinzuarbeiten, entwickelte Frau Fessen 1958 folgende Forderungen:

„a) Reaktionäre Professoren und Dozenten nicht befördern [...], in krassen Fällen disziplinarisch belangen, ggf. entlassen.
b) Politisch neutrale Professoren und Dozenten nur nach längerer Zeit befördern, nur in Ausnahmefällen vom Do-

zenten zum Professor [...]. Ständig mit ihnen gesellschaftlich arbeiten [...], sie allmählich zu einer klaren politischen Entscheidung bringen.
c) Fortschrittliche und sich fortschrittlich entwickelnde Professoren und Dozenten fördern und befördern, ihnen möglichst große Einflußmöglichkeiten einräumen [...].
d) Nur fortschrittliche Kräfte können sogleich zum Professor ernannt werden, gleichviel ob sie habilitiert sind oder nicht. Politisch neutrale Kräfte nur bei erfolgreicher Habilitation und großer fachlicher Dringlichkeit als Dozenten einsetzen, wenn die Aussicht besteht, daß sie sich fortschrittlich weiterentwickeln. Reaktionäre oder keinerlei positive Entwicklung versprechende Kräfte unter keinen Umständen als Dozenten und Professoren ernennen [...]" [11].

Für diese Kaderpolitik seien einige Beispiele genannt:

Nach längeren Zerreißproben an der Universität nahm Prof. *Walter Elliger,* der 1950 das Ordinariat für Kirchengeschichte übernommen hatte, 1963 einen Ruf nach Bochum an.

Dr. *Siegfried Hermann* kam als Alttestamentler 1961 an die Berliner Fakultät. 1962 stellte der Rat der Fakultät erstmals einen Antrag auf Beförderung zum Professor. Die Ernennung wurde lange verweigert, dann aber im September 1964 ausgesprochen. Zum gleichen Zeitpunkt lag bereits eine Berufung nach Bochum vor. Die Übersiedlung erfolgte 1966.

Dr. *Günter Baumbach* übernahm im September 1965 die Dozentur für Neues Testament. Anträge der Fakultät zur Ernennung zum Professor vom Februar 1966 und Januar 1969 wurden abgelehnt. Ein weiterer Antrag im Frühjahr 1974 wurde durch eine Denunziation erneut zu Fall gebracht.

Im Sommer 1963 wird von der Fakultät der Vorschlag unterbreitet, Dr. *Alfred Raddatz* zum Dozenten für Christliche Archäologie und Kirchliche Kunst zu ernennen. Im November 1964 schreibt Frau Fessen an den Dekan: „Die Haltung von Dr. Raddatz ist m.E. nicht unpolitisch, sondern bewußt restaurativ, natürlich nicht exponiert offen reaktionär, sondern im Rahmen des Möglichen.
Der Fakultät 'droht', obwohl sie ihrer Zusammensetzung nach die progressivste ist, noch keine chemische Reinheit in politischer Hinsicht, und mit Dr. Raddatz könnten die progressiven Kräfte kaum erzieherisch zusammenspielen, da er von seiner eigenen Haltung abgesehen, von reaktionären kirchlichen Kreisen als ihr Vertreter an der Fakultät gesehen wird. [...] Somit würde Dr. Raddatz mit höchster Wahrscheinlichkeit in die Position des ausgesprochen reaktionären Dozenten hineinmanövriert, also der politischen Erziehungsarbeit abträglich" [12].

*Hans Müller-Zetzsche* promovierte im September 1961. Die Aushändigung der Promotionsurkunde wurde lange verzögert. Erst im Januar 1962 wurde sie übergeben. Im gleichen Frühjahr wurde Müller-Zetzsche von der Universität „entfernt".

Ein dezidiertes Interesse des Staates gab es andererseits an der Beförderung von *Hanfried Müller* und *Rosemarie Müller-Streisand* [13].





Auch für die Theologische Fakultät gab es deutliche Zuständigkeiten. Neben der Universitätsleitung war das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen das staatliche Gegenüber. Man konnte davon ausgehen, daß auch an diesen Tischen Mitarbeiter saßen, die zugleich dem MfS verpflichtet waren [u.a. Friederun Fessen (GI „Irene"); Jürgen Janott (IMV „Student"); Winkler (OibE „Norbert")].

Doch es hatte eine andere Qualität, wenn jemand sich direkt mit dem MfS einließ, die Ebene der Konspiration betrat oder konspirative Wohnungen aufsuchte.

Mit dieser Problematik wird ein düsteres Kapitel der Theologischen Fakultät offenbar. Die Zusammenarbeit mit dem MfS war nicht automatisch an die Funktion eines Dekans oder Sektionsdirektors gekoppelt. Der einzelne Funktionsträger hatte seine Zustimmung zu dieser Zusammenarbeit gegeben.

*Was mag einen Dozenten zu einer Zusammenarbeit bewogen haben?*
*War es die ideologische Übereinstimmung mit dem System?*

*Hanfried Müller* (IM „Hans Meier") wurde im November 1954 verpflichtet. Der Führungsoffizier charakterisiert ihn als „aufgeschlossen, gesprächig und zuvorkommend" [14]. Vielfältig sind künftig seine Aktivitäten im Auftrag des MfS: Reisen ins Ausland, Informant über die Theologische Fakultät, über Dozenten und Studenten, über die Studentengemeinde, den „Weißenseer Arbeitskreis". In Absprache mit dem MfS werden Einmischungen in Sachen Kirchenpolitik vorbereitet und durchgeführt.

*War es die eigene Karriere, die alle Skrupel beiseite schob?*

1956 wurde *Hans-Georg Fritzsche* (IM „Fritz") angeworben. Im Dezember 1959 notiert der Führungsoffizier: „Der Hauptteil des Treffs wurde dazu benutzt, um mit dem GI ausführlich seine weitere Perspektive zu besprechen. [...] Beim ganzen Treffverlauf [...] zeigte sich, daß der GI zwar ganz gern zum Treff kommt, da er sich Anregungen und persönliche Vorteile in bezug auf sein persönliches Fortkommen" verspricht [15]. Im Februar 1960 heißt es im Bericht: „Es wurde mit ihm zunächst über seine Ernennung zum Professor gesprochen". Der IM berichtete über Widerstände gegen seine Ernennung im Lehrkörper. Darauf wurde ihm mitgeteilt, „daß er bei verschiedenen staatlichen Stellen in dem Ruf eines verkappten Reaktionärs stünde. Es sei für den GI gut [...], weil es der Arbeit des MfS dient" [16]. Im Juni 1960 wurde Fritzsche zum Professor ernannt.

Auch an der Karriere von *Herbert Trebs* (IM „Anton"), der 1950 und 1954 verpflichtet wurde, war das MfS beteiligt. Das Thema der Dissertation wurde zuvor abgesprochen. Im Oktober 1968 stellt das MfS fest: „In enger Verbindung mit seinem Einsatz für das MfS erreichte er einen hohen wissenschaftlich-akademischen Bildungsgrad (Prof.Dr.Theologie)" [17].

*War es das Sich-Wiegen in Sicherheit:*

*die DDR hat keine zeitlichen Grenzen; es wird nie offenbar werden?*
*War eine Zustimmung zur Zusammenarbeit in der Persönlichkeitsstruktur begründet? Der Führungsoffzier als Seelsorger, der die eigenen Probleme versteht und auch Auswege finden kann!*

Neben den oben genannten Mitarbeitern an der Theologischen Fakultät/Sektion waren der Alttestamentler Prof. Karl-Heinz Bernhardt (IMS „Jäger" bzw. „Förster", angeworben 1959), der Inhaber des Lehrstuhls für Ökumene, Prof. Gerhard Bassarak (IMB „Buss"), der Prof. für Praktische Theologie, Heinrich Fink (IMB „Heiner", tätig seit 1969), der Schüler von Hanfried Müller, Dieter Kraft (IMS „Michael"), und der ML-Dozent, Prof. Helmut Dressler, als Inoffizielle Mitarbeiter tätig.

Aus der Vielzahl der zusammengetragenen Informationen konnte das MfS sich ein Bild über das Innenleben der Menschen und der Institutionen machen. Daraus wurden Maßnahmepläne abgeleitet, Aufträge formuliert, gezielte Einsätze vorbereitet. Wann wurde einem Einzelnen Schaden zugefügt? Erst dann, wenn die Polizei jemand „zugeführt" hatte? Oder wenn Dozenten als Auftragswerk des MfS über einen Studenten eine vernichtende Beurteilung schrieben? Oder wenn langfristig eine Exmatrikulation vorbereitet wurde? Schaden wurde zugefügt, wenn das Vertrauen des Gegenübers mißbraucht wurde, Informationen abgeschöpft wurden, wenn Einschätzungen und Charakteristika dem MfS geliefert wurden, die für eine gezielte Einflußnahme verwendet werden konnten.

Es wurden durch operative Maßnahmen Personalentscheidungen manipuliert, Entscheidungen verhindert oder operativ gesteuert, Seminarveranstaltungen bespitzelt, Unmutsäußerungen und Gespräche protokolliert und weitergeleitet, Unterlagen aus den Studentenakten kopiert und dem MfS übergeben. Es wurden „problematische" Seminararbeiten einzelner Studenten dem Führungsoffzier zur Verfügung gestellt, die Nichtteilnahme an einer Wahl gemeldet. Es wurden Disziplinierungen angeregt, einzelne inhaftiert oder „lebenslänglich vom Studium ausgeschlossen". „Progressive" Vertreter der Fakultät/Sektion wurden in Untersuchungsvorgängen gegen einzelne Studenten mit eingeschaltet oder sie traten als Belastungszeugen in Gerichtsverhandlungen auf.

Durch Inoffizielle Mitarbeiter der Sektionsleitung erhielt das MfS schon vor der Immatrikulation eine Aufstellung der Studienbewerber. So war die Möglichkeit gegeben, im Vorfeld Immatrikulationen zu verhindern oder einzelne Bewerber umzulenken.

All dieses hat an einer Theologischen Fakultät/Sektion stattgefunden, an der es um die Wahrheit der christlichen Botschaft gehen sollte. Es hat stattgefunden im Zusammenspiel zwischen Mitarbeitern dieser Einrichtung mit dem MfS als „Schild und Schwert der Partei".



## Angefragt sind die Dekane der Theologischen Fakultät

In diesem universitären Spannungsfeld war die akademische Theologie mit den Forderungen des Staates konfrontiert. Die Forderungen und Interessen wurden auf sehr unterschiedlichen Ebenen an die Mitarbeiter der Fakultät/Sektion herangetragen: über das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, teilweise schaltete sich das Staatssekretariat für Kirchenfragen ein. Auf der konspirativen Ebene nahm das MfS über die gewonnenen Inoffiziellen Mitarbeiter Einfluß. Hinzu kamen die unterschiedlichen parteipolitischen Interessen der SED- und CDU-Vertreter. Es gab immer wieder Situationen, in denen die CDU intervenierte, wo sie ihre Positionen gefährdet sah.

An allen Strukturebenen vorbei hatte Hanfried Müller häufig seine Interessen versucht ins Feld zu führen. Dafür seien zwei Beipiele genannt. Im Mai 1966 entwickelte Müller seine Gedanken zur Situation der Fakultät, zur Personalpolitik und zur Errichtung eines Ökumenischen Instituts an der Fakultät in einem zwanzigseitigen Schreiben an den Abteilungsleiter der Abteilung Kirchenfragen im ZK der SED, Willi Barth. Im August 1978 wurden Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand bei dem Sekretär des ZK der SED, Paul Verner, vorstellig. In einer Information über dieses Gespräch heißt es: „Positionen, die von progressiven Kräften an der Sektion errungen wurden, werden scheibchenweise abgebaut. An der Sektion existiert eine Front gegen jedwedes progressive Auftreten von Dozenten und Studenten, die der Erziehung der Studenten außerordentlich Schaden zufügt. Reaktionäre Kräfte, die sich mit verbalen Bekenntnissen tarnen, halten den Fortschritt auf" [18].

Um Abhilfe zu schaffen, werden Personalvorschläge unterbreitet. Als besonderes Problem wird der Dozent für ML, Helmut Dressler, benannt. Abschließend wird eine Aussprache erwogen über die Situation an der Sektion, an der vom ZK der SED der Genosse Hüttner, der verantwortliche Genosse der Bezirksleitung der SED Berlin, die Leitung der Universität, der 1.Kreissekretär der SED, der FDJ-Sekretär und die BGL-Vorsitzende der Universität teilnehmen sollen.

Welche Rolle spielte in diesem Spannungsfeld der jeweilige Dekan bzw. Sektionsdirektor? Im Frühjahr 1992 führte ich mit den Professoren Jenssen, Bernhardt und Fink Gespräche, in denen ich sie danach fragte. Auf die Gespräche mit Jenssen und Bernhardt möchte im folgenden eingehen.

1. *Hans-Hinrich Jenssen*, geb. 1927, 1960 Berufung an die Theologische Fakultät Berlin, Professor für Praktische Theologie, 1964-1968 Dekan, Mitglied der CDU seit 1946, 1964-1968 Mitglied des Hauptvorstandes der CDU, 1964 Vaterländischer Verdienstorden in Bronze.

Jenssen schildert ein Ereignis, das ihn nachhaltig in seinem Handeln geprägt habe. 1949 habe er als CDU-Kreisju-

gendreferent in Wolgast eine Rede gehalten, nach der dreizehn Schüler in die CDU eingetreten sind. Diese Rede habe Oberschüler ermutigt, illegal zu arbeiten. Es sei zu Verhaftungen gekommen, etliche seien in Sibirien geblieben. „Ich war damals sehr mutig und habe mich der Entwicklung der DDR entgegengestellt [...]. Das ist etwas, was mich am meisten bewegt, diese Schüler und Schülerinnen, die ich damals aufgeputscht hatte, ohne zu ahnen, welche Konsequenzen das haben würde". Aus diesem Ereignis folgert Jenssen: „Ich sagte mir, es hat keinen Sinn, einer Diktatur des Proletariats auf dem politischen Sektor entgegentreten zu wollen. Die Demokratisierung der Gesellschaft erkämpfen zu wollen, ist sinnlos. Ich war der Meinung, daß man den Widerstand dort organisieren muß, wo es für den Staat schwieriger ist, Widerstand politisch zu diskriminieren, auf dem weltanschaulichen Sektor, auf dem Weg der Verteidigung des Glaubens. Den wollte ich verteidigen, das war meine Hauptlinie: Keinen politischen Widerstand leisten, aber den weltanschaulichen Widerstand, die intellektuelle Diakonie, die Apologetik vorantreiben. [...] Das ist das, was mein ganzes theologisches Leben, Schreiben, Reden, Tun durchzieht".

Geschrieben und geredet wurde in diesen Jahren viel. „Ich habe geschrieben und geredet, um mir ein Gewicht zu verschaffen", sagte Jenssen in einem Podiumsgespräch im April 1995. In der Diskussion ging es unter anderem um das Absolventenbild, das die Fakultät im Januar 1970 als grundlegendes Dokument im Zusammenhang der bevorstehenden Sektionsgründung verabschiedet hat. Darin heißt es u.a.: „Der Absolvent der Sektion Theologie fühlt sich mit der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, der ersten wahrhaft menschlichen Gesellschaftsordnung in der Geschichte, fest verbunden und sieht in der Deutschen Demokratischen Republik sein Vaterland. [...] (Es) ist ihm klar, daß Sozialismus nur dort verwirklicht wird, wo die Arbeiterklasse im festen Bündnis mit allen Werktätigen durch ihre marxistisch-leninistische Partei die Gesellschaft führt [...]" [19]. Dieses Absolventenbild sollte nach der Sektionsgründung die Richtung angeben. „Papier ist geduldig", so rechtfertigte Jenssen bei der Podiumsdiskussion das Ergebnis. „Der Minister wollte das Papier haben, das haben wir gefertigt". Meine Rückfrage war in diesem Zusammenhang: „Können wir als Theologen, die mit dem Wort arbeiten, so leichtfertig mit dem geschriebenen Wort umgehen?"

Jenssen ergänzte in diesem Zusammenhang, daß das Absolventenbild künftig keine Rolle mehr gespielt habe. In einer „Analyse der gesellschaftlichen Situation an der Sektion Theologie" schreibt Prof. Bernhardt als Sektionsdirektor im Januar 1980: „Das Absolventenbild hat bis auf einige inzwischen überholte Formulierungen nach wie vor volle Gültigkeit. Es nennt die Ziele, die in gesellschaftspolitischer und theologisch-fachlicher Erziehung und Ausbildung anzustreben sind mit unmißverständlicher Klarheit".

Bei der Diskussion im April 1995 sagt Jenssen: „Alles, was ich gesagt habe, ist in der Öffentlichkeit geschehen". Auch



da müssen wir genauer hinsehen und uns zu erinnern versuchen. Es blieb nicht aus, daß in diesen Jahren Gedanken zu Papier gebracht wurden, die mit dem Vermerk „vertraulich" versehen wurden. In der Zeit seines Dekanats wandte sich Jenssen im Juni 1966 mit einem Brief an Willi Barth, Abteilung Kirchenfragen im ZK der SED, und an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser. Zu diesem Schreiben veranlaßte ihn die Sorge über die zurückgehenden Bewerberzahlen zum Theologie-Studium an der Fakultät.

Den Grund sieht er in einem Mißtrauen der Interessenten gegenüber einer Fakultät, die in den letzten Jahren „zunehmend ein gesellschaftlich-progressives Profil gewonnen" hat. „Da viele der zum Theologiestudium entschlossenen jungen Christen dem Sozialismus nach wie vor mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstehen, sind sie also auch gegenüber dieser so zusammengesetzten Berliner Fakultät mißtrauisch und wählen von sich aus den Weg zur Borsigstraße". Die Borsigstraße, das heißt das dortige „Sprachenkonvikt" als kircheneigene Hochschule, hat größere Anziehungskraft. Es gäbe zahlreiche Pfarrer und Superintendenten, die eine „gezielte Einflußnahme auf zukünftige Theologiestudenten zugunsten des Sprachenkonvikts" ausüben. Auch die „häufigen Gastvorlesungen von West-Professoren" seien ein Anziehungspunkt dieses Hauses.

„Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung bitte ich, zu erwägen, ob staatlicherseits Maßnahmen ergriffen werden können, die ihr entgegenwirken. Jenssen unterbreitet den Vorschlag: Es müßte „erwogen werden, ob die zuständigen staatlichen Organe eine uferlose Ausweitung der Kirchlichen Hochschulen dadurch verhindern sollten, daß Festlegungen über die Maximalgröße der Kirchlichen Hochschulen getroffen werden". Im Hinblick auf die Gastvorlesungen sollte „erwogen werden, ob jeder Westdeutsche weiterhin mit dem Erwerb des Tagespassierscheines faktisch auch das Recht erwirbt, öffentlich zu reden. [...] Die Meldepflicht für Versammlungen könnte in dieser Hinsicht vielleicht ergänzt werden. [...] Restriktionsmaßnahmen gegenüber den Kirchlichen Hochschulen sind natürlich nur dann sinnvoll und vertretbar, wenn gleichzeitig Maßnahmen getroffen werden, die den gesellschaftl.-erzieherischen Einfluß der Fakultäten auf ihre Studenten erhöhen" [20].

Im April 1968 wendet sich der Dekan an den Stadtkommandanten, Generalmajor Poppe. In diesem Jahr sollen 13 Studienbewerber zur NVA eingezogen werden. Dieses könnte erneut ein Abwandern zum Sprachenkonvikt auslösen. Jenssen schreibt: Ich möchte „Ihnen die Bitte vortragen, daß Sie bei den zuständigen zentralen Stellen dafür eintreten, daß auch das sogenannte Berliner Sprachenkonvikt (Kirchliche Hochschule) mit einer gleichen Einberufungsquote beauflagt wird" [21].

Ich frage Prof. Jenssen im Frühjahr 1992: „Was würden Sie aus der heutigen Sicht als Fehlentscheidung oder als Irrweg benennen?" Jenssen nennt in diesem Zusammenhang diesen Brief an den Stadtkommandanten. Er sagt: „Ich hätte

natürlich auch anders argumentieren können: Schaut mal die paar Theologen; macht es doch bei uns genauso wie am Sprachenkonvikt. Dann stände ich heute anders da. Oder ich hätte diesen Brief überhaupt nicht schreiben brauchen, denn dieser Umstand war dem Zentralkomitee bekannt. Ich glaube auch nicht, daß ich den Leuten vom Sprachenkonvikt dadurch geschadet habe, denn der Brief ist letztlich erfolglos geblieben" [22].

Am 9. Februar 1961 war Jenssen Teilnehmer des Gespräches zwischen dem Leipziger Theologie-Professor Emil Fuchs und Walter Ulbricht. Jenssen: „Dieses Gespräch hatte einen großen Stellenwert. Alle Teilnehmer an diesem Gespräch waren erst einmal politisch relativ hoch angebunden. Insofern können Sie sagen, hatte ich zunächst eine sehr steile Karriere, die ich dann auch immer in die Waagschale geworfen habe. [...] Ich habe mich auch nicht gescheut, politisch heiße Eisen anzusprechen. Dieses politische Gewicht hatte ich bis zu meinem Auftreten auf der Mitarbeiterkonferenz der CDU 1967. Seitdem habe ich es nie mehr gehabt".

Jenssen hatte auf dieser Konferenz die staatlichen Maßnahmen gegen den Stralsunder Kirchentag kritisiert. Diese Kritik führte dazu, daß er aus der zentralen Wahlkommission ausgeschlossen wurde und seine Volkskammerkandidatur niederlegen mußte. „Es wurde auch von Mitgliedern der Fakultät versucht nachzustoßen. Kollege Müller hatte eine Semestereröffnungsandacht 1970 genutzt, um mich anzuschwärzen. Ich wurde bezichtigt, Studenten zum Opportunismus verführen zu wollen. Ich habe immer gesagt: Seelsorgerliche Anpassung ja, aber kein Opportunismus".

„Ich habe lange an die Überlegenheit des Sozialismus geglaubt. Nachher sah man, daß es wirtschaftlich so nicht läuft. Mir hat es nie eingeleuchtet, daß der Sozialismus nicht auch mit parlamentarisch-demokratischen Methoden funktionieren soll. Das habe ich für mich behalten und nach außen nie kundgetan.

Wenn ich zurückblicke, muß ich sagen, ich habe meine Einflußmöglichkeiten überschätzt. Wir haben immer gedacht, wenn wir mitmachen, dann kann man dieses und jenes bewegen. Wir haben im Verhältnis viel zu wenig bewegt" [23].

2. *Karl-Heinz Bernhardt*, geb. 1927, seit März 1959 Professor für Altes Testament in Rostock, ab November 1966 an der Humboldt-Universität. 1968-1980 Dekan, 1965-1985 Vorsitzender des Regionalausschusses der Chirsitlichen Friedenskonferenz der DDR, 1975 Vaterländischer Verdienstorden in Bronze.

Inoffizieller Mitarbeiter des MfS seit 1959 als IM „Förster" bzw. „Jäger"; er informierte über Personen und Entwicklungen im universitären Bereich, über Reisen in den arabischen Raum, über Fachtagungen im Ausland und über Gespräche mit Vertretern der Kirchen in der DDR, West-Berlin, der Bundesrepublik und dem Ausland.

Berhardt begründet seinen Ruf nach Berlin rückblickend: „Das Ministerium sagte: In Berlin gibt es Mord und Totschlag zwischen den beiden Fraktionen. Es müßten dort unbedingt eins, zwei, drei Personen hin, die in der Mitte stehen und das schlimmste verhüten". Mit dem Dekanat begann er zu einer Zeit, als die Vorbereitungen zur Sektionsgründung anliefen. Er hat in dieser Zeit als Dekan und Sektionsdirektor wesentlich mit die Weichen gestellt.

Zu den Fraktionskämpfen sagt er: „Ich bin an sich sehr konservativ. Ich muß sagen, daß mir beide Richtungen nicht sehr sympathisch waren, weil sie immer auf Ausschließlichkeit, aber nicht auf Kooperation angelegt waren".

„In Berlin gab es eine große Bereitschaft, sich zu gesellschaftspolitischen Fragen zu äußern. Das hängt mit der Situation zusammen. Wenn die eine Gruppe etwas vorschlug, dann konnte man damit rechnen, daß bei nächster Gelegenheit die andere versuchte an der Spitze zu sein. Dies hat einen nachlässigen Umgang mit diesen Dingen mit sich gebracht, von denen man wußte, daß sie wenig Wirkung haben konnten. Für mich war es schwierig, in dieser Situation durchzuhalten. Ich habe mir gesagt, daß es besser ist, ich mach die Dinge selbst, zwar weniger mit Hilfe der Öffentlichkeit, aber doch auch im Sinne einer gewissen Abschirmung vor zusätzlichen Anforderungen".

Bernhardt war 20 Jahre lang Vorsitzender des Regionalausschusses der CFK. Dazu sagt er: „Ich habe diese Funktionen sorgfältig zu trennen versucht. Ich habe nur selten in der Fakultät etwas über CFK-Dinge gesagt während meiner Amtszeit und nur mit Widerstreben zugestimmt, daß bei der Lage der Dinge auch Veranstaltungen - etwa seit 1979 - in Zusammenarbeit mit der CFK stattfanden, aus dem prinzipiellen Grund der Trennung zwischen Staat und Kirche. CFK war Kirche und Fakultät war Staat".

Bernhardt stimmt der Feststellung zu, daß das Staatssekretariat und die Abteilung Kirchenfragen beim ZK in der CFK ein Instrument der Einflußnahme auf die Kirchen sahen.

Ich frage ihn: „Gab es in Ihrer Zeit als Dekan und Direktor der Sektion Berührung mit dem MfS?"
„Ja, gab es. Es ging da meistens um Studenten. Was war da zum Beispiel? [...] Es sind drei oder vier Fälle gewesen...".
Ich frage: „Hatten sie als staatlicher Leiter Berichtspflicht an das MfS?"
„Nein. Das gab es nicht, aber wir wußten, daß von unseren Berichten immer ein Durchschlag an das MfS ging. Weil wir so schrieben, daß es von jedem gelesen werden konnte".

Dieses Gespräch haben wir im Frühjahr 1992 geführt. Bei meiner Recherche in der Gauck-Behörde mußte ich festellen, daß eine Zusammenarbeit mit dem MfS bereits seit 1959 stattfand. Vier Akten mit Berichten aus der Zeit 1959 bis 1980 sind archiviert. Die Zusammenarbeit ist bis zum Ende der DDR erfolgt. Auch die HVA war an dem Inoffiziellen Mitarbeiter, der als Alttestamentler häufig auf Tagungen und Forschungsreisen im arabischen Raum und im westlichen Ausland war, interessiert. Aus dem Jahr 1968 ist ein umfangreicher HVA-Bericht über einen Auftrag des IM „Förster" in Beirut/Libanon erhalten.

Es sind erhalten: 250 eigene (mündliche) Berichte, 50 eigene Maschinenberichte, 5 handschriftliche Mitteilungen, ca. 30 offizielle Dienstunterlagen, 170 Treffberichte. Weitere Unterlagen finden sich von dem IM in der Sachakte der Theologischen Fakultät.

Im Dezember 1994 war Prof. Bernhardt zu einem Podiumsgespräch in das Haus am Checkpoint Charlie in Berlin geladen. Er wurde zu konkreten Situationen im Zusammenhang seiner Zusammenarbeit befragt. Das Gespräch war wie eine Zangengeburt. Lange dauerte es, eh' er die Termini MfS oder Führungsoffizier aussprach. Den letzteren nannte er anfangs „Kontaktbeauftragten".

Stephan Scheidacker, ehemaliger Student der Sektion, fragte: „Ist dieses Bild, daß Sie instrumentalisiert und zielgerichtet eingesetzt wurden, richtig?"

„Ja, also, Zusammenarbeit ja, aber Mitarbeit im Sinne eines Inoffiziellen Mitarbeiters, das habe ich nie so empfunden; ich bin nie irgendwie verpflichtet worden, auch nicht zum Schweigen, ich habe nie etwas unterschrieben, so weit ich mich entsinnen kann".

Frage: „Was war der Beweggrund, daß Sie so regelmäßig mit dem Staatssicherheitsdienst zusammengearbeitet haben?"

„Ja, erst ist man furchtbar ängstlich, dann merkt man, daß die ganze Sache nichts weiter ist als eine Aktenspielerei, und dann wird man leichtsinnig".

Frage: „Sind Sie nie auf die Idee gekommen, noch dazu als Christ, mal zu sagen, ich hör damit auf, wenn Sie schon solche Gewissenskonflikte hatten?"

„Es ist richtig, es ist ein Fehler gewesen, das seh ich ein. Aber es ist auch so, daß ich der Meinung war, bis in die achtziger Jahre, daß das sozialistische System in Osteuropa lange Aussicht hat zu bestehen".

Frage: „Haben Sie die Reise 1968 nach Beirut in Absprache mit der HVA durchgeführt und hat das MfS diese Reise bezahlt?"

„Ja, ach die hatten so viel Geld zur Verfügung. Man wäre dumm gewesen, dieses nicht anzunehmen".

Im Hinblick auf die Aufarbeitung der Geschichte der Fakultät/Sektion sagt Prof. Bernhardt in unserem Gespräch im Frühjahr 1992 abschließend:

„Es gibt in dieser Geschichte drei Ebenen. Einmal die normale Geschichte als Organisation, als Forschungsstätte. Dann gibt es die politische Geschichte, die immer in Berlin eine betrübliche gewesen ist. Die politischen Einflüsse sind immer bedrängend gewesen auf den Lehrkörper. Das ist das Schicksal einer hauptstädtischen Universität. Und die dritte Ebene, das ist die Geschichte mit der Kirche. Man müßte formulieren, was man aus dem Treiben der Theologischen Fakultät/Sektion lernen könnte. [...] Der Erwartungsdruck, der auf einer hauptstädtischen Fakultät liegt, der führt dazu, daß sich die Dinge noch mehr verschärfen. Darin haben wir alle versagt, die beiden Gruppierungen und die, die sich versuchten in die Bresche zu werfen und zu vermitteln und dabei in die Gefahr gerieten, noch eine dritte Partei zu gründen. Das ist die Lehre aus der jüngsten Geschichte der Theologischen Fakultät, die natürlich dem Bild einer Theologischen Fakultätsgeschichte der Vergangenheit gleicht" [24].

*Dietmar Linke ist Pfarrer in Berlin*

**Anmerkungen:**

[1] Vgl. Linke, Dietmar: Theologiestudenten der Humboldt-Universität - zwischen Hörsaal und Anklagebank, Neukirchen-Vluyn 1994

[2] A.a.O. S.186

[3] BA, Potsdam, R-3, 2957

[4] BA, Potsdam, R-3, 5595, S.27

[5] Fessen: Thesen über unsere Aufgaben an den Theologischen Fakultäten, BA, Potsdam, R-3, 5595,S.67

[6] A.a.O., S.56

[7] Konzeption zur Weiterführung der Hochschulreform an den Theologischen Fakultäten, 1969, SAPMO-BArch-ZPA IV A2/9.02/512

[8] BA, Potsdam, R-3, 5597, S.67

[9] SAPMO-BArch-ZPA IV2/14/176

[10] SAPMO-BArch-ZPA IV A2/9.04/512, S.7f

[11] BA, Potsdam, R-3, 5595, S.9ff

[12] BA, Potsdam, R-3, 2102/3

[13] Zu dem Gesamtkomplex „Kaderpolitik" vgl. Linke, D.: Theologiestudenten..., a.a.O., S. 30ff

[14] A.a.O. S.450ff

[15] A.a.O. S.61

[16] A.a.O.

[17] A.a.O. S.62

[18] SAPMO-BArch-ZPA IV B2/14/139

[19] Linke, D.: Theologiestudenten..., a.a.O.S.285

[20] BA, Potsdam, R-3, 1229

[21] SAPMO-BArch-ZPA IV A2/14/43

[22] Linke, D.: Theologiestudenten, a.a.O.S.407

[23] Gesamtes Gespräch mit Prof.Jenssen vgl. Linke, D.: Theologiestudenten..., S. 405ff

[24] Gesamtes Gespräch mit Prof.Bernhardt vgl. Linke, D.: Theologiestudenten..., S.418ff

Irene Klank (Berlin):

# Erfahrungen mit der Institutionalisierung feministischer Theologie in Berlin

## 1. Vorgeschichte und institutioneller Rahmen

Zum Zeitpunkt der Maueröffnung gab es in Berlin vier theologische Ausbildungsstätten mit Hochschulcharakter: die Kirchliche Hochschule in Zehlendorf, die Kirchliche Hochschule Ost in der Borsigstraße (ehemals Sprachenkonvikt), die Sektion Theologie der Humboldt-Universität und das Institut für Evangelische Theologie an der Freien Universität.

Im Herbst 1990 fusionierten die KiHo Ost und die Sektion Theologie zur Theologischen Fakultät an der Humboldt-Universität. Zum Sommersemester 1993 wurden die Theologische Fakultät und die Kirchliche Hochschule Zehlendorf zusammengeführt. Die so entstandene Fakultät soll einmal die Ausbildung von insgesamt ca. eintausend StudentInnen (incl. Religionspädagogik) leisten.

Auf diese „große Fusion" hatte seit Herbst 1991 eine Struktur- und Berufungskommission (SBK) unter Vorsitz eines auswärtigen Professors, in unserem Fall eines Münchner Systematikers, hingearbeitet. Die SBK mußte eine „vorgegebene Sollstruktur" von 22 Professuren auf die vorhandenen Professoren und DozentInnen beider Hochschulen zuordnen. Dafür hatte sie einen Strukturplan übernommen, der gemeinsam von der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und der Kirchlichen Hochschule Zehlendorf bereits im Frühjahr 1991 ausgearbeitet worden war. In diesem Strukturplan fand sich ein traditionelles Wissenschafts- und Lehrprofil angelegt, in dem u.a. Feministische Theologie nicht vorgesehen war.

Zur Koordinierung des feministisch-theologischen Lehrangebotes in Berlin hatte sich seit dem Herbst 1989 eine Gruppe von Theologinnen aus dem Studien- und Lehrbetrieb aller Berliner Ausbildungsstätten zusammengefunden. Diese Koordinierungsgruppe versuchte sich in die Fusionsverhandlungen einzumischen, um auch feministisch-theologische Forschung und Lehre an der künftigen fusionierten Fakultät zu verankern.



## 2. Hintergründe und Vorgänge - Anträge und Ablehnungen

Die Koordinierungsgruppe stellte im Dezember 1991 an die Struktur- und Berufungskommission einen Antrag auf Institutionalisierung feministischer Theologie an der künftigen fusionierten Fakultät.[1] Beantragt wurde eine C4-Professur als Voraussetzung für angemessene Arbeitsbedingungen in diesem Bereich theologischer Forschung und Lehre.

In seinen Anlagen gab der Antrag detailliert Auskunft über stattgefundene Lehrveranstaltungen im Bereich feministischer Theologie an allen beteiligten Hochschulen seit 1989.[2] Es wurde deutlich, daß im bis dahin möglichen Rahmen eine qualifizierte, kontinuierliche Arbeit mit feministisch-theologischen Ansätzen und Erkenntnissen für Studierende und Auszubildende (d.h. vor allem Vikare) nicht möglich ist. Die meisten dieser Veranstaltungen waren auf studentische Initiative und Mitarbeit zurückzuführen gewesen. Für die durchführenden Mitarbeiterinnen bedeuteten diese in der Regel ein zusätzliches Engagement, das über ihre obligatorischen Lehr- und Forschungsaufgaben in den traditionellen Disziplinen hinausreichte. Die Formen des Angebotes waren an allen Orten ähnlich: Blockseminare, Gastvorträge, einführende Seminare wie z.B. Proseminare, und alle Formen abhängig vom Engagement der StudentInnen und dem Interesse der Auszubildenden.

Die SBK lehnte den Antrag mit der Begründung ab, daß keine Frau aus den zu fusionierenden Einrichtungen für einen Lehrstuhl Feministische Theologie hinreichend qualifiziert sei.[3] Der Hinweis auf die Möglichkeit einer öffentlichen Ausschreibung[4] wurde mit einem Verweis auf die „vorgegebene Sollstruktur", über die man im Moment nicht hinausgehen könne, erwidert.[5]

Die Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität machte sich das Anliegen der Koordinierungsgruppe zu eigen und ersuchte den Wissenschaftssenator des Landes Berlin um Unterstützung.[6] Außerdem legte die Frauenbeauftragte im Akademischen Senat Einspruch gegen die zu verabschiedende Struktur ohne Berücksichtigung einer Stelle mit feministisch-theologischer Spezialisierung ein.[7]

Der Wissenschaftssenator hatte grundsätzlich nichts gegen einen Lehrstuhl für Feministische Theologie einzuwenden, schloß sich nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden der SBK jedoch dessen Argumentation an[8]:

a) Feministische Theologie stelle kein eigenes und selbständiges Fach- und Lehrgebiet im Fachbereich Theologie dar;

b) die Institutionalisierung eines Spezialgebietes „Feministische Theologie" würde dem hermeneutischen und historisch-wissenschaftlichen Interesse, das sich gegenwärtig in der Theologie artikuliert, gerade nicht entsprechen;

c) die bestehenden Bestrebungen zur Förderung feministischer Fragestellungen sollen ihren Ort in Verbindung mit klassischen Disziplinen finden;

d) die SBK befände sich darin auch in

weitgehender Übereinstimmung mit den Ergebnissen des EKD-Hearings in Arnoldshain;

e) noch keine Wissenschaftlerin habe sich in einer wissenschaftlichen Maßstäben für eine Berufung auf eine Professur genügenden Weise für feministische Theologie/Frauenforschung in Verbindung mit einer Disziplin der Theologie qualifiziert.[9]

Die ehemalige Dozentin für Ökumenik und Feministische Theologie der Humboldt-Universität soll auf einer Qualifizierungsstelle als Assistentin ihr wissenschaftlich-feministisches Qualifizierungsdefizit durch entsprechende Publikationen und Lehrveranstaltungen in Anbindung an das Neue Testament aufholen. Mit dieser C1-Stelle sei, so teilte die SBK dem Wissenschaftssenator mit, den Forderungen nach angemessenen Rahmenbedingungen für feministisch-theologische Forschung und Lehre an der künftigen Fakultät genügend nachgekommen.[10]

Im Mai 1992 gab es ein Gespräch zwischen dem Dekan der Fakultät, der Frauenbeauftragten der Universität und der Koordinierungsgruppe. Konsens dabei war, daß im Bereich von Qualifizierungsarbeiten mit feministischem Ansatz Bedingungen für eine Kontinuität in der wissenschaftlichen Arbeit geschaffen werden müssen. Diese Übereinstimmung entsprach auch einem Beschluß der EKD-Synode in Bad Krozingen 1989: „Die Synode hält es für notwendig, die Perspektive von Frauen in theologischer Forschung und Studienarbeit aller Disziplinen einzubeziehen sowie neue Ansätze theologischer Frauenforschung zu fördern."[11] Entsprechend hatte dann auch eine EKD-Anhörung zum Thema in Arnoldshain 1991 u.a. formuliert: „Die bisher übliche Praxis der Erteilung von Lehraufträgen für theologische Frauenforschung und feministische Theologie ist ein notwendiger, jedoch bei weitem nicht ausreichender Schritt zur Institutionalisierung."[12]

So stellte die Koordinierungsgruppe im Juni 1992 an die SBK den Antrag, eine Strukturbeschreibung für den mittleren wissenschaftlichen Bereich an der künftigen Fakultät so vorzunehmen, daß in *jedem* klassischen theologischen Fach *eine* Theologin die Möglichkeit erhält, sich durch eine Arbeit mit feministisch-theologischem Ansatz im jeweiligen Fach zu qualifizieren. Dabei sollte immer jeweils *eine* dieser Arbeiten eine Habilitation zum Ziel haben.

Die Antwort des Vorsitzenden der SBK an die Koordinierungsgruppe war kurz, ablehnend und deutlich: „Eine Festlegung auf eine bestimmte inhaltliche Ausrichtung durch eine Strukturplan würde der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung nicht entsprechen." Und: „Die Besetzung dieser Stellen ist... Angelegenheit der jeweiligen Fachvertreter, denen diese Stellen zugewiesen werden."[13]

Weiterhin beantragte die Koordinierungsgruppe, feministische Inhalte in die neu zu gestaltenden Prüfungsordnungen aufzunehmen: „Feministische Theologie kann in Verbindung mit einem der Hauptfächer geprüft werden, wobei die in diesem Fach Lehrenden zur Prüfung hinzuzuziehen sind." Nachdem dieser Passus vom Fachbereichsrat beschlossen worden war, strich ihn die SBK wieder aus der neuen Ordnung.

Im Gespräch war dann, einer promovierten feministischen Theologin auf einer C1-Stelle in Anbindung an einen der Lehrstühle eine Habilitation zu ermöglichen. Dies ist allerdings im Zuge der weiteren Strukturplanungen nicht umgesetzt worden.

Schließlich sollte es an der neuen Fakultät eine Stiftungsgastprofessur für „unterrepräsentierte Spezialgebiete" geben. Eine solche ist zwar mittlerweile auch eingerichtet worden, finanziert vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft im Rahmen seines Programms „Wissenschaftsunion". Allerdings hat die entsprechende Kommission, u.a. besetzt mit dem SBK-Vorsitzenden, entgegen der ursprünglichen Intention durchgesetzt, daß diese Stiftungsgastprofessur gerade keine Denomination „unterrepräsentierte Spezialgebiete" erhält, sondern wiederum dem klassischen Fächerkanon vorbehalten bleibt. Die Koordinierungsgruppe hatte sich von Beginn an bemüht, für diese Gastprofessur - die auf fünf Jahre begrenzt ist und jährlich mit einem neuen Fach zu besetzen ist - eine feministische Theologin für ein Jahr nach Berlin einzuladen. Die Präsidentin der Humboldt-Universität setzte sich zugleich nachdrücklich dafür ein, die Professur den Fächern zu widmen, die im Stellenplan nicht vorkommen, und unterstützte die Koordinierungsgruppe in ihrem Streben nach einer zeitweisen feministischen Besetzung. Für diese Bemühungen kann nun wenigstens ein Teilerfolg festgehalten werden: Im Sommersemester 1997 wird Elisabeth Schüssler-Fiorinza, in den Vereinigten Staaten lehrende, katholische feministische Theologin, die Stiftungsgastprofessur wahrnehmen. Indessen wurde sie, wie angemerkt werden muß, von der Fakultät nicht als feministische Theologin, sondern ausdrücklich als Neutestamentlerin eingeladen.

## 3. Fazit

Die Bemühungen der Koordinierungsgruppe waren auf Institutionalisierungsmöglichkeiten *innerhalb* des deutschen Wissenschaftsbetriebes gerichtet. Wir stellten den ersten Antrag auf Bewilligung einer C4-Professur nicht, weil wir das Modell einer Sonderstellung Feministischer Theologie besonders glücklich fanden, sondern weil uns dies in der gegebenen Situation als die angemessenste Möglichkeit erschien - hinsichtlich der Akzeptanz in der Wissenschaftshierarchie und der nötigen Ausstattung der Stelle. Die Koordinierungsgruppe hätte durchaus jede gleichberechtigte Arbeitsform von feministischen Theologinnen innerhalb der theologischen Disziplinen begrüßt. Im Idealfall der vobehaltlosen Akzeptanz könnte solches zu einem nur wünschenswerten innerdisziplinären und wissenschaftstheoretischen Austausch führen. Die isolierte, unterprivilegierte und immer wieder Rechtfertigungszwängen ausgesetzte Arbeits- und

Forschungssituation feministischer Theologinnen hingegen stellt eine andauernde Diskriminierung dar.

In unserem Falle wurden wir entweder vertröstet („wir würden ja gern, aber wir können nicht") oder nicht ernst genommen („wer sind die überhaupt? Koordinierungsgruppe Feministische Theologie?"). Hätte sich unsere Gruppe nicht selbst zur Anwältin ihrer Sache gemacht, wäre das Thema „Feministisch-theologische Forschung und Lehre" im ganzen Fusionsprozeß überhaupt nicht zur Sprache gekommen.

Die uns entgegen gehaltenen Argumente bestätigten schließlich ungewollt und nachdrücklich unser Anliegen. Feministische Theologie als eigenes theologisches Fach entspreche nicht dem gegenwärtig sich in der Theologie artikulierenden hermeneutischen und historisch-wissenschaftlichen Interesse, hieß es. Eben deshalb schien es uns zunächst allein über die Einrichtung einer Professur möglich, dauerhaft zu sichern, daß feministische Theologie bereits angemessen betrieben werden kann, bevor sich das gegenwärtige Theologieverständnis geändert hat. Doch diesem (inhaltlichen) Einwand war vorgebeugt worden: Auch die vorgegebene Sollstruktur verhindere die Einrichtung einer zusätzlichen Professur. Dann also, so unser nächster Vorstoß, in allen Bereichen die Sicherung feministischer Forschung und Lehre über Assistenzstellen. Doch nein, so wurde uns beschieden, dies würde die Wissenschaftsfreiheit der Lehrstuhlinhaber beeinträchtigen, die über die Stellenvergabe an wissenschaftliche Mitarbeiter zu entscheiden hätten - und die, wie hinzuzufügen wäre, im Normalfall dem „gegenwärtig sich in der Theologie artikulierenden hermeneutischen und historisch-wissenschaftlichem Interesse" folgen. Darauf hätten wir nur wieder antworten können: Also, wie die Dinge liegen, benötigt die feministische Theologie unbedingt einen eigenen Lehrstuhl, um überhaupt stattfinden zu können.

Daß wir mit unserem Anliegen auch an die Öffentlichkeit gegangen waren, wurde von den verantwortlichen Herren mit Irritation und Unmut zur Kenntnis genommen. Letztendlich geht es darum, sich auf einen Machtkampf einzulassen und diesen auszuhalten. Ratlosigkeit macht sich angesichts so ungleicher Ausgangspositionen aber immer wieder breit.

*Irene Klank, Dipl.-Theol., 1991/92 auf einer ABM-Stelle an der Humboldt-Universität für die Koordinierungsgruppe Feministische Theologie tätig, absolviert derzeit ein Vikariat*

**Anmerkungen:**

[1] Koordinierungsgruppe Feministische Theologie: Antrag zur Institutionalisierung Feministischer Theologie. Berlin, 30.12.1991. 2 S.

[2] Anlage 1: Lehrveranstaltungen zu Feministischer Theologie. 4 S.

[3] Vgl. Koordinierungsgruppe Feministische Theologie: Offener Brief vom 1.4.1992; Brief Vorsitzender der SBK Theologie an Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität vom 6.4.1992.



[4] Vgl. Brief Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität an Senator für Wissenschaft und Forschung vom 9.3.1992.

[5] Brief Vorsitzender der SBK Theologie an Senator für Wissenschaft und Forschung vom 30.3.1992.

[6] Vgl. Brief Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität an Senator für Wissenschaft und Forschung vom 9.3.1992.

[7] Einspruch der Frauenbauftragten zur Vorlage Nr. 38/92 im Akademischen Senat. 18.3.1992.

[8] Vgl. Brief Senator für Wissenschaft und Forschung an Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität vom 27.4.1992.

[9] Brief Vorsitzender der SBK Theologie an Senator für Wissenschaft und Forschung vom 30.3.1992.

[10] Ebd.

[11] Beschluß der EKD-Synode 1989 zum Schwerpunktthema „Die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche".

[12] Arnoldshainer Stellungnahme zur Förderung theologischer Frauenforschung und feministischer Theologie", S. 2.

[13] Brief Vorsitzender der SBK Theologie an Irene Klank (f.d. Koordinierungsgruppe Feministische Theologie) vom 28.7.1992.

Konrad Feiereis (Erfurt):

# Katholische Theologie in der DDR - Chance, Grenze, Selbstverständnis

## Die Gründung von Hochschule und Priesterseminar in Erfurt

Bis zum Ende des II. Weltkrieges besaß die katholische Kirche im Osten Deutschlands zwei theologische Fakultäten: in Breslau und in Braunsberg/Ostpreußen. In Mitteldeutschland - dem Territorium der späteren DDR - gab es nach der Reformation lediglich in Erfurt eine katholisch-theologische Fakultät; sie hörte mit der Schließung der Universität durch Preußen im Jahre 1816 auf zu existieren. In diesem Territorium bildeten die Katholiken bis 1945 nur einen geringen Anteil - etwa 6% - an der Bevölkerung; etwa 85 bis 90% der Einwohner gehörten vor dem Kriegsende einer der evangelischen Landeskirchen an.

In Breslau wurde seit dem Jahre 1703 katholische Theologie gelehrt. Die dortige Universität „Leopoldina" besaß daneben nur eine philosophische Fakultät; der Jesuitenorden übte die Leitungsfunktion aus. Im Oktober 1810 wurde die Universität in Berlin eröffnet. Obwohl Wilhem von Humboldt die Regierung zur Zurückhaltung mahnte, wurde dennoch die Universität Frankfurt/Oder - die Viadrina - mit der Breslauer Universität durch Kabinettsordre vom 24.4.1811 vereinigt und nach Breslau verlegt. Die neue „Schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität" wurde schon am 19.10.1811 als Volluniversität mit fünf Fakultäten eröffnet. Hier errichtete der preußische Staat neben der katholischen auch eine evangelische Fakultät; bisher galt es in Deutschland als ungewöhnlich, daß eine Universität zwei theologische Fakultäten besaß: nur in Erfurt - bis 1816 - und in Heidelberg - in der Form reformierter Theologie - waren beide Kirchen vertreten.[1]

Am Ende des II. Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren strömten Millionen von Heimatvertriebenen in das Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone ein. Um 1949/50 lebten auf dem Territorium der soeben gegründeten DDR 4 300 000 Flüchtlinge. Davon waren 1 900 000 katholisch. Die Katholiken machten in dieser Zeit mit einer Gesamtzahl von 2 800 000 etwa 14% der Bevölkerung aus.[2] Die Errichtung von Ausbildungsstätten, besonders einer theologischen Fakultät, wurde für die Kirche zu einer Frage des Überlebens. Der „kalte Krieg", die Unterbrechung der Verbindungswege nach Berlin und die Gründung zweier deutscher Staaten ließen deutlich werden, daß die christlichen Kirchen im ostdeutschen Staat auf sich allein gestellt bleiben würden. Von 1945 an ging, wer im Osten Deutschlands, der SBZ, wohnte und katholische Theologie studieren wollte, an eine Fakultät in den drei Westsektoren. Eine Rückkehr in die SBZ schien zunächst - wenn auch oft mit Schwierigkeiten - prinzipiell möglich. Am 1. Oktober 1951 aber sprach die Regierung der DDR ein generelles Verbot der Rückkehr in die DDR aus. Damit war die katholische Kirche von ihrem Nachwuchs bei der Theologenschaft und vielen Mitarbeitern im kirchlichen Dienst völlig abgeschnitten. Dieses Rückkehrverbot machte zugleich alle Versuche zunichte, die begonnenen Verhandlungen über die Errichtung einer Fakultät zum erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Der katholische Episkopat in Deutschland hielt bis zum Ende der DDR an seiner Einheit fest. Die Bischöfe in Ostdeutschland blieben Mitglieder der „Fuldaer Bischofskonferenz", auch als ihnen die Teilnahme an den Sitzungen nicht mehr möglich war. Zur Lösung der in der DDR anstehenden Probleme schlossen sie sich aber seit Juli 1950 zu einer eigenen Bischofskonferenz zusammen, die fast über die ganze Zeit unter dem Vorsitz des Bischofs von Berlin tagte. Dieser bestellte Vertrauenspersonen, welche mit den Vertretern des Staates, der Regierung, der Ministerien - auch mit denen des MfS - Verhandlungen zu führen hatten.

Unter ihnen nahm der Leiter des Caritasverbandes in Berlin und 1951 zum Bischof des Bistums Meißen ernannte Heinrich Wienken eine herausragende Stellung ein. Er vertrat die Angelegenheiten der Kirche nicht nur bei den Dienststellen der DDR, sondern auch beim Alliierten Kontrollrat und bei der sowjetischen Besatzungsmacht, von der er annahm, daß gegen deren Willen nichts durchgesetzt werden könne. Er stellte den Sowjets die Frage, ob sie zu einer langfristigen Duldung des Christentums in der DDR bereit wären; hiervon hänge ab, ob es der Kirche gestattet würde, ihren eigenen Nachwuchs auszubilden. Wienken muß von den Sowjets positive Signale erhalten haben, denn es gelang ihm sogar, im selben Jahr 1951 die Zustimmung der Rektorenkonferenz der Universitäten und Hochschulen der DDR für die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät zu erhalten. Diese schlug der Kirche die Universitäten von Halle oder Leipzig vor. Wienken nahm an, daß das ökumenische Klima in Halle weniger günstig sei und entschied sich für die Universität Leipzig. Damit wäre zu den sechs evangelisch-theologischen Fakultäten an den Universitäten in der DDR eine theologische Fakultät der katholischen Kirche hinzugekommen. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch kurz vor seiner Realisierung.[3]

Denn nach dem Tod von Kardinal Preysing übernahm am 4. Juni 1951 Wilhelm Weskamm die Leitung des Bistums Berlin und bald danach den Vorsitz der Berliner Ordinarienkonferenz. Das Verbot einer Rückkehr in die DDR von Bürgern, die nach dem Westen gegangen

waren, wie auch die unverkennbaren Anzeichen eines immer militanteren Atheismus bewogen Weskamm dazu, die Gründung einer vom Staat völlig unabhängigen kirchlichen Hochschule anzustreben. Auch in der evangelischen Kirche wurden drei völlig in der Verantwortung der Kirche stehende Hochschulen in Berlin (Ost), Leipzig und Naumburg errichtet.

Am 4. Dezember 1951 beschloß die Berliner Ordinarienkonferenz die Gründung einer „gemeinsamen philosophisch-theologischen Lehranstalt in Konviktsform"; sie sollte ihren Sitz in Berlin-Biesdorf haben. Auf ein Protestschreiben der Kirche hin sicherte der damalige Ministerpräsident Grotewohl zu, daß die in der DDR beheimateten, im Westen studierenden Theologen „auf Antrag zum Studium an der katholischen theologischen Hochschule in der DDR zugelassen werden". Noch im Dezember 1951 begannen alle erdenklichen Vorbereitungen für die Gründung der Hochschule in Berlin-Biesdorf. Die Räumlichkeiten - teils in der Obhut der Kirche, teils aber auch in der des Staates -, wurden bereitgestellt und renoviert. Als Rektor der Hochschule und Regens des Priesterseminars war Prof. Dr. E. Kleineidam, der die gleiche Tätigkeit an der Hochschule und im Priesterseminar in Königstein/ Taunus ausübte, berufen worden, ebenso die ersten Professoren und Dozenten. Die staatlichen Stellen legten kaum Hindernisse in den Weg.

Am 7. April 1952 teilte Bischof Weskamm dem Ministerpräsidenten mit, daß in Berlin-Biesdorf eine kirchliche Lehranstalt errichtet werde, für welche die Hochschulen in Deutschland den wissenschaftlichen Maßstab bilden sollten. Im Mai würden die ersten drei Semester mit dem Studium beginnen; im Oktober 1952 rechne man mit 300 Theologiestudenten, jährlich mit 60 bis 70 neuen Immatrikulationen. Weskamm schrieb an Grotewohl: „Von diesem Plan der Errichtung einer kirchlichen akademischen Lehranstalt... bitten wir, zustimmend Kenntnis zu nehmen". Für den 6. Mai war die feierliche Eröffnung angesetzt. Der stellvertretende Ministerpräsident Nuschke (CDU) hatte sein Erscheinen und ein Grußwort der Regierung zugesagt.

Doch am 2. Mai ließ Grotewohl der Kirche mitteilen, daß die Regierung keinesfalls der Errichtung dieser Hochschule in Berlin zustimmen werde; mögliche Zuwiderhandlung würde als „casus belli" betrachtet. Das Verbot wurde damit begründet, daß das Staatssekretariat für Hochschulwesen nicht in die Verhandlungen einbezogen und daß von Staat und Kirche vorausgesetzt worden sei, die neue Lehranstalt werde auf dem Boden der DDR errichtet; Berlin aber gehöre nicht zum Territorium der DDR.[4]

Die Bischöfe suchten nach Ausweichmöglichkeiten im Berliner Raum, in Neuzelle an der Oder, in Magdeburg, in Ohrdruf, in einem Kinderheim in Leipzig-Engelsdorf, schließlich im Ursulinenkloster in Erfurt, zu dem ein großes Schulgebäude gehörte, welches von der Stadt benutzt wurde. Die evangelische Kirche war bereit, im Magdeburger Gebiet Gebäude zu verpachten. Am 12. Mai 1952 bot der Erfurter Propst und Generalvikar Häuser in Erfurt an, die



bisher als Schülerkonvikt, Waisenhaus, bischöfliche Verwaltung und Caritas der Diözese genutzt wurden. Dank dieser Hochherzigkeit konnte die Entscheidung gefällt werden, die Hochschule in Erfurt zu gründen. Noch aber fehlte die Zustimmung des Staates.

Das Verbot der Regierung der DDR hatte großes Aufsehen in ganz Deutschland erregt. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Frings von Köln, protestierte in aller Schärfe und nannte das Verbot „eine Knechtung des Gewissens und eine Knebelung der Rechte der katholischen Kirche". Grotewohl antwortete darauf in einer besonderen Rede vor der Volkskammer am 23. Mai 1952. Er unterstellte der Kirche, daß sie sich nicht an das geltende Recht der DDR gehalten habe, ließ aber erkennen, daß die Regierung prinzipiell zu einer Genehmigung bereit sei.

Bischof Weskamm setzte inzwischen die Gründungsfeier in Erfurt für den 5. Juni fest, da die Studenten bereits mehr als ein halbes Jahr auf die Eröffnung des Semesters warteten. Am 31.5.1952 jedoch kam es zu einer harten Konfrontation zwischen dem Staatssekretär für Hochschulfragen, Prof. Harig, und dem Vertreter der Kirche, Prälat Zinke. Der Kirche wurde mitgeteilt, nur der Staat habe das Recht, Hochschulen zu eröffnen und Professoren zu ernennen. In dieser ausweglosen Situation suchte Otto Nuschke zu vermitteln. Er legte das Gesuch dem in diesen Tagen amtierenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht vor - Grotewohl war in Urlaub -, der wohl wußte, in welchem Dilemma er sich befand: erneutes Verbot oder Preisgabe eigener Grundsätze. Ulbricht teilte mit, daß er keine Einwände gegen die Eröffnung am folgenden Tag habe; die fehlenden Unterlagen sollten nachgereicht werden, „die Erlaubnis" werde „bis zum 30.6.1952 erteilt". Die neue Hochschule war also von Ulbricht für 26 Tage genehmigt worden!

Der feierliche Gründungsakt fand wie vorgesehen am 5. Juni statt. Prof. Kleineidam hatte am 23. Mai die DDR verlassen müssen, Prälat Zinke erhielt ebenfalls keine Genehmigung für eine Teilnahme in Erfurt. So nahm Bischof Weskamm selbst die Immatrikulation der ersten Theologen - es waren 38 an der Zahl - vor.

Er zog aus dem Konflikt mit dem Staat die schwerwiegende Konsequenz, endgültig auf die bisherige Konzeption einer öffentlichen, staatlich genehmigten Hochschule zu verzichten. Die neue Institution wurde als „Katholisches Priesterseminar Erfurt" bezeichnet. Damit sollte gegenüber dem Staat deutlich gemacht werden, daß es sich um eine rein kirchliche Einrichtung handele. Am 13.8.1952 erklärte Grotewohl in einem Schreiben: „Auf dieser Rechtsgrundlage erkläre ich mein Einverständnis mit der Weiterarbeit des Katholischen Priesterseminars in Erfurt"; die Tätigkeit des Lehrkörpers dürfe nicht im Gegensatz zur Verfassung und den Gesetzen der DDR stehen.

Von jetzt an entfaltete sich das „Priesterseminar" in zwei selbständig strukturierten Institutionen: dem eigentlichen Se-

minar, das als Alumnat bezeichnet wurde, welchem der Regens vorstand, und dem „Philosophisch-Theologischen Studium Erfurt", welches die Fakultät mit Rektor, Professorenkollegium und Studentenschaft bildete. Beide blieben bis zum Ende der DDR von jeglicher Einflußnahme durch den Staat unberührt. Der Name „Studium" knüpfte bewußt an die Tradition des „Studium Erffordense" und somit an die Universität Erfurt an und erschien nach außen hin als neutral gegenüber dem Ministerium für das Hochschulwesen. Studium und Alumnat unterstanden allein der Berliner Bischofskonferenz.

Bis zum Ende des Jahres 1952 erhielten außer Prof. Kleineidam, der im Juli mit Schwierigkeiten seitens der Behörden sein Amt als Rektor und Regens antreten konnte, weder ein Professor noch ein Student die Genehmigung zu einer Übersiedelung in die DDR. Erst zu Beginn des Jahres 1953 hörten diese Restriktionen für einige Zeit auf. Ende 1953 war der Aufbau des Professorenkollegiums abgeschlossen. Im Wintersemester 1953 studierten in Erfurt mehr als 200 Studenten Theologie, im Sommersemester 1959 waren es 278, eine Zahl, die erst wieder nach der Wende durch die zusätzliche Lehrerausbildung erreicht und übertroffen werden sollte. Der Propst von Erfurt stellte der Fakultät die Räume der Domgebäude mit dem herrlichen Kreuzgang zur Verfügung; so setzt sich hier eine jahrhundertealte Tradition fort, da diese Räume zuerst eine Domschule und seit 1392 die theologische Fakultät der alten Universität Erfurt beherbergt hatten.

## Strukturen und Bedingungen des Theologiestudiums

In der Sicht des Staates existierte in Erfurt ein Priesterseminar, in welchem die Kirche die Ausbildung ihrer Priester in eigener Kompetenz regelte. In dem Bewußtsein der Kirche dagegen war in Erfurt eine theologische Hochschule entstanden, welche sich an den Bedingungen und Strukturen der deutschen Hochschulen ausrichtete. Hier entstand bereits die Konfliktsituation, ob auch Studentinnen zum Studium zugelassen werden sollten. Im Jahre 1962 wurde für sie das „Edith-Stein-Seminar" gegründet, welches für Frauen im kirchlichen Dienst bestimmt war und eine eigene Studien- und Prüfungsordnung besaß. In Ausnahmefällen wurden auch Studienkurse für Theologen eingerichtet, die nicht Priester wurden, aber von ihrem Bischof zum Studium delegiert worden waren. Diese prinzipielle Vorsicht hielten die Bischöfe für geboten, da sie dem Staat keine Handhabe für eine Einflußnahme bieten wollten. Die heute mögliche Einsichtnahme in die Akten von MfS, Regierung und Partei zeigt, welche Aufmerksamkeit die staatlichen Stellen stets den Institutionen in Erfurt zuteil werden ließen. Beispielsweise heißt es in dem Quartalsbericht 1/1988 des Leiters der BV des MfS Erfurt: „Es sind verstärkte Anstrengungen zur inoffiziellen Durchdringung des Priesterseminars Erfurt als einziger Ausbildungsstätte katholischer Amtsträger in der DDR zu unternehmen."[5]



Voraussetzung für ein Studium in Erfurt war das Abitur. Wer das staatliche Abitur erworben hatte, mußte sich danach einem einjährigen Kurs unterziehen, um Latein und Griechisch zu lernen. Erst danach war die Immatrikulation in Erfurt möglich. Im „Norbertinum" in Magdeburg besaß die Kirche aber auch eine Schule, die - zuerst in einem vierjährigen Kurs, dann in drei Jahren - zu einem "innerkirchlichen" Abitur führte. Dieses Abitur wurde von der DDR nie anerkannt, dagegen ausnahmslos von den Bundesländern im Westen. Das kirchliche Abitur befähigte sofort zum Studium in Erfurt. Dieses Studium dauerte zunächst neun Semester, denen sich eine dreisemestrige Ausbildung zur unmittelbaren Vorbereitung auf die Priesterweihe anschloß. 1967 wurden die Studien neu strukturiert und die Dauer in Erfurt auf zehn Semester ausgedehnt. Die Studenten waren verpflichtet, während ihrer Ausbildung Praktika in einem Betrieb, in einer Sozialeinrichtung und in der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit zu absolvieren.

Der größte Teil der Studenten besaß eine abgeschlossene Berufsausbildung. Sie war im Normalfall eine Vorbedingung, um das Abitur am Norbertinum erwerben zu dürfen. Für Bürger der DDR, die sich offen zum christlichen Glauben bekannten, war es meist sehr schwer, ein Abitur an der EOS ablegen zu können. Die Studenten, welche nach einem staatlichen Abitur das Theologiestudium aufnehmen wollten, hatten überwiegend den Weg der „Berufsausbildung mit Abitur" gewählt oder die Volkshochschule besucht. Da nur etwa jeder zweite Theologiestudent am Ende auch Priester wurde, war es für die anderen von Vorteil für den weiteren Lebensweg, einen erlernten Beruf vorweisen zu können. Ein Wechsel von der kirchlichen Hochschule in Erfurt zu einer anderen Ausbildung an einer staatlichen Fakultät gelang nur in seltenen Fällen.

Ein besonderes Problem stellte die Einberufung zur NVA dar. Ich schätze, daß bis 1989 die knappe Hälfte der Erfurter Studenten zur Armee gezogen wurde. Befreit wurde nur, wer nachweisen konnte, daß seine Ausbildung noch nicht abgeschlossen war oder nach dem Abschluß der Studien in Erfurt sofort in das Pastoralseminar ging. Der weitaus größte Teil der Einberufenen leistete seinen „Dienst" bei den Bausoldaten. Allerdings gab es auch vereinzelt Studenten, die sich zuvor für drei Jahre bei der NVA verpflichtet hatten, sich danach zum Theologiestudium entschieden und als „Leutnant der Reserve" in das Priesterseminar eintraten. Es gab Zeiten - auch noch wenige Jahre vor dem Ende der DDR -, da wurden Studenten, die bereits hier studierten, willkürlich mitten im Semester einberufen, andere dagegen nicht. Gründe dafür waren nicht zu erkennen, wohl aber mußte eine gezielte Schikane hinter diesem Vorgehen vermutet werden.

Jede Hochschule wird auch danach beurteilt, ob sie eine Bibliothek besitzt, die modernen wissenschaftlichen Ansprüchen entspricht. Jeder, der mit den damaligen Verhältnissen vertraut ist, weiß, mit welch immensen Schwierigkeiten der Erwerb und Besitz von Literatur aus dem „Westen" verbunden war. Die Deutsche

Bischofskonferenz und das Bonifatiuswerk in Paderborn stellten alle von Erfurt erbetenen finanziellen Mittel für den Aufbau einer Bibliothek und für Lehrmaterial zur Verfügung. Um den Transport hat sich besonders die Berliner Zentralstelle der Caritas verdient gemacht. Sie suchte immer nach verborgenen Wegen, um Büchersendungen sicher in die DDR gelangen zu lassen. Mit der internationalen Anerkennung der DDR kamen Botschaftsmitglieder nach Berlin, welche uns hierin große Dienste erwiesen haben, manches blieb bis heute im Verborgenen. Nachdem in den 80er Jahren die Grenzkontrolle immer stärker von Angehörigen des MfS ausgeübt wurde und letzteres die geheimen Wege der Kirche enttarnt hatte, wuchsen die Schwierigkeiten der Bücherbeschaffung. In den letzten Jahren der DDR bot sich nur der mühselige Weg der Beantragung für jedes einzelne Buch an, das eingeführt werden sollte. Im allgemeinen zeigten sich die Behörden aber in den letzten Jahren unerwartet großzügig in der Genehmigung. Mit weit über 100 000 Bänden und 100 Periodica, die regelmäßig zu uns gelangten, kann unsere Fakultät jedem Vergleich mit einer entsprechenden Institution im Westen standhalten.[6]

Seit 1955 besitzt unsere Hochschule zwei wissenschaftliche Reihen, die „Erfurter Theologischen Studien" für größere Monographien und die „Erfurter Theologischen Schriften" für Arbeiten mit geringerem Umfang. In der Reihe der Studien erschienen bisher 67 Bände, überwiegend Dissertationen, Habilitationsschriften und Festgaben; die „Schriften" weisen bisher 23 Bände auf. Sie erschienen stets im Leipziger St. Benno-Verlag. Seit 1958 wurde ferner regelmäßig ein „Theologisches Jahrbuch" herausgegeben; das letzte erschien 1991. In ihm waren wichtige theologische Beiträge enthalten, die entweder aus westlichen Zeitschriften entnommen waren oder - zum geringeren Teil - von Autoren aus der DDR oder anderen sozialistischen Ländern stammten. Dieses Jahrbuch fand über konfessionelle und Staatsgrenzen hinweg stets große Beachtung.

Autoren, Herausgeber und Lektoren suchten in diesen drei Publikationsreihen den schmalen Weg zu finden, der am Ende die Drucklegung ermöglichte. Kritik an den Verhältnissen in der DDR zu üben, war ausgeschlossen. Es durfte nichts geäußert werden, wodurch sich ein Marxist oder Atheist abgewertet fühlen konnte. Viele Personen durften nicht genannt werden; dazu gehörten wenigstens zeitweise u.a. Ernst Bloch, Martin Heidegger, Helmut Thielicke, Paul Tillich. Wer sich kritisch zur DDR geäußert hatte, galt als verfemt, so z.B. Hans Küng und Jörg Zink. Die wissenschaftliche Arbeit dieser Zeit sollte im Rückblick auf unsere Geschichte nicht in Vergessenheit geraten, ebensowenig die Mühsal der Drucklegung.[7]

Mit großen Schwierigkeiten verbunden war für die katholische Kirche in der DDR die Heranbildung eines eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses. Sie besaß keine staatlich anerkannte Fakultät. Die Reise- und Paßgesetze verhinderten ein Studium an einer anderen Fakultät. Die Fakultät in Erfurt existierte



aus der Sicht der Machthaber nicht, also war es ihr unmöglich, das Promotionsrecht zu erlangen. Dennoch wurden schon seit 1953 in Erfurt Assistentenstellen eingerichtet, damit der wissenschaftliche Nachwuchs in Ruhe ein Aufbaustudium absolvieren konnte. In Kooperation mit den theologischen Fakultäten an den Universitäten in München, Mainz, Freiburg und Würzburg konnten bis 1970 zwölf Promotionen zum Abschluß gebracht werden. Die Doktorarbeiten wurden bei den westdeutschen Fakultäten eingereicht und das Kollegium in Erfurt mit der Abnahme des Examen rigorosum beauftragt.

Im Jahre 1970 erließ die DDR ein neues Gesetz, in dem es hieß, jeder Erwerb eines akademischen Grades im „Ausland" - dazu zählte die Bundesrepublik - sei genehmigungspflichtung, auch die Entgegennahme von Doktortiteln honoris causa. Als letzter Ausweg bot sich die Päpstliche Universität Gregoriana in Rom an. Mit ihr war dank weiser Voraussicht von Bischof Bengsch seit 1962 vereinbart worden, daß gegebenfalls die Erfurter Fakultät bevollmächtigt werden könne, ein Aufbaustudium nach der römischen Ordnung durchzuführen, welches mit den akademischen Graden des Lizentiaten bzw. des Doktors der Theologie abschloß. Von 1970 an wurde von dieser Vollmacht Gebrauch gemacht. Der Titel des Lizentiaten konnte auf diesem Wege 46 mal vergeben werden, zum Doktor wurden 32 Kandidaten von der römischen Universität promoviert. Merkwürdigerweise scheint es bei den Meldestellen der Volkspolizei niemals Schwierigkeiten gegeben zu haben, wenn der Doktortitel unter Vorlage der Urkunde in den Ausweis eingetragen werden sollte; der Staat, der natürlich von diesen Wegen praeter legem wußte, wollte deshalb wohl keinen Streit entfachen.

Zu erwähnen ist ferner, daß mehrere Mitglieder des Professorenkollegiums z.T. mehrfach zum Doktor h.c. ernannt wurden: von Fakultäten in der Bundesrepublik, aber auch von solchen in Österreich, England und Polen. Die Entgegennahme dieser Ehrungen bei öffentlichen Feiern ließen Verantwortliche unserer Kirchenleitung nicht zu, um nicht in Konflikte mit dem Staat zu geraten; so wurden die dafür erforderlichen Reisedokumente gar nicht erst beantragt. Die Geehrten nahmen die Urkunde meist ohne Beachtung seitens der Öffentlichkeit entgegen; trotz staatlichen Verbotes verweigerte keiner die Annahme des Ehrendoktors.

Für die Besetzung eines Lehrstuhls war es erforderlich, wissenschaftliche Arbeiten nachzuweisen, die dem Rang einer Habilitation gleichkamen. Eine aus Professoren, Dozenten, Studenten und Mitarbeitern bestehende „Erweiterte Konferenz" mußte ein Votum über die Fähigkeiten des Bewerbers in der Lehrtätigkeit abgeben. Die Berufung auf den jeweiligen Lehrstuhl und die Ernennung zum Professor sprach der Vorsitzende der Berliner Bischofskonferenz aus.

Erst nach 38 Jahren hat die - nunmehr durch freie Wahlen legitimierte - Regierung der DDR mit Datum vom 15.9.1990 dem Philosopisch-Theologischen Stu-

dium Erfurt den Status einer staatlich anerkannten wissenschaftlichen Hochschule zuerkannt und ihr das Recht erteilt, die akademischen Grade des „doctor theologiae" und des „doctor theologiae habilitatus" zu erteilen.

## Theologie im atheistischen Staat

Die wissenschaftliche Theologie steht stets in Wechselwirkung mit der Gesellschaft, in der Lehrende und Lernende leben. Die sozialistische Gesellschaft hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß eines ihrer Ziele in der Verbreitung des Atheismus bestand. Theologie in der DDR zu treiben bedeutete deshalb auch, sich intensiv mit der herrschenden Ideologie auseinanderzusetzen, wenn nötig im Streit, wenn möglich im Dialog. Beides wurde dadurch erschwert, daß sich die Vertreter dieses Staates und der in ihm herrschenden Weltanschauung grundsätzlich jeder geistigen Auseinandersetzung entzogen. Erst mit dem Machtantritt Gorbatschows waren Dialogveranstaltungen auch in der DDR möglich, aber nur im Raum der Kirche. Mehrfach habe ich an solchen Begegnungen mit Marxisten teilgenommen, die dazu aus eigener Verantwortung bereit waren und damit wohl auch ein Risiko für ihre eigene Person eingingen. So war beispielsweise der führende Religionssoziologe der DDR, Prof. Olof Klohr, am 21.4.1988 zu einem Podiumsgespräch in Erfurt geladen, welches von beiden Kirchen veranstaltet wurde. Laut Bericht der Abteilung XX/4 nahmen daran ca. 400 Personen, vorwiegend im Alter von 20-30 Jahren teil. Kennzeichnend für solche Begegnungen war die Offenheit, mit der die Situation der Bürger in der DDR angesprochen werden konnte, das große Interesse gerade junger Menschen und das Fehlen einer feindseligen Atmosphäre.

Ähnliches gilt für die Erwartungen, welche die Studenten gegenüber den Lehrveranstaltungen hegten. Das Theologiestudium bot die einzigartige Chance, auch Disziplinen wie Philosophie, Anthropologie, Psychologie, Geschichte, Pädagogik und Ethik in einer Form kennenzulernen, die jeder marxistischen Interpretation entzogen war, also in Freiheit gelehrt und gelernt werden konnten. Dazu stand eine reichhaltige Literatur zur Verfügung, die für einen Bürger der DDR im allgemeinen unerreichbar war. Bei den Studenten zählte nicht Polemik, sondern nur ernsthafte Auseinandersetzung. Daher rückten alle Fragen, die mit der christlichen und nichtchristlichen Anschauung von der Welt und vom Menschen zusammenhingen, besonders in den Vordergrund des Interesses. Im Diplomstudiengang „Katholische Theologie" waren und sind 20 Semester-Wochenstunden in Philosophie verpflichtend. Wer sich daran erinnert, welche Bedeutung der Lehre des dialektischen und historischen Materialismus im Bildungswesen der DDR eingeräumt wurde, wird ermessen, welches Interesse junge Menschen den hier totgeschwiegenen philosophischen Sichtweisen entgegenbrachten; auch denen von nichtchristlichen Philosophen wie Nietzsche, Heidegger, Bloch und Horkheimer.



Probleme der Gesellschaft waren nicht selten auch Gegenstand der Diplomarbeiten. So wurde beispielsweise im Fach Religionspädagogik die Darstellung von Religion und Kirche in den amtlichen Lehr- und Schulbüchern der DDR thematisiert. Diese Untersuchungen waren insofern wertvoll, als sie Grundlage für Interventionen bildeten, wenn Schulbücher neu konzipiert wurden. Versuche einer Einflußnahme durch beide Kirchen scheiterten stets an der Verweigerung jeder Gesprächsbereitschaft auf Seiten des Bildungsministeriums, das Margot Honecker leitete.

Je enger die äußeren Grenzen des Staates DDR gezogen wurden, desto wichtiger wurde die Weite des geistigen Horizontes. So suchte unsere Fakultät offizielle und enge Beziehungen zu den drei „Geschwistern" in der evangelischen Kirche, den kirchlichen Hochschulen in Berlin, Leipzig und Naumburg. Der gegenseitige Austausch von Dozenten gehört bis heute zur Normalität. Offizielle Kontakte zu den sechs staatlichen theologischen Fakultäten bestanden bis 1989 nicht, wohl aber Beziehungen zu einzelnen Professoren und Dozenten; wechselseitige Gastvorlesungen waren möglich. Ständige ökumenische Arbeitskreise bestanden von Anfang an und wurden nach der Vereinigung Deutschlands erweitert.

Um nicht in einem geistigen Ghetto zu verkümmern, wurden Kontakte auch über die Staatsgrenzen hinaus genutzt und zahlreiche Vertreter der Theologie, anderer Wissenschaften und der Ökumene zu Gastvorlesungen eingeladen. So seien stellvertretend folgende Namen genannt: Karl Rahner, der mehrfach und gern nach Erfurt kam, ebenso Hans Urs von Balthasar und Josef Pieper, Walter Kasper, Karl Lehmann, Josef Ratzinger. Unvergessen ist auch bis heute der Besuch von Carl Friedrich von Weizsäcker und der des Erzbischofs von Canterbury, Michael Ramsey.

Die Mitglieder des Lehrkörpers wurden bis zum Rand ihrer Kräfte auch in der kirchlichen Bildungsarbeit gefordert. Besondere Schwerpunkte stellten die katholischen und evangelischen Studentengemeinden dar, ferner die Jugendhäuser und die Akademikerarbeit. Die christlichen Kirchen boten über ihre Grenzen hinaus jedem interessierten Bürger gleichsam eine "Gegenkultur" zu der vom Staat verordneten "sozialistischen Lebensweise" an, die sich über ein großes geistiges Spektrum erstreckte und viele Gebiete der Kunst, Kultur und Literatur umfaßte. Bedeutende Schriftsteller der DDR haben in kirchlichen Räumen Lesungen abgehalten, Musiker Konzerte in den Kirchen gegeben. Die Theologie besaß im geistigen Leben, das es in der DDR auch außerhalb staatlicher Reglementierung gab, ihren eigenen Platz und erfüllte so die ihrem Wesen eigentümliche Aufgabe: Grenzen zu sprengen, den Blick zu weiten, Brücken zu schlagen, dem Menschen zu dienen.

*Konrad Feiereis, Prof. Dr., hat seit 1974 den Lehrstuhl für Philosophie am Philosophisch-Theologischen Studium Erfurt inne*

**Anmerkungen:**

[1] Vgl. dazu E. Kleineidam. Die katholisch-theologische Fakultät der Universität Breslau 1811-1945. Köln 1961, 9-19.

[2] Vgl. dazu J. Pilvousek: Flüchtlinge, Flucht und die Frage des Bleibens. Überlegungen zu einem traditionellen Problem der Katholiken im Osten Deutschlands. In: Die ganz alltägliche Freiheit. Christsein zwischen Traum und Wirklichkeit. Erfurter Theologische Studien Bd.65. Leipzig 1993, 9-23.

[3] Vgl. dazu E. Kleineidam: Vorgeschichte, Gründung und Aufbau des Regionalpriesterseminars Erfurt. Eine fragmentarische Chronik. In: Denkender Glaube in Geschichte und Gegenwart. Festschrift aus Anlaß der Gründung der Universität Erfurt vor 600 Jahren und aus Anlaß des 40jährigen Bestehens des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt. Erfurter Theologische Studien Bd. 63, 97-116.

[4] Über den Ablauf dieser turbulenten Tage und Wochen informiert E. Kleineidam, Denkender Glaube, 100-109.

[5] Das Dok. Nr. 1198 enthält folgende Bemerkung des Leiters: „1988 sind die Anstrengungen zu erhöhen, um die politisch-operative Lage im Bischöflichen Amt Erfurt-Meiningen einschätzen zu können. Hier sowie im einzigen katholischen Priesterseminar der DDR beherrschen wir die Lage aufgrund einer unzureichenden inoffiziellen Basis nicht." Die „politisch-operative Abwehrarbeit in diesem Sicherungsbereich" müsse „endlich mit Leben" erfüllt werden. Weiter heißt es: „IM unter katholischen Geistlichen existieren im Verantwortungsbereich der BV Erfurt nicht." Das MfS stütze sich auf „hauptamtliche Angestellte der handwerklichen kircheneigenen Werkstätten bzw. caritativer Dienste in den Kreisen sowie auf katholisch engagierte Laien".

[6] Vgl. dazu L. Ullrich: Dankbare Erinnerung. Festvortrag zur Vierzigjahrfeier des Philosophisch-Theologischen Studiums am 11. Juni 1992. In. Die ganz alltägliche Freiheit, 129-143.

[7] Vgl. dazu P. Kokschal: Veröffentlichungen unter staatlicher Zensur. In: Theologisches Jahrbuch 1991. Leipzig 1992, 11-22.



**Peter-Paul Straube (Oldenburg):**

# Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines außeruniversitären Studium generale[1]

Die theoretische wie praktische Problematik des Studium generale existiert, seitdem es hohe Schulen gibt.[2] "Stets war es eine hohe und schwierige Bildungsaufgabe, wie sich die wissenschaftliche Spezialisierung mit einer guten Allgemeinbildung, mit dem geistigen Werden der Persönlichkeit, den Pflichten eines Staatsbürgers und sittlichen Menschen vereinigen lasse."[3] Für die Evaluation der Bildungsarbeit der katholischen Studentengemeinden in der DDR als Studium generale ist es notwendig, in einem ersten Punkt auf die bildungspolitische und -historische Entwicklung des Begriffes Studium generale und dessen Anwendung einzugehen. Anschließend wird in einem zweiten Punkt der Frage nachgegangen, inwieweit die Bildungsarbeit in den katholischen Studentengemeinden unter den universitären und gesamtgesellschaftlichen Konditionen in der DDR eine spezifische Form eines außeruniversitären Studium generale darstellt und in welcher Hinsicht diese für die konzeptionelle Gestaltung sowie die praktische Umsetzung des Studium generale an den Universitäten und Hochschulen eine Vorbildfunktion haben kann.

## 1. Studium generale - Geschichte und Gegenwart

Studium generale diente zunächst als Bezeichnung für die mittelalterliche Universität an sich. Des weiteren wird damit ein besonderes Ordensstudium benannt. Zum ersten Mal taucht der Ausdruck Studium generale in einer päpstlichen Bulle aus dem Jahre 1233 als Bezeichnung für die Hochschule von Paris auf.[4] Bedeutende Generalstudien existierten u.a. in Magdeburg, Leipzig und Erfurt; deren Vorlesungen waren in der Regel öffentlich. Außerdem steht Studium generale für eine von den Alliierten in den Westzonen nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge der Reeducationsbemühungen initiierte Universitätseinrichtung bzw. -bewegung, die vor allem durch Seminare, Gast- und Ringvorlesungen, interfakultative Zusammenarbeit sowie studentische Wohngemeinschaften geprägt war. An Stelle des Begriffes "Studium generale" lassen sich heutzutage in den Vorlesungs- und Veranstaltungsverzeichnissen weitere Verbindungen des Substantivs "Studium" mit anderen Attributen als "generale" ausmachen, die einen besonderen inhaltlichen Aspekt des Studium generale betonen: "Studi-

um fundamentale" - dadurch soll die Notwendigkeit eines philosophischen Diskurses hinsichtlich der Grundlagen eines Faches sowie der Wissenschaft an sich deutlich werden -, "Studium integrale" - hier wird die integrative Einbindung eines Faches in die Wissenschaft sowie der interdisziplinäre Dialog betont - und "Studium universale" - dieses richtet den Blick vor allem auf die allgemeine universitäre Bildung.

Auf einem Studententag der 1947 gegründeten Katholischen Deutschen Studenten-Einigung (KDSE), die sich als Repräsentantin der katholischen Studierenden in Ost und West verstand, wurde im Jahre 1953 in Würzburg eine Resolution zu Fragen der Hochschulreform verabschiedet.[5] Darin geht es insbesondere "um Ansatzpunkte und Wege zu einer echten, ganzheitlichen Bildung".[6] Es sei notwendig, die Begrenztheit des Fachwissens in geistiger Aufgeschlossenheit und Offenheit auf das Ziel einer Gesamtschau der Wirklichkeit hin auszuweiten.[7] Aus der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Befähigung der Studierenden zu trans- und interdisziplinärer Kommunikation drängte man auf die Förderung des Anliegens des Studium generale. "Stellt es doch eine uns gegebene Möglichkeit dar, in der Begegnung mit allen Erscheinungsformen menschlichen Geistes ein gültiges Weltbild zu erarbeiten und gleichzeitig die Universität von einer Stätte der bloßen Wissensvermittlung umzuwandeln in einen Raum ganzheitlicher Persönlichkeitsformung in charakterlicher, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht."[8]

Fünf Jahre später wurde in einem Diskussionsbeitrag der KDSE zum 5. Deutschen Studententag in Karlsruhe die praktische Umsetzung des Studium generale an den Universitäten und Hochschulen als gescheitert angesehen.[9] Es stehe isoliert neben dem Fachstudium und erscheine daher als "schöngeistige" Zutat. Ein auf dem Universalismus der Bildungsidee des Idealismus aufgebautes Studium generale hätte sich als problematisch und unter den gegebenen universitären und wissenschaftlichen Bedingungen als nicht praktizierbar erwiesen. Deshalb forderte man die Fachwissenschaften dazu auf, durch das Aufzeigen der Grundlagen ihres Faches den Bezug zum Allgemeinen deutlich zu machen, und sich dann den Fragen, die sich aus der gesellschaftlichen Bezogenheit des Menschen ergeben, zu stellen. Dazu wurden insbesondere Fragen der Ethik und der Soziallehre gezählt. "Der Mensch ist es seiner Würde als Person schuldig, daß er sich denkend um seine Stellung zu sich selbst, zu seiner Umwelt und zum Transzendenten bemüht."[10]

In der SBZ/DDR wurde der Begriff Studium generale explizit kaum verwendet, dessen Anliegen jedoch in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg partiell verfolgt. Auf einem Kongreß der Vertreter von Studentenräten der SBZ vom 19.-21. Juni 1947 in Halle erreichte man erst nach äußerst kontrovers geführten Diskussionen insbesondere zur Frage einer möglichen Wiederholung der Verabsolutierung einer Philosophie oder Weltanschauung an den Universitäten und Hochschulen - der Marxismus/Leninismus wurde in dieser Hinsicht als



sehr anfällig eingeschätzt[11] - einen Konsens darüber, "daß die permanente philo-sophische Diskussion und die Auseinandersetzung um weltanschauliche Fragen über das Fachliche hinaus immanenter Bestandteil des Studiums sein müsse."[12]

In der Zeitschrift "Forum" heißt es in einer Denkschrift der deutschen Studenten, die anläßlich der ersten interzonalen Studententagung Anfang 1948 in Berlin verfaßt wurde: "Allgemeinbildende Vorlesungen und staatspolitischer Unterricht scheinen das einzige Mittel zu sein, Staatsbürger zu bilden."[13] Lehrveranstaltungen politischen und allgemeinbildenden Charakters forderte auch der ostzonale Studentenrat.[14] Gleichzeitig wurden die auf Anweisung der SMAD eingeführten und in der Regel im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie determinierten Pflichtvorlesungen zu politischen und aktuellen Fragestellungen kritisch beurteilt. "Die zur Zeit abgehaltenen Pflichtvorlesungen tragen nicht den gegebenen Forderungen Rechnung, sondern sind eher geeignet, den Studenten vom politischen Leben abzustoßen, da in ihnen zu den Problemen der heutigen Zeit fast ausnahmslos einseitig Stellung genommen wird."[15] Deshalb verlangte man, daß sich Vertreter verschiedener politischer Richtungen an den Pflichtvorlesungen beteiligen sollten und dabei auch die gesamte Bandbreite der Philosophie zur Sprache kommen müßte.

Im Zusammenhang mit der Transformierung des Hochschulwesens nach sowjetischem Vorbild - insbesondere bei der Zweiten Hochschulreform 1951/52 - wurde der Marxismus-Leninismus auf administrativem Wege zur alleinigen Grundlage der Auseinandersetzung mit Wissenschafts-, Weltanschauungs- oder Lebensfragen an den Universitäten und Hochschulen bestimmt. Alle anderen Denkansätze wurden als überholt, spätbürgerlich und unwissenschaftlich abgetan. Öffentliche Diskussionen um ein pluralistisches Studium generale im Hochschulwesen sind bis zum Herbst 1989 nicht mehr nachweisbar. Erst während der sog. Wende 1989 wurde "Studium generale" zu einer Art Zauberformel für die anstehende Hochschulreform in der DDR.[16] Dadurch kam es auch in den alten Bundesländern zu einer Belebung der Diskussion hinsichtlich des Studium generale.

## 2. Bildung und Gemeinschaft

Das Hochschulwesen in der DDR wurde von der Zweiten Hochschulreform 1951/52 bis zum Jahre 1989 von der SED kontrolliert. Die an zentralistischen und vereinheitlichenden Grundsätzen orientierte Gestaltung des universitären Prozesses hatte für die Studierenden weitreichende Folgen, die zu einer freien und demokratischen universitären Kultur in fundamentalem Widerspruch stehen. Dazu zählen vor allem:

- Zulassung zum Studium und zum Forschungsstudium primär nach ideologischen Auswahlkriterien, welche zu Anpassung und Subalternität führten; der Kreis, aus dem sich die Studierenden und die Vertreter der Wissenschaft

rekrutierten, war demzufolge viel kleiner als das real in der Gesellschaft vorhandene Potential; somit wurde nicht nur der Einzelne in seiner beruflichen Entwicklung, sondern die Entwicklung von Wissenschaft und Gesellschaft insgesamt behindert.

- Einteilung der Studierenden in Seminargruppen nach Fachrichtungen und Immatrikulationsjahrgängen, die in der Regel auch den Rahmen für Vorlesungen, Seminare und Übungen bildeten; eine jahrgangsübergreifende Kommunikation in den einzelnen Fachwissenschaften wurde durch diese kollektivistische Verschulung des Studiums de facto unterbunden.

- Regelung des Studienablaufes nach festen Plänen - bis hin zu einem vorgegebenen Wochenstundenplan - und fachliche Kontrolle durch regelmäßige Zwischenprüfungen sowie Kontrolle der Anwesenheit; dadurch wurde die Teilnahme an Veranstaltungen anderer Fächer fast unmöglich gemacht.

- Obligatorische Durchführung des Marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums für alle Fachrichtungen zum Zwecke einer systematischen ideologischen Erziehung der Studierenden im Sinne der atheistisch und religionsfeindlich determinierten Lehre des Marxismus-Leninismus; dadurch kam es an den hohen Schulen zu einer eindimensionalen und verengten Sicht der Wissenschaft, der Gesellschaft und des Menschen.

- Studentische Aktivitäten an den Universitäten und Hochschulen waren allein über die FDJ möglich, die offiziell als Kaderreserve der SED galt; unabhängige Gruppierungen wurden nicht geduldet; eine freie, pluralistische und demokratische Teilnahme der Studierenden am universitären Prozeß war nicht möglich.

Die katholischen Studentengemeinden in Deutschland entstanden in den 20er bis 40er Jahren unseres Jahrhunderts als Reflex auf spezifische universitäre und gesellschaftliche Entwicklungen. Der universitäre Prozeß wurde immer stärker von Technisierung und Individualisierung bestimmt; die säkularistischen Tendenzen in der Gesellschaft hatten Defizite hinsichtlich der geistig-geistlichen Orientierung der Studierenden zur Folge. Aus einer mehr individuellen Standesseelsorge entwickelten sich eigene Gemeinden von Studentinnen und Studenten, die sich insbesondere einer religiösen und allgemeinen Bildungsarbeit und der sozialen Hilfe widmeten. Abgesehen von den ersten Nachkriegsjahren, in denen Vertreter der Studentengemeinden am öffentlichen universitären Leben beteiligt waren, sowie aufgrund der Beibehaltung des in der Zeit des Nationalsozialismus ausgesprochenen Verbotes unabhängiger und konfessioneller studentischer Vereine und Verbände waren die Studentengemeinden in der DDR bis 1989 die einzigen vom unmittelbaren staatlichen Erziehungseinfluß unabhängigen studentischen Gruppierungen.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Studentengemeinden stand eine umfassende philosophische, theologische und allgemeine Bildungsarbeit, die inhaltlich von den Studierenden weitestgehend selbst bestimmt und organisatorisch mitgetragen wurde. In den 40er und 50er Jahren setzte man sich in den katholischen Studentengemeinden insbesondere mit den Folgen des Zweiten Weltkrieges sowie der Theorie des Marxismus-Leninismus und den aus dessen verbindlicher Einführung auf allen Wissenschaftsgebieten resultierenden Konsequenzen für das Studium auseinander. Nach dem Bau der Mauer wurde in den 60er Jahren nach Möglichkeiten eines verantwortlichen Engagements in der DDR-Gesellschaft unter christlichen Vorzeichen und eines Dialoges mit Andersdenkenden - letztlich ohne Erfolg - gesucht, weil der Staat an einer unabhängigen Mitarbeit der Christen nicht interessiert war. Ab Mitte der 70er Jahre treten die Psychoanalyse und die Friedensproblematik als besondere Akzente der Bildungsarbeit hervor.

Analog zu den fünf o.g. wichtigsten Folgen der Transformierung der hohen Schulen in der DDR in Erziehungsanstalten für die Studierenden können hinsichtlich der Bildungs- und Aktionsmöglichkeiten der Studierenden in den katholischen Studentengemeinden zusammenfassend folgende Charakteristika konstatiert werden:

- Die katholischen Studentengemeinden in der DDR waren Gemeinschaften überwiegend katholischer Studierenden der Universitäten, Hoch- und Fachschulen eines Studienortes, die auch evangelischen und kirchlich nicht gebundenen Studierenden zugänglich waren; sie waren kirchenrechtlich gesehen als Personalgemeinden konstituiert und wurden von den Aktivitäten ihrer Mitglieder sowie der Person des Studentenseelsorgers entscheidend geprägt.

- Die Zusammensetzung der Gemeinden richtete sich nach den Fachrichtungen, die am jeweiligen Studienort angeboten wurden; dadurch war - entsprechend dem lokalen Studienangebot - ein fächer- und jahrgangsübergreifender Dialog möglich.

- Von den Studierenden wurde die inhaltliche Planung und die Durchführung der verschiedenen Bildungsveranstaltungen auf gemeindlicher Ebene - Sprecherkreis/Gemeinderat - und regionaler Ebene - Sprecherkonferenz/Zentraler Arbeitskreis - wesentlich mitbestimmt; vorbereitet auf diese Tätigkeiten wurden die Studierenden durch Schulungen in Rhetorik und Gesprächsleitung.

- Ganzheitliche - d.h. an der Transzendenzfähigkeit und Kontingenz des menschlichen Seins orientierte - philosophische, theologische und allgemeine Bildungsarbeit wurde als Ergänzung und Relativierung der ideologisch eindimensionalen Erziehung und Bildung im Hoch- und Fachschulwesen, insbesondere im Marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium, angeboten; diese diente der Vorbereitung auf mögliche Auseinandersetzungen an den Bildungseinrichtungen und fand auch in sozialer Betätigung ihren Ausdruck.

- Bei Vortragsveranstaltungen, in Seminaren oder in kleinen Gesprächsgruppen konnten Kritik- und Dialogprozesse geübt, eigenständiges Denken und Verantwortung erprobt werden; die Organisierung dieser Bildungsarbeit war für die

aktiven Gemeindemitglieder eine "Grund"-Schule der Demokratie.

Die Bildungsarbeit der katholischen Studentengemeinden in der DDR, die von den religiösen, wissenschaftlichen und kulturellen Interessen (Literatur, Theater, Musik) der Studierenden bestimmt war, wurde in verschiedenen Veranstaltungsformen wie Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Seminaren, Wochenendtagungen, Exkursionen, Festen sowie Theater- und Musikaufführungen durchgeführt. Sowohl die formalen wie die inhaltlichen Ausprägungen dieser Bildungsarbeit gehören nach der von Papenkort vorgenommenen Klassifizierung des modernen Studium generale nach Veranstaltungsformen sowie nach Veranstaltungsinhalten zu deren möglichen Varianten.

Aufgrund der Tatsache, daß die Studentengemeinden in der DDR mit der Zweiten Hochschulreform 1951/52 aus dem universitären Bereich ausgegrenzt und unter das "Dach der Kirche" gedrängt worden sind, sowie auf der Basis der inhaltlichen, strukturellen und organisatorischen Momente ihrer Bildungsarbeit erscheint es gerechtfertigt, diese als eine spezifische Form eines außeruniversitären Studium generale zu charakterisieren. Denn diese studienbegleitende "Bildung und Gemeinschaft", die sich inhaltlich primär an den Bildungsbedürfnissen der Studierenden orientierte und von diesen organisatorisch mitgetragen und -verantwortet wurde, hatte - neben einem pastoraltheologischen Aspekt - vor allem das Ziel, den Studierenden über den auf Ausbildung und marxistisch-leninistische Erziehung reduzierten Studienprozeß hinaus Orientierungswissen zu vermitteln, welches die Voraussetzung für eine verantwortliche ethische und soziale Kompetenz darstellt. Die Teilnahme an dieser Bildungsarbeit beruhte auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und war mit persönlichen Risiken verbunden, weil es dadurch mitunter zu Benachteiligungen im Studium sowie bei der Bewerbung zum Forschungsstudium oder für einen bestimmten Arbeitsplatz gekommen ist.

Die Erfahrungen in der Bildungsarbeit der Studentengemeinden - insbesondere bezüglich der Verbindung von "Bildung und Gemeinschaft", der selbstverantwortlichen Organisierung von Bildungsveranstaltungen durch die Studierenden, der Zusammenarbeit von Studierenden unterschiedlicher Fächer und Semester sowie der sozialen Aktivitäten - sollten in die konzeptionellen Überlegungen der universitären Studia generalia einfließen. Denn Studium generale ist mehr als nur intellektuelle Auseinandersetzung mit fachspezifischen, philosophischen oder interdisziplinären Problemstellungen. Die bloße Aneignung von Wissen darf nicht letztes Ziel dieses Bildungsstrebens sein, sondern dessen Anwendung beim Umgang mit und in der Wissenschaft und der Gesellschaft. "Reine" Bildung bietet keine Garantie für eine daraus resultierende versittlichende Aktivierung der einzelnen Individuen. Erst eine umfassende dialogische Kommunikation zwischen allen am universitären Prozeß Beteiligten sowie der Gesellschaft insgesamt ermöglicht einen finalen Qualitätssprung von der akademischen Bildung zum akademischen Ethos.



Die Verwirklichung der Idee des Studium generale, die eindimensionale fachliche universitäre Ausbildung durch eine ganzheitliche Bildung aufzubrechen und die Studierenden für Zukunftsprobleme angesichts der Grenzen des Wachstums zu sensibilisieren, wird jedoch primär nicht davon abhängen, inwieweit es gelingt, organisatorische, inhaltliche und methodische Fragen fächerübergreifender Lehrveranstaltungen zu lösen und diese in prüfungsrelevante Angebote für die Studierenden einzubinden. Vielmehr sollte das wissenschaftliche Arbeiten nicht primär quantitativ-extensiv und monologisch ausgerichtet sein, sondern bereits im Prozeß des Forschens und Lehrens qualitativ-intensive Verantwortungs- und Folgenreflexion in dialogischer Kommunikation betrieben werden. Um ein einigermaßen bewußtes Überleben der menschlichen Gattung zu garantieren, müsse nach Daxner die Wissenschaft aufgrund der globalen ökologischen Krise neben der Erkenntnissuche weitere Funktionen wahrnehmen: Kritik, Kommentierung, Warnung, Unterstützung, Legitimation usw. Er fordert deshalb grundsätzlich: "Hauptaufgabe aller Wissenschaften ist es, den Prozeß der menschlichen Selbstvernichtung rückgängig zu machen".

*Peter-Paul Straube, Dr. phil., Dipl.-Theol., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am FB Pädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg*

**Anmerkungen:**

[1] So lautet auch der Titel der Dissertation des Verfassers, die voraussichtlich Mitte des Jahres in der Reihe "Erfurter Theologische Studien" beim St. Benno-Verlag Leipzig publiziert wird.

[2] Grundsätzliches dazu bei PAPENKORT, U.: Studium generale. Geschichte und Gegenwart eines hochschulpädagogischen Schlagwortes. Eichstätt 1991 (Manuskript).

[3] FUETER, E.: Das studium generale. Bedeutung - Notwendigkeit - Entwicklung. Zürich 1954 S. 3

[4] Vgl. ZOLLINGER, M.: Universität, Gymnasium und "Studium generale". In: Festschrift zu Ehren von Alt-Rektor Dr. Hans Fischer. Veröffentlicht anläßlich des 50jährigen Bestehen des Gymnasiums Biel. Zürich 1952 S. 45-66, hier S. 49.

[5] Vgl. NEUHAUS, R.: Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959. Wiesbaden 1961 S. 563-569.

[6] Ebd. S. 564.

[7] Unter Punkt 2 der Resolution heißt es: "Wir bejahen die Pflege des philosophischen Denkens und dringen auf philosophische Grundlegung und Fragestellung in den Einzelwissenschaften, weil wir darin die Möglichkeit sehen, im Vorstoß zur Sinnfrage von einem zusammenhangslosen Kenntnisnehmen von Tatsachen zu echter Einheit der Bildung zu gelangen." Ebd.

[8] Ebd. S. 565.

[9] Vgl. Diskussionsbeitrag der KDSE zum 5. Deutschen Studententag vom 01.-04. Mai 1958 in Karlsruhe. In: Ebd. S. 571-579, hier S. 576.

[10] Ebd. S. 577.

[11] Vgl. JACKSTEL, K.: Zur Bedeutung eines fachübergreifenden Lehrens und Lernens in der Diskussion des Studentenkongresses der Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone vom 19.-21.06. 1947 in Halle. Ein historischer Exkurs zur Geschichte des Studium generale. Mai 1991 S. 6 (Manuskript).

[12] Ebd.

[13] Vgl. Denkschrift der deutschen Studenten. In: *FORUM. Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen.* Berlin (Ost) 2/1948 S. 22-27, hier S. 26.

[14] Vgl. *FORUM* 7/1948 S. 23f.

[15] Ebd. S. 24.

[16] Vgl. dazu z.B. JACKSTEL, K.: Studium Generale - die alte neue Herausforderung. In: ERMERT, K./ HUBER, L./LIEBAU, E. (Hgg.): Humboldt, High-tech und High-culture. Was heißt "Hochschulkultur" heute? Loccumer Protokolle 14/1990, Loccum 1990 S. 236-247 sowie PAPENKORT 1991 S. 237-247.



# THEMA Ia: Singularitäten 5. Folge

*Bisher sind in der Artikelserie "Singularitäten" Beiträge zu folgenden Wissenschaftseinrichtungen erschienen: Sorbisches Institut/ Serbski institut Bautzen (Dietrich Scholze,* hso *4/94), Entomologisches Institut Eberswalde (Holger H. Dathe & Klaus Rohlfien,* hso *5/94), Forschungszentrum Populäre Musik an der Humboldt-Universität zu Berlin (Peter Wicke,* hso *6/94), Internationales Hochschulinstitut Zittau (Rosemarie Konschak & Bernd Markert.,* hso *1/95). (Red.)*

**Baldur Ed. Pfeifer (Friedensau):**

## Die Theologische Hochschule Friedensau Eine freikirchliche Hochschule

### Allgemeine historische Entwicklung

Mit der staatlichen Anerkennung der Theologischen Hochschule Friedensau (ThHF) 1990 durch die freie und demokratisch gewählte Regierung der ausgehenden DDR erhielt die Hochschullandschaft in Deutschland eine weitere Hochschulvariante. Historisch gesehen war es bislang nur den großen Kirchen möglich, private Hochschulen zu unterhalten. Erst in der jüngsten Geschichte konnten auch Religionsgemeinschaften Hochschulen gründen.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die 1876 in Deutschland gegründet wurde, unterhielt während des letzten Jahrhunderts drei theologische Seminare (Friedensau, Marienhöhe und Neandertal), konnte diese aber nicht zu einer staatlichen Anerkennung führen. In den Vereinigten Staaten von Amerika beteiligten sie sich wie alle anderen Freikirchen an der Entwicklung einer Hochschullandschaft mit zahlreichen Colleges und Universitäten, die in Forschung und Lehre den europäischen staatlichen Hochschulen nichts nachstehen. Der Anteil der Freikirchen an der Entwicklung des freien und unabhängigen Hochschulwesens Amerikas ist hierzulande nur ungenügend bekannt.

In Deutschland dagegen führten die freikirchlichen theologischen Seminare ein

Schattendasein. Im Kaiserreich war an eine staatliche Anerkennung überhaupt nicht zu denken. Unter der Weimarer Reichsverfassung standen die Chancen schon besser, doch die Zeit bis 1933 war zu kurz, um Rechte einzuklagen. Die Kluft zwischen dem Anspruch der Verfassung und derer realer Durchsetzbarkeit war zu groß. Schon alleine die Beantragung des Status der Körperschaft des öffentl. Rechts erwies sich als eine unzumutbare Tortur. Die Adventisten beantragten sie 1919, unmittelbar nach Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung, erhielten sie aber erst 1950. In der deutschen Geschichte mußten eben bestimmte Staatsformen erst untergehen, bevor Minderheiten ihre Rechte erlangen konnten.

Die Adventisten regelten zunächst die Entwicklung ihrer Seminare intern. Diplome waren deshalb nicht anerkannt. Wer sich als Freikirchler um einen Titel bemühen wollte, absolvierte eben noch ein Zusatzstudium an einer deutschen Hochschule oder besuchte unter hohem Kostenaufwand eine freikirchliche Hochschule in den USA. Dann bahnten sich aber auch schon in den 70er Jahren Lösungen an, wobei von Fall zu Fall einzelne Absolventen an staatlichen Hochschulen über eine Einstufungsprüfung zugelassen wurden. Später wurden sogar Vereinbarungen mit Fakultäten angestrebt. Für die adventistischen Seminare in Ost- und Westdeutschland löste sich aber das Problem durch eine Kooperation mit der Andrews University, Michigan. Danach bestimmte die amerikanische Hochschule das akademische Niveau und garantierte dafür die Anerkennung von Leistungen. Nach einem vorgeschriebenen Mindestaufenthalt an der amerikanischen Einrichtung konnte ein Kandidat sein Studium mit einem anerkannten Grad abschließen, der dann in der Bundesrepublik dank einer Gleichwertigkeitsbescheinigung zu Berechtigung der Titelführung führte, ein recht umständlicher und kostspieliger Umweg.

Das Schattendasein der deutschen freikirchlichen Seminare hatte auch zur Folge, daß sie sich nicht in dem gesamten Spektrum ihres Selbstverständnisses wissenschaftlich entwickeln konnten. Das brachte natürlich wesentliche Nachteile mit sich. Einwirkungen auf nichttheologische Gebiete waren so gut wie ausgeschlossen. Vor allem eine Beteiligung an der Gestaltung von Demokratie und Frieden, an der sie in den Vereinigten Staaten maßgeblich beteiligt waren, war nicht gegeben. Der Anteil an der Forschung blieb gering, wobei in den Amerikas und in der Dritten Welt beispielhafte Leistungen in den Forschungsbereichen Menschenrechte, Pädagogik, Gesundheitswissenschaft und Medizin erzielt werden konnten.

## Die Entwicklung der ThHF

Die Adventisten gründeten zunächst 1893 ein Seminar in Hamburg. Zunehmender Platzmangel sowie eine zukunftsorientierte pädagogische Ausrichtung veranlaßten 1899 die Verlegung nach Friedensau bei Magdeburg. Der derzeitige Campus von 153 ha umfaßt den Ort Friedensau, der außer einem



Altenheim hauptsächlich aus der Hochschule besteht. Der Ort ist auch zugleich eine politische Gemeinde. Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges kamen Studenten aus Deutschland, Osteuropa und dem Nahen Osten nach Friedensau. Sie waren später als Pastoren und Missionare in Europa, Afrika und Asien tätig. Seine internationale Bedeutung erlangte Friedensau erst wieder nach dem Krieg. Doch schon im „Dritten Reich" mußten neue Einschränkungen der Lehrtätigkeit hingenommen werden.

„Auch nach dem zweiten Weltkrieg blieb das Seminar Beschränkungen seitens der DDR- Regierung unterworfen. Dennoch konnte die theologische Arbeit fortgesetzt werden. Hinzu kamen eine kirchenmusikalische Ausbildung sowie ein einjähriger Lehrgang für Diakone und Sozialhelfer, den z. T. auch Studierende des Theologischen Seminars belegten. Ein Praktikum in den Anstalten Neinstedt, in denen geistig und körperlich Behinderte leben und vorbildlich betreut und ausgebildet werden, ermöglichte auch in der Zeit der DDR engagierte Sozialarbeit".[1]

Eine Öffnung nach außen erlebte Friedensau erst wieder, als zu Beginn der 80er Jahre Studenten aus Osteuropa, der Sowjetunion und den afrikanischen Ländern Angola und Mocambique zum Studium in Friedensau zugelassen werden konnten. Jedoch erst die politische Wende 1989 eröffnete Friedensau neue und unvorhersehbare Perspektiven. 1990 erfolgte die staatliche Anerkennung durch die demokratisch gewählte Regierung der DDR. Dies hatte zur Folge, daß die beiden noch bestehenden theologischen Seminare in West- und Ostdeutschland zusammengelegt wurden, so daß in Friedensau eine gemeinsame Hochschule der Adventisten in Deutschland entstand.

Als Hochschule in privater Trägerschaft stehen Friedensau derzeit keine staatlichen Zuschüsse zur Verfügung. Studiengebühren werden erhoben; das Trimestersystem ermöglicht eine optimale Ausnutzung der Studienzeit. Der Lehrkörper besteht größtenteils aus Teilzeitdozenten, von denen wegen dem hohen Ausländeranteil der Studierenden (50 %) Auslandserfahrungen erwünscht sind.

Im Fachbereich Theologie haben 80 % der Lehrenden im Ausland studiert oder gelehrt, im Fachbereich Christliches Sozialwesen sind es 40 %. Die Studentenschaft besteht aus 24 Nationen.

## Die Ausrichtung der ThHF

„Die Theologische Hochschule Friedensau fühlt sich dem christlichen und besonders dem protestantischen Erbe verpflichtet. Sie dient der Freikirche der Siebenten-Tages-Adventisten in Deutschland, in Europa und in den Entwicklungsländern. In einer Zeit ökumenischer Kontakte ist sie offen für Studierende anderer Glaubensgemeinschaften und Weltanschauungen, die eine christliche Ausbildung suchen." [2]

„Das Studium an der ThHF hat das Evangelium von Jesus Christus zum Mittel-

punkt, wie es in der Heiligen Schrift bezeugt ist. Die Bibel gilt als zentrale und verbindliche Offenbarung Gottes. Das inspirierte Wort gibt dem christlichen Leben Wegweisung und der Geschichte der Menschheit ihren Sinn". [3]

Der Pädagogik liegt ein ganzheitliches Menschenbild zugrunde, das Körper, Seele, Soziales und Geist umfaßt und dem Motto „Kopf, Hand, Herz" Rechnung trägt. Eine einseitige akademische Ausbildung soll deshalb vermieden werden. Körperliche Betätigung durch handwerkliches Arbeiten und Sport sind ebenso Bestandteil des Studiums wie musische, kulturelle und gemeinschaftsbildende Aktivitäten.

Die Studierenden werden zum Dienst am Nächsten vorbereitet und nehmen Anteil nehmen an den Problemen der säkularen Gesellschaft mit ihren globalen Herausforderungen in Ökologie, Wirtschaft und Politik. Sinngebung und Diakonie sind die zentralen Aufgaben der Pädagogik.

## Lehre und Forschung

Die ThHF unterhält die Fachbereiche Theologie, Christliches Sozialwesen, das Institut für Sprachen, das Institut für Musik und weitere fünf Forschungseinrichtungen.

Der Fachbereich Theologie besteht aus sechs Abteilungen: Altes Testament, Neues Testament, Historische Theologie, Systematische Theologie, Pastoraltheologie und Weltmission/Gemeindeaufbau. Das Studium führt zu den Abschlüssen Dipl.-Theol. und Magister der Theologie.

Zunächst werden die klassischen theologischen und praktischen Fächer sowie wissenschaftliche Methoden angeboten, die den Theologen in die Lage versetzt sollen, Fragen des heutigen Menschen bezüglich der christlichen Botschaft zu beantworten und das Evangelium in Predigt und Lehre, Gemeinschaft und Dienst zu vermitteln. Darüber hinaus sollen die Belange der Weltmission gefördert sowie das Verständnis und der interkulturelle Dialog zwischen den verschiedenen Weltanschauungen, Religionen und Konfessionen vertieft werden. Dazu ist es erforderlich, die Zusammenhänge der modernen Welt und ihre Beziehungen zu Gemeinde und Mission zu verstehen, die kulturellen Einflüsse und gesellschaftlichen Faktoren zu analysieren und die Möglichkeiten und Wege zeitgemäßer Evangelisation in einer säkularisierten, entkirchlichten und urbanisierten Gesellschaft zu erforschen.

Der Fachbereich Christliches Sozialwesen bietet folgende Schwerpunkte an: Gesundheits- und Familienpflege, Sozialarbeit in den Entwicklungsländern, Diakonie und Allgemeine Sozialarbeit. Er führt zum Grad Dipl.-Soz.-Arb. „Ziel der Ausbildung ist nicht nur die professionelle Qualifizierung durch berufsbezogene Techniken und Fertigkeiten, sondern vor allem die Verdeutlichung der Verantwortung für den Einzelnen und die Gesellschaft. Der Studiengang betont die enge Verknüpfung von wissenschaftlicher Theorie und persönlicher Kompetenz. In der modernen Gesellschaft rückt die Arbeit im sozialen Bereich immer mehr in den Mittelpunkt. Zum einen soll damit Personen und Gruppen, die am Rande stehen, ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden; zum anderen geht es darum, diejenigen, die ihre persönliche Aufgaben im sozialen Engagement sehen, auszubilden und zu unterstützen." [4]

„Das Christliche Sozialwesen möchte dazu seinen besonderen Beitrag leisten, indem es interessierten Menschen zu einer positiven Sinndeutung des eigenen Lebens verhilft. Darüber hinaus will es Orientierungshilfen geben, wie man den Nöten und Problemen der Menschen in der westlichen Wohlstandsgesellschaft wie auch in den Entwicklungsländern aus christlicher Verantwortung heraus wirksam begegnen kann." [5]

Das Institut für Sprachen bereitet ausländische Studenten, die akademisch zugelassen sind, auf die deutsche Sprache vor, damit das Studium reibungslos verlaufen kann. Zugleich führt es die Theologiestudenten zum Graecum und Hebraicum. Das Institut für Musik unterstützt zusätzlich die beiden Fachbereiche mit unterschiedlichen musikalischen Angeboten oder bereitet sie auf ein Musikstudium vor.

An der Theologischen Hochschule Friedensau sind fünf Forschungseinrichtungen angesiedelt.

1. *Archiv für Europäische Adventgeschichte*

Hier stehen Themen der Adventistika zur Diskussion; Forschungen werden in der Reihe „Archives of International Adventist History" veröffentlicht.

2. *Institut für Religionsfreiheit*

Dieses Institut beschäftigt sich mit dem gesamten Spektrum der Religionsfreiheit. Ausgehend vom Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, bemüht sich dieses Institut, die Religionsfreiheit aus der historischen, theologischen, rechtlichen und politischen Perspektive zu bedenken. Das Institut wird von der Deutschen Vereinigung für Religionsfreiheit gefördert. Veröffentlichungen erscheinen in der Fachzeitschrift *Gewissen und Freiheit*.

3. *Institut für Altes Testament und Archäologie*

Die Forschungen dieses Instituts beschäftigen sich hauptsächlich mit der Moabitik. Ausgrabungsstätten werden in Jordanien unterhalten.

4. *Institut für Gemeindeaufbau und Weltmission*

Dieses Institut bemüht sich um eine integrierte Kinder-, Jugend- und Gemeindepflege.

5. *Institut für Entwicklungszusammenarbeit*

Die wissenschaftliche Begleitung von Projekten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit stehen im Fordergrund und werden in Kooperation mit der University of Eastern Africa (Baraton, Kenia) durchgeführt. Die Schwerpunkte liegen in Osteuropa und Ostafrika.

*Baldur Ed. Pfeiffer, Prof. Dr. phil., ist Rektor der Theologischen Hochschule Friedensau*

**Anmerkungen:**

[1] Die Theologische Hochschule Friedensau, Studium und Forschung in Sachsen-Anhalt. Landesrektorenkonferenz Sachsen- Anhalt, 1993. S. 58.

[2] Rektorat der Theologischen Hochschule Friedensau (Hg.), Theologie, Personen und Studienverzeichnis. Friedensau: 1994. S. 11.

[3] ebda.

[4] Rektorat der Theologischen Hochschule Friedensau (Hg.), Christliches Sozialwesen, Personen- und Studienverzeichnis. Friedensau: 1994. S. 13.

[5] ebda.





Karl Lewin (Hannover) & Ulrich Heublein (Leipzig):

# Zwischen NC und der Suche nach guten Studienbedingungen

## Studienanfänger zwischen Ost- und Westdeutschland

### 1. Einleitung

Seit dem Wintersemester 1990/91 verfolgt HIS im Rahmen der alljährlichen Studienanfängerbefragungen die Wanderungsbewegungen der neuimmatrikulierten Studierenden zwischen den alten und den neuen Ländern. Die Anzahl dieser regional mobilen Studierenden - „regional" bzw. „Region" wird im Rahmen dieser Studie immer im Sinne von alte bzw. neue Länder verwandt - ist seitdem stetig gestiegen. Dementsprechend sind diese Studenten auch in den jeweiligen repräsentativen Stichproben der HIS-Studienanfängeruntersuchungen von Jahr zu Jahr immer stärker vertreten. So antworteten in der letzten Befragung von Studienanfängern im Wintersemester 1993/94 rund 600 Studienanfänger, die zu Studienbeginn von den alten in die neuen Länder oder umgekehrt wechselten. Drei Viertel von ihnen erwarben im Westen Deutschlands ihre Hochschulreife und haben sich dann an einer ostdeutschen Hochschule immatrikuliert. Ein Viertel dieser Stichprobe ging den umgekehrten Weg. Damit ist die Anzahl regional mobiler Studienanfänger unter den befragten Studierenden erstmals ausreichend, eine ausschließlich ihnen gewidmete Sonderauswertung vorzunehmen. Diese Auswertungen erheben dabei nicht den Anspruch vollständig bundesweiter Repräsentativität, sondern vielmehr sollen mit ihnen erste tendenzielle Aussagen zur regionalen Mobilität arn Studienanfang getroffen werden.

Im Mittelpunkt dieser speziellen Untersuchung stehen vor allem die verschiedenen Studienwahlentscheidungen und bestimmte Aspekte der Studiensituation von West-Ost- bzw. Ost-West-Wechslern zu Beginn ihres Studiums. Dazu stellt die alljährlich von HIS durchgeführte Studienanfängerbefragung den Rahmen dar. Das bedeutet: Sowohl das inhaltliche Konzept als auch das methodische Vorgehen wurden nicht speziell für die besondere Population der regional mobilen Studienanfänger entwickelt. Deswegen können einige mit ihnen in Zusammenhang stehende Frage überhaupt nicht oder nur eingeschränkt behandelt werden.

## 2. Strukturelle Charakteristika regional mobiler Studienanfänger

Der Austausch von Studienanfängern zwischen den alten und den neuen Ländern hat sich seit 1990 zunehmend ausgeweitet. Allerdings hat weder der Ost-West-Wechsel noch umgekehrt die Wanderung von West nach Ost einen dramatischen Verlauf genommen. Im Wintersemester 1993/94 haben sich in diesem Sinne insgesamt lediglich 5 % der Studienanfänger als regional mobil erwiesen. Gab es im Wintersemester 1991/92 noch rund 7.000 zwischen den alten und neuen Ländern mobile Studienanfänger, so stieg deren Zahl im darauffolgenden Wintersemester auf etwa 8.500 und lag im Wintersemester 1993/94 bei rund 10.000 (vgl. Abb. 1).

**Abb. 1: MOBILITÄT der deutschen Studienanfänger zwischen alten und neuen Ländern (in absoluten Zahlen, gerundet auf 50 bzw. 100)**

| WS | Erwerb der Hochschulreife in den ... | Studienbeginn in den ... | Insgesamt | Frauen | Männer | Universitäten | Fachhochschulen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 91/92 | neuen Ländern | alten Ländern | 4.800 | 2.350 | 2.450 | 3.600 | 1.200 |
| | alten Ländern | neuen Ländern | 2.000 | 800 | 1.200 | 1.700 | 300 |
| 92/93 | neuen Ländern | alten Ländern | 4.200 | 2.400 | 1.800 | 3.300 | 800 |
| | alten Ländern | neuen Ländern | 4.200 | 1.800 | 2.400 | 2.700 | 1.500 |
| 93/94 | neuen Ländern | alten Ländern | 3.800 | 2.100 | 1.700 | 2.800 | 1.000 |
| | alten Ländern | neuen Ländern | 6.000 | 2.700 | 3.300 | 4.300 | 1.700 |

HIS-Studienanfängerbefragung 93/94

Dabei nehmen inzwischen mehr Studienanfänger aus dem Westen Deutschlands ein Studium in den neuen Ländern auf als umgekehrt. So ließen sich im Wintersemester 1993/94 über die Hälfte mehr Studienanfänger aus den alten Ländern an den ostdeutschen Hochschulen immatrikulieren, als Studienanfänger aus den neuen Ländern ihr Studium an einer westdeutschen Universität oder Fachhochschule begannen. Kamen im Wintersemester 1991/92 immerhin 6 % der erstimmatrikulierten Studierenden in den neuen Ländern aus dem Westen Deutschlands, so stieg ihr Anteil ein Jahr später auf 15 %. Zum Wintersemester 1993/94 waren es dann schon fast 20 % aller Studienanfänger an den ostdeutschen Hochschulen, deren Heimatort in den alten Ländern liegt. Dagegen blieb der Anteil der Studienanfänger mit ostdeutscher Hochschulreife an den westdeutschen Hochschulen in den alten Ländern die gesamte Zeit über bei rund 2%. In absoluten Zahlen stellt sich dieses Verhältnis für das Wintersemester 1993/94 wie folgt dar: Rund 6.000 Studienanfänger wechselten von den alten in die neuen Länder und rund 4.000 gingen den umgekehrten Weg.

### 2.1 Fächer- und Hochschulpräferenzen

Die beiden jeweils entgegengesetzten Wanderungsbewegungen von Studienanfängern zwischen den alten und den neuen Ländern weisen eine stark unterschiedliche Beteiligung von Frauen auf. So bleibt deren Anteil unter den West-Ost-Wechslern deutlich hinter dem der Männer zurück. Dennoch liegt er im Vergleich zu den zwei Fünftel Frauen an den westdeutschen Studienanfängern, die aus den alten Ländern stammen, um einige Prozentpunkte höher (vgl. Abb. 1).

Anders stellt sich das Geschlechterverhältnis bei den Ost-West-Wechslern dar: Den Weg von den neuen in die alten Länder haben mehr Frauen gewagt als Männer. Bei den Studienanfängern aus den ostdeutschen Ländern, die auch dort geblieben sind, umfaßt dagegen der Männeranteil etwas über die Hälfte aller Erstimmatrikulierten.



Diese starke Präsenz der Frauen unter den regional mobilen Studienanfängern mit ostdeutscher Hochschulreife hat zum einen ihre Ursachen in der besonderen Fächerstruktur der Ost-West-Wechsler. Vergleichsweise wenige Studienanfänger aus den neuen Ländern haben sich an Hochschulen in den alten Ländern in den stärker von Männern dominierten ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen immnatrikuliert (vgl. Abb. 3). Deren Anteil liegt bei nur 16 % bzw. 6 %. Das sind z. B. im ersten Fall zehn Prozentpunkte weniger als im ostdeutschen Durchschnitt. Die relativ geringe Attraktivität dieser Fächer ist sicherlich damit im Zusammenhang zu sehen, daß ostdeutsche Studierende in diesen Fächern auch in den neuen Ländern eine solide Ausbildung erwarten. Zum anderen muß es jedoch für den erhöhten Frauenanteil noch darüber hinausgehende Gründe geben. Denn bei den Ost-West-Wechslern liegt in den hier auswertbaren Fächergruppen der Anteil der Studienanfängerinnen sowohl über dem ost- als auch über dem westdeutschen Durchschnitt. Besonders offensichtlich wird das bei den entsprechenden Erstimmatrikulierten in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, hier stellen die Frauen über zwei Drittel aller regional mobilen Studienanfänger aus dem Osten

**Abb. 3: Anteile der einzelnen FÄCHERGRUPPEN unter den regional mobilen und nicht mobilen deutsche Studienanfängern in Prozent**

| | Studienbeginn in den | | | |
|---|---|---|---|---|
| | alten Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... | | neuen Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... | |
| Fächergruppe | alten Ländern | neuen Ländern | alten Ländern | neuen Ländern |
| Sprach-/Kulturwissenschaften/Sport | 12 | 13 | 9 | 10 |
| Wirtschafts-/Sozialwissenschaften | 22 | 35 | 13 | 26 |
| Mathematik/Naturwissenschaften | 14 | 6 | 5 | 9 |
| Medizin | 4 | 6 | 22 | 5 |
| Agrar-/Forst-/Ernährungswissenschaften | 2 | 7 | 8 | 3 |
| Ingenieurwissenschaften | 25 | 17 | 22 | 27 |
| Kunst | 2 | 3 | 7 | 4 |
| Rechtswissenschaften | 6 | 7 | 5 | 9 |
| Lehramt | 13 | 6 | 10 | 7 |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 |

HIS-Studienanfängerbefragung 93/94

In ähnlicher Weise erklärt sich auch der im Vergleich zum Durchschnitt an den westdeutschen Hochschulen etwas höhere Frauenanteil unter den West-Ost-Wechslern aus der Attraktivität bzw. Nichtattraktivität bestimmter Fächer für ein Studium im Osten. So nehmen im Verhältnis zu den wesdeutschen Studienanfängern, die in den alten Ländern blieben sind, die männerdominierten Ingenieurwissenschaften einen leicht unterdurchschnittlichen Anteil ein, die hinsichtlich der Geschlechterrelation eher paritätisch besetzten medizinischen Studiengänge dagegen mit 20 % einen viermal größeren. Dazu kommt noch, daß zwar die Männer in den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften einen überdurchschnittlich großen Anteil verzeichnen können, jedoch der der Frauen in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen und auch in Medizin deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt liegt. In den Ingenieurwissenschaften kommt es dabei sogar zu einer Verdopplung des Frauenanteils von 14 % auf 33 %. Dieser Befund ist interessanterweise tendenziell auch für die Ost-West-Wechslerinnen zutreffend. Zum Teil verbirgt sich hinter dieser Entwicklung das traditionell starke Interesse der Frauen an einem Studium im NC-Fach Architektur. Andererseits fällt es offensichtlich einigen technisch bzw. naturwissenschaftlich interessierten Frauen leichter, diesen Interessen an einer Hochschule fernab der heimatlichen Region und entfernt von ihrem bisherigen

Freundes- und Bekanntenkreis nachzugehen. Aber auch in den meisten anderen Fächern gilt zumindest tendenziell, daß die Neigung der Studienanfänger sowohl aus dem Westen wie aus dem Osten Deutschlands im jeweils anderen Teil Deutschlands ein Studium aufzunehmen, unter den Frauen überdurchschnittlich häufig verbreitet ist.

Trotz dieses gemeinsamen Trends weist die Fächerstruktur der West-Ost- und der Ost-West-Wechsler beträchtliche Unterschiede auf. Studienanfänger mit westdeutscher Hochschulreife in den neuen Ländern haben sich - wie schon dargestellt - mit einem Anteil von einem Fünftel überdurchschnittlich häufig in die zulassungsbeschränkten medizinischen Studiengänge eingeschrieben (vgl. Abb. 3). Aber auch die agrar- und forstwissenschaftlichen sowie die künstlerischen Fächer werden von ihnen anteilmäßig häufiger belegt als von ihren Kommilitonen, die in den alten Ländern geblieben sind. Deutlich seltener werden wirtschafts- und sozialwissenschaftliche, sprach- und kulturwissenschaftliche sowie mathematisch-naturwissenschaftliche Studiengänge gewählt. Deren Anteile liegen fünf bis neun Prozentpunkte unter den entsprechenden Anteilen bei den Studienanfängern in den westdeutschen Ländern mit dort erworbener Hochschulreife.

Geradezu umgekehrt stellen sich die Fächeranteile bei den Ost-West-Wechslern dar. Im Vergleich zu ihren in Ostdeutschland gebliebenen Kommilitonen nehmen sie überdurchschnittlich häufig ein Studium in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in den Sprach- und Kulturwissenschaften sowie in den Agrar- und Forstwissenschaften auf. Niedriger sind dagegen die Anteile vor allem bei Mathematik/ Naturwissenschaften und in den Ingenieurwissenschaften.

Den beiden unterschiedlichen Fächerstrukturen entsprechend gestalten sich auch die Anteile der jeweiligen Hochschularten bei den zwischen Ost und West mobilen Studienanfängern. So hat sich die überwiegende Mehrheit von rund vier Fünftel der West-Ost-Wechsler an einer Universität immatrikuliert. Bei den Studienanfängern aus den neuen Ländern, die den umgekehrten Weg gegangen sind, liegt dieser Anteil niedriger; rund zwei Fünftel von ihnen haben ihr Studium an einer Fachhochschule aufgenommen. Dieser Wert korrespondiert mit der vergleichsweise hohen Attraktivität eines Fachhochschulstudiums unter den in Ostdeutschland gebliebenen Studienanfängern.

### 2.2 Wege zum Studium

Relativ viele Studienanfänger, die mit ostdeutscher Hochschulreife ein Studium in den alten Ländern aufnehmen, haben vor dem Jahr 1991 ihre Hochschulberechtigung erlangt. Dies trifft auf mehr als ein Viertel von ihnen zu. Dagegen sind es bei ihren im Osten verbliebenen Kommilitonen nur 14 % und bei den Studienanfängern mit westdeutscher Hochschulreife 17 % bis 18 %, deren Abitur drei Jahre und länger zurückliegt. Offensichtlich fällt es den etwas älteren unter den ostdeutschen Studienanfängern leichter, den Schritt in die alten Länder zu wagen. Ihre größere Lebenserfahrung und auch die häufig schon erfolgte Abnabelung vom Elternhaus haben sie dabei bestärkt.

Diesen Verhältnissen entsprechend ist der Anteil von Studienanfängern mit abgeschlossener Berufsausbildung unter den Ost-West-Wechslern mit 42 % fast doppelt so groß wie bei ihren westdeutschen Kommilitonen, die sich an Hochschulen in den neuen Ländern immatrikuliert haben. Die Höhe dieses Prozentwertes ist bei ersteren unabhängig von der Hochschulart; bei den West-Ost-Wechslern sinkt dagegen der Anteil beruflich



qualifizierter Studienanfänger an den Universitäten auf 16 %, liegt allerdings bei deren Kommilitonen an Fachhochschulen bei 61 %. Damit erklärt der bei den West-Ost-Wechslern evidente Zusammenhang zwischen Berufsausbildung und Studienaufnahme an Fachhochschulen ihren vergleichsweise niedrigen Anteil von Studienanfängern rnit abgeschlossener Berufsausbildung. Denn offensichtlich ist deren Interesse an einem Studium an ostdeutschen Fachhochschulen noch äußerst gering. West-Ost-Wechsler studieren in erster Linie an Universitäten.

Der hohe Anteil von Studienanfängern unter den Ost-West-Wechslern, die ihre Studienberechtigung vor 1991 erworben haben, macht auch deren deutlich über dem Durchschnitt liegende Abiturleistungen verständlich. Eine andere Art und Weise der Notenvergabe vor allem zu DDR-Zeiten und auch noch unmittelbar Anfang der 90er Jahre führte im Osten Deutschlands zu einem weitaus besseren Notenbild. So liegen die Abiturleistungen von fast einem Drittel der an westdeutschen Hochschulen immatrikulierten Studienanfänger aus den neuen Ländern im Notenbereich von 1,0 bis 1,5 (vgl. Abb. 6). Von den West-Ost-Wechslern geben dies nur 5 % an. Aber während deren Leistungen noch unter dem westdeutschen Durchschnitt liegen, weisen ihre Kommilitonen, die vom Osten in den Westen gegangen sind, ein besseres Notenbild auf als die in Ostdeutschland verbliebenen Studienanfänger.

### 2.3 Soziale Herkunft

Regional mobile Studienanfänger kommen überdurchschnittlich häufig aus Elternhäusern mit akademischer Bildung. So kann die Hälfte der Väter von West-Ost-Wechslern das Abitur als höchsten Schulabschluß vorweisen, bei ihren Kommilitonen, die in den alten Ländern geblieben sind, trifft das nur auf 35 % der

**Tab. 6: ABITURNOTENDURCHSCHNITT bei regional mobilen und nicht mobilen Studienanfängern in Prozent**

| Abiturnoten-durchschnitt | Studienbeginn in den alten Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... alten Ländern | Studienbeginn in den alten Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... neuen Ländern | Studienbeginn in den neuen Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... alten Ländern | Studienbeginn in den neuen Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... neuen Ländern |
|---|---|---|---|---|
| 1,0 - 1,5 | 10 | 31 | 5 | 23 |
| 1,6 - 2,0 | 19 | 34 | 18 | 35 |
| 2,1 - 2,5 | 28 | 24 | 26 | 25 |
| 2,6 - 3,0 | 25 | 9 | 29 | 14 |
| 3,1 und schlechter | 18 | 2 | 22 | 3 |

HIS-Studienanfängerbefragung 93/94

Väter zu. Ähnlich ist die Situation bei den Ost-West-Wechslern. Hier haben 55 % der Väter ein Abitur, bei der ostdeutschen Vergleichspopulation aber nur 43 %. Für den Bildungsstatus der Mütter gelten die gleichen Relationen auf einen insgesamt etwas niedrigeren Gesamtniveau.

Solcherart Herkunftsverhältnisse zeichnen sich auch in bezug auf den beruflichen Abschluß der Eltern ab. Väter oder Mütter, die akademische Bildungseinrichtungen absolviert haben, sind unter den zwischen alten und neuen Ländern mobilen Studienanfängern weitaus häufiger anzutreffen als unter ihren Kommilitonen, die im Westen oder Osten Deutschlands geblieben sind.

Die Ursachen für diese eindeutigen Tendenzen sind zum einen finanzieller Art. Studierende aus höherqualifizierten und damit häufig finanziell besser gestellten Elternhäusern sind weniger auf die wirtschaftlichen Vergünstigungen durch heimatnahes Wohnen angewiesen. Ihre Eltern können sie großzügiger finanziell unterstützen. Zum anderen werden in akademischen Elternhäusern aber auch eher die motivationalen Voraussetzungen für einen solchen West-Ost- bzw. Ost-West-Wechsel vermittelt.

## 3. Studienwunsch und -wirklichkeit

Die überwiegende Mehrheit der Studienanfänger im Wintersemester 1993/94 studiert im gewünschten Fach. Besonders hoch fällt dieser Anteil mit 92 % bei den Ost-West-Wechslern aus. Bei ihnen ist auch die Übereinstimmung von Hochschulwunsch und Immatrikulationshochschule am größten. Fast drei Viertel von ihnen studieren an der Hochschule ihres Wunsches und nur 17 % wollten sich eigentlich an einer anderen Hochschule immatrikulieren. Das sind fünf bis sieben Prozentpunkte mehr als der entsprechende Anteil bei den nicht mobilen Studienanfängern (vgl. Abb. 9).

Dagegen ist bei den West-Ost-Wechslern der Übereinstimmungsgrad wesentlich geringer. Rund die Hälfte wollte ursprünglich an einer anderen Hochschule als der jetzigen ihr Studium aufnehmen. Nur 39 % hatten sich von vornherein für die ostdeutsche Hochschule entschieden, an der sie sich dann auch immatrikulierten.

Auffällig ist die Anzahl regional mobiler Studienanfänger sowohl aus den alten wie auch aus den neuen Ländern, die bei der Frage, ob sie an der ursprünglich gewünschten Hochschule studieren, auf eine Antwort verzichten. Hinter ihrem vergleichsweise hohen Anteil von einem Zehntel verbergen sich nicht nur in dieser Hinsicht vor Studienbeginn unentschlossene Studienanfänger, sondern auch solche, deren anfängliche Enttäuschung über die Studienplatzzuweisung an eine nicht gewünschte Hochschule sich aufgrund guter Erfahrungen dort in Wohlbefinden gewandelt hat. Durch eine Antwortverweigerung entgehen sie sowohl einer falschen Angabe - sie hatten ja einen anderen Hochschulwunsch - als auch einer zumindest gefühlsmäßigen Diskreditierung ihrer jetzigen Hochschule.

**Abb. 9: ERFÜLLUNG DES HOCHSCHULWUNSCHES bei regional mobilen und nicht mobilen Studienanfängern in Prozent**

| Studium an gewünschter Hochschule? | Studienbeginn in den: alten Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... alten Ländern | alten Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... neuen Ländern | neuen Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... alten Ländern | neuen Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... neuen Ländern |
|---|---|---|---|---|
| ja | 83 | 72 | 39 | 83 |
| nein | 12 | 17 | 51 | 10 |
| kein besonderer Ortswunsch | 6 | 12 | 10 | 7 |

HIS-Studienanfängerbefragung 93/94

Ein unerfüllter Hochschulwunsch steht meistens im Zusammenhang mit der Vergabe der Studienplätze in zulassungsbeschränkten Studiengängen - das gilt sowohl für die regional mobilen als auch für die nicht mobilen Studienanfänger. So begründen neun Zehntel aller Studienanfänger, die sich nicht an der von ihnen ursprünglich gewünschten Hochschule immatrikulieren konnten, dies mit den entsprechenden Regelungen für den Zugang. Betrachtet man jedoch umgekehrt den Anteil der Studierenden mit unerfülltem Hochschulwunsch an all jenen, die in NC-Studiengängen immatrikuliert sind, so zeigt sich folgendes: Während bei den West-Ost- bzw. Ost-West-Wechslern die Entsprechung von NC-bedingter Hochschulwahl und unerfülltem Hochschulwunsch sehr groß ist, gibt von den westdeutschen Studienanfängern, die in den alten Ländern geblieben sind und deren Hochschulwahl durch Zulassungsbeschränkungen bestimmt wurde, immerhin rund ein Viertel an, daß sie sich an der gewünschten Hochschule immatrikulieren konnten. Bei ihren entsprechenden ostdeutschen Kommiltionen trifft das sogar auf ein Drittel zu. Das bedeutet: Nicht mobile Studienanfänger in Fächern ohne freien Zugang konnten etwas häufiger als mobile ein Studium an der Hochschule ihrer Wahl aufnehmen.

Dabei haben vier Fünftel der West-Ost-Wechsler, die nicht an ihrer Wunsch-Hochschule immatrikuliert sind, ursprünglich ein Studium an einer Hochschule in den alten Ländern erwogen. Ihre Mobilität ist mehr oder minder erzwungen. Lediglich 13 % wollten von vornherein in den neuen Ländern studieren, nur eben an einer anderen Hochschule als der jetzigen. Dies läßt nur den Schluß zu, daß die Attraktivität der ostdeutschen Hochschulen unter den Studienanfängern aus den alten Ländern nach wie vor verhältnismäßig gering ist. Ein hoher Anteil der West-Ost-Wechsler will nach wie vor eigentlich überhaupt nicht in Ostdeutschland studieren.

Dagegen zeichnet sich die anteilmäßig deutlich geringere Anzahl von Ost-West-Wechslern, die an einer anderen als der gewünschten Hochschule immatrikuliert sind, durch differenziertere Orientierungen im Studienvorfeld aus. Zwar haben auch von ihnen 70 % ein Studium zunächst in ihrer heimatlichen Region, also in den neuen Ländern erwogen, aber die Hälfte ebenfalls in den alten Ländern. Das heißt, eine beachtliche Anzahl Ost-West-Wechsler, deren Hochschulwunsch unerfüllt blieb, hat sich flexibel verhalten und von vornherein sowohl eine ost- als auch eine westdeutsche Hochschule in ihre Überlegungen miteinbezogen. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch bei den Studienanfängern feststellen, die zwar an der gewünschten Hochschule das Studium aufnehmen konnten, aber dennoch alternativ andere Hochschulen mit erwogen haben.

Somit wird gerade an den Hochschulwünschen der West-Ost- und der Ost-West-Wechsler deutlich, daß unter den westdeutschen Studienanfängern das Interesse für ein Studium in den neuen Ländern weitaus geringer ausgeprägt ist als umgekehrt das Interesse an den westdeutschen Hochschulen unter den Studienanfängern aus dem Osten. Dabei zeigt sich allerdings auch bei beiden Gruppen die Stärke heimatlicher Bindungskräfte. Ein Studium in der eigenen, vertrauten Region gerät als Alternative - sicherlich sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus emotional-sozialen Gründen - nie ganz aus dem Blickfeld.

Erhellend sind in diesem Zusammenhang auch die Gründe, warum sich regional mobile wie nicht mobile Studienanfänger nicht für ein Studium an einer alternativ erwogenen Hochschule entschieden haben. Zusammengefaßt stellen sie sich wie folgt dar:

1. Finanzielle Engpässe und die zu erwartende Wohnsituation spielen häufig eine ausschlaggebende Rolle bei der Entscheidung für oder gegen die erwogene Hochschule - gleich ob diese in den alten oder in den neuen Ländern liegt. Eine Ausnahme stellen nur die West-Ost-Wechsler dar. Für ihre Entscheidung sind dabei zwar häufig Wohnungsprobleme maßgeblich, finanzielle Sorgen dagegen nur selten.

2. Die Studienanfänger entscheiden sich häufig für die Hochschule, an der sie sich einfach wohler fühlen. Das trifft auf mehr als ein Viertel der Ost-West-Wechsler zu, egal ob sie alternativ zu ihrer jetzigen Hochschule eine weitere in den alten oder in den neuen Ländern erwogen haben. Bei ihren Kommilitonen aus Westdeutschland dagegen, die im Osten ihr Studium aufgenommen haben, spielt das Wohlfühlen als Entscheidungsgrund für ihre jetzige Hochschule nur dann eine Rolle, wenn sie von vornherein nur in den neuen Ländern studieren wollten.

3. Studienanfänger, die neben ihrer jetzi-

gen Hochschule auch eine Studienaufnahme an einer westdeutschen bzw. an einer anderen westdeutschen Hochschule in Betracht zogen, haben das oftmals wegen überfüllter Lehrveranstaltungen abgelehnt. Interessanterweise ist dieses Argument auch schon bei Studierenden an ostdeutschen Hochschulen - gleich ob bei West-Ost-Wechsel oder bei Studenten aus den neuen Ländern - zu finden, die noch eine andere ostdeutsche Hochchule für ihr Studium in Betracht gezogen haben.

4. Mit der Annahme einer zweifelhaften Lehrqualität wird vor allem gegen die Immatrikulation an alternativ erwogenen Hochschulen in den neuen Ländern entschieden. In nennenswertem Maße ist dies lediglich bei in Westdeutschland gebliebenen Studienanfängern und bei Ost-West-Wechslern der Fall.

## 4. Motive der Hochschulwahl

### 4.1 Zulassungsbeschränkte Hochschulwahl

Numerus-clausus-Regelungen und hochschulinterne Zulassungsbeschränkungen haben bei fast der Hälfte der West-Ost-Wechsler die Hochschulwahl mit bestimmt (vgl. Abb. 12). Kaum eine anderes Wahlmotiv erreicht diesen Bedeutungsgrad. Dabei erhielten etwa zwei Drittel der betreffenden Studienanfänger ihren Studienplatz durch die ZVS in Dortmund zugewiesen. Die überwiegende Mehrheit von ihnen wollte ursprünglich an einer Hochschule in den alten Ländern studieren.

**Abb. 12: ZULASSUNGSBESCHRANKUNGEN BEI DER HOCHSCHULWAHL bei reional mobilen und nicht mobilen Studienanfängern in Prozent**

| | Studienbeginn in den | | | |
|---|---|---|---|---|
| | alten Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... | | neuen Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... | |
| | alten Ländern | neuen Ländern | alten Ländern | neuen Ländern |
| durch Zulassungsbeschränkungen bedingte Hochschulwahl | 10 | 17 | 49 | 7 |
| Studiengang kann nur an dieser Hochschule studiert werden | 15 | 20 | 13 | 12 |

HIS-Studienanfängerbefragung 93/94

Eine andere Situation besteht bei jenen West-Ost-Wechslern, für die Zulassungsbeschränkungen ohne Belang sind. Für sie stand mehrheitlich eine Hochschule in den alten Ländern gar nicht zur Debatte. Diese Gruppe umfaßt rund zwei Fünftel der regional mobilen Studienanfänger aus Westdeutschland (vgl. auch Abb. 9).

Damit wird eine interessante Fächerdifferenzierung offensichtlich: In den mehr oder minder karriereträchtigen NC-Fächern besteht unter den westdeutschen Studienanfängern kaum das Bestreben, an einer Hochschule in den neuen Ländern zu studieren. Dies läßt sich offensichtlich nur in Studiengängen ausmachen, die frei von Zulassungsbeschränkungen sind.

Bei den ostdeutschen Studienanfängern, die ihr Studium in den alten Ländern beginnen, haben Zulassungsbeschränkungen noch nicht einmal bei einem Fünftel die Hochschulwahl bestimmt. Entsprechend niedrig ist die Zahl jener Ost-West-Wechsler, die nicht an der gewünschten Hochschule sind. Zwar haben sich von ihnen auch rund ein Drittel bei der ZVS beworben, aber davon konnten sich drei Viertel an der gewünschten Hochschule einschreiben. Während unter ihren Kommilitonen, deren Weg vom Westen in den Osten Deutschlands führte, die Mehrheit mehr oder minder notgedrungen die Region wechselte, trifft dies selbst bei den in NC-Fächern studierenden Ost-West-Wechslern nur auf eine Minderheit zu.



### 4.2 Weitere Motive der Hochschulwahl

Neben den Zulassungsbeschränkungen bestimmt die Suche nach überschaubaren Studienverhältnissen maßgeblich die Hochschulwahl bei regional mobilen Studienanfängern. Dies zeigt sich bei den Studienanfängern mit westdeutscher Hochschulreife in den neuen Ländern, von denen über die Hälfte ihrer Wahlentscheidung ein solches Streben nach Überschaubarkeit mit zugrundegelegt haben (vgl. Abb. 13). Außerhalb von NC-Studiengängen betrifft es sogar zwei Drittel. Aber auch 50 % der Ost-West-Wechsler messen diesem Motiv große Bedeutung für ihre Hochschulwahl zu. Damit liegen die regional mobilen Studienanfänger bei diesem Aspekt deutlich über dem Motivationsniveau ihrer Kommilitonen, die ihr Studium nicht außerhalb ihrer heimatlichen Region aufgenommen haben.

Bei den anderen mit den Studienverhältnissen im Zusammenhang stehenden Hochschulwahlmotiven - wie dem guten Ruf der Hochschule und der Professoren, einem vielfältigen Lehrangebot sowie der Ausstattung der Hochschule - verhalten sich die regional mobilen Studienanfänger ähnlich ihren jeweiligen Kommilitonen, die ihre Herkunftsregion nicht verlassen haben. So werden diese Beweggründe von rund jeweils ein Viertel der West-Ost- und von einem Drittel der Ost-West-Wechsler angegeben. Damit liegen erstere etwas unter dem entsprechenden Prozentwert der in Westdeutschland gebliebenen Anfänger, die Ost-West-Wechsler dagegen etwas über dem Wert ihrer nichtmobilen Kommilitonen aus Ostdeutschland.

Diese Unterschiede sind u. a. eine Folge des großen Anteils von Studienanfängern in zulassungsbeschränkten Studiengängen unter den West-Ost-Wechslern. Denn deren Motivationsniveau erreicht gerade bei den mit Studien- und Lehrbedingungen im Zusammenhang stehenden Hochschulwahlkriterien einen weitaus niedrigeren Wert als bei ihren Kommilitonen in Studiengängen ohne Zulassungsbeschränkungen (vgl. Abb. 14). Dies gilt für die entsprechenden Studienanfänger sowohl aus den alten wie

**Abb. 13: WEITERE HOCHSCHULWAHL-MOTIVE bei regional mobilen und nicht mobilen Studienanfängern in Prozent**

| | Studienbeginn in den | | | |
|---|---|---|---|---|
| | alten Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... | | neuen Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... | |
| Hochschulwahlmotive | alten Ländern | neuen Ländern | alten Ländern | neuen Ländern |
| guter Ruf von Hochschule und Professoren | 23 | 33 | 22 | 31 |
| vielfältiges Lehrangebot | 28 | 36 | 22 | 32 |
| gute Ausstattung der Hochschule (z. B. Bibliothek, Laborplätze u. ä.) | 27 | 33 | 22 | 33 |
| überschaubare Verhältnisse an der Hochschule | 37 | 50 | 54 | 44 |
| günstige Berufsaussichten nach Examen | 24 | 32 | 23 | 36 |
| kurze Studienzeiten | 17 | 32 | 23 | 30 |
| gute Austauschprogramme mit ausländischen Hochschulen | 16 | 17 | 11 | 8 |
| gemeinsames Studium mit Verwandten, Freunden | 18 | 11 | 7 | 22 |
| Nähe zum Heimatort | 62 | 41 | 24 | 63 |
| günstige Lebensbedingungen am Hochschulort | 41 | 45 | 32 | 54 |
| private Bindungen/ Beziehungen | 44 | 28 | 20 | 36 |
| Freizeitangebot | 20 | 20 | 20 | 29 |
| Atmosphäre des Hochschulortes | 33 | 31 | 36 | 37 |

HIS-Studienanfängerbefragung 93/94

**Abb. 14: WEITERE HOCHSCHULWAHL-MOTIVE bei regional mobilen und nicht mobilen Studienanfängern nach ZULASSUNGSBESCHRÄNKUNGEN in Prozent**

| Hochschulwahlmotive | Studienbeginn in den alten Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den neuen Ländern | | Studienbeginn in den neuen Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den alten Ländern | |
|---|---|---|---|---|
| | NC | ohne NC | NC | ohne NC |
| guter Ruf von Hochschule und Professoren | 18 | 34 | 17 | 23 |
| vielfältiges Lehrangebot | 24 | 37 | 13 | 27 |
| gute Ausstattung der Hochschule (z. B. Bibliothek, Laborplätze u. ä.) | 12 | 37 | 21 | 22 |
| überschaubare Verhältnisse an der Hochschule | 35 | 48 | 39 | 66 |
| günstige Berufsaussichten nach Examen | 29 | 31 | 21 | 25 |
| kurze Studienzeiten | 35 | 29 | 18 | 28 |
| gute Austauschprogramme mit ausländischen Hochschulen | 18 | 17 | 8 | 11 |
| gemeinsames Studium mit Verwandten, Freunden | 18 | 8 | 6 | 9 |
| Nähe zum Heimatort | 29 | 45 | 24 | 25 |
| günstige Lebensbedingungen am Hochschulort | 41 | 46 | 28 | 35 |
| private Bindungen/ Beziehungen | 11 | 32 | 15 | 24 |
| Freizeitangebot | | 25 | 18 | 22 |
| Atmosphäre des Hochschulortes | 18 | 32 | 24 | 44 |

HIS-Studienanfängerbefragung 93/94

aus den neuen Ländern. Die generelle Ost-West-Differenz bei diesem motivationalen Aspekt kann damit aber nicht erklärt werden. Ostdeutsche Studienanfänger - gleich ob regional mobil oder nicht - ziehen für ihre Hochschulwahl häufiger lehrbezogene Kriterien mit heran als ihre entsprechenden Kommilitonen aus den alten Ländern.

Eine ähnliche motivationale Übereinstimmung zwischen den regional mobilen und nicht mobilen Studienanfängern aus einem Herkunftsgebiet lassen sich auch bei den beruflichen Beweggründen der Hochschulwahl feststellen. Studienanfänger aus den neuen Ländern äußern hier höhere Erwartungen als ihre westdeutschen Studienkollegen. So werden von den letzteren kürzere Studienzeiten und gute Berufsaussichten rund zehn Prozentpunkte seltener als ausschlaggebend bei der Hochschulwahl genannt als von den ostdeutschen Studierenden. Dabei ist allerdings die Erwartung kürzerer Studienzeiten auch bei jenen West-Ost-Wechslern stark ausgeprägt, deren Hochschulwahl nicht von Zulassungsbeschränkungen bestimmt wurde.

Regionale Mobilität zu Studienbeginn ist offensichtlich nur möglich, wenn die Studienanfänger bestimmte wirtschaftliche Gründe für ihre Hochschulwahl weniger stark in Betracht ziehen müssen. Das zeigt sich daran, daß die nicht mobilen Studienanfänger sowohl aus den alten wie aus den neuen Ländern zu fast zwei Drittel bei der Wahl ihrer Hochschule darauf achten, daß diese heimatnah gelegen ist, von den Ost-West-Wechslern machen das dagegen nur rund zwei Fünftel und von den West-Ost-Wechslern sogar nur rund drei Zehntel geltend. Diese Unterschiede finden sich auch beim Wahlkriterium „günstige Lebensbedingungen am Hochschulort". Zum einen hat es für die mobilen Studienanfänger eine geringere Bedeutung als für deren Herkunftspopulationen, zum anderen entsprechen sie ihnen wiederum, weil sich hier auf niedrigerem Niveau das Ost-West-Gefälle wiederfindet: Die Lebensbedingungen ebenso wie die finanziellen Vorteile durch Heimatnähe spielen in der Hochschulwahl der Ost-West-Wechsler eine größere Rolle als bei den West-Ost-Wechslern. Dabei beachten interessanterweise in diesen beiden Studienanfänger-Gruppen die Studierenden in NC-Studiengängen die wirtschaftlichen Motive in einem geringeren Maße als ihre Kommilitonen in den Fächern ohne Zulassungsbeschränkungen.

Auch private Bindungen und Beziehungen sowie die Möglichkeit, mit Freunden zu studieren, haben unter den regional mobilen Studienanfängern deutlich geringere Auswirkungen auf die Hochschulwahl als bei den Studienanfängern, die zu Studienbeginn in den alten bzw. in den neuen Länder geblieben sind. Besonders die West-Ost-Wechsler in den zulassungsbeschränkten Studiengängen legen auf diesem Aspekt wenig Wert. Für deren Hochschulentscheidung kommt auch der studentischen Atmosphäre und den Freizeitmöglichkeiten am Studienort vergleichsweise wenig Bedeutung zu.

### 4.3 Lehrqualität und Berufsaussichten an der gewählten Hochschule

Regional mobile wie nicht mobile Studienanfänger erweisen sich bei der Einschätzung des Lehrangebotes, der Qualität der Dozenten und der Ausstattung an ihrer Hochschule als sehr unsicher. Ungefähr jeweils die Hälfte der Studienanfänger kann darüber kein Urteil abgeben. Etwa ein Fünftel von ihnen schreibt den besten Ruf in dieser Hinsicht der eigenen Hochschule zu; ein Viertel bis ein Drittel meint, daß andere Hochschulen den besten Ruf genießen. Diese Einschätzung ist lediglich bei den West-Ost-Wechslern nicht anzutreffen. Von ihnen ist sich fast die Hälfte sicher, daß andere Hochschulen mit besseren Lehrangeboten und Dozenten sowie mit besserer Ausstattung aufwarten können. Nur 15 % gestehen in dieser Hinsicht ihrer ostdeutschen Hochschule den besten Ruf zu. In den Studiengängen mit Zulassungsbeschränkungen fällt dieser Anteil noch geringer aus.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der Einschätzung der Berufschancen ab, die ein Studium an der jeweiligen Hochschule eröffnet. Auch hier sind es wieder die West-Ost-Wechsler, die in einem deutlich geringerem Maße als andere Studienanfänger der eigenen Hochschule den besten Ruf zuerkennen. Dieses zurückhaltende Urteil über Lehrqualitäten und berufliche Chancen fällt noch nicht einmal bei jenen West-Ost-Wechslern besser aus, die sich u. a. wegen dem guten Ruf der Lehranstalt an ihrer jetzigen Hochschule immatrikuliert haben.

## 5. Fachwahlmotive

Die Fachwahl bei den regional mobilen Studienanfängern wird durch intrinsische Motive wie das Fachinteresse sowie die Neigungen und Begabungen dominiert. Dabei sind diese unter den ostdeutschen Studienanfängern an den Hochschulen in den alten Ländern etwas geringer ausgeprägt als bei ihren Kommilitonen, die mit westdeutscher Hochschulreife in die neuen Länder gegangen sind. Bei ihnen entspricht der Ausprägungsgrad dieser Motive im wesentlichen dem ihrer Studienkollegen, die zum Studium ihre Herkunftsregion nicht verlassen haben (vgl. Abb. 16).

Regional mobile Studienanfänger haben ihre Fachwahl häufiger von einem festen Berufswunsch ausgehend getroffen, selbst das Studienfach stand im Vergleich zu den regional nicht mobilen Studienanfängern öfters von vornherein fest. Dies trifft vor allem auf Studierende in zulassungsbeschränkten Studiengängen zu. Offensichtlich bestärkt eine feste intrinsische Motivation den Entschluß, das Studium im jeweils anderem Teil Deutschlands aufzunehmen.

Dies gilt schon deshalb, weil berufliche

Abb. 16: **FACHWAHLMOTIVE bei mobilen und nicht mobilen Studienanfängern in Prozent**

| Fachwahlmotive | Studienbeginn in den alten Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... | | Studienbeginn in den neuen Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... | |
|---|---|---|---|---|
| | alten Ländern | neuen Ländern | alten Ländern | neuen Ländern |
| Fachinteresse | 79 | 73 | 81 | 72 |
| Neigung/Begabung | 65 | 61 | 65 | 60 |
| persönliche Entfaltung | 42 | 56 | 48 | 56 |
| zu Veränderungen beitragen | 19 | 22 | 26 | 21 |
| anderen zu helfen | 20 | 27 | 31 | 26 |
| selbständig arbeiten können | 48 | 71 | 50 | 57 |
| viele Berufschancen haben | 46 | 58 | 39 | 59 |
| wegen Status des Berufs | 22 | 31 | 20 | 40 |
| sichere Berufsposition | 37 | 36 | 27 | 53 |
| gute Verdienst-möglichkeiten | 35 | 29 | 25 | 47 |
| fester Berufswunsch | 44 | 44 | 52 | 40 |
| stand von vornherein fest | 21 | 26 | 25 | 22 |
| kurze Studienzeiten | 4 | 9 | 3 | 8 |

HIS-Studienanfängerbefragung 93/94

Ambitionen, also extrinsische Motive, für die Fachwahl bei den regional mobilen Studienanfängern meist eine deutlich geringere Rolle spielen als bei deren jeweiliger Herkunftspopulation. So haben nur drei Zehntel der Ost-West-Wechsler gute Verdienstmöglichkeiten bei ihrer Fachwahl mit ins Kalkül gezogen. Ansonsten sind es bei den ostdeutschen Studienanfängern fast die Hälfte, denen dies wichtig ist. Ähnliches läßt sich auch bei den West-Ost-Wechslern feststellen. 27 % von ihnen haben ihre Fachwahl mit dem Blick auf eine sichere Berufsposition getroffen. Unter ihren Kommilitonen, die in den alten Ländern geblieben sind, fällt der entsprechende Anteil jedoch zehn Prozentpunkte größer aus. Diese Angaben belegen, daß regional mobile Studienanfänger zwar in ihrer Fachwahl tendenziell geringer extrinsisch motiviert sind als ihre nicht mobilen Kommilitonen, daß aber andererseits der in dieser Hinsicht bei den Studienanfängern gegebene Ost-West-Unterschied auch bei ihnen bestehenbleibt - wenn auch auf niedrigerem Niveau. So spielen für Ost-West-Wechsler berufliche Ambitionen in der Fachwahl eine größere Rolle als für ihre Studienkollegen, die aus dem Westen kommend in den neuen Ländern ein Studium aufnehmen. Unter letzteren sind es vor allem die Studierenden in zulassungsbeschränkten Studiengängen, die ihre Fachentscheidung in einem geringerem Maße beruflich motiviert treffen als andere Studienanfänger.

Nur ein Aspekt fällt in diesem Zusammenhang etwas heraus. Das ist das Streben nach selbständiger Arbeit im Beruf. Es wird mit 71 % vor allem von den Ost-West-Wechslern stark hervorgehoben. Ihnen ist dieser Aspekt wichtiger als jenen ostdeutschen Studierenden, die in den neuen Ländern geblieben sind.

Während sich die Ost-West-Wechsler bei den sozialen Aspekten für die Studienentscheidung adäquat ihren in der heimatlichen Region verbliebenen Kommilitonen verhalten, geben West-Ost-Wechsler diese häufiger an als die westdeutschen Studienanfänger in den alten Ländern. Das hat seine Ursachen in dem hohen Anteil von Medizinstudenten unter den Wechslern aus Westdeutschland. Deren Motivationslage zeichnet sich vor allem durch solche Beweggründe aus, wie anderen helfen zu wollen und nach sozialen Veränderungen zu streben.



## 6. Studiensituation und Veränderungswünsche regional mobiler Studienanfänger

### 6.1 Studiensituation

Die ersten Erfahrungen, die die Studienanfänger an ihren Hochschulen gemacht haben, wurden innerhalb dieser Untersuchung mit einer offenen Frage erkundet. Dabei sollten sie vor allem angeben, ob sie schon Erfolgserlebnisse hatten, was sie an ihrer Hochschule gut finden und welche bedrückenden Erlebnisse sie dort eventuell machen konnten. Die häufig umfangreichen und detaillierten Antworten lassen sich in zwei Gruppen zusammenfassen: positive Erfahrungen und kritische Aspekte der Studiensituation.

**Positive Erfahrungen.**

West-Ost-Wechsler verweisen überdurchschnittlich häufig auf günstige Studienbedingungen, funktionierende Studienorganisation und auf ein gutes Verhältnis zwischen Lehrkräften und Studierenden an ihren Hochschulen in den neuen Ländern. So findet von ihnen fast jeder dritte antwortende Studierende die Studienbedingungen hervorhebenswert und fast jeder Fünfte das Verhältnis zwischen Dozenten und Studenten. Ihre ostdeutschen Studienkollegen dagegen, die mit ihnen an den gleichen Hochschulen studieren, sind in dieser Hinsicht mit einem Lob deutlich zurückhaltender. Nur jeweils ein etwa halb so großer Anteil äußert sich hier zustimmend. Das bedeutet aber nicht, daß diese beiden Gruppen unter den gleichen Bedingungen unterschiedliche Erfahrungen machen, sondern nur daß sich ihre Bewertungsbasis wesentlich unterscheidet. Offensichtlich stellen die ostdeutschen Studienanfänger andere Ansprüche an Studienbedingungen und Studienorganisation, so daß ihr Urteil eben zurückhaltender ausfällt.

West-Ost-Wechslern heben bei den Studienbedingungen an ostdeutschen Hochschulen vor allem hervor, daß die Lehrveranstaltungen noch nicht überfüllt sind. Dies erklärt ihre vergleichsweise starke Artikulation positiver Erfahrungen: Sie haben häufig noch die westdeutschen Studienverhältnisse vor Augen und finden deshalb Lehrveranstaltungen, die nicht überlaufen sind, durchaus bemerkenswert. Ostdeutsche Studienanfänger setzen dagegen solche Studienverhältnisse viel selbstverständlicher voraus. Ähnliches gilt für die Einschätzung des Lehrkräfte-Studierenden-Verhältnisses. Ein Engagement der Dozenten, das durch niedrigere Studentenzahlen eher möglich ist, wird von den Studienanfängern aus den neuen Ländern auch häufiger erwartet. Die West-Ost-Wechsler sind dagegen oftmals davon überrascht.

Solche Differenzen bestehen zwischen den Ost-West-Wechslern und den westdeutschen Studienanfängern, die ihr Studium auch an einer Hochschule in den alten Ländern aufgenommen haben, nicht. Beide Gruppen sind vergleichsweise zurückhaltend mit Zustimmung zu den Studienbedingungen.

Positive Erfahrungen mit der Lehre werden nur von einem Zehntel bis zu einem Siebtel der Studienanfänger angegeben. Dabei äußern sich Neuimmatrikulierte aus Ostdeutschland - gleich ob regional mobil oder nicht mobil - etwas häufiger zustimmend als ihre Kommilitonen aus dem anderen Teil Deutschlands.

Für alle Studienanfängergruppen gilt jedoch: die wichtigste positive Erfahrung ist das Zurechtkommen mit der neuen Lebenssituation, die Möglichkeit selbständig zu agieren und das Bewältigen erster Leistungsanforderungen. Rund vier Zehntel der Studienanfänger heben diese

Aspekte hervor. Dabei haben die neuen Studenten an den ostdeutschen Hochschulen - also einschließlich der West-Ost-Wechsler - häufiger als ihre Kommilitonen im Westen Erfolgserlebnisse in der Lehre. Letztere dagegen, vor allem die Ost-West-Wechsler, erfahren besonders positiv die neugewonnene Selbständigkeit studentischer Lebensweise. Offensichtlich spielen an den ostdeutschen Hochschulen Leistungsanforderungen und damit Erfolgserlebnisse in der Lehre zu Studienbeginn eine stärkere Rolle als an den westdeutschen. Dort jedoch ist aufgrund der durchaus problematischen Studienbedingungen selbständiges Studieren und selbständige Lebensführung in höherem Maße möglich und gefragt.

Eine große Hochschätzung erfahren auch die guten Beziehungen zwischen den Studierenden. Sowohl mobile als auch nicht mobile Studienanfänger sehen neugewonnene Freunde und das kamaradschaftliche Klima als großen Gewinn an. Für jeweils rund ein Viertel von ihnen ist das eine wichtige positive Erfahrung. Lediglich für die Studienanfänger, die in den neuen Ländern ihre Studienberechtigung erworben und dort auch ihr Studium aufgenommen haben, ist vor allem das Kennenlernen neuer Freunde nicht in gleicher Weise hervorhebenswert.

Alle anderen Aspekte positiver Erfahrung zu Studienbeginn - wie die Ausstattung der Hochschulen, die finanzielle Lage und die Wohnungssituation, die Lebensbedingungen am Studienort und die Freizeitmöglichkeiten - kommt eher nur zweitrangige Bedeutung zu. Auch lassen sich bei ihnen keine wesentlichen Unterschiede zwischen West-Ost- und Ost-West-Wechslern sowie zwischen regional mobilen und nicht mobilen Studenten erkennen.

**Abb. 18: KRITISCHE ASPEKTE DER STUDIENSITUATION bei regional mobilen und nicht mobilen Studienanfängern in Prozent**

| Studienaspekte | Studienbeginn in den alten Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... | | Studienbeginn in den neuen Ländern und Erwerb der Hochschulreife in den ... | |
|---|---|---|---|---|
| | alten Ländern | neuen Ländern | alten Ländern | neuen Ländern |
| Studienorganisation und -bedingungen | 34 | 48 | 37 | 38 |
| darunter: | | | | |
| - Studienablauf/ Stundenplan | 1 | 15 | 11 | 11 |
| - überfüllte Lehrveranstaltungen | 12 | 10 | 2 | 8 |
| - Orientierungslosigkeit | 6 | 5 | 6 | 6 |
| - Prüfungsstreß | 4 | 3 | 4 | 3 |
| - hohe zeitliche Belastung | 5 | 8 | 7 | 3 |
| Situation der Lehre | 28 | 19 | 19 | 22 |
| darunter: | | | | |
| - inhaltliche Mängel/ Lehrausfall | 7 | 5 | 5 | 6 |
| - Didaktik der Lehre | 5 | 3 | 3 | 4 |
| - zu hohe Studienanforderungen | 10 | 4 | 7 | 6 |
| - desinteressierte Lehrkräfte | 5 | 4 | 4 | 5 |
| Schlechtes Lehrkraft-Student-Verhältnis | 4 | 3 | 3 | 2 |
| Anonymität/mangelnder Zusammenhalt unter Studierenden | 10 | 12 | 10 | 7 |
| Unsicherheiten/ Leistungsdefizite | 15 | 12 | 10 | 11 |
| Ausstattungsniveau der Hochschule | 6 | 6 | 14 | 10 |
| Lebensbedingungen | 18 | 35 | 40 | 28 |
| darunter: | | | | |
| - BAföG-Probleme/ finanzielle Situation | 9 | 17 | 10 | 14 |
| - Wohnungssituation | 4 | 10 | 20 | 10 |
| Freizeit/Studienort | 6 | 12 | 17 | 6 |
| Qualität des Abiturs | 2 | 4 | 3 | 2 |
| Politische Rahmenbedingungen | 6 | 5 | 4 | 3 |

HIS-Studienanfängerbefragung 93/94



## Negative Erfahrungen.

Kritische Urteile äußern die Studienanfänger in erster Linie dort, wo sie mit zustimmenden Meinungen zurückhaltend sind. So sprechen die Ost-West-Wechsler ihrer westdeutschen Hochschule am häufigsten Kritik in bezug auf die dort bestehenden Studienbedingungen aus. Fast die Hälfte der hier antwortenden Studierenden hat damit Probleme (vgl. Abb. 18). Das sind rund zehn Prozentpunkte mehr als bei allen anderen Studienanfängergruppen. Besonders häufig finden sie in diesem Zusammenhang fehlende Strukturierungen des Studienablaufs und undurchsichtige Prüungsordnungen kritikwürdig. Auch überüllte Lehrveranstaltungen werden von ihnen vergleichsweise häufig beklagt. Beim letzten Punkt werden sie nur von ihren westdeutschen Kommilitonen, die vorerst auf eine regionale Mobilität verzichtet haben, übertroffen. Diese äußern allerdings interessanterweise fast überhaupt keine Schwierigkeiten mit Studienablauf und Prüfungsvorgaben. Sie scheinen schon von vornherein auf bestimmte Aspekte der Studiensituation an den westdeutschen Hochschulen besser eingestellt.

Deutlich anders spiegeln sich im Meinungsbild der Studienanfänger die Studienbedingungen an den ostdeutschen Hochschulen wider. Auch hier sind es sowohl über ein Drittel der aus den alten als auch der aus den neuen Ländern stammenden Studienanfänger, die Kritisches äußern. Dabei kann für die regional nicht mobilen ostdeutschen Studienanfänger von einem höheren Anspruchsniveau ausgegangen werden. Das belegt - wie schon dargestellt - die hohe Kritikrate der Ost-West-Wechsler in diesem Punkt im Vergleich zu ihren westdeutschen Kommilitonen. Der beträchtliche Anteil kritischer Äußerungen bei den West-Ost-Wechslern dagegen erklärt sich zumindest zum Teil aus den überdurchschnittlich hohen Zeitbelastungen, die ihnen das Studium abfordert. Diese wiederum hängen auch mit ihrem spezifischen Fachwahlverhalten - z. B. dem hohen Anteil von Medizinstudenten - zusammen. Des weiteren geht die Kritik jener elf Prozent West-Ost-Wechsler, die Studienabläufe bzw. den Studienplan negativ beurteilen, tendenziell in eine andere Richtung als bei dem gleich großen Anteil ihrer in diesem Punkt kritischen ostdeutschen Mitstudenten. Während ersteren die Reglementierung des Studiums in manchen Studiengängen an den ostdeutschen Hochschulen zu weit geht, finden die entsprechenden Studienanfänger aus den neuen Ländern, die auch dort ihre Hochschulreife erworben haben, die Strukturierungsvorgaben oftmals nicht weitgehend genug.

Rund jeweils ein Fünftel der regional mobilen Studienanfänger trifft kritische Aussagen zur Situation der Lehre. Dennoch liegt damit ihr Kritikniveau unter dem der regional nicht mobilen Studienanfänger, besonders unter dem der westdeutschen Neuimmatrikulierten, die ihre heimatliche Region nicht verlassen haben. Sie beklagen häufiger vor allem zu hohe Studienanforderungen. Ihre ostdeutschen Kommilitonen, die mit ihnen an den gleichen Hochschulen studieren, stimmen ihrer Kritik allerdings nicht im gleichen Maße zu. Sie kommen offensichtlich mit bestimmten Leistungsanforderungen besser zurecht.

Bei den anderen Aspekten der Lehrsituation gibt es keine wesentlichen Unterschiede. Das trifft auch erstaunlicherweise auf das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Studierenden zu. Zwar wird an den ostdeutschen Hochschulen am seltensten Kritik unter den Studienanfängern laut, dennoch fällt angesichts der teilweise geringen Anzahl positiver Urtei-

le das Kritikniveau sehr niedrig aus. Offensichtlich werden die Mindesterwartungen der Studienanfänger hinsichtlich eines sachlichen Verhältnisses zu den Dozenten erfüllt. Eine Kommunikation, die über den Rahmen von Lehrveranstaltungen hinausgeht, ist eher die Ausnahme und wird, sofern sie erfahren werden kann, als positiver Aspekt der Studiensituation empfunden.

Ein von Anonymität geprägtes Klima unter den Studenten, aber auch eigene Leistungsdefizite sowie Startschwierigkeiten werden von rund einem Zehntel bis zum einem Siebtel der Studienanfänger kritisch reflektiert. Solche Probleme sind etwas häufiger bei den Neuimmatrikulierten an den westdeutschen Hochschulen anzutreffen - und zwar sowohl bei den Ost-West-Wechslern als auch bei ihren Kommilitonen aus den alten Ländern.

Enorme Probleme bereiten den regional mobilen Studienanfängern die Lebensbedingungen am Studienort. Am häufigsten nennen sie dabei eine schwierige Wohnsituation. Ein Zehntel der Ost-West- und ein Fünftel der West-Ost- Wechsler sind damit unzufrieden. Letztgenannte führen oftmals auch schlechte Bedingungen im Wohnheim an. Der im Vergleich mit den nicht mobilen Studienanfängern höhere Anteil von Studierenden mit Wohnungsproblemen ergibt sich u. a. aus der bei ihnen niedrigeren Zahl von Elternwohnern (vgl. Abschnitt 7.).

Finanzielle Probleme haben in diesem Zusammenhang vor allem die Ost-West-Wechsler, wie überhaupt Studienanfänger aus den neuen Ländern. Fast ein Fünftel von ihnen klagt über Geldschwierigkeiten. Damit wird sowohl die finanzielle als auch die Wohnungssituation zur ernsthaften Barriere für eine Ausweitung des bisher relativ zaghaften Wechsels von Studienanfängern zwischen den alten und den neuen Ländern. Das Fehlen kostengünstiger Wohnungen - vor allem auch in den neuen Ländern - und ungenügende finanzielle Mittel senken die Bereitschaft, die heimatliche Region zu verlassen und ein Studium im jeweils anderen Teil Deutschlands aufzunehmen, ganz erheblich. Ein bestimmter Teil der regional mobilen Studienanfänger hat auch Schwierigkeiten, im neuen Studienort heimisch zu werden. Immerhin für jeweils über ein Zehntel ist der Studienort einfach zu weit entfernt vom Heimatort. Mangelnde Freizeitmöglichkeiten beklagen vor allem West-Ost-Wechsler.

Sie beurteilen häufig noch einen weiteren Aspekt der ostdeutschen Studiensituation kritisch: das Ausstattungsniveau der Hochschulen mit Materialien und Geräten. Obwohl von ihnen durchaus die Vorteile ausreichender Labor- und anderer Arbeitsplätze geschätzt werden, zeigt sich doch ein Siebtel enttäuscht über veraltete Ausrüstungen und den schlechten Zustand vieler Hochschulgebäude.

### 6.2 Beabsichtigte Fach- und Hochschulwechsel

Wechselabsichten in bezug auf das Studienfach werden nur von wenigen Studienanfängern geäußert. Lediglich bei 8 % der westdeutschen Studienanfänger, gleich ob regional mobil oder nicht, existieren solche Vorstellungen. Bei den ostdeutschen Studienanfängern ist dieser Prozentsatz nur halb so hoch, bei den Ost-West-Wechslern sind es sogar noch weniger.

Weitaus häufiger wird ein Hochschulwechsel erwogen. Während es von allen anderen Studienanfängergruppen immer ungefähr 10 % sind, die sich an eine neue Hochschule immatrikulieren wollen, haben 38 % der West-Ost-Wechsler solche Absichten. Die überwiegende Mehrheit von ihnen, rund drei Viertel, ist aufgrund von Zulassungsbeschränkungen nicht an



der ursprünglich gewünschten Hochschule. Umgekehrt sind es zwei Drittel aller West-Ost-Wechsler in NC-Studiengängen, die einen Hochschulwechsel anstreben. Die Mehrzahl will dabei zurück an eine Hochschule in den alten Ländern. Gut zwei Drittel möchte an eine westdeutsche Universität und ein Zehntel an eine westdeutsche Fachhochschule. Nur rund 4 % erwägt einen Hochschulwechsel an eine andere Hochschule in den neuen Ländern. Dagegen strebt von den vergleichsweise wenigen Ost-West-Wechslern, die sich einen Hochschulwechsel vorgenommen haben, über die Hälfte an eine andere westdeutsche Hochschule.

## 7. Lebensbedingungen der regional mobilen Studienanfänger

Die Studienanfanger aus den alten und neuen Länder finanzieren nach wie vor ihr Studium auf unterschiedliche Weise. Das gilt auch für die Studierenden unter ihnen, die ihr Studium im jeweils anderen Teil Deutschlands aufgenommen haben. So geben die Ost-West-Wechsler - ähnlich ihren in Ostdeutschland gebliebenen Kommilitonen - zu über drei Viertel an, daß sie Bafög beziehen. Für die westdeutschen Studienanfänger in den neuen Ländern trifft dies nur auf 35 % zu. Dieser Anteil liegt noch unter dem ihrer in der heimatlichen Region gebliebenen Studienkollegen.

Diese Differenz zwischen regional mobilen Studienanfängern aus den alten und neuen Ländern vergrößert sich noch, vergleicht man nur die entscheidenden Finanzquellen für das Studium. 44 % der Ost-West-Wechsler geben hier das Bafög an, von den West-Ost-Wechslern sind das nur 13 %. Von ihnen haben drei Fünftel überhaupt keinen Bafögantrag gestellt. Dagegen hat unter ihren ostdeutschen Kommilitonen darauf nur ein Fünftel von vorn herein verzichtet.

Dementsprechend beteiligen sich die Eltern an der Finanzierung des Studiums. Zwar wird auch von rund vier Fünftel der Ost-West-Wechsler eine elterliche Unterstützung erwähnt, aber nur bei zwei Fünftel ist das auch die entscheidende Quelle. Unter den West-Ost-Wechslern liegt nicht nur der Anteil der Studierenden, die von ihren Eltern in irgendeiner Form finanziell unterstützt werden, mit 87 % noch höher, sondern auch der Anteil der Studienanfänger, bei denen das der entscheidende Beitrag zur Studienfinanzierung ist. Zu ihm gehört mit 68 % eine deutliche Mehrheit der betreffenden Studentinnen und Studenten. In den neuen Ländern stammen zwar mehr Studierende als in den alten Ländern aus akademisch gebildeten Elternhäusern, dennoch fällt deren Durchschnittseinkommen noch deutlich niedriger aus.

Aus diesen Gründen haben Ost-West-Wechsler auch die größten Finanzierungsschwierigkeiten. Nur 35 % können von sich sagen, daß sie gut oder sogar sehr gut mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld auskommen. Das sind weniger als bei den sonstigen ostdeutschen Studienanfängern. Bei ihren Kommilitonen dagegen, die zu Studienbeginn vom Westen Deutschlands in den Osten gegangen sind, können das über die Hälfte angeben. Keine Studienanfängergruppe ist damit finanziell besser gestellt als sie. Für zwei Fünftel von ihnen steht jetzt schon fest, daß ihr Studium finanziell auf Dauer gesichert ist. Das läßt sich noch nicht einmal bei einem Fünftel der Ost-Wechsler sagen. 45 % von ihnen sind darauf angewiesen, schnell zu studieren, und 23 % können nur mit Jobs die Mittel für das Studium aufbringen. So stellen die regional mobilen Studienanfänger aus den alten und neuen Ländern in Bezug

auf die Studienfinanzierung zwei ganz entgegengesetzte Gruppen dar. Von allen Studienanfängern haben die West-Ost-Wechsler die geringsten und die Ost-West-Wechsler die größten finanziellen Probleme.

Zum besseren finanziellen Auskommen westdeutscher Studienanfänger in den neuen Ländern trägt neben dem höherem durchschnittlichem Verdienst ihrer Eltern auch die vergleichsweise häufige Unterbringung in kostengünstigen Studentenwohnheimen bei. Über ein Drittel bezieht dort zu Studienanfang Quartier Ihr Anteil liegt nur 9 Prozentpunkte unter dem ihrer ostdeutschen Kommilitonen. Weitaus häufiger als diese können sie sich allerdings eine eigene Wohnung leisten. Jeder dritte von ihnen wohnt in einer eigenen Wohnung, bei den ostdeutschen Studienanfängern trifft das nur auf jeden fünften bis sechsten zu.

Lediglich ein Zehntel der West-Ost-Wechsler kann bei seinen Eltern wohnen bleiben. Dieser Prozentsatz fällt unter den Ost-West Wechsler sogar noch etwas niedriger aus. Eine Folge davon dürfte sein, daß sie mit 46% den höchsten Anteil von Studienanfängern mit eigener Wohnung stellen. Diese sicherlich mehr notgedrungene Wahl der Unterkunft, die von allen Wohnungsformen die kostenintensivste ist, verschärft die Finanzierungsprobleme des Studiums noch zusätzlich. Finanzielle Gründe führen auch dazu, daß die Ost-West-Wechsler im Vergleich zu ihren westdeutschen Kommilitonen deutlich häufiger in Studentenwohnheimen und zur Untermiete wohnen. Ein Zimmer zur Untermiete beziehen 30 % der ostdeutschen Studienanfänger in den alten Ländern. Auch unter den West-Ost-Wanderern ist dieser Anteil höher als im ostdeutschen Durchschnitt. Damit gehört neben der geringen Anzahl von Elternwohnern offensichtlich das Ausweichen auf untervermietete Zimmer und auf Internatsplätze zu den Kennzeichen der Wohnungssituation regional mobiler Studienanfänger.

## 8. Resümee

Die Zusammenschau wesentlicher Ergebnisse zeigt, daß die regional mobilen Studienanfänger aus den alten und aus den neuen Ländern eine Reihe von Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede aufweisen:

1. Die größten Hindernisse für eine Ausdehnung der Mobilität von Studienanfängern zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands sind zum einen fehlende Informationen, aber auch Motivationen vor allem bei westdeutschen Studienberechtigten. Offensichtlich haben diese derzeit noch relativ wenig Vertrauen in die Qualität der Ausbildung an ostdeutschen Hochschulen. Die überwiegende Mehrheit ist desinteressiert an einen solchen Wechsel.

Zum anderen verhindern auch wirtschaftliche Aspekte eine Zunahme des West-Ost-Austausches unter den Studienanfängern. Die Wohnungs- und Finanzprobleme erschweren einen Studienbeginn im jeweils anderen Teil Deutschlands.

Für West-Ost- wie für Ost-West-Wechsler gilt, daß die Motivstruktur ihrer Hochschul- und Fachwahlentscheidung stark der ihrer jeweils in der heimatlichen Region verbliebenen Kommilitonen ähnelt.

Die in diesem Zusammenhang bestehenden Ost-West-Unterschiede bei den regional nicht mobilen Studienanfängern finden sich auch bei den regional mobilen wieder. Dennoch heben sich letztere deutlich ab. So ist beiden Wechslerpopulationen in überdurchschnittlicher Weise das Streben nach günstigen Studienbedingungen eigen. Mit der Immatrikulation an einer Hochschule im jeweils anderen Teil Deutschlands werden vor allem überschaubare Studienverhältnisse gesucht und erhofft. Auch ist bei diesen regional mobilen Studienanfängern eine größere Entschiedenheit zu finden, ein bestimmtes Fach zu studieren bzw. später einen bestimmten Beruf auszuüben.

Eine solche Motivation wie überhaupt ein Streben nach Mobilität und dem Selbsterkunden eines neuen Lebensumfeldes wird offensichtlich vergleichsweise häufig in akademisch gebildeten Elternhäusern vermittelt. Hier dürfte auch der Informationsgrad über die jeweils andere Region Deutschlands und das Interesse an ihr relativ hoch sein. Damit im Zusammenhang wirkt sich auch die - vor allem in den alten Ländern gegebene - wirtschaftlich gutsituierte Lage dieser Familien günstig auf die Mobilität aus. So leisten sich von den westdeutschen Studienberechtigten häufig jene eine Immatrikulation an ostdeutschen Hochschulen, die von ihren Eltern großzügig unterstützt werden können. Die Ost-West-Wechsler sind dagegen stärker als andere bereit, Finanzierungsprobleme für ihr Studium in Kauf zu nehmen. Aus diesen Gründen spielen wirtschaftliche und auch emotionale Grnde wie das Studieren mit Freunden bei der Hochschulwahl der regional mobilen Studienanfänger nur eine unterdurchschnittliche Rolle.

Trotz offenkundiger Ost-West-Unterschiede kommt es zu keinen großen Verständigungsproblemen zwischen den regional mobilen und den nicht mobilen Studienanfängern an den west- bzw. ostdeutschen Hochschulen. Probleme im Umgang miteinander werden nicht überdurchschnittlich häufig geäußert, eher ist Freude über das studentische Klima und über neue Freunde zu hören.

2. Der Anteil der West-Ost-Wechsler unter den Studienanfängern aus den alten Ländern ist gering. Ihr Interesse ist sehr stark auf die NC-Studiengänge an den ostdeutschen Universitäten gerichtet. Vor allem betrifft dies Medizin, Agrar- und Forstwissenschaften sowie Kunst. Allerdings hat sich dieses Interesse mehr notgedrungen herausgebildet. Gerade in zulassungsbeschränkten Studiengängen konnte sich die Mehrheit der regional mobilen Studienanfänger aus den westdeutschen Ländern nicht an der ursprünglich gewünschten Hochschule immatrikulieren. Die meisten von ihnen wollten an einer westdeutschen Hochschule studieren. Viele haben diese Absicht auch noch nicht aufgegeben, sie haben vor, an eine Hochschule in die alten Länder überzuwechseln. So spaltet sich offenkundig die Gruppe der West-Ost-Wechsler. Zum einen gibt es viele für ein Studium in den neuen Ländern nicht motivierte Studienanfänger in zulassungsbeschränkten Fächern, zum anderen jene neuimmatrikulierten Studienanfänger, die sich bewußt für ein Studium im Osten entschieden haben. Sie sind vorrangig in Fächern ohne NC zu finden.

Als positiv empfinden sie an der Studiensituation an den ostdeutschen Hochschulen vor allem bestimmte Studienbedingungen - so das Verhältnis zwischen Dozenten und Studierenden sowie nicht überfüllte Lehrveranstaltungen. Sie merken an, daß sie gleich zu Beginn des Studiums mit Leistungsanforderungen konfrontiert werden, die sie aber in der Regel gut bewältigen. Das führt für sie allerdings auch zu hohen zeitlichen Belastungen durch das Studium.

Ihr Studium finanzieren sie maßgeblich mit der entsprechenden finanziellen Un-

terstützung durch die Eltern. Finanzierungsschwierigkeiten haben sie vergleichsweise wenige.

3. Der Anteil der Ost-West-Wechsler unter den Studienanfängern aus den neuen Ländern liegt immerhin bei über einem Siebtel. Als Studienrichtungen werden von ihnen besonders die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bevorzugt, aber auch Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Agrar- und Forstwissenschaften. Der Anteil, den Fachhochschulstudiengänge dabei einnehmen, entspricht fast dem ostdeutschen Durchschnitt.

Nur wenige Ost-West-Wechsler sind nicht an der von ihnen gewünschten Hochschule. Deren Wahl wurde nur relativ selten durch Zulassungsbeschränkungen mitbestimmt. Die überwiegende Mehrheit wollte von vornherein zum Studium in die alten Länder. Dabei haben sie sich diese regional mobilen Studienanfänger aus dem Osten Deutschlands häufig im Studienvorfeld flexibel verhalten und alternativ sowohl Hochschulen in den alten als auch in den neuen Ländern erwogen.

Als besonders positiv erfahren sie an den westdeutschen Hochschulen die Freiräume für selbstständiges Studieren und Leben. Dennoch sind sie mit einigen Studienbedingungen nicht zufrieden; vor allem haben sie Probleme mit Prüfungs- und Studienordnungen sowie mit fehlenden Orientierungen.

Das Studium müssen sie häufig durch Bafög finanzieren, dabei haben sie von allen Studienanfängergruppen die größten Finanzierungsschwierigkeiten.

*Karl Lewin und Ulrich Heublein sind wissenschaftliche Mitarbeiter beim Hochschul-Informations-System (HIS)*



**Georg Schuppener (Leipzig):**

# Begabungsförderung bei Schülern im Bereich Mathematik

## Allgemeine Aspekte der Begabungsförderung

Begabungsförderung, insbesondere wenn sie sich als „Hochbegabtenförderung" oder „Elitenförderung" versteht und bezeichnet, kann in Deutschland keineswegs auf ungeteilte Zustimmung verweisen, sondern vielmehr oft sogar auf latente oder offene Ablehnung. Stipendiaten der sogenannten „Begabungsförderungswerke" (z. B. Studienstiftung des deutschen Volkes, politische Stiftungen oder ähnliche Organisationen) können davon berichten. Unstreitig besitzt die Thematik „Begabungsförderung" eine ausgeprägte Ambivalenz, die aber selten explizit diskutiert wird.

Meist richtet sich die Diskussion bezüglich Begabungsförderung darauf, wie man Begabungen besser finden und die Förderung effektiver gestalten könne. Die Frage der Begabungserkennung hält sogar ganze Institute am Leben.[1]

Setzt man sich mit Konzeption und Zielsetzung von Begabungsförderung auseinander, so läßt es sich kaum leugnen, daß Spitzenleistungen, seien sie nun musisch-künstlerischer, sportlicher oder wissenschaftlicher Art, eher erreicht werden können, wenn entsprechende Begabungen gezielt unterstützt und gefördert werden. Die hiergegen oft durchaus cum mica salis angeführte Feststellung, daß sich Talente auch so, d. h. ohne spezielle Förderung durchsetzen, verkennt allerdings, daß Begabungen auch erst erkannt werden müssen: Ohne Fokussierung auf bestimmte Begabungen besteht auch die Gefahr, daß „Schätze ungehoben" bleiben. Wesentlich ist daher nicht die Frage, ob eine Begabung per se existiert oder nicht, sondern mehr wie sie entfaltet werden kann. Unstreitig ist jedoch, daß für gewisse Fähigkeiten Anlagen gegeben sein müssen. Das originäre Ziel früher Begabungsförderung, also z. B. bei Schülern, muß somit darin bestehen, derartige Anlagen zu entdecken, die entsprechenden Interessen zu wecken und diese Begabungsanlagen zu entfalten.

Hieraus können allerdings bereits problematische Konsequenzen resultieren: Durch Art und Weise der „Begabungsförderung" werden auch die entsprechenden Begabungsanlagen von außen geformt und können damit fremdbestimmt werden.[2] Gegen Begabungsförderung als solche oder besser gegen

bestimmte Formen lassen sich so gewichtige und ernstzunehmende Einwände formulieren, die im Einzelfalle berücksichtigt bzw. entkräftet werden müßten. Neben der schon erwähnten drohenden Instrumentalisierung und Fremdbestimmung durch Begabungsförderung scheint vor allem folgender Gesichtspunkt noch besonders beachtenswert: Begabungsförderung generell haftet die Gefahr an, einseitig gebildete und interessierte Persönlichkeiten zu verursachen, durch Überbetonung einer einzigen Komponente zwar hochspezialisierte, aber u. U. bezüglich der Persönlichkeitsstruktur ziemlich begrenzte und bezüglich der charakterlichen Ausprägung durchaus fragwürdig erscheinende Individuen heranzuziehen. Ob und in welchem Maße eine gewisse Skurrilität, manche Sonderbarkeiten o. ä. notwendig mit Hochbegabung verknüpft sind oder vielleicht nur bei Hochbegabten eher beachtet werden, stellen weitere Aspekte dar, die im Zusammenhang mit der kritischen Diskussion von Begabungsförderung erörtert werden müßten.

Nach dieser Darstellung lassen sich Voraussetzungen erkennen, unter denen derartige problematische Punkte von Begabungsförderung weitgehend vermieden werden können. Dies sind die selbstbestimmte und freie Entfaltung von Fähigkeiten, Förderung durch Weckung und nicht durch Lenkung von Interessen und die Ausrichtung nicht nur auf einen Bereich, sondern vielmehr eine Förderung im Sinne von Vielseitigkeit. An diesen Ansprüchen müssen sich Begabungsförderungsprojekte messen lassen.

Im bildungspolitischen Diskurs finden diese grundsätzlichen Gesichtspunkte im Vergleich zu den pragmatischen Fragen („Wie findet man Talente?" oder „Auf welche Weise fördert man sie am besten?") allgemein weniger Beachtung, wenngleich sie doch die Voraussetzungen für eine Fundierung und Gestaltung von Begabungsförderung sein sollten.

## Beispiel: Begabungsförderung im Bereich Mathematik

Auf Grund der Breite des Feldes „Begabungsförderung" erscheint es sinnvoll, sich auf die Betrachtung eines exemplarischen Teilbereiches zu konzentrieren.

Im folgenden soll beispielhaft ein Überblick über die verschiedenen Formen von mathematischer Schülerförderung in der Bundesrepublik Deutschland gegeben werden. In den unterschiedlichen Ausgestaltungen solcher Förderungen sowie in ihrer unterschiedlichen Geschichte spiegeln sich implizit die verschiedenen Konzepte von Begabungsförderung wider. Aus dem Selbstverständnis und der spezifischen Gestaltung der jeweiligen Arten von Begabungsförderung läßt sich so indirekt auf das jeweils zugrunde gelegte Verständnis von Begabung, die Bewertung der gesellschaftlichen Rolle und Funktion von Begabung und Begabungsförderung und eventuell auch darauf rückschließen, in welchem Maße die ambivalenten Aspekte von Begabungsförderung bei der Konzipierung der jeweiligen Förderart reflektiert wurden.

Die folgende Übersicht nennt ohne Anspruch auf Vollständigkeit mathematikbezogene Förderungsformen für Schüler in der Bundesrepublik Deutschland:[3]

### 1. Bundesweite Förderungsformen

#### Bundeswettbewerb Mathematik

Der „Bundeswettbewerb Mathematik" besteht seit 1970 (in der BRD) und gliedert sich wie folgt:
*1. Runde:* Hausaufgabenwettbewerb mit 4 Aufgaben und einer Bearbeitungszeit von 2 Monaten, zentrale Korrektur mit Rücksendung der Bewertung der Arbeit sowie von Musterlösungen.
*2. Runde:* Hausaufgabenwettbewerb analog zur 1. Runde mit höherem Schwierigkeitsniveau.
*3. Runde:* Einstündiges Kolloquium mit je einem Mathematiker aus Universität und Schule, Auswahl der Bundessieger.
*Zielgruppe:* (vorwiegend) Schüler der Jahrgangsstufen 11 bis 13.
*Teilnehmerzahlen:*[4] 1000 bis 2000 (1. Runde; 1994: 881), 200 bis 400 (2. Runde; 1994: 148), 50 bis 80 (3. Runde; 1994: 52).

#### Mathematikolympiaden

Die Mathematikolympiaden bestehen seit 1962 (in der DDR, nach 1990 gesamtdeutsche Fortexistenz) und gliedern sich folgendermaßen:
*1. Stufe:* Hausaufgabenwettbewerb mit 4 Aufgaben und einer Bearbeitungszeit von etwa einem Monat, dezentrale Korrektur (Schulolympiade).
*2. Stufe:* Vierstündiger Klausurwettbewerb mit 4 zentral gestellten Aufgaben (Kreisolympiade).
*3. Stufe:* Zwei vierstündige Klausuren an zwei Tagen mit insgesamt 6 zentral gestellten Aufgaben (Landesolympiade).[5]
*4. Stufe:* Zweitägiger Klausurwettbewerb analog zur Landesolympiade (Deutschland-Olympiade).
*Zielgruppe:* In der ersten und zweiten Stufe Schüler der Klassen 5 bis 13, in der dritten Stufe Schüler der Klassen 6 bis 13, in der vierten Stufe Schüler der Klassen 8 bis 13. Es existieren verschiedene nach Klassenstufen unterschiedene Schwierigkeitsgrade.
*Teilnehmerzahlen:* 5 bis 10% aller Schüler (1. Stufe), 2 bis 5% aller Schüler (2. Stufe), 0,1 bis 0,2% aller Schüler (3. Stufe), 170 bis 180 Schüler (4. Stufe). Die Teilnehmerzahlen differieren zwischen den einzelnen Bundesländern sehr stark, insbesondere in den Altbundesländern sind die Prozentzahlen z. T. erheblich niedriger.[6]

#### Auswahl und Vorbereitung zur Internationalen Mathematikolympiade

An der Internationalen Mathematikolympiade nahmen Mannschaften aus der DDR seit 1959 und aus der BRD seit 1977 regelmäßig teil. Seit 1991 wird eine gesamtdeutsche Mannschaft gebildet. An der letzten Internationalen Mathematikolympiade in Hong Kong nahmen Mannschaften aus insgesamt 69 Ländern teil.

Das Auswahlverfahren verläuft wie folgt: Etwa 100 bis 120 Schüler, die entweder erfolgreich die 2. Runde des Bundeswettbewerbes Mathematik oder die 4. Stufe der Mathematikolympiaden absolviert haben oder durch den Wettbewerb „Jugend forscht" im Bereich Mathematik/Informatik ausgewählt wurden, schreiben an den Schulen zwei Auswahlklausuren, die zentral korrigiert werden. Die besten 16 Schüler werden zur eigentlichen Vorbereitung für die Internationale Mathematikolympiade eingeladen (viertägiges Seminar in Rostock, drei Wochenendseminare in Frankfurt am Main und eine Seminarwoche in Oberwolfach). Hierbei erfolgt die Auswahl derjenigen sechs Schüler, die die deutsche Mannschaft bei der Internationalen Mathematikolympiade bilden.

## 2. Landesweites und regionale Förderungsformen[7]

### 2.1 Baden-Württemberg

Landeswettbewerb Mathematik

Der Landeswettbewerb Mathematik besteht seit 1987. An 70 Schulen Baden-Württembergs gibt es Kontaktlehrer als Ansprechpartner für die teilnehmenden Schüler.
*1. Runde:* Jede Schule erhält Plakate und Handzettel mit 6 Aufgaben. Innerhalb von 7 Wochen können die Schüler 4 dieser Aufgaben lösen. Es erfolgt eine zentrale Korrektur der eingesandten Lösungen.
*2. Runde:* Die Preisträger der ersten Runde erhalten 4 Aufgaben persönlich zugesandt, davon sind mindestens 3 Aufgaben zu bearbeiten.
Die erfolgreichsten 60 Teilnehmer werden zu einer Seminarwoche eingeladen.
*Zielgruppe:* Schüler an Realschulen und Gymnasien bis einschließlich Klasse 10.
*Teilnehmerzahlen:* 400 bis 600 (1. Runde) bzw. 80 bis 100 Schüler (2. Runde)

Tag der Mathematik

Der „Tag der Mathematik" wird seit 1985 einmal jährlich an einer der Universitäten Karlsruhe, Konstanz, Tübingen oder Ulm veranstaltet.
*1. Teil:* Gruppenwettbewerb für Gruppen aus 3 bis 5 Schülern eines Gymnasiums. Es sind innerhalb einer Stunde 3 oder 4 Aufgaben zu lösen.
*2. Teil:* In einem Geschwindigkeitswettbewerb haben die Gruppen 6 bis 8 Aufgaben zu lösen.
*3. Teil:* Innerhalb einer Stunde sind in einem Einzelwettbewerb 3 bis 4 Aufgaben zu lösen. Die Sieger des Wettbewerbes nehmen an einem 14-tägigen Intensivkurs Mathematik in Konstanz oder Ulm teil.
*Zielgruppe:* Schüler der Jahrgangsstufe 12 der Gymnasien.
*Teilnehmerzahlen:* Etwa 1000 Teilnehmer pro Jahr.

### 2.2 Bayern

Adam-Ries-Wettbewerb in Oberfranken

Der Adam-Ries-Wettbewerb findet in Oberfranken seit 1992 statt und schließt sich an den gleichnahmigen Wettbewerb an, der im damaligen Bezirk Karl-



Marx-Stadt 1981 zum ersten Male stattfand.[8]
*Zielgruppe:* Schüler der Klasse 5.

Fürther Mathematik-Olympiade

Mathematikwettbewerb mit 2 Runden nach Klassenstufen getrennt.

*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 5 bis 10

*Teilnehmerzahlen:* Schüler aus 6 Gymnasien des Landkreises Fürth.

Mathematikseminare des Gymnasiums Starnberg

Seit 1983 finden vierzehntägig zwei- bis dreistündige Mathematikseminare am Gymnasium Starnberg statt sowie einmal jährlich eine viertägige Klausurtagung.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 9 bis 13.
*Teilnehmerzahlen:* 10 bis 20 Schüler.

### 2.3 Berlin

Mathematische Schülergesellschaft an der Humboldt-Universität Berlin

Die Mathematische Schülergesellschaft besteht seit 1961.
Wöchentlich finden 90-minütige Zirkel statt, in denen nach einem Lehrprogramm mit ausgearbeiteten Lehrmaterialien gearbeitet wird. Die Voraussetzung für die Teilnahme besteht in der erfolgreichen Absolvierung einer Aufnahmeklausur.
Weiterhin werden in kleinem Umfange Ferienkurse (früher „Spezialistenlager") veranstaltet sowie einmal jährlich ein Schülerkolloquium mit Vorträgen der Schüler.
*Zielgruppe:* Schüler ab Klasse 6, in den Ferienkursen speziell Schüler der Klassen 7 und 8.
*Teilnehmerzahlen:* bis zu 450 Schüler, derzeit ungefähr 250.

### 2.4 Brandenburg

Mathematik-Olympiade der Stadt Potsdam

Klausurwettbewerb mit 5 Aufgaben
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 3 und 4.

Mathematikklub des „Treffpunkt Freizeit" Potsdam

Zirkel einmal wöchentlich
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 3 und 4.

### 2.5 Bremen

Problem des Monats

Seit 1989 wird monatlich das „Problem des Monats" als Plakat an Schulen versandt. Am Ende des Schuljahres erscheinen in einem Heft der „WIS-Materialien" die Aufgaben und Lösungsvorschläge.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 8 bis 10
*Teilnehmerzahlen:* Schüler an 50 Schulen.

Schülerzirkel Mathematik

„Schülerzirkel Mathematik" gibt es seit 1989 vierzehntägig an drei Standorten.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 8 bis 10.
*Teilnehmerzahlen:* Je Standort maximal 10 Teilnehmer, also insgesamt maximal 30.

## 2.6. Hamburg

Hamburger Projekt zur Begabungsförderung

Seit 1982 existiert ein jeweils dreijähriges Kursprogramm mit 75 Einheiten.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 7, 8 und 9.

## 2.7 Hessen

Mathematik-Wettbewerb des Landes Hessen

Der Mathematik-Wettbewerb des Landes Hessen wird seit 1968 veranstaltet. In jeweils 90 Minuten sind 4 Aufgaben (2 Pflichtaufgaben und 2 von 5 Wahlaufgaben) zu bearbeiten.
*1. Runde:* Klassenarbeit auf Schulebene mit zentraler Themenstellung.
*2. Runde:* Klausur auf Kreisebene.
*3. Runde:* Klausur auf Landesebene an drei zentralen Orten.
*Zielgruppe:* Schüler der Klasse 8 aller Schultypen.
*Teilnehmerzahlen:* 80% aller Schüler der Klasse 8 (1. Runde), 2000 Teilnehmer (2. Runde), 170 Teilnehmer (3. Runde).

## 2.8 Mecklenburg-Vorpommern

Pokal des Rektors an den Universitäten Greifswald und Rostock

Zweistufiger Wettbewerb; die erfolgreichste Schule erhält jeweils den Pokal des Rektors.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 3 bis 6 bzw. 4 und 5.
*Teilnehmerzahlen:* 1600 Teilnehmer.

Klausurwettbewerbe auf Kreisebene

Seit 1982 veranstalten die Kreise Greifswald, Wolgast, Anklam und Ueckermünde Klausurwettbewerbe.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 5 bis 8.
*Teilnehmerzahlen:* etwa 80 Schüler.

## 2.9 Nordrhein-Westfalen

Mathematik-Wettbewerb des Kreises Neuß

Der Mathematik-Wettbewerb des Kreises Neuß wird seit 1987 veranstaltet.
*1. Runde:* Hausaufgabenwettbewerb mit 4 Aufgaben und einer Bearbeitungszeit von 6 bis 8 Wochen.
*2. Runde:* Zweistündiger Klausurwettbewerb mit 3 Aufgaben.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 8 bis 10.
*Teilnehmerzahlen:* 70 bis 100 Schüler (1. Runde) bzw. 40 bis 80 Schüler (2. Runde).

Essener Mathematik-Wettbewerb

Der Essener Mathematik-Wettbewerb wird seit 1985 veranstaltet.
*1. Runde:* Hausaufgabenwettbewerb mit einem Monat Bearbeitungszeit und zentraler Korrektur.
*2. Runde:* Klausur von 90 Minuten.
*Zielgruppe:* Schüler der Sekundarstufe 1.
*Teilnehmerzahlen:* bis zu 100 Teilnehmer.

## 2.10 Rheinland-Pfalz

Landeswettbewerb Mathematik

Der Landeswettbewerb Mathematik wird seit 1989 für Schüler aus etwa 100 Gymnasien und Gesamtschulen veranstaltet.
*1. Runde:* Zweistündige Klausur mit 5 Aufgaben.
*2. Runde:* Hausaufgabenwettbewerb mit 4 Aufgaben und einer Bearbeitungszeit von 7 Wochen.
*3. Runde:* Mehrtägiges Seminar an einer der Universitäten des Landes.
*Zielgruppe:* Schüler der Klasse 8 (1. Runde), der Klasse 9 (2. Runde im nächsten Jahr), der Klasse 10 (3. Runde im übernächsten Jahr).
*Teilnehmerzahlen:* 2000 Schüler (1. Runde), 400 Schüler (2. Runde) bzw. 20 Schüler (3. Runde).

MONOID - Mathematikblatt für Mitdenker

Seit 1981 erscheinen jährlich vier Ausgaben der Zeitschrift, die vom Elisabeth-Langgässer-Gymnasium in Alzey und vom Karolinen-Gymnasium in Frankenthal herausgegeben wird. Die Auflage beträgt bei 200 Abonnenten 600 Exemplare. Unter anderem veranstaltet die Zeitschrift einen Aufgabenwettbewerb.
*Teilnehmerzahlen:* bis 100 Schüler pro Aufgabenwettbewerb.

## 2.11 Sachsen

Adam-Ries-Wettbewerb

Der Adam-Ries-Wettbewerb wurde im Bezirk Karl-Marx-Stadt 1981 erstmalig veranstaltet, seit 1992 wird er als dreistufiger Wettbewerb geführt.
*1. Stufe:* Hausaufgabenwettbewerb in Kombination mit einem Klausurwettbewerb an der Heimatschule.
*2. Stufe:* Klausurwettbewerb in Annaberg.
*3. Stufe:* Vierländerwettbewerb mit Teilnehmern aus Bayern/Oberfranken, Sachsen, Thüringen und der Tschechischen Republik.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 4 und 5 (1. Stufe) bzw. Schüler der Klasse 5 (2. und 3. Stufe).
*Teilnehmerzahlen:* 2700 Schüler (1. Stufe), 50 Schüler (2. Stufe), je 10 Schüler pro Land (3. Stufe).

Korrespondenzzirkel Mathematik

Der Korrespondenzzirkel Mathematik existiert seit 1973, zunächst im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Es handelt sich um einen Hausaufgabenwettbewerb mit zentraler Korrektur der Aufgaben und Rücksendung der korrigierten Aufgaben mit Musterlösungen und Hinweisen zur Lösungsfindung. Seit 1992 ist der Korrespondenzzirkel im wesentlichen auf ganz Sachsen ausgedehnt worden.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 5 bis 12.
*Teilnehmerzahlen:* 300 Schüler der Klassen 5 und 6 im Regierungsbezirk Dresden, 90 bis 100 Teilnehmer im Regierungsbezirk Chemnitz aus den Klassen 7 und 8 sowie 30 bis 40 Teilnehmer aus den Klassen 9 bis 12 im Land Sachsen.

Mathematikzentrum im Haus der Kinder und Jugend Chemnitz

Das Mathematikzentrum existiert seit 1962, seit 1991 finden Veranstaltungen in neuer Form statt. Hier werden 8 bis 10 Arbeitsgemeinschaften durchgeführt.

*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 4 bis 10
*Teilnehmerzahlen:* 70 bis 80 Schüler

Mathematik-Olympiade der Stadt Chemnitz

Die kommunale Mathematik-Olympiade wird seit 1962 als zweistündiger Klausurwettbewerb veranstaltet.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 3 und 4.
*Teilnehmerzahlen:* 120 bis 150 Teilnehmer.

Spezialistenlager Mathematik des Regierungsbezirkes Chemnitz

Das Spezialistenlager wird seit 1973 für jeweils eine Woche veranstaltet.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 7 und 8.
*Teilnehmerzahlen:* 15 bis 20 Schüler.

Leipziger Schülergesellschaft für Mathematik

Die Mathematische Schülergesellschaft Leipzig ist 1974 aus einer Reihe von Vorläuferprojekten entstanden. Alle 2 Wochen finden Zirkel zu je 90 Minuten statt, die von Mitarbeitern und Studenten der Universität Leipzig gehalten werden.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 6 bis 12.
*Teilnehmerzahlen:* bis zu 180 Schüler.

Spezialistenlager Mathematik im Regierungsbezirk Leipzig

Seit 1974 finden jährlich Spezialistenlager statt, heute mit einer Dauer von 10 Tagen.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 5 bis 12, schwerpunktmäßig der Klassen 5 bis 9.
*Teilnehmerzahlen:* etwa 40 bis 50 Schüler.[9]

### 2.12 Thüringen

Schülerakademie Erfurt

Seit 1964 werden wöchentlich Zirkel zu 90 Minuten für interessierte Schüler veranstaltet, seit 1991 allerdings in erheblich reduziertem Umfang.
*Zielgruppe:* Schüler der Klassen 5 bis 8.
*Teilnehmerzahlen:* etwa 40 Schüler.

Adam-Ries-Wettbewerb

Der Adam-Ries-Wettbewerb wird in Thüringen seit 1992 veranstaltet.[10]
*Zielgruppe:* Schüler der Klasse 5.
*Teilnehmerzahlen:* 500 bis 600 Schüler (1. Runde), 60 Schüler (2. Runde), 10 Schüler (3. Runde).

## Zur Bewertung der Förderungsformen

Betrachtet man die dargestellten Formen von Schülerförderungen im Bereich Mathematik, so zeigt sich, daß die meisten von ihnen in Form von Wettbewerben gestaltet sind. Hierbei sind zwei verschiedene Typen zu unterscheiden, die zum Teil auch miteinander verknüpft werden, nämlich Hausaufgaben- und Klausurwettbewerbe. Bei Hausaufgaben- bzw. Klausurwettbewerben werden bestimmte Teilfähigkeiten in unterschiedlichem Maße erfordert, so spielt beispielsweise bei Klausuren die Fähigkeit zu Streßbewältigung oder Spontanität eine andere Rolle als bei Hausaufgaben. Dennoch unterscheiden sich beide



Typen zwar von den spezifischen Anforderungen, nicht jedoch hinsichtlich des prinzipiellen Konzeptes: Das grundsätzliche Ziel von Wettbewerben, insbesondere dann, wenn diese mehrstufig gestaltet sind, liegt eindeutig in einer Auslese der Besten.

Neben dem Konzept der „Auslese der Besten" durch Wettbewerbe, denen dann meist nach erfolgreich absolviertem Wettbewerb oder in der Endrunde desselben besondere Förderung beispielsweise durch Seminare zuteil wird, gibt es ein alternatives Modell, das einen breiteren Ansatz verfolgt, indem Begabung allgemeiner verstanden wird, nämlich nicht oder nicht nur als Anlage zur Spitzenleistung, sondern als Anlage zur näheren Befassung mit einem Thema. Hierbei stellt das Interesse des Schülers, nicht die zu erwartende Leistung das Förderkriterium dar. Mit diesem breiteren Ansatz soll vermieden werden, daß sich Begabungsförderung nur auf wenige beschränkt; vielmehr soll weiteren Kreisen von Schülern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Interessen selbstbestimmt zu entfalten, vor allem auch ohne den Leistungsdruck, der mit Wettbewerben *immer* verbunden ist.

Als Beispiele für derartige Formen der Begabungsförderung im Sinne einer Interessenweckung sind hier vor allem die Engagements in den beiden Hansestädten Bremen und Hamburg zu nennen. Diese Engagements, die quasi als ein offenes Freizeitangebot gestaltet sind, vermögen allerdings im Unterschied zu Wettbewerben keine Bestenauslese, d. h. vorzeigbare Spitzenleistungen zu erzeugen. Hierauf sind diese Fördermaßnahmen jedoch auch nicht ausgerichtet, sondern ihr Schwerpunkt liegt mehr darin, eine breite Wirkung im Sinne einer Interessenentfaltung zu erzielen.

In allen Bundesländern wird als Ziel der Begabungsförderung postuliert, folgendes zu fördern:
- Entwicklung problemlösenden Denkens
- Stärkung der heuristischen Lösungskompetenz
- Selbständiger Erwerb von Fähigkeiten

Die Frage, durch welche Form von Begabungsförderung diese Zielsetzungen am besten zu erreichen sind, erscheint nur schwer zu beantworten. Im Zusammenhang mit dieser Frage sind als Randbedingungen unter anderem auch folgende Aspekte zu beachten: Während Wettbewerbe mit einer größeren Konsequenz an die Probleme heranführen können, besteht bei offenen Angeboten die Gefahr einer relativen Beliebigkeit. Andererseits wohnt Wettbewerben potentiell immer der Keim zum Selbstzweck inne, zudem richten sie sich durch ihr Ausleseverfahren nur an eine kleine Minderheit und können daher kein Mittel zu einer Breitenförderung sein. Hingegen können offene Angebote zumindest ihrer Anlage nach ein wesentlich breiteres Spektrum von Schülern auf durchaus unterschiedlichen Leistungsniveaus ansprechen und zudem eine wesentlich individuellere Förderung bieten. Schließlich sei noch erwähnt, daß bei Wettbewerben die Entwicklung der Problemlösungskompetenz bzw. die Lenkung der Interessen schon durch die Struktur der-

artiger Wettbewerbe im wesentlichen fremdbestimmt ist, während offene Angebote den Schülern potentiell größere Selbstbestimmung und Orientierung an den vorhandenen Interessen bieten können.

Zur Bewertung dieser beiden Förderungsformen stellt sich nun die bereits oben angedeutete zentrale Frage, worin Ziel und Zweck von Begabungsförderung zu sehen sind, d. h. aber auch wie Begabungsförderung verstanden wird, also ob es sich um eine Breiten- oder um eine Elitenförderung handeln soll. Vor allem für letzte bedarf es einer Auslese der Besten. Begabungsförderung, die in der Form von Wettbewerben (welcher konkreten Form auch immer) gestaltet ist, liegt somit grundsätzlich das Verständnis von Begabung als „Spitzenbegabung", die allein förderungswürdig ist, zugrunde. Durch die weitgehende Mehrstufigkeit des Verfahrens soll gewährleistet werden, daß nur die Besten ausgewählt werden.

Daß dieses Verständnis von Begabung, das besondere Förderung nur um einer Elite willen als notwendig und sinnvoll ansieht, in einer Demokratie, die „Bildung für alle" verheißt, durchaus nicht unproblematisch ist, scheint allerdings kaum reflektiert zu werden. Dennoch läßt sich in diesem latenten Widerspruch zwischen der Ausrichtung der meisten Begabungsförderungsmaßnahmen auf Eliten und dem gesellschaftlichen Anspruch eines weitgehend gleichen Zugangs zu Bildung und allgemeiner Förderung eine wesentliche Ursache für die meist unterschwellig vorhandene Distanz oder Ablehnung der tradierten Formen von Begabungsförderung orten.

## Überlegungen zur Begabungsförderung in der DDR

Im Sinne einer Begabungsförderung, die sich daran orientiert, einer möglichst großen Zahl an Schülern eine Förderung zukommen zu lassen, muß man an als Wettbewerbe strukturierte Maßnahmen immer die Frage stellen, inwieweit sie nicht nur auf die Förderung und Auslese der Besten ausgerichtet sind, sondern auch den anderen Schülern Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Interessen und Begabungen bieten. Dies ist insbesondere angesichts der in der DDR geübten Praxis ein wesentlicher Aspekt: Der Versuch einer planmäßigen Hervorbringung von „Spitzenleistungen" bewirkte, ganz im Widerspruch zum proklamierten humanistischen Selbstanspruch des Systems, gerade das, was man den kapitalistischen Ländern (vor allem hinsichtlich des Produktionssystems) vorwarf, nämlich, daß Menschen zu Material wurden. Auswahlsysteme und Spezialschulen produzierten nicht nur Spitzenleistungen, sondern notwendig auch „Ausschuß", Kinder, die, in eine Richtung gelenkt, die auf sie gerichteten Erwartungen nicht erfüllen konnten. Die Separierung war Programm:

*„Der hierarchische Aufbau der Mathematikolympiaden [...] garantiert die Kontinuität in der Förderung für die jeweils Leistungsbesten."*[11]

Förderung sollte also nur jenen zuteil



werden, bei denen sie sich mit Aussicht auf zu erwartende „Spitzenleistungen" auch „lohnt". Mit der Förderung derartiger Eliten entstand allerdings notwendig ein Widerspruch zwischen Einzelleistung und systemgewollter Einordnung in den Rahmen des Kollektivs, der in der DDR zwar als negativ konstatiert wurde, ohne daß jedoch eine Perspektive für die Aufhebung dessen entwickelt wurde.[12] Mit Sicherheit übertrafen die Vorbildfunktion sowie der Repräsentationsaspekt hinsichtlich der in den Ergebnissen zum Ausdruck kommenden (vermeintlichen) Leistungsfähigkeit der sozialistischen Gesellschaft die durch die Heraushebung einzelner resultierenden Diskrepanzen zur Ideologie der kollektiven Gesellschaft.

Vor allem die ideologische Instrumentalisierung derartiger Leistungen in der DDR darf hier nicht unbeachtet bleiben, mit der sie sowohl nach außen wie nach innen gewollt oder ungewollt zur Repräsentation, zur Vorspiegelung einer falschen Leistungsfähigkeit des Systems und somit gleichzeitig zur Legitimation des Regimes dienten. Zwar ist fraglich, inwieweit das in den Grundsätzen von 1971 formulierte Ziel der Mathematikolympiaden *„allen Schülern die wachsende Bedeutung der Mathematik für die weitere Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR bewußt zu machen"*,[13] überhaupt ernstzunehmen ist, dies um so mehr, als bei der Betreuung im Rahmen der Mathematikolympiaden nach Einschätzung der Teilnehmer soziale Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse und Entdeckungen weitestgehend nicht thematisiert wurden.[14]

Die Reflexion solcher Aspekte ist bislang allerdings bei der öffentlichen Diskussion um Fortsetzung und Fortentwicklung von tradierten Formen der Begabungsförderung im Bereich Mathematik selten, wohl vielfach auch bedingt durch personelle Kontinuitäten. Doch gerade ein offener Diskurs über Erfolge und Mißerfolge, Autonomie und Mißbrauch mathematischer Begabungsförderung in der DDR erscheint wünschenswert, da die Diskussion hierüber nicht nur zu einer klareren Bewertung dessen führen könnte, was in der DDR bezüglich der Begabungsförderung Mathematik im Vergleich zur BRD tatsächlich besser war und was unter Ausblendung des ideologischen Kontextes und den Bedingtheiten durch das System heute fälschlich nur als besser erscheint. Weiterhin böte sich die Chance, grundsätzlich den Ansatz von Begabungsförderung erneut zu reflektieren, die Vor- und Nachteile der möglichen Konzepte (Eliten- bzw. Breitenförderung) zu erörtern und evtl. zu neuen Formen der Förderung zu kommen.

Darüber hinaus würde dabei auch die grundlegende Frage berührt werden, ob das zur Rechtfertigung immer wieder artikulierte und so meist auch anerkannte „Unpolitischsein" von Naturwissenschaften und Mathematik im Wissenschaftsbetrieb der DDR nicht nur ein scheinbares war und damit eine Selbsttäuschung, folglich also gleichfalls die Frage, ob nicht gerade dieses „Unpolitischsein" systemstützend gewirkt hat. Gewollt oder ungewollt paßten jeden-

falls Maßnahmen zur Erbringung von Spitzenleistungen in das ideologische Gerüst des Regimes. Für eine Neu- und Selbstbestimmung der Rolle mathematischer Begabungsförderung könnte die Auseinandersetzung mit ihrer Rolle in der DDR nützlich, wenn nicht gar erforderlich sein.

## Mathematische Begabungsförderung in den Neuen und den Alten Bundesländer

Bei einem Vergleich hinsichtlich der mathematischen Begabungsförderung zeigt sich, daß diese in den neuen Bundesländern in Fortsetzung der DDR-Traditionen im Vergleich mit den Angeboten in vielen alten Bundesländern relativ stark ausgeprägt ist. Diese Traditionslinie läßt sich deutlich institutionell erkennen und ist damit ein Beleg dafür, daß eben doch einiges aus der DDR den Weg in die Einheit erfolgreich beschritten hat. Teilweise haben in der DDR bewährte Begabungsförderungen auch in den westlichen Bundesländern Anklang gefunden (z. B. Mathematik-Olympiade nun fast bundesweit oder Adam-Ries-Wettbewerb in Bayern).

Ein Nebeneffekt dessen besteht allerdings darin, daß dabei auch einige Begriffe überdauert haben, die vor allem in westdeutschen Ohren einen anderen, meist negativ konnotierten Klang haben. Dies ist eine natürliche Folge und nicht per se als negativ zu werten. Dies gilt beispielsweise für die Begriffe „Spezialist" oder „Zirkel", die aus westdeutscher Erfahrung technokratisch bzw. sektiererisch klingen. Die unterschiedliche Bewertung dieser Begriffe resultiert vor allem aus dem politischen Sprachgebrauch der verschiedenen Systeme. Ob allerdings der Begriff „Lager" im Zusammenhang mit Menschen noch im positiven Sinne (z. B. „Ferienlager") verwandt werden sollte, scheint doch angesichts des Gebrauches des Wortes in der Vergangenheit, im übrigen auch in der DDR, äußerst zweifelhaft.[15] Eine positive Verwendung ist wohl nur in einer kollektiven oder als kollektiv verstandenen Gesellschaft möglich.

Faßt man die Ergebnisse der Betrachtung zusammen, so zeigt sich eine große Vielfalt unterschiedlicher Förderungsformen, deren Pluralität wohl auch durch den bundesdeutschen Föderalismus bedingt ist. Vor allem in den alten Bundesländern sind dabei noch große Entwicklungsmöglichkeiten auszumachen, wobei zu wünschen wäre, daß bei neuen Förderungsmaßnahmen der Entwicklung von Konzeptionen eine Diskussion der grundsätzlichen Fragen von Begabungsförderung vorangehen würde.[16]

*Georg Schuppener, Dipl.-Math., ist Wissenschaftshistoriker und Promovend in Leipzig*



**Anmerkungen:**

[1] Dies gilt beispielsweise für das Institut für Test- und Begabungsforschung der Studienstiftung des deutschen Volkes, das sich vorwiegend der Auswertung und Evaluation des sogenannten „Medizinertests" verschrieben hat. (Vgl. dazu z. B. Institut für Test- und Begabungsforschung: Test für medizinische Studiengänge (TMS): Studien zur Evaluation (17. Arbeitsbericht), hrsg. von Günter Trost; Bonn 1993)

[2] Welche Formen der physischen und psychischen Fremdbestimmtheit solche Förderung von speziellen Begabungen zeitigen können, belegen immer wieder eklatante Beispiele aus dem Leistungssport, insbesondere bei Kindersportlern.

[3] Die folgende Darstellung stützt sich im wesentlichen auf eine dankenswerterweise von Dr. H. König (Chemnitz) erstellte Übersicht. (Vgl. König, H.: Überblick über Maßnahmen zur Förderung interessierter Schüler in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mathematik; Zur Begabungsförderung im Fach Mathematik im Regierungsbezirk Leipzig, hrsg. von der Leipziger Schülergesellschaft für Mathematik; Leipzig 1995, S. 5-11)

[4] Soweit nicht anders angegeben, werden hier und im folgenden durchschnittliche Teilnehmerzahlen genannt. Falls die Angabe der Teilnehmerzahlen fehlt, so ist diese nicht bekannt.

[5] Zu Zeiten der DDR: Bezirksolympiade

[6] So nahmen an der 2. Stufe der Mathematikolympiade 1994/95 in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mehr als 16000 Schüler teil, während in Nordrhein-Westfalen, das eine weit größere Bevölkerung hat als die neuen Bundesländer zusammen, lediglich 1000 Schüler sich an der 2. Stufe beteiligten. In den Altbundesländern dominiert eher die Teilnahme am „Bundeswettbewerb Mathematik".

[7] Aus einigen Bundesländern liegen keine Angaben vor.

[8] Weiteres vergleiche unter 2.11.

[9] Weitere kleinere Aktivitäten konnten hier nicht aufgeführt werden. (Vgl. König, H.: Überblick über Maßnahmen zur Förderung mathematisch interessierter Schüler in der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O., S. 10f.)

[10] Näheres siehe 2.11.

[11] ENGEL, W.: Über mathematische Begabung, ihre Entdeckung und Förderung, in: Mitteilungen der Mathematischen Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik, H. 1 - 2 (1990), S. 15.

[12] Vgl.CHALUPSKY, JUTTA: Die Motivation für die Wettbewerbe aus der Sicht erfolgreicher Teilnehmer, in: Mitteilungen der Mathematischen Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik, H. 1 - 2 (1990), S. 59.

[13] ENGEL, W.: Über mathematische Begabung..., a.a.O., S. 13
Gerade dieser Artikel von ENGEL, noch 1990 veröffentlicht, bietet ein deutliches Gegenbeispiel zum "Unpolitischsein"; sowohl in Duktus wie Inhalt ist die politische Ausrichtung immer eindeutig erkennbar.

[14] Vgl. CHALUPSKY, JUTTA: Die Motivation für die Wettbewerbe..., a.a.O., S. 58

[15] Assoziationen sind wohl eher Verwendungszusammenhänge wie „Internierungslager", „Konzentrationslager", „Umerziehungslager", „Gefangenenlager", „Arbeitslager" usw.

*Durch die gelegentliche Unfähigkeit des Postbriefdienstes, alle aufgegebenen Sendungen auch erfolgreich zu befördern, ist eine Verzögerung bezüglich einer emeuten Antwort von R. Preuß auf R. Eckert eingetreten. Obwohl der Anlaß nun schon geraume Zeit zurückliegt, möchten wir diese Reaktion nicht unveröffentlicht lassen, zumal ein weiterer Autor sich der Sache angenommen hat: vgl. den anschließenden Beitrag. (Red.)*

**Ralf Preuß (Berlin):**

## Der Umgang mit politisch Andersdenkenden in Ost und West

### Einige Bemerkungen zu Rainer Eckerts Gegendarstellung (*hso* 1/95) zu meinem Beitrag in *hochschule ost* 5/94

1. Auch mir war Herr Eckert bis zu seinem Auftritt auf der Personalversammlung des Institutes für Geschichtswissenschaften im Jahre 1992 in jeglicher Form unbekannt. Ich hatte leider nicht wie er die Möglichkeit, mich durch das Studium von Dokumenten mit seiner Person und den damit zusammenhängenden Daten, vertraut zu machen. Daher habe ich ihn, zu meinem Bedauern, mit der Gruppe Historiker um Dr. Wolle u. a. gleichgesetzt, obwohl er damals, ebenso zu meinem Bedauern, wesentlich härter bestraft worden ist.

2. Aber all das, was Herr Eckert in seiner Entgegnung schreibt, ändert nichts an der Grundaussage meines Beitrages. Herr Eckert und manche andere sind im Vergleich zu den heute aus den Hochschulen verdrängten ostdeutschen Kollegen relativ milde behandelt worden. Die neuen Mächtigen gehen geschickter vor als ihre Kollegen des MfS vor Jahren, indem sie niemanden offen wegen anderer politischer Meinung einsperren oder aus dem Beruf drängen, sie finden andere Begründungen dafür - in meinem Fall mangelnde wissenschaftliche Qualifikation - und sie haben andere Strafen - sie drängen uns ins soziale Abseits.

Der Vorwurf meiner fehlenden wissenschaftlichen Eignung wurde vor allem mit einem Gutachten des von der Universität Erlangen kommenden Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig gestützt. Wie kompetent Herr Hardtwig für die Neubeurteilung meiner Dissertation war, die 1986 von drei in der DDR anerkannten Professoren allerdings nur mit „cum laude" beurteilt wurde, habe ich in meinem Beitrag bereits angedeutet.



Zu Hardtwigs Unkenntnis des Marxismus kommt, daß er sich weder mit Militärgeschichte (ich habe eine Biographie über Friedrich Wilhelm von Steuben geschrieben), noch mit der Geschichte der USA und auch nicht mit Biographien näher beschäftigt hat. Ich empfand die Vorwürfe in seinem Gutachten als persönliche Diffamierung. Die Universität hat mangelnde fachliche Qualifikation als Begründung für meine Kündigung in einem Arbeitsrechtsprozeß schließlich auch zurückgezogen.

3. Das subtilere Vorgehen der gegenwärtigen politischen Machthaber gegenüber ihren Amtsbrüdern, den früheren SED-Herrschern, bedeutet aber nicht, daß heute etwas anderes, nur unter umgekehrten Vorzeichen, als damals passiert. Und zum Teil gleichen sich sogar die Methoden. Neben dem Verriß meiner Dissertation führten auch Vermutungen über fehlende „eigenständige Lehrtätigkeit" sowie über fehlende „methodisch-didaktische Konzeption" und „inhaltliche Aufbereitung im Sinne der Vermittlung des aktuellen Forschungsstandes" zu meiner Kündigung. Hier müssen die Kritiker wohl mit IM's gearbeitet haben, denn eine Hospitation oder Ähnliches hat nie stattgefunden.

4. Trauriges Fazit für mich bleibt: Ich werde wohl auch nach drei Jahren „Bewährung" außerhalb der Wissenschaft nie zu ihr zurückkehren dürfen. Die Chance, vierzehn Jahre wissenschaftliche Hilfsaufgaben zu lösen wie Herr Eckert, werde ich sicher auch nicht erhalten. (Bemühungen meinerseits hat es reichlich gegeben.) Ich könnte wohl versuchen, meine Habilitation in dieser Zeit extern fertigzustellen. Doch macht das aus meiner Sicht keinen Sinn, weil ich mich erstens mit Existenssicherung für mich und meine Familie beschäftigen muß und mir das zweitens immer noch keine Arbeitsstelle in der Wissenschaft einbringt. Ich werde so, wie viele Kollegen, die mit Hilfe solcher Leute wie Eckert, Wolle oder Hardtwig von den Universitäten und Hochschulen vertrieben wurden, ein völlig neues Leben beginnen müssen. Dabei werde ich mir selbst Berlin-Verbot auferlegen, weil ich mir das teure Leben hier nicht mehr leisten kann.

Das Ende meiner beruflichen Entwicklung als Historiker bin ich inzwischen bereit zu akzeptieren, aber ich fordere Wiederherstellung meiner Berufsehre. Die politisch Verantwortlichen für den personellen Austauschprozeß an ostdeutschen Hochschulen sollen sich zu ihren wahren Zielen bekennen und sagen, aus welchen Gründen wir wirklich gehen mußten.

5. Am meisten beunruhigt mich jedoch die Tatsache, daß Menschen, die in der Vergangenheit unter politischen Repressalien zu leiden hatten, sich jetzt an ebensolchen Machenschaften unter dem Deckmantel der Aufarbeitung der Vergangenheit mitschuldig machen, anstatt dafür zu arbeiten, daß so etwas nie mehr möglich ist. Dazu wäre es m. E. notwendig, die Ergebnisse der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit immer kritisch mit der bundesdeutschen Gegenwart zu vergleichen. An dieser Aufgabe sollten auch Geisteswissenschaftler aus der ehemaligen DDR beteiligt werden, die bereit sind, ihre bisherige Arbeit selbstkritisch in Frage zu stellen, um so als Korrektiv zu den Ergebnissen der Forschung von Opfern der SED-Politik und zu denen von Kolle-

gen aus den Altbundesländern genutzt werden zu können.

6. Mit meinem Beitrag wollte ich nicht den Sinn der Aufarbeitung von DDR-Unrecht bezweifeln oder die Notwendigkeit der Bestrafung von Menschen, die ihren Mitbürgern geschadet haben, in Frage stellen. Ich plädiere jedoch auch für angemessene Strafen und nicht für die tausendfache Zerstörung der Biographien von Menschen, die Illusionen anhingen oder die mutlos waren.

*Ralf Preuß, Dr. phil.,*
*ist zur Zeit arbeitslos*

## Ulrich van der Heyden (Berlin):

# Fragen eines Dritten als Reaktion auf den Disput von Rainer Eckert und Ralf Preuß in *hochschule ost*[1]

Da in dieser Zeitschrift ein interessanter und notwendiger Disput über die Vergangenheit an DDR-Hochschulen - wenngleich von Eckert einseitig nur in der einseitigen Beziehung der Hochschulmitarbeiter zur „Stasi" dargestellt - geführt und von seinem Kontrahenten Preuß dagegen einerseits weitergefaßt und andererseits auf die Person des Autors zugeschnitten wird, sind einige Fragen aufgetaucht, die ich den Disputanten aber auch allen anderen, die sich mit der Hochschulpolitik der vergangenen DDR befassen, doch einmal stellen möchte. Ich denke, daß die Beantwortung oder ein Nachdenken über diese Fragen, den Meinungsaustausch befördern können. Da bislang die Diskussion in der *hochschule ost* in Thesen-Form geführt wurde, möchte ich meine Anfragen ebenfalls in Thesen formulieren:

1. Sollte man nicht bei aller Konjunktur sachlich und ehrlich (vor allem auch zu sich selbst) versuchen, die Vergangenheit „aufzuarbeiten"? Sollte man nicht gerade bei Historikern verlangen können, daß sie ein Stück Geschichte, was sie selber mit prägten oder erlebten (wann kommt das schon einmal für Menschen dieser Berufsgruppe vor?) objektiv zu bewerten versuchen? Das gehört eigentlich zur Grundvoraussetzung, wenn man Geschichte erforschen, beschreiben und vor allem bewerten will. Zumindest bei Herrn Eckerts Ausführungen habe ich Zweifel daran, daß er diese Grundvoraussetzung eines Historikers in der DDR richtig gelernt oder vermittelt bekommen hat. Über diesen Mangel in der Historiker-Ausbildung muß er zu Recht verärgert sein.

2. Muß auf eine veröffentlichte Meinung in einem Journal, welches die Diskussion fördern will, immer eine den Anschein einer juristisch erzwungenen „Gegendarstellung" folgen? Kann nicht, wie es eigentlich unter Wissenschaftlern üblich sein sollte, über bestimmte Probleme lokkerer diskutiert, von mir aus auch gestritten werden ohne eine „Gegendarstellung" und womöglich dann einer „Gegen-Gegendarstellung"? Auch das Erlernen einer wissenschaftlichen (oder auch politischen) Streitkultur wurde in der DDR-Geschichtsausbildung anscheinend versäumt.

3. Muß man, wenn man diskutieren will, den Diskussionspartner persönlich kennen? Herr Eckert weist jedenfalls ausdrücklich darauf hin, daß ihm sein Diskussionspartner nicht von Angesicht bekannt war. Ich erkläre lieber gleich, daß ich diesen Diskussionspartner nicht kenne; Herrn Preuß hingegen schon seit einigen Jahren.

4. Herr Eckert verwendet den Begriff „Denunzianten", was laut Ost- und West-Fremdwörterbuch gleich als „aus niedrigen Beweggründen anzeigen" heißt. Wie würde er das denunzieren von ostdeutschen Wissenschaftlern (die sich keinerlei Vergehen zum Schaden anderer schuldig gemacht haben!) bezeichnen, die gleich reihenweise ihre Stühle räumen mußten? Stehen dahinter „höhere Beweggründe"?

5. Wie kann eine „Humboldt-Universität ... eine Diskussion um ihre Stasi-Vergangenheit" (sic !) verhindern? Können das nicht nur die Mitarbeiter und Angehörigen der Uni?

6. Zuzustimmen ist der Feststellung Eckarts, daß leider nur selektiv eine Stasi-Überprüfung der HU-Mitarbeiter stattfinden kann. Bei einigen Geheimdiensten, wie KGB, NVA-Auslandsspionage, HVA Aufklärung ließen sich aus den verschiedensten Gründen keine Überprüfungen auf Mitarbeit in diesen Diensten durchführen. Ein guter Historiker müßte doch nun zumindest konstatieren, daß auch die Zusammenarbeit ehemaliger oder noch tätiger HU-Mitarbeiter mit den US-amerikanischen, chilenischen, chinesischen, nepalesischen, französischen und vor allem den westdeutschen Geheimdiensten nicht überprüfbar ist.

7. Warum umgeht Eckert eine Antwort auf den Vorwurf von Preuß, er habe sich nicht bemüht, die Ursachen für das von ihm kritisierte Verhalten der Humboldt-Mitarbeiter zu ergründen? Gerade eine mentalitätsgeschichtliche Untersuchung wäre hier hilfreich und nützlich.

8. Herr Eckert weiß doch sicherlich, daß ein Großteil seiner früheren Kollegen aus leicht zu durchschauenden Gründen wegen „mangelnder wissenschaftlichen Qualifikation" gekündigt wurde; wie auch Ralf Preuß? Da fragt man sich doch, wenn an der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität so viele fachliche Nieten gearbeitet haben, warum denn Eckert dort unbedingt studieren wollte und auch studiert hat?

9. Soweit ich mich erinnern kann, kamen auf einen Studienplatz Geschichte in der DDR bis zu 20 Bewerber. Sind die 19 Abgelehnten nun auch Opfer?

10. Gleiches trifft auf eine Arbeitsstelle an der Akademie der Wissenschaften der DDR zu. Sind all diejenigen, die dort sich beworben haben und abgelehnt wurden, heute Opfer? Sind die sicherlich im Laufe der Jahre zu Dutzenden in der Abteilung von Herrn Eckert arbeitenden Kollegin-

nen und Kollegen, weil sie keine Forschung betreiben durften, sondern in der wissenschaftlichen Dokumentation arbeiteten, heute Opfer? Die logische Schlußfolgerung wäre doch nun, daß alle an der AdW Arbeit gefundenen Wissenschaftler, womöglich auch Verwaltungsangestellte, Sekretärinnen, wissenschaftlich-technische Mitarbeiter, Bibliothekare, Dokumentaristen und alle anderen Täter oder zumindest Priviligierte waren.

11. Sind alle diejenigen, die damals wie heute extern promovieren (mußten oder müssen - aus welchen Gründen auch immer) Opfer? Sind all diejenigen, die ihr Dissertations-Thema ändern mußten, Opfer?

12. Stimmt die von einigen ehemaligen Kollegen und Kommilitonen von Herrn Dr. Eckert vertretene Meinung, daß er eben nicht aus politischen Gründen von der Universität religiert wurde, sondern es ein Disziplinarverfahren gab, das durch einen Brief des damaligen Direktors des Berliner Stadtarchivs an den Direktor der Sektion Geschichte ausgelöst worden war? Stimmt es, daß für diesen Brief und das anschließende Verfahren Arbeitsbummelei und Unfähigkeit im Praktikum Anlaß waren?

13. Ist es richtig, wie sich noch einige Bekannte aus jener Zeit erinnern können, daß es Eckert auf diesem Wege gelungen ist, von einem von vielen Studenten als nicht so attraktiv eingeschätzten Archiv-Studium zu dem viel begehrteren Diplom-Historiker-Studium zu wechseln?

Ich würde mich freuen, wenn nicht nur Herr Rainer Eckert zu meinen Bemerkungen Stellung beziehen würden, denn ich denke, einige generelle Fragen hinsichtlich der notwendigen Geschichtsaufarbeitung im Interesse einer größeren Glaubwürdigkeit, zu der auch die persönliche Integrität gehört, aufgeworfen zu haben.

*Ulrich van der Heyden, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunt Moderner Orient Berlin*

**Anmerkung:**

[1] Vgl. Rainer Eckert: MfS und Hochschulen: Thesen, in: *hochschule ost*, 3/1994, S. 84 - 87; Ralf Preuß: Berliner Historiker fordert Wissenschaftler der Humboldt-Universität auf, sein Leben zu erforschen. Zum Beitrag Rainer Eckerts, MfS und Hochschulen: Thesen, in: *hochschule ost*, 5/1994, S. 109 - 113; Rainer Eckert: Gegendarstellung zu: Ralf Preuß: Berliner Historiker fordert Wissenschaftler der Humboldt-Universität auf, sein Leben zu erforschen, in: *hochschule ost*, S. 63 - 64.





# Unterschiedliche Entwicklung der Habilitationen 1993 in den alten und neuen Ländern

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes wurden 1993 an den wissenschaftlichen Hochschulen in Deutschland 1.418 Habilitationsverfahren abgeschlossen. Das waren 107 oder 8,2 Prozent mehr als im Vorjahr . Von den neu Habilitierten waren 1.246 Männer und 172 Frauen (12,1 Prozent). Das Durchschnittsalter zum Zeitpunkt der Habilitation betrug 40,1 Jahre und lag somit geringfügig unter dem Vorjahreswert (-0,3 Jahre) . Über 80 Prozent der Habilitationen erfolgten in den Fächergruppen Humanmedizin (36,2 Prozent), Mathematik und Naturwissenschaften (26,5 Prozent) sowie Sprach- und Kulturwissenschaften (19,5 Prozent) . Knapp ein Fünftel der Habilitationen wurde in den sechs kleineren Fächergruppen durchgeführt.

Auf das frühere Bundesgebiet entfielen 1.318 Habilitierte. Dies entspricht einer Zunahme um 160 Habilitationen bzw. 13,8 Prozent. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hat sich dagegen die Zahl der Habilitationen im Jahre 1993 gegenüber 1992 von 153 auf 100 (-34,6 Prozent) vermindert . Gegenüber 1990 betrug der Rückgang, der vor allem durch die Umstrukturierung des Hochschulbereiches begründet ist, sogar 82,0 Prozent. Das Schwergewicht der Habilitatiohen in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag bei der Humanmedizin (37,0 Prozent), während der Anteil der Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften, die im Vorjahr am stärksten besetzt war, auf 30,0 Prozent sank (1992: 44,4 Prozent).

Der Anteil der Frauen lag im Osten bei 16,0 Prozent. Damit war er, wie in den Vorjahren, spürbar höher als im Westen (11, 8 Prozent) . Das Durchschnittsalter aller Habilitierten betrug im früheren Bundesgebiet 39,8 Jahre und blieb (mit - 0,1 Jahren) gegenüber dem Vorjahr stabil . Obwohl das durchschnittliche Habilitationsalter in den neuen Ländern gegenüber 1992 ieicht gesunken ist, liegt es mit 43,6 Jahren um fast vier Jahre über dem westlichen Vergleichswert.

*(Statist. Bundesamt Wiesbaden)*

# Wissenschaftsrat votiert gegen Heiligendamm

Auf der Tagung des Wissenschaftsrates am 18. und 19. Mai 1995 in Saarbrücken wurde auch die Frage des Standortes der Außenstelle der Hochschule Wismar in Heiligendamm beraten. Zum Ausgang der Beratung teilte die mecklenburg-vorpommersche Kultusministerin Regine Marquardt mit:

„In allen zuständigen Gremien des Wissenschaftsrates wurden die Argumente des Landes, insbesondere die der betroffenen Fachbereiche, aber auch die des Kultusausschusses des Landtages, für den Erhalt der Außenstelle in Heiligendamm nachdrücklich vorgetragen. Das Ergebnis war in allen Fällen dasselbe, das heute im Plenum zustande kam: Der Wissenschaftsrat votiert gegen den Standort Heiligendamm.

Die Folge ist, daß Mecklenburg-Vorpommern keine Aussicht hat, Bundesmittel für Heiligendamm zu erhalten."

*(Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern)*

# Wissenschaftsrat stimmt Ausbau- und Strukturplanung der Medizinischen Fakultäten in Halle und Magdeburg zu

Der Wissenschaftsrat hat Stellungnahmen zu den Medizinischen Fakultäten der Universitäten Halle und Magdeburg abgegeben und darin deren Entwicklungs- und Strukturkonzept grundsätzlich gutgeheißen. Er begrüßt, daß sich beide Fakultäten auf wechselseitig ergänzende Forschungsschwerpunkte geeinigt haben. Zur weiteren Verbesserung dieser komplementären Schwerpunktbildung und zur Abstimmung bei größeren Strukturentscheidungen empfiehlt er die Einrichtung einer ständigen Strukturkommission. Sie soll auch eine landesübergreifende Koordination, insbesondere mit der Medizinischen Fakultät Leipzig, herbeiführen, wofür sich beispielsweise die Gebiete Zahn- und Umweltmedizin sowie Herz- und Transplantationschirurgie anbieten.

Um den Aufbau der Forschungsschwerpunkte zu fördern, empfiehlt der Wissenschaftsrat zum einen die Einrichtung von Forschungsstellen, die es ihren Inhabern erlauben, sich zeitlich befristet ausschließlich der Forschung zu widmen; diese Stellen sollen nach Leistungskriterien zugewiesen werden. Zum anderen soll ein von den Mitteln für Krankenversorgung getrenntes Budget für Forschung und Lehre gebildet werden, das innerhalb der beiden Fakultäten gleichfalls nach Leistungskriterien zu vergeben ist. Die für die Medizinische Fakultät Halle geplante interne Forschungsevaluation empfiehlt der Wissenschaftrat auch der Medizinischen Fakultät Magdeburg. Für Halle wird ein verstärkter Ausbau des umweltmedizinischen Schwerpunktes und der epidemologischen Forschung empfohlen, für Magdeburg der Aufbau eines Schwerpunktes Gefäßchirurgie. Die enge Zusammenarbeit der Fakultät in Magdeburg mit dem außeruniversitären Institut für Neurobiologie wird vom Wissenschaftsrat begrüßt; die baldige Erstellung des angekündigten Gesamtkonzepts für die neurowissenschaftliche Forschung ist jedoch dringlich.

Der Wissenschaftsrat begrüßt die Senkung der ursprünglich hohen Gesamtbettenzahlen und empfiehlt eine weitere Reduzierung in Bereichen mit unterdurchschnittlicher Auslastung. In Halle soll ferner der nach wie vor zu große Anteil der poliklinischen Versorgung entschieden reduziert werden. Die dortige Ausgliederung universitärer Einrichtungen in Fremdträgerschaft wird vom Wissenschaftsrat begrüßt; er ermutigt die Fakultät, weitere derartige Möglichkeiten zu prüfen, vor allem die Ausgliederung von Neurotraumatologie, Orthopädie und Psychiatrie. Einrichtungen, die für Forschung und Lehre von nachrangiger Bedeutung sind, sollen auch an der Magdeburger Fakultät in andere Trägerschaft überführt werden, damit die Mittel des Hochschulbaus vorrangig zum Aufbau der wissenschaftlichen Schwerpunkte genutzt werden können.

Die Ausbauplanung beider Fakultäten ist durch den vielfach schlechten Bauzustand geprägt und findet grundsätzlich die Billigung des Wissenschaftsrates. Allerdings wird beiden Fakultäten geraten, weitere Einsparmöglichkeiten zu nutzen und einen Kontrollmechanismus für den Bau- und Planungsfortschritt sowie die damit verbundenen Kosten einzurichten. Den Fakultäten soll außerdem ein größerer Spielraum bei der selbständigen Durchführung kleinerer Baumaßnahmen eingeräumt werden.

*(Wissenschaftsrat)*

# Eine angeschlagene These

## Bemerkungen zu einer Ringvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin

Das ist an Universitäten üblich: Ringvorlesungen und jede Menge Thesen; Ringvorlesungen zu einigen Thesen wohl nicht selten. Aber eine Ringvorlesung, die sich während eines gesamten Semesters mit nur einer These beschäftigt, dürfte an der Berliner Humboldt-Universität einmalig sein. Zur Diskussion stand auch nicht irgendeine von irgendeinem Autor, sondern vielleicht eine der bekanntesten (und umstrittensten) - die 11. Feuerbach-These von Karl Marx: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern."

Die Gegenwärtigkeit des Satzes (angeschlagen 1953 im Foyer der Universität zu Ehren von Karl Marx in goldenen Lettern auf rotem Marmor als Inbegriff des damals offiziellen Philosophieverständnisses) war für insgesamt zehn sowohl neue als auch alte Humboldtianer, in der Mehrzahl Philosophen, der Anlaß zu dieser Ringvorlesung im vergangenen Wintersemester - aber nicht ihr eigentlicher Anspruch. Es galt jenseits der Frage, ob dieser in der Universität bleiben soll oder nicht, die historische und aktuelle Bedeutung der Marxschen Behauptung zu bestimmen und darüber hinaus gerade am jetzt gemeinsamen Ort eine Haltung zu finden gegenüber einer gesamten theoriegeschichtlichen und historischen Vergangenheit, welche die Inschrift in prägnanter Form auf den Begriff bringt.

Wer sich der Provokation, die für jeden Philosophen von der These ausgeht, mit dem Ziel annimmt, durch ernstes Nachdenken Marx gerecht zu werden und den Gehalt seines Satzes verständlich zu machen, muß den Bogen weit spannen. Dieses Bemühen war allen Vorträgen gemeinsam, ob man die Inschrift, die aus dem Zusammenhang der übrigen Thesen „ad Feuerbach" und den anderen Marxschen Schriften um 1845 gerissen worden ist, wieder in diesen Zusammenhang stellte oder ihr sich im Kontext des Gesamtwerkes von Marx, seiner Biographie und dem sowohl geschichtlichen wie auch philosophiegeschichtlichen Vor- und Umfeld näherte und dabei philosophische Hintergrundtexte transparent werden ließ.

Es ergaben sich höchst unterschiedliche Akzentsetzungen und Perspektiven: Gerd Irrlitz, einer der bekanntesten und wiederberufenen Philosophen der DDR, betrachtete die These in der Tradition des europäischen Pantheismus; für Herbert Schnädelbach erhielt sie erst auf dem Hintergrund eines dogmatisch verstandenen Hegelianismus ihre Plausibilität; der Politikwissenschaftler Herfried Münkler ging der Frage am Beispiel von Thukydides und Machiavelli nach, inwieweit bereits Interpretationen die Wirklichkeit verändern; der Skandinavist Bernd Henningsen stellte, um den politischen Anspruch des berühmten Satzes zu verdeutlichen, der Marxschen die philosophische Gegenposition Sören Kierkegaards entgegen, nach welcher die Veränderung der Welt gerade durch die Veränderung ihrer Interpretationen stattfindet; aus der Sicht des Wirtschaftswissenschaftlers Hans Wagner habe Marx mit dem Begriff „Veränderung" eine unabdingbare Voraussetzung der kapitalistischen Gesellschaft technologisch bestimmt, die auch heute von nicht geringerer Bedeutung sei; Christian Möckel, jüngerer Philosoph, seit mehr als sechs Jahren an der Universität, nahm die Marxsche Behauptung zum Anlaß, nach dem philosophischen Wert der Utopie einer idealen menschlichen Gesellschaft zu fragen, und versuchte, die antrophologische Konstante eines Bedürfnisses nach heteronomer Sinnstiftung (z.B. durch Religiosität), welche bei Marx zugunsten des Ideals eines absolut autonomen Menschen gestrichen wurde, in ihr Recht zu setzen; der Theologe Richard Schröder, ehemals Vorsitzender der SDP-Fraktion in der Volkskammer von 1990, hat in seinem Beitrag, in dem er sich mit der Religionskritik von Marx auseinandersetzte, sinnfällig machen können, daß alles, was von der 11. These philosophisch zu retten ist, eine Trivialität darstellt.



Auf ihren politischen Gehalt hin befragt, ergibt sich ein völlig anderes Bild: die These enthält eine unleugbare politische Wahrheit, so Volker Gerhardt, Initiator der Ringvorlesung in seinem Eröffnungsreferat, denn „wer politisch handeln will, kann nicht alles bis an sein Ende bedenken und beraten: er muß vielmehr wissen, daß es letzlich immer auf das Handeln ankommt. Die Politik fordert die Tat." Dennoch sei der Marxsche Satz nicht zu akzeptieren, sogar als vormodern zurückzuweisen: die dahinterstehende platonische Identität von Theorie und politischer Praxis, bekannt durch den Begriff „Philosophenkönig", unterstelle ein Verhältnis linearer Ableitung der politischen Tat aus dem philosophischen Wissen, doch dieser Zusammenhang, der die Eigengesetzlichkeit von Philosophie und Politik negiert, sei spätestens seit Kant theoretisch aufgekündigt und stelle eine Gefahr dar - für die Politik nicht weniger als für die Philosophie.

Die Konsequenzen dieses Philosophieverständnisses konnte Oswald Schwemmer, einer von den drei aus den alten Bundesländern neuberufenen Professoren am Philosophischen Institut, in seinem Vortrag anschaulich machen. Die These erhalte in ihrem politisch-historischen Kontext erst mit der Unterstellung eines einheitlichen revolutionären Wissens ihren Sinn, das die Verschiedenheit der Interpretationen verabschieden und die Veränderung der Welt in Gang bringen sollte. Dieses Wissen beruhe auf zwei Voraussetzungen: Veränderung kann nur „in einer monotheistischen Totalperspektive" gesehen und das Wissen selbst muß analog dem der neuzeitlichen Naturwissenschaften als ein technisches begriffen werden. „Was man in den Wissenschaften unter den Begriffen des Experiments, des Labors und des isolierten Systems geradezu als Definition von Technik verstehen kann, verkehrt sich in der totalitären Gesellschaft zum inneren Terror".

Auch in einer zweiten Hinsicht muß, was philosophisch ohne großen Unterschied erscheint, im politischen Kontext nicht immer dasselbe sein: die im Foyer angeschlagene Fassung des Spruches ist jene nicht, welche der 26jährige Marx 1845 flüchtig in sein Notizheft schrieb („Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an sie zu verändern."), sondern die 23 Jahre später von Friedrich Engels im Anhanhg zur revidierten Sonderausgabe seiner Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie" unter dem Titel „Marx über Feuerbach" edierte und volkstümlich gewordene Fassung, allerdings von ihm durch geringe stilistische Korrekturen verändert: die alltagssprachliche Mundart wird geglättet, die beiden Satzteile werden nicht wie bisher durch ein Komma, sondern durch ein Semikolon getrennt und ein „aber" wird eingefügt. Volker Gerhardt ging in seinem Vortrag auch ausführlich der Frage nach, ob mit diesen interpretierenden Eingriffen von Engels nur etwas verdeutlicht, oder ob der Sinn sachlich verändert worden ist. Anhand der „Deutschen Ideologie" an der Marx und Engels noch im Herbst 1845 beginnen zu arbei-

ten, kann er zeigen, daß es Marx gerade darauf ankäme, die Alternative zwischen bloß interpretierendem Bewußtsein und revolutionärer Veränderung zu exponieren. Deshalb könnten wir davon ausgehen, daß Engels das Semikolon und das unscheinbare „aber" ganz im Sinne von Karl Marx eingefügt hat und somit die Differenzen zwischen beiden Versionen philosophisch ohne Belang sind.

Dem wurde sowohl von den Referenten als auch aus dem Publikum heftig widersprochen: was auf dem Papier unterschiedslos erscheint, erweist sich in der politischen Praxis als gewaltige Differenz. Erst das „aber" von Engels reißt die Alternative zwischen interpretieren und verändern derart auf, daß die Behauptung jetzt einem dogmatischen Selbstverständnis des Marxismus entsprechen konnte und in der politischen Realität einsetzbar war als ein Instrument zur Disziplinierung, wie Gerd Irrlitz und Hans-Christoph Rauh, ehemaliger Chefredakteur der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie" und als Alt-Humboldtianer jetzt wiederberufener Professor für Philosophie in Greifswald aus eigener Erfahrung geltend machten. Es kommt eben doch darauf an, welche Version im Foyer angeschlagen ist: wer vermeint, den Thesen-Anbringern philologische Nachlässigkeit unterstellen zu können, der irrt, denn diese erweist sich als politische Absicht.

Die verschiedenen Auswirkungen des Mißbrauchs der Marxschen These kamen mehrfach zur Sprache: auf einen Sockel gestellt, erhielt sie die Schärfe eines ehernen Verbots nicht nur verschiedener Interpretationen, sondern des Interpretierens an sich. Damit habe sich diese Gesellschaft einer notwendigen Existenzbedingung ihrer selbst entledigt und auch dadurch ihr eigenes Grab gegraben. Anders Guntolf Herzberg: die Philosophen der DDR, nach ihrem Selbstverständnis im Besitz der einzig revolutionären Theorie, seien im Gegenteil stockkonservativ gewesen; indem sie Marx interpretierten, ohne den Sozialismus zu verändern, machten sie den Spruch zu einer hohlen Phrase.

Keinerlei Erwähnung fand ein Gebrauch von Marx gegen marxistische Dogmatik. Oder sollte die Erinnerung daran dem Vergessen anheim gelassen werden? Wie viele mögen es (noch) gewesen sein, die angesichts der Inschrift, deren Forderung unter Berufung auf Marx machtvoll entgegengetreten wurde durch das Zurechtinterpretieren einer Wirklichkeit, die Veränderung entschieden nötig hatte, ihre Worte bitter wiederholten:"...aber es kommt drauf an, sie zu verändern" und hinzufügten: „und zwar hier und jetzt!" Die 89er Ereignisse wurden doch wohl auch auf diese Art vorbereitet.

In der abschließenden Podiumsdiskussion am letzten Semestertag, an der wie zuvor eine breite, auch universitätsexterne Öffentlichkeit teilnahm, stellte Herbert Schnädelbach eine zentrale Frage der Ringvorlesung, durch welche das Selbstverständnis heutiger Philosophen transparent wurde, nocheinmal in den Mittelpunkt: Welche Bedeutung hat dieser Satz von Marx für heutiges Philosophieren? Stellt er eine Norm dar, auf die wir uns immer wieder beziehen können? Oder sind wir gehalten, ihn als antiquiert in den historischen Kontext zurückzuweisen? Marx habe sich zu seiner Zeit in einer



Situation befunden, die nicht nur für ihn, sondern auch vom gesamten Vormärz erfahren wurde als eine Versteinerung der Verhältnisse, denen man ihre eigene Melodie vorzusingen habe, um sie zum Tanzen zu zwingen. Aus dieser Erfahrung heraus erhielte das in der 11. These formulierte Einklagen, auch mit philosophischen Mitteln ein Veränderungspotential zu schaffen, seinen Sinn und seine Berechtigung. Für unsere heutige Problemlage sei sie völig bedeutungslos geworden, weil wir uns heute, 150 Jahre später, in einer Situation befänden, in der sich das Marxsche Verhältnis von Interpretation und Verändern in sein Gegenteil verkehrte. „Wir verändern heute viel zu viel, so daß wir mit der Interpretation nicht mehr hinterherkommen. Nicht ein Defizit an Veränderung haben wir heute zu beklagen, sondern ein Interpretationsdefizit."

Widerspruch durch Hans-Christoph Rauh: für ihn wirft die These in ihrer originalen Version eine nach wie vor aktuelle Frage auf, wie nämlich Philosophie in einer vermittelten Weise in Weltveränderung eingreifen kann, wie es mit dieser ihrer Möglichkeit gerade jetzt steht.

Wer die Ringvorlesung vor ihrem Beginn im Oktober 1994 für verfrüht gehalten haben mag, konnte sich in diesem Forum vom Gegenteil überzeugen: es ist nicht notwendig zu warten, bis alle Wunden verheilt sind, sondern möglich - wenn nicht nötig -, sich schon vorher einer derart brisanten Thematik zu stellen. Die Humboldtianer haben den Versuch gewagt, und indem sie ihre unterschiedliche Vergangenheit verschieden interpretierten, gaben sie sich selbst eine Möglichkeit, ihre nunmehr gemeinsame Gegenwart zu bewältigen - auch wenn alle Vorträge nur „Vorworte" zu einer Diskussion gewesen sind, so Bernd Henningsen, „bei der wir uns noch unendlich viel zu sagen haben werden". Derartige Formen der Auseinandersetzung, die zu riskieren sind, bleiben der Universität weiterhin zu wünschen - in aller Öffentlichkeit - und nicht nur dieser Universität.

Die Zukunft wird zeigen, ob Herfried Münkler recht behält: „Die Philosophen können gar nicht anders, als die Welt zu verändern, indem sie sie nur verschieden interpretieren." Möglicherweise trägt die Ringvorlesung zu einer Belebung und Stärkung der im Moment etwas verstummenten Diskussion um das Abhängen des Spruches bei, weil der Universität die Hände gebunden sind: die Inschrift steht wie das ganze Foyer unter Denkmalschutz! Falls sich die Universität durchsetzen sollte, steht besonders nach dem Eindruck, den Ringvorlesung hinterließ, fest: zu einer Bilderstürmerei wird es nicht kommen.

Bis dahin bleibt die These hängen - wenn auch als eine angeschlagene.

***Jaqueline Karl (Berlin)***

*(Humboldt Universität 6-94/95)*

# Humboldt-Universität:
# Bericht über die Arbeit des Ehrenausschusses

Auf der Sitzung des Akademischen Senats der Humboldt-Universität zu Berlin am 23. Mai legte der Vorsitzende des Ehrenausschusses einen Bericht über die Arbeit dieses Gremiums vor

Der Ehrenausschuß wurde als ein Ausschuß des Akademischen Senats (AS) im Sinne des § 61Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) eingesetzt. Die Arbeitsaufgaben wurden am 5.11.1990 durch Beschluß festgelegt. Abweichend von dem Einsetzungsverfahren anderer Kommissionen wurden und werden die Mitglieder nicht nur durch die Statusgruppen benannt, sondern nach Gehör im AS in der Regel aus mehreren Bewerbern gewählt. Der Ausschuß wählt sich einen Vorsitzenden, einen bzw. zwei Stellvertreter und einen Schriftführer. Diese Wahl wird durch den AS bestätigt. Sie erfolgte und erfolgt bei den jeweiligen Wahlterminen zu den Kommissionen.

In den Jahren 1990 und 1991 wurden entsprechend des Auftrages des AS vor allem Angelegenheiten, die sich mit Korruption, Amtsmißbrauch und ungerechtfertigter Karriere befaßten, behandelt. Nachdem der Einigungsvertrag und das Stasi-Unterlagengesetz in Kraft traten, wurden seit Mitte 1993 fast ausschließlich Angelegenheiten behandelt, die mit der vermuteten Zusammenarbeit von Angehörigen der Humboldt-Universität mit dem MfS in Verbindung standen.

Die Hoffnung der Mitglieder des Ausschusses, in einer universitäts-internen Öffentlichkeit zu wirken, wurde leider nicht erfüllt. Nur drei Anträge konnten mit der entsprechenden Zustimmung aller Beteiligten öffentlich behandelt und gewürdigt werden. Umso mehr ist der Mut dieser drei zu würdigen. Da jedoch ohne die Zustimmung der Beteiligten, verständlicherweise, die Vertraulichkeit gewahrt werden mußte, konnte der Ausschuß zumindest in der Frage der öffentlichen Bearbeitung der Geschichte anhand von realen Personen seine Aufgabe nicht erfüllen.

Die Kompetenzen des Ausschusses waren von vornherein begrenzt.

In vielen Angelegenheiten, in denen nicht die Universität der Antragsteller war, wurden der Antragsteller, der Antragsgegner sowie Sachkundige dazu eingeladen. In einigen Angelegenheiten wurden bis zu 40 Personen gehört. In den Fällen, in denen Korruption oder Amtsmißbrauch sowie ungerechtfertigte Karriere durch die Unterlagen und Anhörungen warscheinlich gemacht werden konnten, wurde die Universitätsleitung vom jeweiligen Ergebnis unterrichtet. Die Folgerungen daraus wurden dann von der Universitätsleitung gezogen.

Mit der Egänzung der Aufgaben vom 22.6.1993 wurde dem Ehrenausschuß im Falle von ausschließlich politisch motivierten Exmatrikulationen übertragen, arbeitsrechtliche Folgen vorzuschlagen.



Anders war es in den Fällen, in denen eine Zusammenarbeit oder Mitarbeit mit dem MfS behandelt werden sollte. Hier wurde dem Ausschuß von Anfang an von der jeweiligen Universitätsleitung und dem AS der Auftrag gegeben, der Universitätsleitung eine Empfehlung nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages zu geben.

Der Ausschuß konnte bei Anträgen von Mitarbeitern, die öffentlich und anonym beschuldigt wurden, mit dem MfS zusammengearbeitet zu haben, eine beschleunigte Auskunft durch die „Gauck-Behörde" erreichen, meist im Sinne des Antragstellers.

In vielen Verfahren, natürlich nicht in allen, konnte der Ausschuß zu einem Ausgleich zwischen Antragsteller und Antragsgegner beitragen. Allerdings gab es auch Anträge, die mit dem begrenzten Instrumentarium des Ausschusses nicht befriedigend behandelt werden konnten.

Die Teilnahme an den Verfahren des Ausschusses ist freiwillig. Gegenüber dem Ausschuß wurde, nachdem dies den Eingeladenen mündlich dargelegt wurde, bei mehreren Hundert Anhörungen dreimal erklärt, nicht die Möglichkeiten des Ausschusses zu nutzen.

Über die Verfahrensweise im Einzelnen hat der 1. Vizepräsident, Prof. Krauß, am 9.5.1995 vor dem AS berichtet.

Die Mitglieder des Ausschusses haben gerade in den Fragen der Zusammenarbeit mit dem MfS alle Möglichkeiten der Rückkoppelung und der Kenntniserweiterung genutzt. Der Ausschuß bemühte sich um die schriftlichen Unterlagen aus der „Gauck-Behörde", dem Land Berlin und den Veröffentlichungen in anderen Bundesländern.

Die Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung war vertrauensvoll und intensiv. Sowohl die Universitätsleitung, der Rektor bzw. die Präsidentin, der jeweils Erste Vizepräsident und der Leiter der Personalabteilung standen immer im zeitnahen Kontakt zum Ausschuß. Neben diesen operativen Kontakten waren der Rektor bzw. die Präsidentin, der Vizepräsident und die beiden Kanzler und der Leiter der Personalabteilung regelmäßig den Einladungen des Ehrenausschusses gefolgt.

Der Ausschuß selbst war mehrere Male zu Gast bei Herrn Gauck. Mitarbeiter der Gauck-Behörde wurden eingeladen und über Verfahren und Kriterien diskutiert. In Einzelfällen erfolgten - teils gemeinsam mit der Universitätsleitung, z.B. der Präsidentin - weiter Einsichtnahme in die Unterlagen in der „Gauck-Behörde".

Der Personalrat der Humboldt-Universität hat sich vom Ausschuß über Verfahrensweisen und Kriterien unterrichten lassen.

Der Kontakt zwischen dem Personalrat der Charité und dem Klinikumsvorstand war lose und unsystematisch.

Die jeweiligen Vorsitzenden der Personalkommissionen als Vertreter des Senators für Wissenschaft und Forschung waren Gäste des Ausschusses.

Die durch einzelne Mitglieder bereits bestehenden Kontakte zu Arbeitsrichtern sollen durch ein Gespräch des Ausschusses mit den führenden Arbeitsrichtern des Landes ergänzt werden.

Alle Hinweise durch Betroffene und von außen, die einen qualifizierten Umgang mit den Unterlagen ermöglichen, wurden aufgegriffen.

Im Diskussionsprozeß des Ausschusses mit den oben Genannten standen drei Probleme im Vordergrund.

**1. Die sogenannte Regelanfrage**

Das Land Berlin hatte als eines der ersten die Anfrage bei dem Bundesbeauftragten mit dem Beschluß vom April 1993 begrenzt. Leider war es dem Ausschuß mit der Mehrheit seiner Mitglieder nicht möglich, die Gesprächspartner zu überzeugen, daß diese Begrenzung auch in der Humboldt-Universität rückwirkend wirksam wird, d.h. daß bereits gestellte Anträge in der Behörde nicht weiter bearbeitet werden müssen.

**2. Die Unterlagen**

Der Ausschuß ist immer davon ausgegangen, daß der Betroffene alle Unterlagen, die der Universität zur Verfügung stehen, auch zur Kenntnis und in Besitz gelangen. Zunächst ließ sich dies auch umsetzen. Durch Anweisungen der „Gauck-Behörde" und dann der Personalabteilungen ist dies nicht mehr möglich. Der Ausschuß hofft, daß die Verhandlungen des Senators für Inneres, der ebenfalls eine Aushändigung aller Unterlagen an den Betroffenen nicht nur im Klagefall fordert, mit Erfolg geführt werden können.

**3. Kriterien**

Der Ausschuß hat nur eine Empfehlung abgegeben, wenn durch die Unterlagen und die Anhörung eine Zusammenarbeit mit dem MfS bestätigt wurde.

Wenn diese Voraussetzung erfüllt war, kommen als Zumutbarkeisgründe z.B. in Betracht:

a) Nur der Wehrdienst als Wachsoldat beim Wachregiment Felix Dzierzynski wurde abgeleistet und weder zu dieser Zeit noch später wurden andere Tätigkeiten für das MfS ausgeführt.

b) Die Tätigkeit für das MfS wurde unmittelbar nach Schulabschluß erst 1989 aufgenommen.

c) Die Tätigkeit für das MfS wurde unter rechtsstaatswidriger Notlage erzwungen.

d) Es wurden ausreichende, wenn auch erfolglose Versuche unternommen, die Verbindung zum MfS abzubrechen.

e) Die Tätigkeit wurde aktiv beendet.

f) Die Tätigkeit ist nur kurzfristig ausgeübt worden und liegt lange zurück.

g) Der Betroffene wirkt aktiv an der Aufdeckung des rechtsstaatswidrigen Verhaltens des MfS mit.

Diese Gründe sind mit anderen entscheidungserheblichen Tatsachen zu bewerten.

Der Abwägungsprozeß im Ausschuß war nie zeitlich begrenzt und jede neue Tatsache wurde gewürdigt bzw. führte zur erneuten Einsicht in die Unterlagen bzw. zur erneuten Anhörung.

Alle Ausschußmitglieder sind sich bewußt, daß es ein Schema gleich einem Punktesystem nicht geben kann, umsomehr ist die Einschätzung jedes einzelnen Mitglieds gefragt. Der Ausschuß besteht aus 16 Mitgliedern verschiedener Statusgruppen und verschiedener Biographien. Während der Zeit des Ausschusses wurden viele Mitglieder nachgewählt. Über 95% aller Abstimmungen,



die geheim erfolgen, ergeben ein deutliches Ergebnis. Die Frage nach den Kriterien war eines der wichtigsten Diskussionsthemen im Ausschuß und mit den oben genannten.

Betrachtet man die Geschäftsordnung des Ausschusses, ergeben sich aus zwei Bestimmungen Diskussionen.

**1. Selbstbefassungsverbot**

D.h. der Ausschuß kann nur auf Antrag, und da dieser immer eine Person betrifft, nur in diesem Zusammenhang handeln. Größere Zusammenhänge oder Tatsachen über andere Personen, die im Verlaufe des Verfahrens bekannt werden, dürfen nicht zum Agieren des Ausschusses führen. Dies ist von einigen Mitgliedern der Universität mißverstanden worden. Der Ausschuß ist jedoch über diese Bestimmung froh, denn er ist kein Ermittlungsorgan oder hat die Aufgabe, die Vergangenheit, was immer das auch ist, zu bearbeiten. Forderungen an den Ausschuß, über seine Aufgaben hinaus wirksam zu werden, sind immer wieder gestellt worden. Nur eine konkrete, von einem tatsächlichen Antragsteller gestellte Frage über einen Mitarbeiter der Humboldt-Universität, wurde bearbeitet.

**2. Vertraulichkeit**

Die Vertraulichkeit des Ausschusses wurde nicht verletzt.Die Folgen waren, daß, obwohl die Mitglieder aus allen Statusgruppen und aus vielen Fakultäten kommen, die subjektiven Wahrnehmungen und auch Schutzbehauptungen der Betroffenen in der Öffentlichkeit wirksam wurden. Der Ausschuß war und ist auf Grund der Vertraulichkeit nicht in der Lage, dem entgegenzutreten. Ergebnisse des Ausschusses werden nur zwei Personen bekannt gegeben. Dem Betroffenen und der Präsidentin. Viele Dekane und Gremien wollten verständlicherweise auch informiert werden. Der Ausschuß war und ist der Meinung, daß nur die Wahrung der Vertraulichkeit die Betroffenen vor neuen Abhängigkeiten bewahren kann.

Der Ausschuß hat Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Betroffene vor der drohenden Anwerbung anderer Dienste geschützt werden konnten.

Der AS ist bei der Gründung des Ausschusses durch die Trennung der Anhörung und Empfehlung von einer Entscheidung eines Beamten der Personalabteilung, der Senatsverwaltung oder eines Vertreters der Universitätsleitung, davon ausgegangen, daß ausschließlich Fakten der Zusammenarbeit mit dem MfS gewürdigt werden und nicht Aspekte der Personalpolitik in die Empfehlung einfließen. Entsprechenden Versuchen der Einflußnahme hat der Ausschuß widerstanden.

Eine Einschätzung der Arbeit des Ausschusses ist im Einzelfall sicher nur bei genauer Kenntnis möglich, dies wird durch die Vertraulichkeit leider begrenzt.

Mit allen Einschränkungen kann eine statistische Betrachtung weitere Aufschlüsse ermöglichen (Siehe Tabelle).

Die Auswertung liegt dem Ausschuß seit dem 18. Mai 1995 vor.

Auf Grund von Einzelfällen hat er wiederholt bei der Präsidentin interveniert, um eine Gleichbehandlung aller Mitarbeiter (Hochschulbereich und Medizin) zu errei-

| **Bezirksamt Friedrichshain** (Lehrer, Stand Feb. 95) | **Land Mecklenburg-Vorpommern** (Geschäftsbereich Kultusministerium/Stand Dez. 94) | **Humboldt-Universität** (Zahlen nach Unterlagen des Ehrenausschusses/Stand 92-5/95) | **Humboldt-Universität-Charité** (Zahlen nach Unterlagen der Personalabt. v. 17.5. 1995/ Zeitraum der Erfassung nicht ersichtlich) |
|---|---|---|---|
| Erkenntnisfälle: **56** | Erkenntnisfälle: **925** | Erkenntnisfälle: **380** | Erkenntnisfälle: **56** |
| Kündigung (= unzumutbar): **9 = 17%** | Kündigung (=unzumutbar): **418 = 45%** | Kündigung (=unzumutbar): **73 = 19%** | Kündigung (=unzumutbar) nach Empfehlungen des EA: **5 = 9%** |
| | | | Kündigungen entgegen den Empfehlungen des EA: **9 = 16%** |
| Auflösungsverträge: **5 = 9%** | Auflösungsverträge: **243 = 26%** | Auflösungsverträge: **27 = 7%** | Auflösungsverträge mit Anhörung im EA: **10 = 18%** |
| | | | Kündigungen und Auflösungsverträge ohne Anhörung im EA: **24 = 43%** |
| mögl. Weiterbeschäftigung: **42 = 75%** (= zumutbar) | mögl. Weiterbeschäftigung: **266 = 29%** (= zumutbar) | mögl. Weiterbeschäftigung: **280 = 74%** (= zumutbar) (60% wurden tatsächlich verhandelt, da ein Teil bereits vorher aus dem Verfahren ausgeschieden war) | mögl. Weiterbeschäftigung: **8 = 14%** (= zumutbar) |

chen. Dies hat zu dem entsprechenden Briefwechsel mit der Leitung der Charité geführt. Der Ehrenausschuß erwartet von der Universitätsleitung eine Entscheidung.

Dem Anliegen einer differenzierten Anfrage an die „Gauck-Behörde" trug der Ausschuß dadurch Rechnung, daß er die Unterlagen nicht losgelöst von der jetzigen Tätigkeit bewertete. An einen im Lehrprozeß stehenden Hochschullehrer wurden andere Anforderungen gestellt, als an einen im technischen Dienst tätigen Mitarbeiter, dies läßt sich auch an den Empfehlungen des Ehrenausschusses belegen.

Lassen sie mich noch etwas zu den Mitgliedern des Ausschusses sagen, alle und dies sind unterdessen sehr viele, Studenten, Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter und sonstiges Personal - haben mit sehr großer Disziplin gearbeitet. Über die Verfahrensweisen und Rahmenbedingungen wurde in zusätzlichen Treffs beraten, so daß alle Mitglieder diese mitbestimmten und sie trugen. Dieser Ausschuß erfordert das Einbringen der gesamten Persönlichkeit der Mitglieder, dies ist auch erfolgt. Die Betreuung des Ausschusses durch das Gremienreferat, durch Herrn Dr. Stang, ist zu loben.

Der Ausschuß hat sich auch zu seinem Selbstverständnis immer wieder die Frage vorgelegt, ob seine Weiterarbeit notwendig ist und auch vom AS getragen



wird. Die Alternative wäre ein Verfahren, wie es an der Medizinischen Fakultät augenblicklich praktiziert wird. Der Ausschuß ist nach Beratung weiterhin der Meinung, daß - bei allen Belastungen für jedes einzelne Mitglied - die Entscheidung des AS, die Empfehlung durch Mitglieder aller Statusgruppen einzuholen - unabhängig von den Zwängen einer allgemeinen Personalpolitik - sachgerecht war und ist.

Grundlage dieses Berichtes sind:
- Die aktuellen Angaben der Personalabteilung der Humboldt-Universität, der Personalabteilung der Charité, des Gremienreferates der HUB,
- der Bericht des Ersten Vizepräsidenten der HUB vom 9.5.1995 zum Antrag des Ehrenausschusses vor dem AS,
- die Pressemitteilung des Bundesbeauftragten vom 23.2.1995,
- das Dienstblatt des Senats von Berlin Teil 1 Nr. 6 vom 30.4.1993,
- die Mitteilungen der Koordinierungs- und Beratungsstelle Nr. 3 Dienstrechtliche Beurteilung der Tätigkeit für das MfS der Senatsverwaltung für Inneres vom 15.4.1994.

***Bert Flemming (Berlin)***

*(Humboldt Universität 8-1994/95)*

# HUB: Der Ehrenausschuß als Mittel der Vergangenheitsbewältigung?

Der Arbeitsmediziner Rudolf Mucke „hatte in den 70er Jahren einen Anwerbungsversuch des MfS durch Dekonspiration abgewehrt. Die Ehrenkommission der Charité kam dennoch zu dem Schluß, daß Muckes weitere Beschäftigung 'unzumutbar' sei." (Morgenpost vom 25.2. 1995) Fast zeitgleich mit der Uni hatte der Ehrenrat der BVV Lichtenberg über Mukkes Stasiverstrickung zu reden. Weil sie die als unerheblich einschätzte, sprach ihm seine Fraktion Bündnis 90/ Grüne das Vertrauen aus." (Tagesspiegel vom 25.5.1995)

Kurz nach dem vernichtenden Urteil des Ehrenausschusses stürzte sich Rudolf Mucke von einer Brücke. Der Selbstmord Muckes bildete den Anlaß dafür, wieder einmal den Umgang mit der Stasi und ihren IM´s zu überdenken. Zumindest wurde so der Ehrenausschuß in den beiden Mai-Sitzungen des Akademischen Senats zum Thema.

Der Ehrenausschuß ist eine Kommission, die im Oktober 1990 durch Beschlüsse des Akademischen Senats eingesetzt wurde. Sie sollte den damaligen Rektor bei der Entscheidung über die Weiterbeschäftigung von Angehörigen der Universität unterstützen und Empfehlungen über Zumutbarkeit und Unzumutbarkeit geben.

Das heißt in der Praxis: Nach der Regelanfrage der Uni bei der Gauck-Behörde

kommt der entsprechende Bescheid. Dieser wird im „Erkenntnisfall" an den Ehrenausschuß geleitet, wo die Betroffenen die Gelegenheit haben, gehört zu werden. Danach gibt der Ausschuß eine Empfehlung an die Präsidentin, die die endgültige Entscheidung über die Weiterbeschäftigung zu fällen hat. Also eigentlich ein Instrument, um Probleme der eigenen Vergangenheitsbewältigung uni-intern anzugehen und das Urteil 'unzumutbar' nicht nur einer Einzelperson zu überlassen.

Als Reaktion auf den Selbstmord Rudolf Muckes war der 1. Vizepräsident der HU, Prof. Detlef Krauß (Prof. für Strafrecht und Strafprozeßrecht) beauftragt worden, das Verfahren des Ehrenausschusses im allgemeinen und für den „Fall Mucke" im besonderen zu untersuchen.

Dabei kam er zu dem Ergebnis, daß es sich bei diesem Fall um einen ganz normalen Vorgang gehandelt habe und nach dem üblichen „ritualisierten Verfahren" gearbeitet wurde. Freilich wies er auf einige Verfahrensschritte hin, die juristisch bemerkenswert, aber durch die besondere Aufgabenstellung des Ausschusses begründet seien. Zum Beispiel wird der jeweilige Fall nicht unmittelbar nach der Anhörung diskutiert. Über die Anhörung wird kein Protokoll geführt, da das einzig Objektive ein Wortprotokoll wäre und dies zu aufwendig sei. Die Diskussion und die Abstimmung finden allerdings erst nach zwei Wochen statt. Daran können auch diejenigen Ausschußmitglieder teilnehmen, die nicht bei der Abhörung anwesend waren. Eine weitere Besonderheit stellt die Regel der „Befangenheit" dar. Im Gegensatz zum prozeßrechtlichen Begriff handelt es sich dabei um ein Recht der Mitglieder: „Jedes Ausschußmitglied hat das Recht, sich als befangen zu erklären und damit an der Behandlung eines Einzelvorganges nicht teilzunehmen." (Grundsätze für die Arbeit vom 5.11.1990) Ein Einzelvorgang umfaßt aber nicht etwa den ganzen Prozeß, sondern nur einen Teilschritt. Im „Fall Mucke" hieß das, daß ein Mitglied wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teilnahm, sich an der Anhörung und Diskussion aber trotzdem beteiligte. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß durch die Art einer Befragung oder innerhalb einer Diskussion die Meinungsbildung beeinflußt werden kann. Sich dann aus der Entscheidung herauszuhalten heißt doch nur, die Hände in Unschuld zu waschen.

Aber Prof. Krauß interessierte nur die Frage nach Formfehlern, zur inhaltlichen Entscheidung des Ehrenausschusses wollte er keine Stellung nehmen.

Bei dem Rechenschaftsbericht des Ehrenausschusses vor dem Akademischen Senat am 23.5. wartete der Vorsitzende mit einer umfangreichen Statistik über die bearbeiteten „Erkenntnisfälle" und der erfolgten „Unzumutbarkeitserklärungen" auf. (Von 380 Fällen wurden 73 als unzumutbar eingestuft, also nicht mal ein Fünftel usw.) Mit Nachdruck betonte er, daß dies unter dem Durchschnitt im öffentlichen Dienst läge. Trotz der genannten Zahlen reagierte die Präsidentin auf die Frage nach der psychologischen Beratung der Vorgeladenen mit der Bemerkung, man solle doch nicht die Täter zu Opfern machen.

Die Zweifel an den nicht nachvollziehbaren Kriterien und Grundsätzen der Entscheidungsfindung wurden nochmals deutlich, die Verfahrensweise als z.T. liederlich kritisiert, was den Akademischen Senat jedoch nicht daran hinderte, dem Ehrenausschuß für seine „sorgfältige Arbeit zu danken"...

So tragisch der Tod Rudolf Muckes ist - die Umstände, die dazu führten, hätten die Chance für ein wirkliches Nachdenken über Vergangenheitsbewältigung bieten können. Doch selbst innerhalb der Universität wird diese Diskussion offenbar nur gezwungenermaßen und entsprechend halbherzig geführt. Statt tatsächlich Grundsätze der Aufarbeitung dieses Teils der DDR-Geschichte zu diskutieren, zieht man sich auf die formal-juristische Prüfung des Procedere und die Auswertung statistischer Zahlen zurück. Erlebbar war dies nur allzu deutlich auf den beiden Sitzungen des Akademischen Senats.

*(UnAufgefordert 67/6.6.95)*

## HUB: Über Chancengleichheit

Senator Erhardt hat dem neuen Wahlkreismodell der Humboldt-Universität, das sich auf §48(5) des Berliner Hochschulgesetzes stützt, seine Zustimmung verweigert. Die an der Humboldt-Universität bevorstehende Wahl des Akademischen Senates und der universitären Mitglieder des Kuratoriums, notwendig geworden durch eine entsprechende Vorschrift im Universitätsmedizin-Gesetz, muß nun im wesentlichen nach der alten Wahlordnung durchgeführt werden. Nach Angliederung des Virchow-Klinikums an die HU wirft ebendies erhebliche Probleme auf, die bisher in diesen Dimensionen an der HU nicht bestanden haben.

Die einzelnen Mitgliedergruppen der ProfessorInnen, der Studierenden, der wissenschaftlichen und sonstigen MitarbeiterInnen wählen, getrennt und unabhängig voneinander, jeweils die VertreterInnen ihrer Statusgruppe in personalisierter Verhältniswahl, und zwar universitätsweit.

Für die Wahlen zum Akademischen Senat bestehen z.B. in den einzelnen Gruppen die folgenden Relationen:
720 Prof., davon 240 Med. (33%), wählen 13 VertreterInnen,
27.000 Stud., davon 5.000 Med. (18,5 %), wählen 4 VertreterInnen,
2.900 WiMi, davon 1.800 Med. (62%), wählen 4 VertreterInnen,
10.600 SoMi, davon 8.500 Med. (80%), wählen 4 VertreterInnen.

Durch die hohen Anteile der Mediziner in den verschiedenen Statusgruppen ist es sehr warscheinlich, daß die KandidatInnen dieses einen Faches mehrheitlich in die Gremien gewählt werden und diese majorisieren. Hinzu kommt, daß die „übrigen" ja keineswegs ein Fach namens „Nicht-Medizin" repräsentieren, sondern

zu zehn verschiedenen Fakultäten gehören, von denen wiederum sechs eine Vielzahl von Fächern vertreten. Da es wohl naheliegend ist, daß VertreterInnen des eigenen Faches oder zumindest der eigenen Fakultät eher gewählt werden als die anderer Fächer bzw. Fakultäten, sind diejenigen im Vorteil, deren Fächer in der jeweiligen Statusgruppe zahlenmäßig stark vertreten sind. KandidatInnen aus kleineren Fächern sind dagegen erheblich benachteiligt.

In den Statusgruppen der wissenschaftlichen und der sonstigen MitarbeiterInnen wir diese Benachteiligung zusätzlich dadurch verstärkt, daß es lediglich vier Mandate zu erringen gibt. Es ist somit absehbar, daß in der Gruppe der sonstigen MitarbeiterInnen bei den o.g. Relationen kaum ein Mandat an einen Bewerber oder eine Bewerberin außerhalb der Medizin fällt. Ähnlich steht es um die Chancen der „Nicht-Mediziner" in der Gruppe der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen. Da es halbe Mandate nicht gibt, ist wohl mehr als ein Sitz im Akademischen Senat für Nicht-Mediziner kaum zu erringen. Wer dieses Mandat erringt, hätte dann die Interessenvertretung der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen von zehn Fakultäten wahrzunehmen!!! Man kann nur hoffen, daß die KollegInnen aus der Medizin dabei behilflich sein werden.

Nach dem von der HU vorgeschlagenen Wahlkreis-Modell wären die vier Mandate in den Gruppen der sonstigen und der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen jeweils zu gleichen Teilen an die VertreterInnen der Medizin und der nicht-medizinischen Bereiche gegangen. In der Gruppe der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen wäre ein Mandat an die Naturwissenschaften und eines an die Geistes- und Sozialwissenschaften gegangen. Das wäre eine gerechte und akzeptable Lösung gewesen, auch unter dem Blickwinkel der Rechte von Minderheiten. Solche Überlegungen waren dem Vorschlag des Zentralen Wahlvorstandes vorausgegangen, und in diesem Sinne hatte sich auch der Akademische Senat, nach gründlicher Diskussion und zwei Lesungen mit großer Mehrheit, für die Einrichtung von Wahlkreisen ausgesprochen.

Der Senator hat seine Ablehnung des Wahlkreis-Modells mit der Verletzung des verfassungsmäßig verankerten und im Berliner Hochschulgesetz unter § 48 (1) fixierten Gleichheitsgebots begründet. Die Wahlkreiseinteilung würde diesem nicht entsprechen und durch die unterschiedliche Gewichtung des Erfolgswertes der Stimmen dazu führen, daß von einer vergleichbaren Repräsentanz der Wählerinnen und Wähler, wie sie § 48 (5) des BerlHG fordert, nicht mehr gesprochen werden könne.

Nun kann von Chancengleichheit nicht mehr gesprochen werden. Diese allerdings ist im BerlHG auch nicht geregelt.

***Karla Schmidt (Berlin)***

*(Humboldt-Universität 7-1994/95)*



# Magdeburg: Bericht des Rektors vor dem Konzil

Drei Schwerpunkte bestimmten den Bericht des Rektors vor dem Konzil Ende April - Studium und Lehre, Forschung und die Personalsituation. Rektor Prof. Dr. Jürgen Dassow hatte, wie bereits im vergangenen Jahr, auf eine Integration hinzuweisen. Mit der Eingliederung der Außenstelle der Hochschule für Musik Leipzig ist die Universität nicht nur um die Studiengänge Gesang und Diplom-Musiklehrer reicher geworden. Die Studierenden und Lehrkräfte beleben auch die kulturellen Aktivitäten der Universität. Ein Problem: dem Konzept der Gründungskommission für das Institut für Musik stimmte das Kultusministerium noch nicht zu.

Der Prorektor für Studium und Lehre, Prof. Dr. Winfried Marotzki, und der Uni-Rat hatten eine Befragung von Studierenden initiiert. Darauf eingehend, bemerkte der Redner, fast 40 % der Studierenden hätten die Universität gewählt, weil ihnen das universitäre Angebot und ihr Profil zusage. Professor Dassow bedauerte, daß die hervorragende technologische Ausstattung des Studienortes nur eine untergeordnete Rolle gespielt habe. Zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen im Direktstudium informierte er, daß die Zahl im Vergleich zu 1993 von 723 auf 950 gestiegen sei. Werde diese Zuwachsrate zugrundegelegt, erreiche die Universität 1999 eine Zahl von jährlich 1700 Neuimmatrikulierten. Bedenklich jedoch sei, so der Rektor, die ungleiche Verteilung der Erstsemestler auf die Studiengänge. Die Aufgabe bestünde, in möglichst allen Studienrichtungen eine 50prozentige Steigerung der Neuimmatrikulierten zu erreichen. Eine große Rolle spiele da die Studienwerbung. Im vergangenen Jahr hat eine Studiengruppe Studienqualität- und information ihre Arbeit aufgenommen, die sich mit der Art und Weise der Evaluation von Studium und Lehre auseinandersetzt.

Der Studiengang Wirtschaftsingenieur für Elektrotechnik wurde 1994 neu eingerichtet. Umwelttechnik und Informatik sind Ergänzungs- und Zusatzstudiengänge. Bezüglich weiterer Studiengänge hat der Senat die Entscheidung getroffen, daß Psychologie und Biologie (für Hauptstudium) mit zusätzlich sechs Professuren eingerichtet werden sollen. Neben vielen neuen Studenten erhofft sich der Senat von ihnen auch zahlreiche Synergieeffekte in der Forschung. Hinzukommen wird auch der Studiengang Energietechnik, für den zwei neue Professuren erforderlich sind.

Sechs Professuren müssen umgewidmet werden. Das sind vier Professuren für die Fakultät für Wirtschaftswissenschaft, um das Spektrum der Spezialisierung im Hauptstudium zu erweitern, und zwei Professuren sollen der Rechtswissenschaft vorbehalten sein. Die Einrichtung des Studienganges Bauingenieurwesen wurde vom Senat abgelehnt.

Bezugnehmend auf das Medizinstudium, verwies Magnifizenz darauf, daß in einem kürzlich durchgeführten Vergleich bun-

desdeutscher Hochschulen die Magdeburger Medizinausbildung auf Rang acht liegt, unter den ostdeutschen Hochschulen sogar auf Platz eins. Zur Studiendauer führte er aus, daß unsere Studenten durchschnittlich noch nicht einmal ein Semester von der Regelstudienzeit abweichen.

Für einigen Wirbel sorgte die Neustrukturierung der Weiterbildung an unserer Universität. Ihre Organisation liege in der Verantwortung des Dezernates für Studienangelegenheiten sowie der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften. Diese neue Strukturierung, obwohl kritisch von verschiedenen Gremien betrachtet, stelle keine Verschlechterung dar.

Zur Forschung bemerkte Rektor Dassow, daß die Erfolge in der Forschungstätigkeit im vergangenen Jahr auch nach außen hin in größerem Maße sichtbar wurden. Erstmalig sind zwei Sonderforschungsgebiete eingerichtet worden. Ein Innovationskolleg befindet sich im Aufbau. Dem Graduiertenkolleg wurden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) Mittel zur Weiterführung bewilligt. Der Redner machte auch darauf aufmerksam, daß die acht vom Senat bestätigten Forschungsschwerpunkte interdisziplinären Charakter tragen. Sorgen bereite jedoch der fehlende wissenschaftliche Nachwuchs. Promotionen und Habilitationen sind 1993/94 weiter zurückgegangen. In der Drittmitteleinwerbung hingegenwurde eine Steigerung um fünf Millionen Mark erzielt. Das entspricht insgesamt 40 000 DM für jeden wissenschaftlichen Mitarbeiter. In Deutschland liegt der Durchschnitt bei 54 000 DM pro Mitarbeiter.

Die Universität möchte die Aufnahme in die DFG beantragen. Ein wichtiges Kriterium sind die Erfolge der wissenschaftlichen Arbeit, sichtbar abzurechnen vor allem in Publikationen. Statistisch kamen 1994 auf jeden Wissenschaftler 1,93 Veröffentlichungen, jedoch gibt es an zwei Universitäten Wissenschaftler, die in den vergangenen drei Jahren nicht veröffentlichten.

Die Personalpolitik ist 1994 besonders durch 49 Neuberufungen gekennzeichnet gewesen. Um dem sich abzeichnenden Engpaß bei den Rufannahmen entgegenzuwirken, hat der Landtag einen gesonderten Titel für Berufungsverhandlungen im Haushalt 1995 ausgewiesen. Zur Personalstruktur führte Magnifizenz aus, daß in den nächsten drei Jahren 105 KW-Vermerke bei nichtwissenschaftlichem Personal angebracht werden müssen. Im Kanzler-/ Rektoratsbereich betrifft das 37 Stellen, in den Fakultäten 35 und in den zentralen Einrichtungen 33 Stellen.

***Ines Perl & Waltraud Rieß (Magdeburg)***

*(Uni-Report, Magdeburg, 5/95)*



# MPG gründet zweites Institut in Leipzig: MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften

Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft hat auf seiner Sitzung im Rahmen der MPG-Hauptversammlung in Potsdam - vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung - beschlossen , ein Max-Planck-Institut für Mathematik in den Naturwissenschaften mit Sitz in Leipzig zu gründen. Als Gründungsdirektor ist Prof. Eberhard Zeidler, Universität Leipzig, vorgesehen, außerdem sind Prof. Jürgen Jost von der Ruhr-Universität Bochum und Prof. Stefan Müller von der Universität Freiburg als weitere Direktoren in Aussicht genommen. Darüber hinaus hat der Senat die Berufung von Prof. Jürgen Moser von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des Instituts empfohlen.

Die Einheit von Mathematik und Naturwissenschaft, die früher insbesondere in Göttingen gepflegt wurde, erfuhr nach dem Zweiten Weltkrieg zwar in Instituten des Auslands eine Weiterentwicklung, nicht aber in Deutschland. Es besteht heute ein großer Nachholebedarf, neue naturwissenschaftliche Fragestellungen in die Mathematik zu integrieren. Die historische Erfahrung zeigt, daß sich aus dem Dialog zwischen Mathematik und Naturwissenschaften (Physik, Chemie, Biologie etc.) immer wieder tiefe neue mathematische Ideen ergeben haben. Dieser Dialog, bei dem beide Seiten ihre spezifischen Denkmethoden einbringen, soll durch das neue MPI für Mathematik in den Naturwissenschaften gefördert werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird das Institut nur wenige Dauerstellen für Wissenschaftler erhalten, dafür aber mit einem Gastforscher-Programm ausgestattet werden, das 20 bis 30 Gäste aus Mathematik und Naturwissenschaften vorsieht. Ein solches Gastforscherprogramm wird mit dazu beitragen, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern - eine besonders dringliche Aufgabe, da es in der angewandten und numerischen Mathematik sowie in ihrer Verbindung zu theoretischen Fragen der Naturwissenschaften zu wenig hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler gibt.

Innerhalb des Gastforscherprogramms soll eine besonders hervorgehobene Stelle geschaffen werden, die den Namen „Sophus-Lie-Gastforscher" trägt und im Wechsel von herausragenden Naturwissenschaftlern besetzt wird. Der Name wurde vorgeschlagen zum Gedenken an den norwegischen Mathematiker Sophus Lie (1842-1899), der von 1886 bis 1898 in Leipzig gewirkt hat und dessen Schaffen vorbildlich für das Verhältnis zwischen Mathematik und Naturwissenschaften war. Lie hat die Mathematik durch tiefliegende und weittragende neue Ideen bereichert, die heute in vielen Gebieten der Naturwissenschaften Anwendung finden. Überall dort, wo es um die Beschreibung von Effekten geht, die auf Symmetrien

beruhen (z.B. in der Elementarteilchenphysik), sind die Lie-Gruppen und die Lie-Algebren am Werk.

Das neue Max-Planck-Institut für Mathematik in den Naturwissenschaften soll nicht in Abteilungen gegliedert werden, aber auf drei Säulen ruhen:
- analytischen Methoden,
- geometrischen Methoden,
- wissenschaftlichem Rechnen.

Ein einigendes Band zwischen diesen Säulen ist das Feld der partiellen Differentialgleichungen. Nichtlineare partielle Differentialgleichungen treten immer dann auf, wenn es sich um naturwissenschaftliche Phänomene mit Wechselwirkungen handelt, z.B. Bewegungen von Himmelskörpern, chemische Reaktionen, Evolution biologischer oder ökologischer Systeme, Diffussions- und Reaktionsprozesse, Bewegungen von Flüssigkeiten und Gasen, Wellenprozesse, Vielteilchensysteme, Halbleiter, Wechselwirkungen zwischen Molekülen oder Elementarteilchen, Gravitationsprozesse im Rahmen der Allgemeinen Relativitätstheorie u.a.m.

Da solche partiellen Differentialgleichungen derart vielfältig naturwissenschaftliche Phänomene mathematisch modellieren, ist es nicht verwunderlich, daß es hier bisher nicht einmal andeutungsweise eine erschöpfende Behandlung gibt. Hinzu kommt, daß auch diffizile Phänomene wie Schockwellen, Explosionen, Turbulenzen, Phasenübergänge, Mikrostrukturen oder Übergänge vom elastischen zum plastischen Verhalten mit erfaßt werden müssen, die zu mathematischen Komplikationen führen können. Wenn man das Entstehen solcher Phänomene und Strukturen verstehen will, ist eine mathematische Modellierung aber unabdingbare Voraussetzung.

Partielle Differentialgleichungen entstehen auch bei vielen schwierigen Fragen der Geometrie. Beispielsweise erfordert eine adäquate Beschreibung nichtlinearer Phänomene in der Regel auch nichtlinear strukturierte Zustandsräume (endlich oder unendlich dimensionierte Mannigfaltigkeiten), so daß es hier zu einem Ideenstrom von der Analysis in die Geometrie und umgekehrt kommt.

Die rasante Entwicklung der Rechenanlagen hat die augenblicklich zur Verfügung stehenden mathematischen Verfahren und Methoden überholt. Um gesicherte Lösungen für hochdimensionierte Probleme berechnen zu können, sind neue Entwicklungen von Algorithmen notwendig. Hierzu liefert die herkömmliche Mathematik nicht mehr das angemessene Werkzeug. Stattdessen müssen die modernen Mittel der Informatik - vor allem Parallelisierung und verteiltes Rechnen - genutzt werden, um wissenschaftliches Rechnen in der Zusammenfügung mit mathematischen Fragen aus den Naturwissenschaften zu bewältigen.

Der als geschäftsführender Gründungsdirektor vorgesehene Prof. Eberhard Zeidler von der Universität Leipzig wurde 1940 in dieser Stadt geboren und begann 1959 an der Leipziger Universität mit dem Mathematikstudium, das er zwischen 1961 und 1964 aus politischen Gründen unterbrechen mußte. 1967 legte er sein Diplom ab und wurde gleichzeitig zum Dr. rer. nat. promoviert. Nach seiner Habilitation im Jahr 1970 wurde er Hochschuldozent, vier Jahre später erhielt er einen Ruf als ordentlicher Professor für Analysis an der Universität Leipzig. 1979 war er vier Monate als Gastprofessor an der University of Wisconsin in Madison/ USA tätig. Seine Forschungsgebiete liegen sowohl im Bereich der analytischen als auch der geometrischen Methoden.

Als Standort des neuen Max-Planck-Instituts für Mathematik in den Naturwissenschaften wurde Leipzig gewählt, dessen Universität auf dem Gebiet der Verbindung zwischen Mathematik und Naturwissenschaften eine lange und reiche Tradition besitzt. Mit Seminaren, Max-Planck-Vorlesungen und regelmäßigen internationalen Arbeitstagungen soll das Institut von hier aus auf die Region und die benachbarten Universitäten (Leipzig, Halle-Wittenberg, Dresden, Freiberg, Chemnitz-Zwickau, Erfurt, Jena) ausstrahlen. Außerdem ist eine enge Zusammenarbeit des Instituts mit Universitäten und Forschungseinrichtungen in Zürich, Paris, Cambridge/ UK, Wien, St. Petersburg, New York und Minneapolis/ USA vorgesehen.

***Michael Globig (München)***

## MPG gründet zweites Institut in Dresden: MPI für chemische Physik fester Stoffe

Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft hat auf seiner Frühjahrssitzung in Berlin - vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung - beschlossen, ein Max-Planck-Institut für chemische Physik fester Stoffe in Dresden zu gründen. Als erste Direktoren sind der in Dresden geborene Physiker Prof. Dr. Frank Steglich von der Technischen Hochschule Darmstadt und der Chemiker Prof. Dr. Reinhard Nesper von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich in Aussicht genommen.

Das bislang vor allem in den angelsächsischen Ländern etablierte, von Chemie und Physik gemeinsam vorangetriebene Forschungsgebiet der chemischen Physik fester Stoffe vereint die Synthese und Analyse neuer Festkörper mit der experimentellen Erfassung ihrer Eigenschaften. Wenn Wissenschaftler beider Disziplinen innerhalb eines Instituts an dieser Schnittstelle zwischen chemischer und physikalischer Forschung unmittelbar zusammenarbeiten können, wie das in Dresden der Fall sein wird, ist mit besonders innovativen Ergebnissen zu rechnen.

Untersuchungsobjekte des neuen Instituts sollen in den ersten Jahren vor allem die intermetallischen Phasen sein; sie sind trotz ihres hohen Anwendungspotentials bisher nur unvollständig verstanden. In der Anfangsphase werden aus drei Komponenten - zum Beispiel aus sogenannten Übergangsmetallen (dazu gehören z.B. Metalle wie Eisen, Kobalt, Nickel, Kupfer, Zink, Silber, Platin, Gold

u.a.), seltenen Erdmetallen (wie etwa Cer oder Ytterbium) und Elementen der 3. oder 4. Hauptgruppe des Periodischen Systems (u.a. Aluminium, Gallium oder Silizium, Germanium) - aufgebaute Festkörper sowie Verbindungen der Übergangsmetall-Oxide im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Das Institut soll im Endausbau aus vier Abteilungen bestehen, in denen folgende Forschungsschwerpunkte behandelt werden:

- Anorganische Chemie (Präparation und Untersuchung strukturchemischer und bindungsanalytischer Eigenschaften komplexer intermetallischer Verbindungen),
- Materialentwicklung (Suche nach intermetallischen Verbindungen mit ungewöhnlichen elektronischen bzw. magnetischen Eigenschaften),
- Festkörperspektroskopie
- Experimentelle Festkörperphysik (Erforschung der thermodynamischen, magnetischen und Transport-Eigenschaften).

Dazu sollen Servicegruppen kommen, die präparative und experimentelle Spezialaufgaben - Kristallzüchtung, Dünnschichtpräparation, physikalische und chemische Analytik, Untersuchungen bei tiefen Temperaturen und hohen Drücken - übernehmen.

Zum Standort des neuen Max-Planck-Instituts wurde Dresden gewählt. Hier existieren zum einen bereits mehrere kompetente Theoriegruppen - das Max-Planck-Institut für Physik komplexer Systeme, die Max-Planck-Arbeitsgruppe "Theorie komplexer und korrelierter Elektronensysteme" und der TU-Lehrstuhl "Theoretische Festkörperphysik" -, mit denen eine so enge Kooperation angestrebt wird, daß das neue Institut auf eine eigene theoretische Abteilung verzichten kann. Zum anderen sind hier mit dem Institut für Festkörper- und Werkstoff-Forschung (FIW), dem Institut für Ionenstrahlphysik des Forschungszentrums Rossendorf sowie entsprechenden Instituten der Technischen Universität auch mehrere experimentell arbeitende Partner vorhanden, die ähnliche Forschungsziele verfolgen und mit denen sich eine Zusammenarbeit anbietet.

***Michael Globig (München)***

## Thüringen: CDU stellt nach sechs Monaten Regierungszeit den Koalitionsvertrag in Frage! SPD hilft dabei?

Die aktuelle Situation im Thüringer Hochschulbereich stellt sich, zugegeben etwas verknappt, etwa so dar:

- Die Landesregierung, vornehmlich die CDU und deren oberste Spitze, will endlich die Universität Erfurt. Dazu braucht sie das positive Votum des Wissenschaftsrates. Dieses Votum soll nun möglichst im Juli '95 kommen, nachdem der Wissenschaftsrat das Thema bereits zweimal vertagte. Es gilt also, etwas zu tun.

- Der Wissenschaftsrat (und auch andere Gremien, wie zum Beispiel der Personalrat der TU) hat verblüfft die Frage gestellt, wieso das Land bei einem „Minderbedarf" von 1106 Stellen im Hochschulbereich (so groß ist die Zahl der kw-Vermerke im 95er Haushalt) gleichzeitig einen Mehrbedarf von 803 Stellen hat. Die Lösung des Rätsels: 803 Stellen groß soll vorerst die Universität Erfurt werden.

- Die Studienanfängerzahlen in Thüringen werden nach allen glaubhaften Prognosen in den nächsten Jahren drastisch steigen. D.h. sie werden sich auf 9.000....10.000 etwa verdoppeln.

- Das Land möchte das System der Fachhochschulen ausbauen - insbesondere durch die Erweiterung der drei bestehenden Fachhochschulen und durch Gründung einer weiteren Fachhochschule (derzeit ist Nordhausen Favorit).

- Mit dem Auftreten der ersten Wiedergründungsabsichten für die Universität Erfurt, aber auch später bei jeder sich bietenden Gelegenheit, wurde stets und bis zum Ministerpräsidenten hin betont, solch eine Gründung dürfe den Ausbau der bestehenden Hochschulen nicht beeinträchtigen. Diese Absichtserklärungen wiederum wurden von steten Nörglern mißtrauisch beäugt - nicht zu Unrecht, wie man sieht:

Einen Studienbeginn der Erfurter Universität für das Wintersemester 1997 verlangt die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Johanna Arenhövel. Der Gründungsbeauftragte Klaus-Dieter Wolff hatte ihn vorige Woche für 1998 angekündigt. Auf Kritik stößt auch die Formulierung im Koalitionsvertrag, der Aufbau der Erfurter Universität dürfe nicht den Ausbau bestehender Hochschulen beeinträchtigen. Dies erzeuge Unsicherheit bei den Erfurtern und beim Wissenschaftsrat, so Arenhövel. Es gehe nicht an, daß mit dieser Allgemeinklausel anderen Universitäten ein Mittel zur Verfügung stehe, durch immer weitergehende Forderungen die Uni Erfurt zu verhindern." (*Thüringer Allgemeine*, 9.5.1995)

Die Katze ist aus dem Sack. Frau Arenhövel, Arzthelferin und Altenpflegerin, will es wissen. Klartext:

Wir vergessen alles bisher Gesagte. Für Erfurt sind wir auch bereit, andere Hochschulen zu opfern. Hauptsache, das Hauptstädtchen des Ländchens kriegt seine Universität (für die das strategische Konzept immer dürftiger und verwaschener wird). Und - Schon im Rheinland-Pfälzischen hat unser Ministerpräsident Universität auf Universität gegründet. Hört man da Klagen?

Aber wie machen wir das?

Der Koalitionspartner hilft. In diesen Tagen werden die Hochschulen ins SPD-geführte Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur einbestellt, um ihnen die Visionen für den Ausbau 1996 nahezubringen:

| | |
|---|---|
| TU Ilmenau | 30...40 Stellen |
| FSU Jena | 100 Stellen im technischen Bereich |
| PH Erfurt | 138 Stellen |

Nicht viel, aber auch nicht schlecht, mag man sagen. Aber natürlich handelt es sich um Abbau. Alles in allem knapp 300 Stellen, die man bestehenden Hochschulen wegnimmt, ihren Spielraum für den zugesicherten Ausbau stetig auf unter

Null haltend. Wer glaubt da noch, daß bei steigenden Studentenzahlen Stellen wiederkommen?

Die Universität Erfurt, vor knapp zweihundert Jahren mangels studentischem Interesse geschlossen, wird im Zwielicht der Einflußnahme von Lokalmatadoren wiedergeboren. Kein gutes Omen.

*(Guru, Studentenzeitung der TU Ilmenau, 34/8.5.1995)*

# Thüringen on air

## Der Oldie: hsf-studentenradio der TU Ilmenau sendet seit 1950

Es war im Mai 1950, als die Worte „Hier spricht der Betriebsfunk der Ingenieurschule!" hinter einer Wolldecke zum ersten Mal ins Mikrofon der Betriebsfunkanlage gesprochen wurden. Die ersten Sendungen wurden im Schulgebäude mit Begeisterung aufgenommen. Währenddessen waren einige Studenten dabei, ihren monatelangen Bemühungen zum ersten Erfolg zu verhelfen.

Die Technik war von Anfang an professionell ausgerichtet: Ausgemusterte Teile aus dem Rundfunk, vom Mikrofon über Verstärker und Regler bis hin zu Bandmaschinen (vieles davon stammte aus den Gründerzeiten der Mitteldeutschen Rundfunk AG Leipzig) bildeten die Arbeitsgrundlage für den Hochschulfunk, wie das Kind ab 1953 hieß. Da Rundfunktechnik in der DDR kaum zu beschaffen bzw. sehr teuer war, waren einige der Geräte auch noch bis 1993 in Betrieb.

Redaktionell wurde der Hochschulfunk von Anfang an von begeisterten Studenten getragen. Themen, die die Hochschulpolitik betrafen, konnten in kürzester Zeit aufgegriffen werden, ebenso spielte die Bildung eine entscheidende Rolle im Programm. Aber auch als Ratgeber war der hsf bekannt und beliebt. Mißstände wurden „ans Tageslicht gebracht" auch wenn man sich dabei mal den Mund verbrannte.

Die verantwortlichen ehrenamtlichen Leiter des Hochschulfunks waren zu DDR-Zeiten in den ersten Jahren freilich immer von der SED-Organisation der Hochschule bestimmt bzw. später dann zumindest nach ihrer Wahl gebilligt worden. Allerdings stellte dies insofern kein Problem dar, als thematische bzw. inhaltliche Einschränkungen sich - wenn überhaupt - nur durch die Schere im eigenen Kopf auswirkten.

Im Laufer der Jahre betätigten sich auf diese Weise immer 20 bis 30 Studenten im hsf, in schlechten Zeiten kam man auch mit fünf bis zehn über die Runden. Entsprechend unterschiedlich war auch das Programmangebot: Während in Spitzenzeiten ein werktägliches Mittagsmagazin eine Stunde live produziert und in der Mensa über Lautsprecher (!) ausgestrahlt wurde, gab es auch Tiefs, in denen



die Hörer mit einer halben Stunde pro Woche vorlieb nehmen mußten, empfangbar nur über Diodenbuchse (jetzt sagt man wohl DIN-Buchse) in einigen von den Hochschulfunkern in Eigeninitiative verkabelten Wohnheimzimmern. Seit Mitte der siebziger Jahre schließlich die neue Mensa der TU Ilmenau eröffnet wurde, gibt es bis zum heutigen Tag einen kontinuierlichen Sendebetrieb mit zwei bzw. drei wöchentlichen Kurzmagazinen, die - immer noch über Lautsprecher - in die einzelnen Säle übertragen werden. Inhalte sind nach wie vor interessante Themen aus dem Hochschulalltag, der Bildungspolitik, der Stadt und der Region, bunt gemischt mit Veranstaltungsservice und Musik. Diese Sendungen sind jedoch vorproduziert und werden während der Mittagspause mehrfach wiederholt, was auch ein recht strenges Reglement voraussetzt.

Die Hochschule selbst sorgte bis ins Jahr 1990 für die finanzielle Grundlage, d.h. die Beschaffung von Verbrauchsmaterial sowie für notwendige technische Investitionen. Da vom Redakteur bis zum Chef alle ihre Arbeit ehrenamtlich durchführten, entstanden keine Personalkosten. Dieser Geldstrom jedoch versiegte mit der deutschen Währungsunion, und es entstand die Rechtsform eines eingetragenen Vereins auf gemeinnütziger Basis. Die nötigen Finanzmittel werden nun in erster Linie über Fördermittel und Spenden beschafft (auch Sachspenden, z.B. ausgemusterte Studiotechnik).

Im Jahre 1990 betätigte sich der Hochschulfunk auch mehr und mehr im TV- bzw. Videobereich, woraus schließlich ein eigener Fernsehtext entstand. Zur Verbreitung nutzte man das vorhandene universitätseigene Breitbandkabel, an das alle Wohnheimzimmer zum Zwecke des Fernsehempfangs angeschlossen waren (bis heute wohnt auch noch ein Großteil der Studenten in den Wohnheimen auf dem Campus). Das hsf-TV war geboren und erfreute sich binnen kürzester Zeit großer Beliebtheit. Veranstaltungshinweise, Studieninformationen, Vorlesungsangebote, Mitfahrservice, Kleinanzeigen und vieles mehr wird über das technisch mehrfach überarbeitete hsf-TV verbreitet.

Parallel arbeiten aber auch einige Hochschulfunker an einem Konzept für ein neues Radio. Warum sollte man über das Breitbandkabel nur ein „Fernsehprogramm" verbreiten, wenn die Ursprünge des hsf doch im Ton zu finden waren? Im Juni 1991 war es soweit: die erste hsf-Tuesday-Night" wurde per Kabel in die Wohnheime gesendet, ein vierstündiges Programm zum Dienstagabend mit Infomagazin, Talkrunde mit Studiogästen und Musikspecial.

Auf diesen „drei Beinen" steht das hsf-studentenradio bis heute, was aber noch fehlte, war das „richtige Radio", also auch endlich On Air und für alle. Das neu geschaffene Thüringer Privatrundfunkgesetz läßt jedoch lokalen Rundfunk bis jetzt nicht zu. Trotzdem konnte der hsf im Mai 1993 erstmals im Rahmen eines internationalen Studentenfestivals in Ilmenau ein eigenes Programm gestalten, das als Betriebsversuch zu „kleinem Rundfunk" von der Thüringer Landesanstalt für privaten Rundfunk (TLR) lizensiert und über eine UKW-Sendeanlage der Telekom abgestrahlt wurde.

Eine Woche lang wurde von 35 aktiven und „Alt"-Hochschulfunkern rund um die Uhr ein Radio mit hohem journalistischen Anspruch für die Festivalteilnehmer, die Studenten und die Einheimischen gestaltet, und das mit großem Erfolg.

Aufbauend auf den dabei gewonnenen Erfahrungen strebt das hsf-studentenradio mit der anstehenden Novellierung des Thüringer Privatrundfunkgesetzes die Erlangung einer Lizenz als nichtkommerzieller Rundfunkveranstalter an. Technische Heimstatt des hsf ist seit 1993 das neue Studio des Bereiches Elektronische Medientechnik, das zu einem wesentlichen Teil auch durch das Studentenradio mit aufgebaut wurde. Um einen künftigen eigenständigen Sendebetrieb - auch in umfangreicherer Form und eventuell mit Beteiligung interessierter Bürger aus der Stadt - realisieren zu können, wird unter dem Dach des Studentenwerkes und der TU Ilmenau in Eigeninitiative ein moderner, für ein studentisches bzw. nichtkommerzielles Radio bisher einmaliger Sendekomplex aufgebaut.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des hsf-studentenradios werden - ob On Air oder weiterhin im Kabel - aktiv bleiben. Grund genug gibt es allemal, und um das zu verstehen, muß man nur einmal seine Radioskala langsam von links nach rechts durchdrehen...

***Kathrin Lichtenberg (Ilmenau)***

*(Bunte Lawine, Berlin, 1.5.95)*





# Universität Rostock: Zum Verfahren bei Neu- und Wiedereinstellungen

In der Folge der Stellungnahme „Opfer und Versöhnung" im Koalitionspapier der die Landesregierung tragenden Parteien sowie der allgemeinen Diskussion über mögliche oder nötige „Schlußstriche", ist auch an der Universität Rostock Unsicherheit darüber enstanden, wie gegenwärtig und künftig die Frage „persönlicher Eignung/ Belastung" bei Neu- und Wiedereinstellungen zu behandeln ist. Auf Antrag einer Gruppe von Senatoren, die auch Mitglieder der Ehrenkommission sind (Vorlage II/94 für die Sitzung am 4.1.1995), hat der Senat beschlossen, eine Arbeitsgruppe mit der Aufgabe zu betrauen, dem Senat einen Vorschlag über Kriterien bei der Neu- und Wiedereinstellung vorzulegen. Die Arbeitsgruppe hat sich mit dem Dezernat für Personalangelegenheiten abgestimmt und ist in einer gemeinsamen Besprechung am 25.1.1995 zu dem Ergebnis gekommen, daß kein Handlungsbedarf bezüglich der Erstellung zusätzlicher Kriterien besteht. Nach der Rechtslage und der Einstellungspraxis der Universität ist gewährleistet, daß auch weiterhin die persönliche Eignung bei Neu- und Wiedereinstellungen berücksichtigt wird.

In Anbetracht der angesprochenen Verunsicherungen empfahl die Arbeitsgruppe, daß sich Rektor und Kanzler mit einer Klarstellung der juristischen Lage und einer Stellungnahme zur Gesamtpolitik an die Universitätsöffentlichkeit wenden sollten, die wir ihnen hiermit zur Kenntnis geben:

1. Die Universität stimmt der im Koalitionspapier angedeuteten Linie zu, nach der unter Berücksichtigung des Grundsatzes „Die Zeit heilt Wunden" auch weiterhin Einzelfallprüfungen notwendig sind.

2. Dieses kann nicht mit einem undifferenzierten „Schwamm drüber" gleichgesetzt werden, das rechtlich unzulässig, moralisch unbefriedigend und hochschulpolitisch unerwünscht ist.

3. Vielmehr finden wie bisher umfassende Einzelfallprüfungen unter Berücksichtigung: Insbesondere der im Rahmen des Ehrenverfahrens gemachten Angaben, eventuell vorhandener früherer Empfehlungen einer Ehrenkommission und aktueller Erkennt-

nisse (z.B. Auskünfte der Gauck-Behörde) statt. Es wird eine Gleichbehandlung von Personen, die frühzeitig (freiwillig, im Wege eines Vergleichs oder im Wege der Kündigung) die Universität verlassen haben mit den Personen angestrebt, bei denen Zweifel an der persönlichen Eignung erst in neuerer oder neuester Zeit offenbar geworden sind. Wer im Ehrenverfahren falsche Angaben gemacht hat, darf jetzt nicht milder behandelt werden als vor zwei Jahren.

4. Die Punkte 1 bi 3 gelten auch für Einstellungen, die aus Drittmitteln finanziert werden.

Diese grundsätzliche Linie, die darauf beruht, daß die Frage persönlicher Eignung nicht eine Frage der Jahreszahl ist, stimmt mit den Kriterien überein, die von der Universität bei Neu- und Wiedereinstellungen zu beachten sind und beachtet werden. Sie lauten, wie das Dez. 4 zur Klarstellung mitteilt:

5. Der Einstellung von Mitarbeitern an der Universität Rostock geht in der Regel ein Bewerbungsverfahren voraus, an dem jeder teilnehmen kann. Im Rahmen dieses Bewerbungsverfahrens werden die fachliche und die persönliche Eignung der jeweiligen Bewerber durch die Fachvorgesetzten im Einvernehmen mit dem Dienstvorgesetzten und den Personaldezernaten geprüft.

6. Allgemeiner Maßstab für alle Neueinstellungen sind die landeseinheitlichen Kriterien (Landesbeamtengesetz, Landeshochschulgesetz sowie Landesverfassung und Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland) und die im Einzelfall von den Dienstvorgesetzten umgesetzten Empfehlungen der Ehrenkommission, soweit für die einzelnen Bewerber ein Ehrenverfahren bereits durchgeführt wurde.

7. Gemäß § 130 Landeshochschulgesetz erfolgt bei allen Neueinstellungen von wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern auf Haushaltsstellen die Prüfung der persönlichen Eignung durch die Zentrale Personalkommission (ZPK). Bei Neueinstellungen des nichtwissenschaftlichen Personals erfolgt eine Regelanfrage direkt bei der Gauck-Behörde. Dieses Verfahren ist durch den letzten Erlaß des Kultusministeriums vom Dez. 1994 nochmals bestätigt worden. Die Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung hat insoweit keinen Einfluß auf dieses Verfahren.

8. Die von den Bewerbern auf wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter-Stellen auszufüllenden Fragebögen werden von den zuständigen Personaldezernenten der Zentralen Personalkommission zugestellt. Sollte die Empfehlung der ZPK zum vorgesehenen Beginn der Arbeitsaufnahme nicht vorliegen, wird der Arbeitsvertrag „vorbehaltlich der Empfehlung der ZPK und der Auskunft des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen" geschlossen.

9. Bei vorgesehenen Berufungen von Professoren werden die entsprechend ausgefüllten Fragebögen mit der Berufungsliste dem Kultusministerium zugeleitet. Die erforderliche Zusammenarbeit mit der ZPK wird dort geregelt.



10. Für Professorenvertreter, Lehrbeauftragte, Drittmittel-Beschäftigte (incl. Stiftungen) und ABM-Kräfte erfolgt die Regelanfrage durch die Personaldezernate direkt bei der Gauck-Behörde.
Lehraufträge werden bei einer Empfehlung ab Stufe 5 grundsätzlich nicht erteilt, die Entscheidung trifft im Rahmen einer Einzelfallprüfung der Rektor.

Bis zum 31.12.1996 findet für jeden Bewerber um eine Stelle des wissenschaftlichen oder künstlerischen Personals ein Verfahren zur Prüfung der persönlichen Eignung des Bewerbers vor der zentralen Personalkommission statt. Bei Stellen des nichtwissenschaftlichen Personals erfolgt eine Regelanfrage bei den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Die Universität Rostosck wird deshalb diejenigen Bewerber, denen wegen einer nachgewiesenen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit bzw. wegen Nichtangabe einer derartigen Tätigkeit gegenüber dem Dienstvorgesetzten (Vertrauensmißbrauch) gekündigt wurde, vor Ablauf des 31.12.1996 bei den Auswahlbeurteilungen zur Stellenbesetzung nicht berücksichtigen; die Universität Rostock wird die Vorgehensweise für die Zeit ab dem 1.1.1997 im Laufe des Jahres 1996 in Abstimmung mit dem akademischen Gremium festlegen.

***Prof. Dr. Gerhard Maeß, Rektor - Joachim Wittern, Kanzler***

*(Rostocker Universitätszeitung 2/1995)*

## Senat der Universität Rostock: Für den Erhalt der Zahnmedizin und der prophylaktischen Fächer

Der Senat der Universität Rostock widerspricht der Empfehlung des Medizinausschusses vom 22. Februar 1995, den Studiengang Zahnmedizin in Rostock zu schließen und das Institut für Arbeitsmedizin sowie das Institut für Gesundheitswissenschaften mit den beiden Abteilungen Sozialmedizin und Hygiene aufzulösen. Mit dieser Empfehlung zur Liquidierung der Zahnmedizin in Rostock hat der Wissenschaftsrat seine Empfehlung aus dem Jahre 1991, die Zahnmedizin in Greifswald nicht fortzuführen und sie in Rostock aufzubauen umgekehrt. Dafür gibt es keine überzeugenden Gründe. Neutrale zahnärztliche Sachverständige haben 1994 die Rostocker Zahnmedizin, die älteste Einrichtung dieser Art in Deutschland, als vorbildliche Einrichtung für For-

schung und Lehre bewertet. Rostock wurde als bevorzugter Standort für die Zahnmedizin in Mecklenburg-Vorpommern bezeichnet. Begründet wurde dies mit
- der größeren Akzeptanz bei den Zahnmedizinstudenten
- der auch im Vergleich zu Einrichtungen der alten Bundesländer konkurrenzfähigen, modernen apparativ-technischen Ausrüstung
- dem guten baulichen Zustand
- den günstigen infrastrukturellen Gegebenheiten in Rostock.

Die Empfehlungen des Medizinausschusses des Wissenschaftsrates, das Institut für Arbeitsmedizin und das Institut für Gesundheitswissenschaften mit seinen beiden Abteilungen für Sozialmedizin und Hygiene in Rostock zu schließen, zeugt von einem unzureichenden Verständnis dieses Gremiums für die Bedeutung der prophylaktischen Medizin in Forschung, Lehre und medizinischer Versorgung. In der bevorstehenden Reform des Medizinstudiums und im Rahmen der gegenwärtig erfolgenden Novellierung der Approbationsordnung sowie in den Gesundheitsprogrammen der Europäischen Union, der Bundesregierung und der Landesregierungen haben gerade die auf Gesundheitserhaltung und Krankheitsverhütung orientierten Fachgebiete eine hervorragende Bedeutung.

Der Akademische Senat der Universität Rostock fordert die Landesregierung und den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern auf:
- beim Wissenschaftsrat darauf hinzuwirken, daß er im Einklang mit seiner Empfehlung aus dem Jahre 1991 der Empfehlung seines Medizinausschusses, den Studiengang Zahnmedizin und die Zahnklinik an der Universität Rostock zu schließen und die Institute für Arbeitsmedizin und Gesundheitswissenschaften aufzulösen, nicht folgt
- unabhängig von der Empfehlung des Wissenschaftsrates den bisher nicht in Frage gestellten Bestand der Zahnmedizin und der vorgenannten Institute an der Universität Rostock zu garantieren, sowie
- am Kabinettsbeschluß zur Erhaltung der Zahnmedizin in Rostock und Greifswald festzuhalten.

*(Rostocker Universitätszeitung 3/95)*



# Einsparungen an der Humboldt-Universität zu Berlin

Die Humboldt-Universität soll insgesamt 44 Professuren einsparen, 94 Stellen im Mittelbau und 72 sonstiges Personal. Die Einsparungen sollen über K.w.-Vermerke (künftig wegfallend) erreicht werden, d.h. die Stellen werden bis zum Jahre 2003 nicht wieder neu besetzt und dann gestrichen. Für den gleichen Zeitraum muß die Humboldt-Universität ihre Sachmittelausgaben um 33,3% reduzieren.

Insgesamt entspricht dies einer Sparsumme von 27,17 Millionen DM (ohne Hochschulmedizin).

Die betroffenen Bereiche:

*Einstellung:*
Pharmazie: 8 Professorenstellen/ 21 Stellen im Mittelbau

*Reduktion:*
Biologie: 3 Professorenstellen/ 9 Stellen im Mittelbau
Chemie: 5 Professorenstellen/ 15 Stellen im Mittelbau
Geographie: 1 Professorenstelle/ 2 Stellen im Mittelbau
Informatik: 2 Professorenstellen/ 4 Stellen im Mittelbau
Mathematik: 4 Professorenstellen/ 6 Stellen im Mittelbau
Physik: 4 Professorenstellen/ 10 Stellen im Mittelbau
Agrarwissenschaften: 5 Professorenstellen/ 15 Stellen im Mittelbau
Evangelische Theologie: 4 Professorenstellen/ 4 Stellen im Mittelbau
Germanistik: 2 Professorenstellen/ 2 Stellen im Mittelbau
Rechtswissenschaft: 2 Professorenstellen/ 2 Stellen im Mittelbau
Wirtschaftswissenschaften: 2 Professorenstellen/ 2 Stellen im Mittelbau
Geschichtswissenschaften: 2 Professorenstellen/ 2 Stellen im Mittelbau

Begründung Erhardts für die Auswahl dieser Studiengänge ist die hier vorhandene „überproportional gute Stellenausstattung" und ihr Angebot als Doppel- bzw. Dreifachangebot in Berlin. Zumindest beim Studiengang Agrarwissenschaften liegt Erhardt mit seiner Auswahl daneben, den gibt es nur an der HUB.

## Ein Sparpotential von 1,3 Mrd. pro Jahr

Die Berliner Verwaltung könnte um 20.000 Stellen reduziert werden.

Wenn Berlin mit Brandenburg fusionieren will, muß es bis zur Jahrtausendwende mehr als 4 Milliarden DM Defizit abbauen. Das Defizit liegt derzeit bei 7,5 Milliarden DM und

prägt entscheidend die Berliner Politik. Eine Sparrunde jagt die andere und insbesondere spart man dort, wo am wenigsten Widerstand zu erwarten ist: Kultur, Bildung, Wissenschaft und soziale Dienstleistungen.

Wie verlogen und unlogisch das ist, deckte eine Studie des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung Anfang März auf. Von Mitte 1992 bis Mitte 1993 wurden in Berlin rund 13.000 Stellen abgebaut - hauptsächlich an den Universitäten, Krankenhäusern und sozialen Dienstleistungseinrichtungen. Im gleichen Zeitraum stellten die Kopfverwaltungen der Berliner Senatsverwaltungen aber 855 neue Mitarbeiter ein, in der Hauptsache Verwaltungsbeamte zur Stärkung der ohnehin wuchernden Senatsbürokratie. Der Trend ging 1994 weiter und wird auch 1995, so die Studie, andauern. Von diesem Bürokratie-Boom hat auch die Senatsverwaltung Erhardts profitiert: An den Hochschulen wurden 1992/93 595 Arbeitsplätze abgebaut, in Jugendhäusern und Jugendheimen waren es insgesamt 1594. Im gleichen Zeitraum vergrößerte sich der Verwaltungsapparat der betreffenden Senatsverwaltungen um 426 Planstellen. Noch krasser verhält es sich bei den Krankenhäusern: Während hier 1068 Stellen gestrichen wurden, schuf man in der Gesundheitsbehörde 99 neue Stellen - zur Verwaltung der geschröpften Krankenhäuser.

Im Vergleich mit den beiden anderen deutschen Stadtstaaten Hamburg und Bremen wird Berlin zur Bürokratenhauptstadt. In Berlin kommen auf 1000 Einwohner 62 Bürokraten, beim Nachbarn Brandenburg sind es nur 21. Eine besonders üppige Personalausstattung, moniert die Studie, habe sich die politische Führung und zentrale Verwaltung Berlins zugelegt - auf 1000 Einwohner kommen 8 Polizisten, der Bundesdurchschnitt liegt bei 3 Polizisten.

Alles in allem, so das Ergebnis der Wirtschaftsforscher, habe die Berliner Verwaltung ein Überhang von 20.000 Stellen, die abgebaut werden können. Gelänge ein sozialverträglicher Abbau dieser Stellen, könnten finanzielle Mittel in Höhe von 1,3 Milliarden DM pro Jahr eingespart werden - das entspricht 1/3 des Jahresetats für Wissenschaft und Forschung in Berlin.

*(UnAufgefordert 65/10.4.1995)*



# FSU Jena: Kein statischer Zustand

## AMJ-Gespräch über den Hochschulentwicklungsplan mit dem Rektor, Prof. Dr. Georg Machnik

*291 Seiten, 750 Gramm - dieses gewichtige Dokument, offiziell „Entwurf des Hochschulplanes der Friedrich-Schiller-Universität" genannt, soll die zukünftige Richtung für unsere Universität angeben und vor dem angedrohten Stellenabbau schützen. Kann der Plan das? Der Plan ist die Grundlage für die künftige mittelfristige Entwicklung, Hochschulplan - zugleich eine Bestandsaufnahme. Die Universität befindet sich noch in der Phase des Aufbaues und der Stabilisierung. Der Plan kann daher nur ein Zwischenbericht sein.*

*Aber er entstand in einer Phase, die durch das Land Thüringen bestimmt wurde und in der es um den Abbau von Stellen geht. Wird der Plan für einige Universitätsangehörige zum Schicksalsdokument?*

Der Begriff Schicksalsdokument dramatisiert zu sehr. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, daß finanzielle Grenzen bestehen; es muß gespart werden. Die Landesregierung will unter anderem im Öffentlichen Dienst sparen und dies vor allem durch die Reduzierung von Personalkosten. Dies mag im Prinzip richtig sein, muß aber differenziert geschehen. Es können Personalstellen nicht in jenen Einrichtungen abgebaut werden, die die Grundlage einer innovativen, zukunftsorientierten Entwicklung bieten, und das ist unter anderem die Friedrich-Schiller-Universität.

*Was heißt das für die Hochschulen?*

Die Hochschuleinrichtungen als Stätten der Lehre, Wissenschaft und Forschung haben einerseits einen gewichtigen Beitrag zur Entwicklung von Wirtschaft und Industrie durch ihre Forschungstätigkeit zu leisten, andererseits den Bedarf an hochschulausgebildeten Absolventen zu erfüllen. Bei einem Abbau von Stellen, insbesondere des wissenschaftlichen Mittelbaus, wäre die dafür notwendige Leistungsfähigkeit der Universität stark gefährdet. Der Abbau der mit kw-Vermerk (künftig wegfallend) versehenen Personalstellen würde hier zu einer äußerst kritischen Situation führen. Wir begrüßen es deshalb, daß Wissenschaftsminister Dr. Schuchardt erklärt hat, daß dieser Weg nicht beschritten wird. Zunächst ist davon auszugehen, daß der gegenwärtige Stellenbestand für den Gesamtbereich der Hochschulen in Thüringen erhalten bleibt. Da jedoch in Thüringen und bundesweit der Ausbau der Fachhochschulen angestrebt wird, kann dies - bei einem insgesamt gleichbleibenden Stellenbestand - nur auf Kosten der anderen Hochschulen Thüringens gehen. Insofern ist mit einer Verminderung von Stellen zu rechnen.

*Um dem entgegenzuwirken, liegt der Hochschulentwicklungsplan vor. Doch auch er*

*enthält Prognosen, die im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter eine Reduzierung vorsehen.*

Leider wird die Stellenpolitik allgemein - nicht nur in Thüringen - an dem Zahlenverhältnis zwischen Studierenden und dem wissenschaftlichen Personal orientiert. Dieses wird den Aufgaben nicht gerecht, die die Hochschulen haben. Das hat auch Minister Dr. Schuchardt anerkannt. Beispielsweise können die Naturwissenschaften ihre Aufgaben nicht mit einem Personalbestand erfüllen, der sich nur auf die Studierendenzahlen bezieht. Wenn die Gesellschaft Forschung will - und sie fordert diese ständig und mit Recht auf sogar noch steigendem Niveau -, dann muß wissenschaftliches Personal in nennenswertem Umfang selbst da vorhanden sein, wo sich gegenwärtig nur wenige Studierende eingeschrieben haben. Wir werden aber nicht nur nach dem Staat rufen, sondern zusätzlich versuchen, die zu erwartende Stellenverlagerung durch andere Finanzierungsmöglichkeiten - sogenannte Drittmittel - abzufangen.

*Bei den bekannten Prioritäten des Ministers zugunsten angewandter Forschung hat es die Philosophische Fakultät am schwersten, sich zu behaupten. Hier hat Minister Schuchardt auch schon Überlegungen geäußert, die Lehramtsstudiengänge zu verändern. Die FSU hat im Hochschulentwicklungsplan die Möglichkeit angedeutet, die naturwissenschaftliche Lehrerausbildung, die derzeit an der FSU und der PH Erfurt betrieben wird, in Jena zu konzentrieren.*

Die Friedrich-Schiller-Universität besitzt durchaus noch eine entsprechende Kapazität. Für die Lehrerausbildung sind koordinierende und kooperative Gespräche mit der Pädagogischen Hochschule (PH) Erfurt erforderlich und bereits aufgenommen worden. Im übrigen wäre es unter dem Gesichtspunkt der Ausnutzung von Kapazitäten unsinnig, auch nur in einem einzigen Fach der FSU die Lehrerausbildung abzubrechen. Lassen Sie es mich am Beispiel der Philosophischen Fakultät verdeutlichen. Hier stehen neben den Lehramts- die Magisterstudiengänge. Sie sind inhaltlich eng aufeinander abgestimmt, so daß die meisten Lehrveranstaltungen sowohl von Magister- wie von Lehramtsstudierenden besucht werden. Stellt man einen oder mehrere Lehramtsstudiengänge ein, so müssen die Lehrveranstaltungen trotzdem stattfinden, nämlich für die Magister-Studierenden. Es wäre uns sogar möglich, noch weitere Lehramtsstudierende aufzunehmen.

*Im Hochschulentwicklungsplan wird relativ kritisch zur Universität Erfurt Stellung genommen und dies mit Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung begründet. Halten Sie den Aufbau einer weiteren Hochschule für überflüssig?*

Prinzipiell ist der Bildungswille eines Volkes legitim. Die Neugründung einer Bildungsstätte setzt aber zwingend voraus, daß dazu ein Bedarf exisitiert und ebenso, daß die Finanzierung gesichert ist. Beides erscheint uns nicht gegeben. Bis ins Jahr 2003 hinein wird die Studierendenzahl zwar steil ansteigen, und sich bis 2008 auf einem hohen Niveau halten. Danach wird es aber einen fast dramatisch zu nennenden



Rückgang geben. Die Zahl der Studienanfänger wird dann gegenüber dem Höchstniveau auf etwa ein Drittel zurückgehen. Die Neugründung wäre also nicht nur wegen der gegenwärtigen Finanzsituation unsinnig, sondern selbst bei verbesserten Finanzen in der Zukunft. Wenn die Gründung gerade fertiggestellt wäre, müßte die Hochschule wieder geschlossen werden. Im übrigen möchte ich betonen: Die zunächst steigenden Zahlen können mit dem bestehenden Hochschulsystem bewältigt werden, das nach der ausdrücklichen Aussage der Regierung ja noch aufgebaut werden soll.

*Zusammenfassend heißt das wohl, daß sich die Universitätsangehörigen keine große Angst um ihre Stellung machen müssen und es auch nicht so aussieht, als würden Bereiche oder einzelne Fächer wegbrechen.*

Wir können gewisse Befürchtungen nicht leugnen. Aber das schränkt unsere intensiven Bemühungen nicht ein, das vorhandene Studienangebot unverändert fortzuführen. Im Gegenteil, wir sind durch Minister Dr. Schuchardt aufgefordert, weitere attraktive Studiengänge anzubieten.

*Medienwissenschaften sind beispielsweise angedacht.*

Das ist zwar nur ein Beispiel, aber ein gutes. Es setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, daß die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auf eine Gesellschaftsform zuläuft, die man als Informationsgesellschaft bezeichnet. Die Kommunikationstechnik wird hier zu gewaltigen strukturellen Veränderungen führen. Diese neuartigen Kommunikationsstrukturen müssen nicht nur technisch, sondern auch geistig und kulturell bewältigt werden. Wir sind bereit, dazu in Forschung und Lehre einen entsprechenden Beitrag zu leisten. Ich möchte aber auch auf die sogenannten kleinen Fächer verweisen, die zum Bestand einer Volluniversität gehören und für uns nicht zur Disposition stehen, nur weil zur Zeit die Zahl der Studierenden gering ist. Auch insofern haben wir eher Ausbau- statt Schrumpfungspläne. Wir müssen die entwicklungsfähigen und auch die den Erfordernissen der Zeit entsprechenden Fundamente stabilisieren und ausweiten, so daß es hier zu einer positiven Entwicklung kommt. Dieses kann auch zu einer Verschiebung von Akzenten führen.

*Reichte denn die extrem kurze Zeitspanne zwischen der Aufforderung, den Plan zu erarbeiten, und dem Abgabetermin, um diese Akzente angemessen zu bestimmen?*

Die Zeit war knapp. Die etwa 290 Seiten starke Ausarbeitung eines Hochschulentwicklungsplanes kann deshalb nur als eine Vorarbeit oder als Entwurf bezeichnet werden. Was gegenwärtig vorliegt und dem Ministerium überreicht worden ist, bedarf einer zusammenfassenden Bearbeitung durch Universitätsleitung und Senat, dafür sind auch weitere Gespräche mit den Fakultäten notwendig. Im übrigen ist die Universität zu keinem Zeitpunkt in einem statischen Zustand.

*Wird es zur Überarbeitung des Planes auch Gespräche mit den Studierenden geben?*

Da die Studierenden ein integraler Bestandteil der Universität sind, ist ihre Mitwirkung sogar gefordert. Das geschieht z.B. in den gewählten Gremien.

*Glauben Sie persönlich, daß mit diesen Daten der Finanzminister überzeugt werden kann?*

Das ist nach den bisherigen Äußerungen seitens des Finanzministeriums nur mit Vorsicht zu erwarten. Daher wollen wir ihm darlegen, daß die Landesregierung nicht das Fundament zerstören darf, auf dem die zukünftige wirtschaftliche, geistige und kulturelle Entwicklung Thüringens beruhen wird.

*(Es fragte Axel Burchardt)*

*(Alma mater Jenensis 6/1995)*

# PH Erfurt-Mühlhausen: Hochschulentwicklungsplan

Bis zum 20. März 1995 hatten alle Thüringer Hochschulen Gelegenheit, ihre Vorstellungen für die anstehende Überarbeitung des Landeshochschulentwicklungsplanes dem Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur mitzuteilen. Der Senat der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen verabschiedete auf seiner Sondersitzung am 15. März einen Hochschulentwicklungsplan, in dessen Erarbeitung alle Fakultäten und Betriebseinheiten einbezogen waren. Im folgenden werden das Vorwort und die Zusammenfassung dieses Planes veröffentlicht.

## Vorwort

Mit dem im Dezember 1993 vom Thüringer Landtag verabschiedeten Gesetz zur Gründung der Universität Erfurt und den ihr zugrunde liegenden Empfehlungen des Strukturausschusses der Gründungskommission eröffnen sich für die Pädagogische Hochschule Erfurt/Mühlhausen bei einer sinnvollen Integration ihres personellen und sächlichen Potentials in die Universität Perspektiven, die ihre Qualitäten im Bereich der Lehre und Forschung in bester Weise bewahren könnten. Damit ist gleichzeitig der einzig sinnvolle Weg dieser Hochschule angesichts des allgemeinen Entwicklungstrends in Deutschland, der gegenwärtigen und prognostischen Bewerbersituation im Bereich der Lehramtsstudiengänge in Thüringen sowie der dringend gebotenen Erhaltung der vorhandenen wissenschaftlichen und materiellen Ressourcen bestimmt.

Es gibt zu dieser vorgeschlagenen Entwicklung keine sinnvollen Alternativen. Es bleibt



zu hoffen, daß die längst überfälligen Entscheidungen alsbald im Sinne des Bewahrens von Vorhandenem, insbesondere auch der mathematisch-naturwissenschaftlichen Potentiale der Hochschule getroffen werden.

In diesem Sinne ist der vorliegende Hochschulentwicklungsplan mehr eine Bestandsaufnahme und Empfehlung im Hinblick auf die Integration in die Universität Erfurt als eine eigenständige Planung in die Zukunft.

## Zusammenfassung

1. Die Hochschulstrukturkommission des Landes Thüringen hat ihre Strukturvorschläge und Berufungen auf die spätere Integration der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen in die Universität Erfurt ausgerichtet. Die PHEM hat dies z.B. durch ihre interne Neugliederung in vier Fakultäten unterstützt, die mit den Strukturvorschlägen für die Universität Erfurt kompatibel sind. Sie hat von Beginn an die Zusammenarbeit mit der Universität gesucht und ist bereit, ihre weitere Entwicklung eng mit dieser abzustimmen.

2. Die PHEM ist mit den westdeutschen Pädagogischen Hochschulen nicht vergleichbar, da sie stets forschungsorientiert war. Die überwiegende Mehrheit der Hochschullehrer sind Fachwissenschaftler, deren Forschungstätigkeit durch die entsprechende sächliche und personelle Ausstattung (und nicht nur durch Drittmittel) gewährleistet bleiben muß. Sie ist als wissenschaftliche Hochschule gemäß ThürHG von der Hochschulrektorenkonferenz anerkannt, und dem trägt auch das Promotions- und Habilitationsrecht Rechnung. Damit ist auch die Ausbildung eines eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses möglich, dem baldigst die rechtlichen Möglichkeiten zur Habilitation eröffnet werden müssen.

3. Die PHEM hat, trotz des 1990 eingeschränkten Aufgabenprofils, dieser universitären Forschungsorientiertheit und der Verknüpfung von Forschung und Lehre stets Rechnung getragen: einmal durch die Evaluation des übernommenen Personals nach universitären Kriterien, zum anderen durch die Berufungen in den neuen Fächern, die ausdrücklich im Hinblick auf die spätere „Übertragung in universitäre Strukturen" erfolgten.

4. Die PHEM hat traditionell eine praxisorientierte Lehrerausbildung verfolgt. Sie ist insofern der gegebene Ausgangspunkt für eine zukünftige Konzentration der Lehrer- aus- und -fortbildung im Freistaat Thüringen am Hochschulstandort Erfurt, zumal hier die größte Breite der Lehramtsstudiengänge bereits vorhanden ist.

5. Die seit 1990 bestehende Unklarheit über die künftige Entwicklung der PHEM und ihr Verhältnis zur Universität droht die Hochschule zu lähmen und sie bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben zu behindern. Die teilweise eher zufällig bestimmte Personalstruktur (Altersstruktur, Wegberufungen, Stellensperre usw.) führt in einigen Instituten zu erheblichen Kapazitätsengpässen, nicht zuletzt in der Lehre.

Insgesamt sind daher rasche politische Entscheidungen erforderlich, die der gesamten Hochschule wie den einzelnen Instituten eine klare Perspektive und Planungssicherheit geben. Dazu ist ein Kooperationsvertrag mit der Universität erforderlich, der die Modalitäten und den Zeitplan für die Integration der PHEM in die Universität festlegt. Die bereits praktizierte Kooperation im Bereich der Bibliotheken und der Verwaltungen sollte als erster Schritt zu einer institutionellen Verschmelzung führen und die Bündelung der Ressourcen im Interesse einer baldigen Arbeitsfähigkeit der Universität sicherstellen.

6. Unabhängig von allen anderen strukturellen Überlegungen muß in diesem Sinne eine Lösung für die mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereiche gefunden werden, die den gewachsenen Gegebenheiten wie den künftigen Ausbildungsbedürfnissen am Hochschulstandort Erfurt Rechnung trägt. Eine denkbare Lösung wäre die Einrichtung eines „Universitätszentrums für Mathematik und Grundlagen der Naturwissenschaften", das das Angebot des vollständigen Fächerspektrums im Lehramtsbereich garantiert, mathematisch-naturwissenschaftliche Lehrangebote im Nebenfach für alle Fakultäten der Universität sicherstellt, Dienstleistungen für spezielle Forschungsprojekte anbietet und die Chance zur geistig-ethischen Auseinandersetzung der Geistes- mit den Naturwissenschaften eröffnet.

*(PHEM-Report 2/95)*





# „Beratung - Innovation - Training",

**ein Kooperationsprojekt zwischen der Frauenbeauftragten der FHTW Berlin und dem Frauenpunkt Courage e.V. Berlin-Hohenschönhausen**

Durch die Strukturveränderungen in der Wirtschaft sind die Frauen in einem höheren Maße aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt worden, als ihre männlichen Kollegen. Dies betrifft alle Berufs- und Bildungsgruppen, Frauen mit und ohne Berufserfahrung. An den Hochschulen ist die Benachteiligung von Frauen, wie aus den Berichten von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hervorgeht, besonders deutlich. Deshalb ist es wichtig, ihre Präsenz zu erhöhen. Die Beispielwirkung von Professorinnen, vor allem mit naturwissenschaftlich-technischer Fachrichtung, ist für die Erhöhung der Studentinnenzahlen von großer Bedeutung.

Auf der einen Seite stehen die arbeitsuchenden Akademikerinnen mit langjähriger Berufserfahrung, aber auch Absolventinnen. Auf der anderen Seite ist das Defizit von Frauen an den Hochschulen als Professorinnen, Lehrbeauftragte, wiss. Mitarbeiterinnen u.a. Anliegen unseres Projektes ist es, einen Beitrag zur Beseitigung dieses Konfliktes zu leisten. Es hat inhaltlich zwei verschiedene Schwerpunkte:
- den Frauenberatungsservice für Akademikerinnen,
- das Innovationstraining für Akademikerinnen, insbesondere für Hochschulabsolventinnen.

Beide Schwerpunkte verbindet die gemeinsame Zielgruppe - Akademikerinnen - und die gemeinsame Zielstellung - die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, besonders an den Hochschulen zu verbessern und die Frauenpräsenz zu erhöhen.

Wie arbeitet der Frauenberatungsservice ?

Das Wichtigste ist schnelle Reaktion! Deshalb arbeiten wir mit Datenbanken. Wir nutzen das bundesweite Netz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und aktuelle Stellenausschreibungen.

Ein Fragebogen, basierend auf den Erfahrungen aus den Ausschreibungsanforderungen, soll den Bewerberinnen helfen, ihre Kenntnisse und Erfahrungen richtig zu analysieren und einzuordnen und zu einer beruflichen Zukunftsorientierung, evtl. auch Neuorientierung zu kommen.

Die Ausschreibungen werden nach den Anforderungskriterien, die bei den Fachgebieten und den Fachvertiefungsrichtungen auf der offiziellen Klassifizierung der Hochschulen beruhen, aufbereitet und damit eine Vergleichbarkeit zwischen Ausschreibung und Ausbildungsspektrum der Bewerberinnen geschaffen.

Auf diese Weise ist es möglich, in den Datenbanken in jede Richtung zu recherchieren, für eine Bewerberin eine ihrem Berufsprofil entsprechende Ausschreibung oder für eine Ausschreibung passende Bewerberinnen zu suchen.

Wenn es uns gelingt, alle Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen in unser Vorhaben einzubeziehen, können erstens die Informationen zu Stellenausschreibungen und wissenschaftlichen Projekten ohne Zeitverzögerung an geeignete Bewerberinnen weitergeleitet werden.

Wird eine Frau aktiv und schickt ihre Bewerbungsunterlagen an die Hochschule, dann bitten wir sie, eine Kopie ihres Bewerbungsschreibens an die Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragte zur Kenntnis zu geben. Wir nehmen zweitens ebenfalls Kontakt mit der Beauftragten auf und weisen auf die Bewerbung hin mit der Bitte, sich an dem Berufungsvorgang zu beteiligen. Vielleicht gelingt es uns gemeinsam, Männerdomänen aufzubrechen.

Unsere Datenbanken werden sukzessive erweitert. Zur Zeit sind 176 Akademikerinnen eingetragen. Sobald ein Fragebogen eingeht, werden die Daten in die Datenbank aufgenommen. Die Bewerberin könnte dann schon in wenigen Tagen die ersten Angebote bekommen.

Unser Frauenberatungsservice wird somit in zwei Richtungen wirksam:

aktiver Kontakt zu den Hochschulen, um Informationen zu den Ausschreibungen zu erhalten und kompetente qualifizierte Frauen zur Bewerbung zu motivieren, und

aktiver Kontakt zu den interessierten Frauen, um ihnen schnell die Ausschreibungsbedingungen zukommen zu lassen und sie für die Bewerbung vorzubereiten,

als Gesprächspartnerinnen und Ratgeberinnen.

Wie ist das Innovationstraining organisiert?

Junge Akademikerinnen mit naturwissenschaftlicher und technischer Ausbildung haben es besonders schwer, vom 1. Arbeitsmarkt angenommen zu werden. Je länger die Zeit der Arbeitssuche wird, desto geringer ist die Chance, jemals mit der erworbenen Qualifikation eingestellt zu werden. Die Gelegenheit, ihre erworbenen Kenntnisse in der Praxis unter Beweis zu stellen, wird ihnen nicht gegeben. Diesem Konflikt zu begegnen, ist das Anliegen des Innovationstrainingszentrums.

Träger des Innovationstrainingszentrums sind 7 hochqualifizierte AkademikerInnen mit langjähriger Berufserfahrung auf verschiedenen naturwissenschaftlichen und technischen Gebieten. In diesem Innovationstrainingszentrum werden junge arbeitssuchende Akademikerinnen kostenlos befähigt, Innovationen aus dem täglichen Leben, aber auch zukunftsweisende Neuheiten in Form von konkreten Produktideen zu erarbeiten. In den entsprechenden Etappen werden Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Methodik der Erarbeitung zu Innovationstechniken und zum Schutzrecht vermittelt.

Ablauf des Innovationstrainings:
1. Durchführung von Ideenberatungen unter dem Blickwinkel der besseren Bedürfnisbefriedigung in Beruf, Freizeit, Haushalt u.a.



2. Patentrecherchen
   - auf den Patentämtern
   - in der Fachliteratur
3. Marktanalysen
4. Entsprechend Ablaufplan laufen dazu parallel
   - Vorträge zum Schutzrecht,
   - zur Methodik des innovativen Herangehens,
   - Führungen im Patentamt.
5. Intensiver Erfahrungsaustausch im Team.
6. Formulierung einer anspruchsvollen Aufgabenstellung zum ausgewählten Produkt.
7. Erarbeitung von Problemlösungen mit Hilfe der Ermittlung des Standes der Technik und von Innovationstechniken.
8. Anmeldung von Schutzrechten.
9. Vermarktung

Dieses Trainingszentrum hat für junge arbeitssuchende Akademikerinnen u. a. folgende Wirkungen:
Sie können durch konkrete innovative Arbeit ihre erworbene Qualifikation unter Beweis stellen.
Das im Studium erworbene Wissen wird nicht durch „erzwungene Untätigkeit" abgebaut, sondern durch die Tätigkeit im Trainingszentrum gefestigt und ausgebaut.
Durch Aufspüren von Bedürfnissen und Engpässen in der Wirtschaft, Industrie, Umwelt und im täglichen Leben erkennen sie, wo es Innovationsdefizite gibt und tragen durch neue Produktideen mit dazu bei, diese abzubauen.
Die jungen Akademikerinnen können mittels ihrer Innovationen selbst aktiv dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, indem sie ihre Ideen
   - gegen einen festen Arbeitsplatz eintauschen
   - verkaufen
   - oder mit ihrer Idee eine eigene Existenz gründen.

Vier Absolventinnen werden bereits im Rahmen dieses Innovationstrainingszentrums betreut, sechs weitere Akademikerinnen haben ihr Interesse bekundet und werden in die Arbeit des Innovationstrainingszentrums einbezogen. Eine Teilnehmerin hat seit 1. März einen Arbeitsplatz.

Es gibt parallel viele Datenbanken, Projekte, Arbeitsgruppen und Initiativen, die analoge Zielstellungen haben. Wir würden uns freuen, wenn diese mit uns Kontakt aufnehmen und wir kooperativ zusammenarbeiten könnten. Nur wenn wir einander kennen, können wir einander nützen.

**Kontaktadressen:**

Frauenpunkt COURAGE e.V., Ansprechpartnerinnen: Frau Minuth, Frau Cujass, Grevesmühlener Str. 16, 13059 Berlin, Tel. 030 / 50 19 26 87, Fax 030 / 50 19 27 02

Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Ansprechpartnerin: Frau Dr. Engel (Frauenbeauftragte), Sitz: Wustrower Str. 18, Tel. 030 / 9 22 00 50, Geschäftszeiten: Mo - Do 9 - 15 Uhr, Frei 9 - 12 Uhr

# STIPENDIUM

Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina fördert in den nächsten Jahren mit Mitteln, die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung und Technologie bereitgestellt werden, über die Vergabe eines **Förderpreises** leistungsfähige

**Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den neuen Bundesländern,**

die bereit sind, auch in Zukunft mit ihrem Wirken zur Gestaltung der Wissenschaftslandschaft in den neuen Bundesländern beizutragen. Es ist damit eine Unterstützung zukunftsträchtiger wissenschaftlicher Projekte in den neuen Bundesländern beabsichtigt sowie eine Stärkung hier tätiger Forschungsgruppen.

Das Förderprogramm ist begrenzt auf naturwissenschaftliche und medizinische Fachgebiete einschließlich eng angrenzender Fächer (z.B. Wissenschaftsgeschichte, theoretische Informatik, Umweltforschung etc.).

Eine Preiszuerkennung ermöglicht

- die finanzielle Absicherung eines 6-monatigen Forschungsaufenthaltes an einer herausragenden Institution in einem der alten Bundesländer, in Westeuropa oder USA durch Vergabe eines monatlichen Stipendiums in Höhe von 3000,- DM (Ledige) bzw. 3500,- DM (Verheiratete) an den Preisträger

- während weiterer 6 Monate die Zuwendung von Sachmitteln zur Anschubförderung des Projektes vom Preisträger und seinem Team an der Heimatinstitution.

Bewerbungen um Zuerkennung des Leopoldina-Förderpreises werden laufend entgegengenommen und sind zu richten an die

Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina
Postfach 1127
D 06019 Halle/Saale.

Eine Bewerbung sollte enthalten:
- Formlose Antragstellung an den Präsidenten der Akademie Prof. Dr. Parthier,
- Projektskizze der zur Förderung vorgesehenen Forschungstätigkeit des Bewerbers und ggf. seines Teams,
- eine darauf bezogene Stellungnahme des Leiters der Einrichtung,
- begründete Angabe der zum Gastaufenthalt vorgeschlagenen Institution und des dort vorgesehenen Betreuers mit Darlegung des Standes hierzu bestehender Kontakte sowie ein Arbeitsprogramm für den halbjährigen Gastaufenthalt,
- tabellarischen Lebenslauf mit Bezug auf den wissenschaftlichen Werdegang sowie Angaben von früheren und vom jetzigen Anstellungsverhältnis und dessen Perspektive,
- Publikations- und Vortragsliste sowie Kopien von Dokumenten, die Aufschluß über die wissenschaftliche Qualifikation oder der Befähigung des Bewerbers geben.

Weitere Informationen zum Leopoldina-Förderpreis können von Herrn Dr. Riedel, Telefon und Fax (0345) 202 49 63 eingeholt werden.



# GELESEN

**Kai Hafez: Orientwissenschaft in der DDR. Zwischen Dogma und Anpassung, 1969-1989 (= Schriften des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg und der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, Freie Universität Berlin), Deutsches Orient-Institut, Hamburg 1995, II u. 548 S., ISBN: 3-89173-038-1, DM 68,-.**

Wenngleich es an Darstellungen zur Geschichte der DDR der verschiedensten Genres nicht mangelt, ist bislang die Wissenschaftsgeschichte des ostdeutschen Staates nur relativ selektiv „aufgearbeitet" worden. Von den Geistes- und Sozialwissenschaften fand die Historiographie bislang die meiste Aufmerksamkeit. Die Arbeiten hierüber entspringen in der Mehrheit den Federn westdeutscher Historiker, also der bis 1989 ausgemachten und immer wieder betonten Gegner in der wissenschaftlichen und ideologischen Auseinandersetzung. Da sich die DDR-Geschichtswissenschaft in der „Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft" definierte und zum großen Teil auch profilierte, sind die heutigen Wertungen und Handlungen der westdeutschen Kollegen im Verdrängungsprozeß nach der deutschen Einheit zwar nur allzu sehr verständlich, haben jedoch wenig mit der Realität und mit einer objektiven Bewertung eines mehr oder minder wichtigen Kapitels aus der deutschen Wissenschaftsgeschichte zu tun.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich eine Diskussion um die Frage entwickelt, wer denn nun moralisch befugt und wissenschaftlich kompetent sei, sich mit der Wissenschaftsgeschichte der DDR auseinanderzusetzen. Die Insider oder die Outsider? Und es scheint sich die alte Erfahrung der Menschheit auch im Falle des untergegangenen deutschen Staates zu bewahrheiten, daß nämlich die Geschichte immer von den Siegern nach Beendigung einer Konfrontation, und der Kalte Krieg war nicht eine der geringsten und unwichtigsten in der Menschheitsgeschichte, geschrieben wird.

Nicht viel anders ist es mit der nun vorliegenden Geschichte der Orientwissenschaft in der DDR. Jedoch muß auch der schärfste Kritiker der Aufarbeitung der DDR-Geschichte durch Outsider dem in Hamburg arbeitenden Verfasser Kai Hafez ein Höchstmaß an Objektivität und guten Willen bescheinigen. Ob er wirklich die Realität der Orientwissenschaft der DDR mit all ihren Erfolgen und ihrem Versagen, ihren Fehlern und Versäumnissen, ihren Schwierigkeiten und Leistungen, ihren selbst oder von der Obrigkeit diktierten Grenzen angemessen erfaßt hat, bleibt auch bei so einem voluminösen Werk zu bezweifeln. Die Bemühungen dies alles zu erfassen, sind indes unzweideutig vorhanden.

Die Ambivalenz bei der Beurteilung des vorliegenden Buches wird schon im Titel deutlich. Da gemeinhin vom Westen aus

die einzelnen Wissenschaftsdisziplinen der DDR als zentralistisch, einheitlich und wie eine graue Masse betrachtet werden, wäre ein Titel wie „Orientwissenschaft der DDR" durchaus denkbar gewesen. Da es aber keine Orientwissenschaft, wie auch keine Asienwissenschaft, Afrikawissenschaft oder Lateinamerikawissenschaft *der* DDR gab, wird hier allein schon in der Wahl des Titels das Bemühen des Autors um eine objektive Bewertung der DDR-Orientwissenschaft deutlich. Allerdings entgeht Hafez nicht der Gefahr, in seinen Ausführungen desöfteren Äußerungen einzelner Orientalisten der DDR, so schmeichelhaft dies für die Betroffenen auch sein mag, als die „Sicht der DDR-Wissenschaft" (etwa S. 355) zu bezeichnen.

Problematisch sind die inhaltlichen Zäsuren im Untertitel. Denn Hafez hat in seiner Untersuchung gezeigt, daß es mehr in der DDR-Orientwissenschaft gab, als man mit „Dogma" und „Anpassung" charakterisieren kann, auch wenn Hafez lediglich unter Dogma „die staatlich gebotene Überordnung der Ideologie über die rationale und empirische Erkenntnis" versteht und unter „'Anpassung' die vor allem in den achtziger Jahren sichtbare partielle Entideologisierung und Annäherung der ostdeutschen Wissenschaft an innovative Forschungsansätze, wie sie sich außerhalb der realsozialistischen Staatsmacht hatten entfalten können" (S. 2).

Die von einer großen Belesenheit und einer überdurchschnittlichen Quellenkenntnis zeugende Arbeit wurde als Dissertation eingereicht. Sie soll, so der Verfasser, dazu beitragen, die ausgemachte mangelnde Bereitschaft zu aktivieren, „44 Jahre trennende Geschichte neu zu schreiben" (S. II).

Gewählt hat Hafez für seine Untersuchung sieben Kapitel. Im Mittelpunkt steht die gegenwartsbezogene Orientwissenschaft. Die sogenannte klassische Orientalistik an der Martin-Luther-Universität in Halle wird nur am Rande behandelt. Regionale Schwerpunkte bilden die Staaten der Arabischen Liga sowie Iran und Türkei. Im ersten Kapitel gibt er einen guten Überblick über die Geschichte der Orientwissenschaft im Spiegel der Außenpolitik der DDR und zieht den Bogen von der „Entdeckung der Entwicklungsländer" bis zur „Entwicklungspolitischen Defensive und 'Neues Denken'". Völlig neu ist dem Rezensenten - und wird später auch vom Verfasser selbst korrigiert - daß die Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin, ähnlich wie die SED-Institutionen oder das Institut des Außenministeriums, als „Leitorgan" der SED für Orientwissenschaften galt. Da scheint der Autor einem, sicherlich weithin verbreiteten Klischee verfallen zu sein.

Im zweiten Kapitel werden, wie auch in den meisten anderen, übersichtlich in mehreren Unterkapiteln gegliederten Komplexen, die „Funktion und Struktur der Orientwissenschaft im real-sozialistischen System der DDR" dargelegt. Wie schwierig die Thematik und wie verdienstvoll letztlich das Unterfangen des Autors ist, macht der Abschnitt über Zensur deutlich. Hier wird leider nur auf nicht genannte anonyme Gutachter im ZK-Apparat oder im Außenministerium verwiesen sowie auf eine nicht näher bestimmte „Selbstzensur". Interessant wäre aber doch nun gewesen zu erkunden, warum, nach welchen Maßstäben oder durch welche Vorgaben gebunden eine Zensur im Einzelfall (nicht im großen Rahmen, weil ohnehin hinlänglich bekannt) durch führende Orientalisten erfolgte, die Hafez ja zum großen Teil für sein Buch interviewte. Hier hätte er Verantwortung, zugegebener Maßen auf einem kleinen Gebiet der DDR-Geschichte, deutlich machen können, statt die Mär von den nebulösen Verantwortlichkeiten zu nähren.

In diesem Abschnitt ist auch folgende Aussage zu finden: „Die gegenwartsbezogene Orientwissenschaft beschäftigte sich als Qualifizierungs- und Interzessionsinstrument der Außenpolitik vorwiegend mit streng observierten Fragestellungen" (S. 119). Der erste Teil der Aussage trifft zweifellos zu, über den zweiten ließe sich trefflich streiten. Welche Fragestellungen sind denn gemeint? Die publizierten? Aber auch unterhalb der Publikation wurde in mehr oder minder starker Abgeschiedenheit diskutiert, auf Konferenzen, in Lehrveranstaltungen und in Vorträgen Fragen aufgeworfen, die sich keiner gewagt hätte zu publizieren. Und Fragen zu stellen, hatte keiner in der DDR ein Verbot. Diese wurden auch gestellt und selbst Auswege aus dem Dilemma versucht zu finden: etwa an der Akademie der Wissenschaften durch Gesprächskreise, Vortragsreihen (z.B. „Orientgespräche") oder regelmäßig tagende Stammtische in aufgelockerter Atmosphäre. Um dies alles zu erfassen, hätte der Verfasser sich eben nicht nur an den ehemals führenden Vertretern der Orientwissenschaft in der DDR orientieren dürfen. Mit Sicherheit wäre auch ein Blick in die relevanten Archive von Nutzen gewesen.

Von besonderem Interesse sind im Hauptteil der Arbeit ohne Zweifel die statistische Auswertung der Zeitschrift „Asien-Afrika-Lateinamerika" von 1973 bis 1989 und die Analyse der gesellschaftstheoretischen Implikationen der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie und der DDR-Entwicklungstheorie.

Von Kapitel 3 bis 7 werden spezielle Themen aus den publizierten Ergebnissen der DDR-Orientalistik untersucht. Im Mittelpunkt stehen dabei u.a. der „Klassen"-Begriff, arabischer Nationalismus und Sozialismus, arabische Kommunisten, ökonomische Entwicklungen, der politische Islam, der Nahostkonflikt, die Frauen in den orientalischen Gesellschaften sowie die Kultur. Den einzelnen Abschnitten wurden unterschiedlich gewichtete Aufmerksamkeit und somit Platz in der Darstellung eingeräumt. Insbesondere an diesen Ausführungen wird das Bestreben des Verfassers deutlich, sich objektiv mit den Ergebnissen der DDR-Forschung und -Publizistik auseinanderzusetzen.

In der Zusammenfassung geht Hafez auf die Ergebnisse seiner Studie noch einmal explizit ein. Er hebt hervor, daß die gegenwartsbezogene Orientwissenschaft der DDR keine „Orchideendisziplin", die sich mit „exotischen" Regionen von peripherer politischer Bedeutung beschäftigte, gewesen ist. Sie entwickelte sich vielmehr seit den fünfziger Jahren zu einem außenpolitischen und in geringerem Maße auch gesellschaftspolitischen Gestaltungsinstrument der SED und des ostdeutschen Staates. Dabei hebt Hafez die Rolle der Sowjetunion hervor.

„Abweichend von den bisherigen Analysen der ostdeutschen Wissenschaft... ist die vorliegende Untersuchung zu dem Ergebnis gelangt", so das Resümee des Autors, „daß sich die 'area studies' nicht in eine prinzipielle Aufgabenteilung fügten, derzufolge die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften vor allem der Propaganda innerhalb der DDR, die Naturwissenschaften hingegen auch der internationalen Systemkonkurrenz dienten... Die Regionalwissenschaften besaßen durch ihre Beschäftigung mit der außereuropäischen Welt eine Sonderstellung unter den Gesellschaftswissenschaften, die sie allenfalls mit der Imperialismusforschung teilten..." (S. 403)

Die Analyse von Hafez, so bestechend sie auch sei, weist an nicht wenigen Stellen auch gravierende Mängel auf, die selbst ein Outsider hätte vermeiden können. So betrachtet und wertet er alles aus einer Sicht von heute. Er legt Maßstäbe an und setzt Erkenntnisstände voraus, die sich jedoch aus westlichen Theorien und erst zeitlich verschobenen Einsichten ergeben können. Der Gefahr hätte der Verfasser entgehen können, wenn er etwa den seinerzeitigen internationalen Forschungsstand stärker als Meßlatte genommen und beachtet hätte, daß ja gerade in Auseinandersetzung mit der „bürgerlichen Orientwissenschaft" die Theoriebildung in der DDR erfolgte. In der Bewertung hätte auch berücksichtigt werden können, ja müssen, daß für die ostdeutschen - im Gegensatz zu den westdeutschen - Orientalisten allein schon durch die Schwierigkeiten der Literaturbeschaffung ein „Hinterherhinken" unausbleiblich war. Kann man diesen auch bei anderen Wissenschaftsdisziplinen oft zu beobachtenden „kognitiven Rückstand" dem Wissenschaftler heute anlasten?

Recht akzentuiert trägt der Verfasser in seiner Schlußbewertung in fünf Thesen die Ergebnisse seiner Arbeit vor. Eine noch komprimiertere Zusammenfassung für diese Rezension fällt schwer, soll aber dennoch versucht werden.

1. Die DDR-Orientwissenschaft war weder eine reine Ansammlung marxistisch-leninistischer Dogmen noch eine kritisch-rationale Wissenschaft. Man kann ihr ein gewisses Maß an Professionalität nicht absprechen und sie hat somit (oh, wie nett!) „einen Platz in der deutschen Orientalistiktradition zu beanspruchen" (S. 418).

2. Die DDR-Orientwissenschaft hat sowohl systemstabilisierend gewirkt als auch in gewissem Maße zu den 1989 eingetretenen Veränderungen beigetragen.

3. Trotz der Diskontinuitätsmomente der Forschung sind die Ergebnisse der ostdeutschen Orientwissenschaft weniger in wissenschaftlicher Hinsicht als vielmehr als Fundus der DDR-Geschichte von fortgesetztem Interesse. (Damit steht Hafez allerdings in gewissem Maße im Widerspruch zu seiner ersten These).

4. Für die Einschätzung der Bedeutung der ostdeutschen Orientwissenschaft für die Gegenwart sollte zwischen „intellektueller Folgenlosigkeit der vergangenen orientwissenschaftlichen Forschung" einerseits und der Sachkompetenz ostdeutscher Wissenschaftler andererseits unterschieden werden. „Nicht die politisch motivierte wissenschaftliche Publizistik, sondern der professionelle Bildungshintergrund der Orientwissenschaftler, ihre Sach- und Sprachkompetenz rechtfertigen ein hohes Maß an personeller Kontinuität in der Wissenschaftslandschaft der ehemaligen DDR, die derzeit unter westdeutschen Auspizien transformiert wird". (S. 419) (Leider kommt diese Einschätzung für viele Orientalisten der ehemaligen DDR zu spät! Für andere hoffentlich nicht zu spät!).

5. Für die Beurteilung einer Wissenschaftlerpersönlichkeit ist neben fachlicher Kompetenz die Beschaffenheit des Berufsethos ein sinnvolles Kriterium. Die Orientwissenschaft der DDR kannte „keine Rebellen, die Tabubereiche zu durchbrechen versuchten". Wer allerdings „am Anfang der achtziger Jahre den politischen Islam nicht überdachte oder am Ende des Jahrzehnts Demokratie und autozentrischen Kapitalismus im Nahen Osten und Nordafrika nicht einmal erwog, der gehörte aus ideologischer Überzeugung, Opportunität oder übertriebener Vorsicht zur wissenschaftlichen Orthodoxie und verzichtete aus freien Stükken auf einen Teil seiner Kritikfähigkeit". (S. 420)

Im Anhang des Buches befinden sich u.a. Interviews mit führenden Orientwissenschaftlern der DDR, ein beeindruckendes Quellen- und Literaturverzeichnis, Tabellen und Schaubilder.

Der besprochene Band gehört zweifelsohne zu den besten Werken eines Outsiders der DDR-Wissenschaft, der sich ehrlich bemühte, eine Insider-Sicht zu erlangen und dabei zu beachtlichen, in der Regel ausgewogenen Ergebnissen gelangte. Weitere noch ausstehende Analysen zur Wissenschaftsgeschichte der DDR können sich hieran in Aufbau, Diktion und Absicht orientieren.

***Ulrich van der Heyden (Berlin)***

**Peter Jacobs / Wolfgang Prast : „Ilmenau soll leben ...". Die Geschichte des Thüringischen Technikums von 1894 bis 1955 und studentischen Verbindungen und Vereine von 1894 bis heute. Ilmenau 1994 . 280 S. DM 29,80.**

Im Jahre 1994 erschienen zwei Bücher zur 100jährigen Geschichte der Ingenieurausbildung in Ilmenau. Um es gleich vorweg zu nehmen, das sachlichere, gründlicher recherchierte schrieb Franz Rittig (F. Rittig: Ingenieure aus Ilmenau. Historische Skizzen aus einem Jahrhundert technischer Bildung und Wissenschaftsentwicklung, Ilmenau 1994, 267 Seiten).

Der Rektor Köhler hatte sich verweigert, als ihn Rittig um ein Grußwort für sein Buch bat. Das Buch von Jacobs und Prast aber, das macht schon einen Unterschied erkennbar, enthält Grußworte des Thüringer Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel, des CDU-Bürgermeisters von Ilmenau und selbstverständlich auch des inzwischen verstorbenen Rektors Eberhard Köhler.

Zunächst zu den 60 Seiten, die Wolfgang Prast zu dem uns vorliegenden Buch beigetragen hat. Der promovierte Diplomin-

genieur hatte seinen Part bereits 1982 bis 1984 „nach dem Promotionsrecht der DDR zur Dissertationsschrift" als „Tätigkeit auf marxistisch-leninistischer Ebene" (S.14), wie er es selbst ausdrückt, geschrieben. Der damalige Betreuer der Arbeit, dem Prast „trotz unterschiedlicher ideologischer Auffassungen... für die Anregung einer solchen Arbeit dankbar" (ebenda) ist, versichert, daß außer bestimmten „Nachwendesätzen", inzwischen längst auch in Ilmenau zur Mode gewordenen abwertenden Floskeln, ideologischen Vermutungen, unbewiesenen Behauptungen etc. der heutige Leser die gesamte ML-Arbeit des Promovenden Prast vor sich hat. Sieht man mal von diesem modischen Beiwerk ab, so war das keine schlechte Arbeit. Der Rezensent kann sich durchaus vorstellen, daß, wenn die Ilmenauer Absolventen Wendeminister Walter und die heutige Ministerin Nolte ihre ML-Abschlußarbeiten veröffentlichen würden, ein ähnlich positiver Eindruck von der Solidität sozialwissenschaftlicher Arbeit in Ilmenau entstünde.

Allerdings entsteht trotz gegenteiliger Eingangsfeststellung beim Lesen des Prastschen Beitrages - wahrscheinlich wegen der erwähnten Zutaten - der Eindruck, als wäre der Autor schließlich doch allein auf die Idee gekommen, die Geschichte des Ilmenauer Technikums den Archiven zu entreißen, wohin sie „die SED" endgültig verbannen wollte.

Dagegen muß energisch Einspruch erhoben werden. Ein Enkel Professor Schmidts, des Mitbegründers und langjährigen Leiters der Ilmenauer Fachschule, kommt der Wahrheit näher, wenn er in seinem Grußwort feststellt, daß 1984 ein Festcolloquium zur 90jährigen Geschichte der Ilmenauer Ingenieurausbildung stattfand, in einer Zeit, „in der sich in der DDR ein Traditions- und Geschichtsbewußtsein entwickelte, in der in Dresden der Goldene Reiter und Unter den Linden in Berlin der Alte Fritz wieder aufgestellt wurden. In den Betrieben wurden Gegenstände der technischen Geschichte gesammelt, selbstverständlich mit dem Wohlwollen der Partei" (S.13). Die geschilderten zeitlichen Umstände und die Tatsache, daß mit Werner Prokoph und Franz Rittig zwei Wissenschaftshistoriker von Format nach Ilmenau gekommen waren, hatten die gründliche Aufarbeitung dieser Geschichte erst möglich gemacht. Was hatte das Gründerteam der Ilmenauer Hochschule 1953 veranlaßt, eine klare Abgrenzung der akademischen Lehre und wissenschaftlichen Vorgehensweise der Hochschule an die Ingenieurarbeit von der Ausbildung an einer Fachschule vorzunehmen?

Die Vermutungen von Prast und Jacobs geben das Wesen auch nicht annähernd wieder. Daß Schmidt von irgend jemandem verleumdet worden ist, er wäre Nazi gewesen, wäre für Johannes Stamm marginal gewesen. Die Wahrheit liegt wie immer tiefer. Stamm hatte nämlich schon damals erkannt, was in den alten Bundesländern später zur Umwandlung der Ingenieurfachschulen zu Fachhochschulen und in der Mitte der 80er Jahre in der DDR zu einer breiten wissenschaftlichen Diskussion über eine notwendige Reformierung der Ingenieurausbildung geführt hatte. Die deutsche Fachschulausbildung der Ingenieure begann, trotz ihrer hervorragenden Verdienste insbesondere bei



der soliden beruflichen Vorbereitung ihrer Studenten, trotz ihres berechtigten, über viele Jahrzehnte währenden hohen internationalen Ansehens und trotz der Tatsache - oder vielleicht auch gerade deshalb (?) -, daß der Bedarf der Industrie nach Fachschulabsolventen stets unvergleichlich höher war als nach Diplomingenieuren, ihre historische Berechtigung einzubüßen. Johannes Stamm suchte bereits in den Anfangsjahren der Hochschule nach einer neuartigen Synthese der Lehre, Forschung und Praxis in den Ingenieurwissenschaften, übrigens ganz im Humboldtschen Sinne.

Auf der Basis des Entwicklungsstandes in den profilbestimmenden Zweigen der Naturwissenschaften, Mathematik und technischen Disziplinen sollte eine gründliche Spezialisierung und die Vorbereitung auf die Erfordernisse der industriellen Praxis erfolgen.

Obwohl Ilmenau zunächst als Spezialhochschule gegründet worden war, gab es Einverständnis bei allen maßgeblich an der Gründung Beteiligten, daß an diese Hochschule keine geringeren Anforderungen zu stellen waren als an eine Universität. Dabei sollte nicht auf die enge Verbindung von Theorie und industrieller Praxis verzichte werden, wie sie die Fachschulen, besonders auch die Fachschule in Ilmenau, vorbildlich praktiziert hatten.

In den alten Bundesländern sind sich viele Wissenschaftler darin einig, daß die bloße „Rangerhöhung" der früheren Fachschulen zu Fachhochschulen diesem Anliegen noch nicht entspricht. Der Streit um diese Problematik hält an, deshalb ist es töricht, maßgeblichen Wissenschaftlern in der DDR politische und ideologische Gründe für ihre Überlegungen und wissenschaftlichen Unternehmungen zu unterstellen. Die Vorzüge der Ilmenauer Hochschule gegenüber vielen anderen ist ziemlich richtig im Grußwort Bernhard Vogels zum Jacob-Prast-Buch dargestellt worden.

Daß die heutige Ilmenauer Universität Gefahr läuft, viele Stammschen und auch Schmidtschen Ambitionen zu vergessen, sei nur am Rande erwähnt. Die gewaltsame und so gar nicht rechtsstaatliche - anders als Vogel behauptet - Auslöschung des sozialwissenschaftlichen Potentials bei Anwendung massiven politischen und finanziellen Drucks ist nur ein Beispiel von vielen. Auch um die beschworene Autonomie ist es schlechter bestellt, als Vogel behauptet. Die ministerielle Steuerung seit 1990 hätte sich Stamm selbst in rigidesten DDR-Zeiten und Schmidt in seiner Zeit nachweislich nicht gefallen lassen.

Nun zum Jacobschen Teil des Buches:

Mit 173 Seiten, einschließlich des Anhangs, nimmt Peter Jacobs den Löwenanteil des Buches in Anspruch. Er versteht sich als dessen Initiator und eigentlicher Autor. Ihm geht es, anders als dem Koautor, der sich mit dem wissenschaftlichen Profil des Technikums, seiner Geschichte und den bemerkenswerten Verdiensten Prof. Schmidts befaßt, um die Studentenschaft, genauer, um die studentischen Korporationen, die es in Ilmenau gab. Dabei gewinnt der Leser den Eindruck, daß es in den 41 Jahren seit Gründung des Technikums bis zur nationalsozialistischen Gleichschaltung der

studentischen Verbände Ilmenau geradezu von studentischen Korporationen überlaufen und das gesamte studentische Leben durch die Korporierten geprägt war. Der Autor führt 60 bis 70 Verbindungen auf, die mit dem Technikum in irgendeiner Beziehung gestanden haben sollen.

Der Rezensent wagt es nicht, dem Autor zu unterstellen, er hätte übertrieben. Aber Zweifel sind schon deshalb angebracht, weil sowohl Eduard Jentzen als auch Georg Schmidt als wissenschaftlicher Leiter und Nachfolger Jentzens oft genug ihr Mißfallen über die Korporationen, vor allem aber über die schlagenden Verbindungen geäußert und immer wieder in ihren Ilmenauer Aktivitäten zu beschränken gesucht haben.

Sie waren beide viel zu sehr Geschäftsleute, als daß sie ihrem privaten Institut die Querelen zumuten wollten, die aus der Konkurrenz und den fortwährenden Streitereien solcher Verbindungen immer wieder entstehen mußten.

Es ist völlig unmöglich, in einer solchen Buchbesprechung auf die ungezählten Details einzugehen, die der Autor zu den Verbindungen aufführt. In dieser Beziehung - vor allem, was die äußeren Merkmale, Besonderheiten und die Aktivitäten der einzelnen Verbindungen betrifft - kann sich der Leser sehr gründlich informieren.

Kritisch anzumerken ist die sehr unbefangene, genauer noch, sehr naive Darstellung des gesellschaftlichen Hintergrundes der studentischen Verbindungen und ihrer Aktivitäten.

Der tiefe Wandel, der sich seit der Jenaer Urburschenschaft und den unmittelbar auf die Zeit nach dem vaterländischen Aufbruch gegen die französische Fremdherrschaft folgenden studentischen Aktivitäten bis zu einer Zeit vollzog, in der die studentischen Verbände in Ilmenau überhaupt nur wirksam werden konnten, dieser tiefe Wandel wird in diesem Buch wenig, wenn überhaupt reflektiert.

Bezeichnend ist aber, daß der Autor jüdische Verbindungen kaum erwähnt, geschweige denn beurteilt. Angesichts der Antisemitismuswellen, die - außer die jüdischen selbstverständlich, zu einem gewissen Grade auch die katholischen - seit Beginn des Jahrhunderts beinahe alle deutschen Verbindungen mehr und mehr erfaßten und folgerichtig in die Selbstauflösung in den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund mündeten, ist dieser Mangel sehr bedenklich. Ähnliches gilt für die Durchsetzung reaktionärer elitärer Ziele, revanchistischen Gedankengutes, der Demokratiefeindlichkeit und für den unaufhörlichen Kampf gegen die organisierte Arbeiterbewegung (bis hin zum Meuchelmord in der Zeit des Kapp-Putsches).

Dazu zählt schließlich auch die Durchsetzung des Führerprinzips. Von alledem liest man in diesem Buche fast nichts. Daß die studentischen Verbindungen als lebenslange Männerbündnisse vor allem auch den Zweck verfolgten, sich mit Hilfe der Alten Herren und ihrer besonderen Beziehungen Einfluß auf entscheidende gesellschaftliche Bereiche zu verschaffen und an den normalen demokratischen Regelungen vorbei im echten Sinne des Wortes Kaderpolitik zu machen, darüber liest man bei Jacobs ebenfalls nichts. Wenn er diesen Aspekt überhaupt berührt, dann nur mit verharmlosenden Formulierungen. Dagegen sind die in der Regel markigen Leitsprüche der Verbindungen sehr viel aufschlußreicher.

Wer sich besonders mit dem gesellschaftlichen Hintergrund und den relevanten Aktivitäten der Verbindungen vertraut machen möchte, der lese lieber das höchst informative Buch von Ludwig Elm, Dietrich Heither und Gerhard Schäfer: Füxe, Burschen, Alte Herren, Papy Rossa Verlag 1992/93.

Man gewinnt den Eindruck, daß Jacobs' Arbeit unter anderem auch den Sinn hat, für die Neuinstallierung von studentischen Verbindungen in Ilmenau zu werben. Wie man bei ihm nachlesen kann, fällt sein Werben auf fruchtbaren Boden.

***Klaus Römer (Ilmenau)***

# PUBLIKATIONEN

Bundesanstalt für Arbeit (Hg.): ***Hochschulberufe der ehemaligen DDR 1. Naturwissenschaften und Technik, Gesundheitswesen. Studieninhalte, Beschäftigungsmöglichkeiten, -alternativen und verwandte Berufe*** (Bildung und Beruf Bd. 310, Sonderreihe über Berufe der ehemaligen DDR). BW Bildung und Wissen, Nürnberg 1994. 280 S. Kostenlos bei: BW Bildung und Wissen Verlag und Software GmbH, PF 820 150, 90252 Nürnberg.
Vorrangiges Ziel der Publikation ist, Arbeitsämtern wie Arbeitssuchenden ein Hilfsmittel an die Hand zu geben, um DDR-Hochschulqualifikationen und heutige Arbeitsmöglichkeiten in Beziehung setzen zu können.

Bundesanstalt für Arbeit (Hg.): ***Hochschulberufe der ehemaligen DDR 2. Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, Kunst, Musik. Studieninhalte, Beschäftigungsmöglichkeiten, -alternativen und verwandte Berufe*** (Bildung und Beruf Bd. 311, Sonderreihe über Berufe der ehemaligen DDR). BW Bildung und Wissen, Nürnberg 1994. 232 S. Kostenlos bei: BW Bildung und Wissen Verlag und Software GmbH, PF 820 150, 90252 Nürnberg.
Vorrangiges Ziel der Publikation ist, Arbeitsämtern wie Arbeitssuchenden ein Hilfsmittel an die Hand zu geben, um DDR-Hochschulqualifikationen und heutige Arbeitsmöglichkeiten in Beziehung setzen zu können.

Strobel, Karl (Hg.): ***Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen*** (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen Bd. 5, zugleich Veröffentlichungen des Historischen Corpsmuseums München Bd. 1). SH-Verlag, Vierow b. Greifswald 1994. 263 S. DM 74,-. Über den Buchhandel.
Der Band enthält u.a. vier in unserem Kontext interessierende Beiträge: „Bolschewisierung der ostdeutschen Universitäten, dargestellt am Beispiel der Universität Leipzig und der TH Dresden" (Kurt J. Reinschke), „Hochschulerneuerung und Sowjetische Besatzungsmacht. Oder: Es muß alles neu geschrieben werden" (Manfred Heinemann), „Geisteswissenschaften und Ideologie. Fallbeispiel Altertumswissenschaft: SBZ und DDR" (Karl Strobel), „Bildungspolitik und Hochschulerneuerung in den neuen Ländern, dargestellt an der Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt" (Karl-Heinrich Hall).

Giesecke, Jens: ***Doktoren der Tschekistik. Die Promovenden der „Juristischen Hochschule" des MfS*** (BF informiert H. 6/1994). Hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abt. Bildung und Forschung. Berlin 1994. 29 S. DM 5,-. Bezug bei: BStU, Abt. BuF, PF 218, 10106 Berlin.
Der Text behandelt die Stellung und Funktion der Promovenden im MfS, die Einordnung ihrer sozialen Herkunft als Beispiel der sozialstatistischen Praxis des MfS sowie die Laufbahnwege der Promovenden.



Förster, Günter: ***Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule" des MfS. Eine annotierte Bibliographie*** (BStU-Reihe A: Dokumente Bd. 2/94). Hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abt. Bildung und Forschung. Berlin 1994. 143 S. DM 10,-. Bezug bei: BStU, Abt. BuF, PF 218, 10106 Berlin.
Neben einer vollständigen Nennung und Annotierung der Dissertationen (A und B), 174 an der Zahl incl. der an der HVA-Schule eingereichten, sowie der (zwei) Ehrenpromotionen werden die Geschichte, Stellung und Struktur der Juristischen Hochschule, die Zulassungsvoraussetzungen und -verfahren, die Organisation und der Ablauf des Direktstudiums, die Promotionsordnungen- und -verfahren, der Umfang und die Gestaltung der Dissertationen erläutert sowie Übersichten zu Dienstgraden und Dienststellung der Doktoranden bei Abschluß der Promotion geliefert.

InformationsZentrum Sozialwissenschaften, Abt. Berlin (Hg.): ***Sozialforschung in der DDR. Dokumentation unveröffentlichter Forschungsarbeiten Bd. 6 + Bd. 7.*** Bearb. von Erika Schwefel und Ute Koch. Berlin 1994. 277/269 S. DM jeweils 20,-. Bezug bei: InformationsZentrum Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, 53113 Bonn.
Fortsetzung der seit 1992 laufenden und auf 8 bis 10 Bände angelegten Edition. Annotierte Bibliographie mit Standortnachweisen. Erfaßt sind neben den sozialwissenschaftlichen Kerndisziplinen incl. aller Bindestrich-Soziologien auch Wirtschaftswissenschaften, Pädagogik, Wissenschaftsforschung, Sozialgeschichte, Rechtswissenschaft, Entwicklungsländerforschung und Frauenforschung.

Mix, York-Gothart (Hg.): ***Ein „Oberkunze darf nicht vorkommen". Materialien zur Publikationsgeschichte und Zensur des Hinze-Kunze-Romans von Volker Braun*** (Veröffentlichungen des Leipziger Arbeitskreises zur Geschichte des Buchwesens: Schriften und Zeugnisse zur Buchgeschichte Bd. 4). In Kommission bei Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1993. 235 S. Über den Buchhandel.
Der Band interessiert in unserem Kontext wegen derjenigen darin enthaltenen Beiträge, die einen speziellen Aspekt der DDR-Literaturwissenschaftsgeschichte erhellen: das Gutachterwesen. In Ergänzung verbreiteter Stereotype wird dabei nicht nur dokumentiert, wie sich das literaturwissenschaftliche Gutachterwesen verhindernd oder verschleppend auf das Erscheinen von Büchern auswirkte (diesen - im Band dokumentierten - Part hatte beim Hinze-Kunze-Roman Werner Neubert übernommen), sondern auch wie es veröffentlichungsdurchsetzend wirkte: Diesbezüglich entscheidenden Anteil hatten im dargestellten Fall Hans Kaufmann und Dieter Schlenstedt, deren Begleitung des gesamten vierjährigen Prozesses zwischen Manuskriptabgabe und Publikation dokumentiert ist. Ein Gespräch des Herausgebers mit Schlenstedt erhellt weitere Einzelheiten wie auch die kontextuellen Bedingungen in der seinerzeitigen DDR-Literaturwissenschaft.

***Aus Politik und Zeitgeschichte B 41/94*** (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*). Hrsg. von der Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn 1994. 39 S. Kostenlos bei: Bundeszentrale für Politische Bildung, PF 2325, 53013 Bonn.
Das Heft beschäftigt sich mit Identitätsbildung und Geschichtsdidaktik. Zwei, die Hälfte seines Umfanges ausmachende Artikel von ostdeutschen AutorInnen reflektieren die in der DDR unternommenen Versuche, Geschichtswissenschaft und Geschichtsmethodik (= -didaktik) für einen Beitrag zur Geschichtserziehung und sozialistischen Identitätsbildung zu konditionieren: „Prägungen und Wandlungen ostdeutscher Identitäten" (Dagmar Klose), „Die DDR-Geschichtsmethodik im Spannungsfeld zwischen äußerer und innerer Disziplinierung" (Wendelin Szalai).

Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG (Hg.): ***Jahresbericht 1994. Bd. 1: Aufgaben und Ergebnisse. Bd. 2: Programme und Projekte.*** Bonn o.J. (1995). 476 + 1009 S. Kostenlos bei: DFG, Kennedyallee 40, 53175 Bonn.

Konferenz der Deutschen Akademien der Wissenschaften (Hg.): ***Die Mitglieder der deutschen Akademien der Wissenschaften.*** Mainz o.J. (1995). 107 S. Kostenlos bei: Konferenz der Deutschen Akademien der Wissenschaften, Geschwister-Scholl-Str. 2, 55131 Mainz.
Das Verzeichnis führt u.a. die Mitglieder der beiden in Ostdeutschland ansässigen Vollakademien - Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften - in alphabetischer Reihenfolge und mit Geburtsjahr, Fachrichtung sowie Akademiezugehörigkeit auf. Zwei Register verzeichnen die Mitgliederzusammensetzungen jeder einzelnen Akademie sowie die vertretenen Fachgebiete. Insgesamt sind 769 WissenschaftlerInnen erfaßt.

Dohnke, Dieter (Hg.): ***Kommentare zum Bundesbericht Forschung 1993*** (Schriftenreihe des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. H. 6). Berlin 1994. 102 S. Bezug bei: Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V., Storkower Str. 114, 10407 Berlin.
Hansgünter Meyer kommentiert den vom BMFT 1993 vorgelegten Bundesbericht Forschung ausführlich und vornehmlich in Bezug auf Ostdeutschland, wobei zahlreich statistisches Material verarbeitet ist. Desweiteren Beiträge u.a. zu folgenden Themen: „Personelle Erneuerung und Forschung an ostdeutschen Hochschulen" (Doris Scherer), „Zur Forschung an der Universität Leipzig" (Klaus Melzer), „Der Berliner akademische Mittelbau im Umbruch - Konzeptionelle Überlegungen für ein Forschungsprojekt" (Klaus Klinzing).

Buck-Bechler, Gertraude/ Jahn, Heidrun/ Lewin, Dirk: ***Studienentscheidung und Studienengagement in ausgewählten neuen Bundesländern.*** Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1995. 139 S. Bezug bei: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.
Die Untersuchung behandelt den Zusammenhang von Umbruch der ostdeutschen Hochschullandschaft und Entwicklung des Hochschulzugangs sowie Studienentscheidungen und -erwartungen und Erleben des Studienalltags aus studentischer Sicht in Sachsen, Brandenburg, Thüringen und Ostberlin. Die empirischen Ergebnisse werden ausführlich in statistischen Anlagen belegt.

Adler, Henri: ***Zum Wanderungsgeschehen beim Hochschulzugang in den neuen Ländern*** (Projektberichte 4/1994). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1994. 41 S. Bezug bei: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.
Die Studie vergleicht die Bildungswanderungen beim Hochschulzugang in der DDR, in der Umbruchphase 1990/91 und die Veränderungen im Wanderungsverhalten ab 1992.

Lischka, Irene: ***Wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen der neuen Bundesländer*** (Projektberichte 1/1995). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1995. 54 S. + Anl. Bezug bei: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.
Die Studie referiert eingangs die rechtlichen Grundlagen und Empfehlungen zur wissenschaftlichen Weiterbildung und arbeitet systematisch die Ausgangslage für die Neugestaltung der wissenschaftlichen Weiterbildung in Ostdeutschland auf.



Burkhardt, Anke/ Scherer, Doris: ***Personalstellenbedarf an ostdeutschen Hochschulen. Eine Vorausschätzung bis 2010*** (Projektberichte 2/1995). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1995. 74 S + Anl. Bezug bei: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.
Auf Grundlage des Komponentenmodells des Wissenschaftsrates und unter Zugrundelegung einer Annahme von ca. 69.000 Studienanfängern in Ostdeutschland im Jahre 2000 kommt die Studie zu dem Ergebnis, daß in den nächsten sechs Jahren ein erheblicher Stellenausbau (mit Ausnahme des Bereiches Medizin) erforderlich ist: 5.900 Stellen an Universitäten (ohne Medizin) und 2.200 Stellen an Fachhochschulen einschließlich von 2.200 Universitäts- und 2.700 FH-Professuren.

Brandenburgische Technische Universität Cottbus (Hg.): ***Rechenschaftsbericht des Gründungsrektors der Technischen Universität Cottbus. Berichtszeitraum 1.1. - 31.12.1994.*** Cottbus o.J. (1995). 211 S. Kostenlos bei: BTU Cottbus, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 102/I, 03013 Cottbus.
Gründungsrektor der TU Cottbus war der Westberliner Ingenieurwissenschaftler Günter Spur.

Universität Potsdam, Der Rektor (Hg.): ***Forschungsbericht 1991 - 1993.*** Potsdam 1994. 2 Bde. 231 + 292 S. Kostenlos bei: Universität Potsdam, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Am Neuen Palais 10, 14415 Potsdam.
Dokumentiert die Forschungsaktivitäten in der zweiten Hälfte der Umbruch- und Aufbauphase.

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, der Rektor (Hg.): ***Uni-Report Personalia.*** Magdeburg 1995. 12 S. Kostenlos bei: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 4120, 39016 Magdeburg.
Das Sonderheft der Magdeburger Universitätszeitung stellt 17 in den letzten Monaten neu an die Universität berufene HochschullehrerInnen vor.

Rasch, Konstanze: ***Studierende an der Universität Leipzig in der Studieneingangsphase*** (IHF Bd. 40). Hrsg. vom Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung. München 1994. 90 S. Bezug bei: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, Prinzregentenstr. 24, 80538 München.
Die Publikation dokumentiert die Ergebnisse eines Teils einer vergleichend angelegten und seit 1990 durchgeführten Untersuchung zu Studienverlauf, d.h. Entwicklung und Bewältigung von Studienproblemen durch die Studierenden an den Universitäten Regensburg und Leipzig. Die Regensburg-Ergebnisse sind bereits 1993 durch das Bayerische Staatsinstitut veröffentlicht worden.

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.): ***FuE-Handbuch Sachsen 1995. 3 Bde.: Regierungsbezirk Dresden, Regierungsbezirk Chemnitz, Regierungsbezirk Leipzig.*** Dresden 1995. 308/ 451/ 250 S. Im Schuber. DM 56,-. Bezug bei: BTI - Beratungsgesellschaft für Technologietransfer und Innovationsförderung, Mügelner Str. 40, 01237 Dresden.
Die Bände führen alle sächsischen Anbieter von Forschungs- und Entwicklungsleistungen mit Angaben zur Branche, Beschäftigten und Leistungsprofil auf.

## *Der Klassenfeind*

Das Stadtparlament von Luckenwalde, einer beispielhaft märkischen Kleinstadt im Süden Berlins, hat beschlossen, am Gymnasium, das Rudi Dutschke bis zum Abitur besuchte, eine Gedenktafel zu Ehren des Studentenbewegers anzubringen. Im Lichte des langen Streits, der damit zu einem vorläufigen Ende kommt, wird man darin freilich keinen Sieg der fortschrittlichen Kräfte erkennen können. Ach, lieber Rudi! Die Zeiten haben sich geändert. Heute werden die subversiven Beschlüsse von oben, durch die Institutionen der bürgerlichen Scheindemokratie gefaßt, während an der Basis um die Einhaltung von Recht und Ordnung gerungen wird. Tatsächlich hat sich die Schule, und an vorderster Front ihre Schülerschaft, von Anfang an gegen eine solche Ehrung des anarchischen Prinzips gesträubt. Die Studentenbewegung, sagten sie, sei schließlich ein rein westdeutsches Phänomen gewesen. Daß schon der Schüler Dutschke aufsässig war, mit einer skandalösen Rede 1957 in der Aula für die Wiedervereinigung und gegen die Wehrpflicht stritt, mochte in Luckenwalde niemand gerne bedenken und mußte es um so weniger, als alles vielleicht Eigene vor dem brachialen Eindringen des verhaßten westdeutschen Gedenktafelkomitees verblaßte. Der Leiter des Schulverwaltungsamtes schrieb, ganz im Sinne des Direktors und der Schulkonferenz, an die studentenbewegten Initiatoren aus dem Westen, die Herren Rabehl, Halter und Dutschke (Helmut): „Durch die Anbringung einer Gedenktafel für einen ehemaligen Schüler würde man allen anderen nicht gerecht werden oder zumindest auch einen Präzedenzfall schaffen," wonach vielen anderen ehemaligen Schülerinnen und Schülern auf Antrag ebenfalls eine Gedenktafel gewidmet werden müßte." Das war nun gut gebrüllt, Löwe! und im Namen der Gleichheit gegen das Kaderprinzip argumentiert. Es zeigte aber auch, wie man mit der Sprache der Bürokratie gegen den Staat losschlagen kann. Freilich hat es diesmal nichts geholfen. Das Stadtparlament hat sich vom westdeutschen Klassenfeind kaufen lassen und über den Willen der Basis hinweggesetzt. Doch sollten die Dutschke-Freunde und ihre publizistischen Mitstreiter (unter ihnen diese Zeitung, siehe F.A.Z. vom 25. Februar 1994) nicht zu früh frohlocken. Im Sinne Dutschkes nämlich ist mit der Anbringung der Gedenktafel nichts gewonnen. Sie wird in Luckenwalde nicht der Sieg über das autoritäre Prinzip sein, sondern das genaue Gegenteil: ein Akt westdeutscher Kolonisation und insofern ein Schritt auf der langsamen Heimkehr Dutschkes in die repressiven Zusammenhänge seiner Herkunftswelt, wie sie schon der berühmte und bespöttelte Doktortitel auf seinem Grabstein annoncierte. JGJ

*aus:*
*F.A.Z.,*
*1.4.1995*



**hso 1. Jahrgang 1991/92**

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-)Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90 * Streitsache Latinum

AutorInnen: Hans Jürgen Block, Torsten Bultmann, Christian Dahme, Marlis Dürkop, Wolfgang Ernst, Hans-Uwe Feige, Alfred Förster, Christian Füller, Frank Geißler, Monika Gibas, Christoph Kähler, Dietmar Keller, Fritz Klein, Hermann Klenner, Horst Klinkmann, Larissa Klinzing, Ilko-Sascha Kowalczuk, Wolfgang Küttler, Gotthard Lerchner, Rudolf Mau, Hans Mayer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Wolfgang Nitsch, Erhard Noack, Georg Nolte, Kurt Nowak, Doris Odendahl, Bernd Okun, Martin Onnasch, Peer Pasternack, Klaus Pezold, Peter Porsch, Helmut Richter, Matthias Rösler, Hilde Schramm, Uta Starke, Jürgen Teller, Rudolf v. Thadden, Achim Thom, Michael Tolksdorf, Günther Wartenberg, Rosemarie Will u.a.

*13 Hefte. Insgesamt 868 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 100,- DM.*

**hso 2. Jahrgang 1992/93**

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Wissenschaft Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * Tagung des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Methodologische Wende? * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Ost-europa - ausgewählte Länderbeispiele * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

AutorInnen: Gudrun Aulerich, Günther Barthel, Burchard Brentjes, Sonja Brentjes, Birgit Bütow, Michael Daxner, Karin Döbbeling, Günther Eiselt, Hartmut Elsenhans, Hans-Heinz Emons, Hans-Uwe Erichsen, Alfred Förster, Ulrich Geyer, Karl-Heinz Heinemann, Erich Hödl, Marion Höppner, Gisela Jähnert, Volker Kahl, Klaus-Dieter Kaiser, Ilko-Sascha Kowalczuk, Wolf-Hagen Kraut, Jürgen Kuczynski, Gert Maibaum, Elke Mehnert, Hansgünther Meyer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Bernhard Muszynski, Wolfgang Nitsche, Bernd Okun, Inge Pardon, Peer Pasternack, Peter Porsch, Karin Reiche, Edelbert Richter, Martin Robbe, Hans Jörg Sandkühler, Roland Schneider, Wolfgang Schluchter, Hans-Jürgen Schulz, Pirmin Stekeler-Weithofer, Eberhard Tiefensee, Günther Wartenberg, Cornelius Weiss u.a.

*13 Hefte. Insgesamt 1.045 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 115,- DM.*

**hso 3. Jahrgang 1993/94**

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

AutorInnen: Ernst Badstübner, Tino Bargel, Winfried Beck, Sonja Brentjes, Andrè Debüser, Rainer Eckert, Wolfgang Fach, Marion Höppner, Heidrun Jahn, Matthias Jähne, Dietrich Jorke, Hans-Dieter Klein, Siegfried Kiel, Ilko-Sascha Kowalczuk, Marianne Kriszio, Günther Landgraf, Irene Lischka, Thomas de Maizière, Werner Meske, Hans Joachim Meyer, thomas molck, Thomas Neie, Bernd Rabehl, Karin Reiche, Hans-Jürgen Schulz, Jutta & Eberhard Seidel, Peer Pasternack, Gisela Petruschka u.a.

*6 Hefte. Insgesamt 869 Seiten. Nachbestellung nur als kompletter Jahrgang. Preis: 100,- DM.*

**hso 4. Jahrgang 1994/95**

*Themenschwerpunkte:* Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fern studieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz

*AutorInnen:* Gertraude Buck-Bechler, Anke Burkhardt, Ludwig Elm, Ulrich Geyer, Jochen Golz, Sabine Gries, Sabine Kebir, Wolfgang Knobloch, Rainer Land, Irene Lischka, Sabine Manning, Lothar Mertens, Eduard Mühle,Alexander Nadiraschwili, Peer Pasternack, Ralf Possekel, Siegfried Prokop, Edelbert Richter, Uwe Schimank, Georg Schuppener, Dieter Voigt, Peter Wicke u.a.

*4 Hefte. Je Heft 13,50 DM zzgl. Versand.*

Kopiervorlage:

**Bestellung**

Ich bestelle:

1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen
2. 1. Jahrgang *hso* 1991/92 DM 100,-
   2. Jahrgang *hso* 1992/93 DM 115,-
   3. Jahrgang *hso* 1993/94 DM 100,-

   zzgl. Versandgebühr
3. .....mal *hochschule ost* im Jahresabonnement (6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten) DM 80,-
4. .....mal *hochschule ost* im PrivatabonnentInnen-Abo (6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten) DM 39,-
5. .....mal *hochschule ost* im Abo für Nichtverdienende (6 Hefte incl. DM 9,- Versandkosten) DM 28,-

   (Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r - Vorruheständler/in - Pensionär/in -

   Sonstiges:.....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.
Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

.....

Name

.....

Adresse

.....

.....

Datum Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

.....

2. Unterschrift

Bitte einsenden an:
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig